

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

26. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XII. Gesetzgebungsperiode Dienstag, 15. und Mittwoch, 16. Dezember 1970

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Inhalt

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 2194)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 2093)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 2094)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatter: Troll (S. 2094)

Redner: Ing. Sallinger (S. 2095), Kostroun (S. 2101), Mitterer (S. 2104), Meißl (S. 2112), Dr. Mussil (S. 2117), Lona Murowatz (S. 2123), Dr. Fiedler (S. 2128), Thalhammer (S. 2132), Westreicher (S. 2137), Landmann (S. 2143), Bundesminister Dr. Staribacher (S. 2145) und Staudinger (S. 2153)

Ausschußentschließung betreffend Parteistellung im bergbehördlichen Verfahren (S. 2095)

Annahme der Beratungsgruppe IX (S. 2158)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik

Spezialberichterstatter: Samwald (S. 2158)

Redner: Ing. Helbich (S. 2159), Melter (S. 2162), Regensburger (S. 2166), Weikhart (S. 2171), Dr. Gruber (S. 2178),

Babanitz (S. 2186), Bundesminister Moser (S. 2191 und S. 2216), Ing. Lettmäier (S. 2192), Adam Pichler (S. 2196), Schrotter (S. 2198), Peter (S. 2200), Dipl.-Ing. Tschida (S. 2203), Ortner (S. 2206), Josef Schläger (S. 2208), Steinhuber (S. 2209) und Dr. Kotzina (S. 2212 und S. 2220)

Entschließungsantrag Regensburger betreffend Aufstockung des Wasserwirtschaftsfonds (S. 2170)

Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 2221)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

243: Abänderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (S. 2094)

Anfragen der Abgeordneten

Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend Fristen bei der Befreiung von Gerichtsgebühren (349/J)

Dr. Prader und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend den Ankauf von Flugzeugen durch das Bundesheer (350/J)

Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Trassenführung der Hubertusdamm-Autobahn (351/J)

Peter, Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr, betreffend Kooperation der AUA mit einer ausländischen Gesellschaft (352/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Harwalik und Genossen (282/A. B. zu 312/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (283/A. B. zu 311/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (284/A. B. zu 274/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 30 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

vom 10. und 11. Dezember 1970 sind in der Kanzlei aufgelegen, unbeanständet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Es sind drei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Anfragestellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 23. Sitzung vom 9. und 10. Dezember und der 24. Sitzung

2094

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Präsident

wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 51/A der Abgeordneten Dr. Koren und Genossen, betreffend die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß § 33 Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb abgeändert wird (243 der Beilagen), eingelangt ist. Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zur Zuweisung bringen.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1965 geändert wird (257 der Beilagen), weise ich dem Justizausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe IX****Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971.

Wir kommen zunächst zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Troll. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Troll:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage: das Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1971, in seiner Sitzung am 13. November 1970 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63 sind für das Jahr 1971 532,634.000 S insgesamt als Ausgaben vorgesehen, die zur Gänze der ordentlichen Gebarung zuzurechnen sind.

Der Personalaufwand beträgt 109,985.000 S. Er ist gegenüber dem Vorjahr um 10,119.000 S höher angesetzt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 422,649.000 S, also um 34,999.000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 346,208.000 S angenommen; sie sind um 16,470.000 S niedriger geschätzt als im Vorjahr.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes (20,7 Prozent des Gesamtaufwandes) sind 990 Dienstposten zugrunde gelegt, das sind um drei Dienstposten weniger als im Finanzjahr 1970 und um 19 Dienstposten weniger als im Finanzjahr 1969. Die ausgewiesene Erhöhung des Personalaufwandes trotz der Senkung der Personalstände beruht auf der Vorsorge für Bezugserhöhungen gemäß Bundesgesetz und die alljährlichen Vorrückungen.

Zum Sachaufwand ist folgendes zu bemerken:

Der Verwaltungsaufwand, welcher 3,8 Prozent des Gesamt-Ressortaufwandes beträgt, ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig, nämlich um 2,3 Prozent vermindert worden. Hierbei tritt beim Kredit für das Ministerium infolge Wegfall der Öffentlichkeitsarbeit eine Veränderung um 6,3 Prozent ein, hingegen scheint beim Verwaltungsaufwand für das Österreichische Patentamt infolge erhöhter Kosten eine Steigerung um nahezu 11 Prozent auf.

Auch die Anlagenkredite, deren bescheidener Anteil am Gesamtaufwand nur 0,3 Prozent beträgt, sind gegenüber dem Vorjahr geringer veranschlagt; die Kürzung beträgt 8,1 Prozent. Sie verteilt sich auf die verschiedenen Ansätze ziemlich gleichmäßig.

Bei den Aufwandskrediten, welche nunmehr 4,8 Prozent des Gesamtaufwandes ausmachen, tritt gegenüber 1970 eine Erhöhung um 14,7 Prozent ein. Sie ist vor allem auf eine Vorsorge für die Vergabe von Forschungsaufträgen und für die Einholung von Gutachten auf dem Gebiete der Gewerbe- und Industrieförderung zurückzuführen.

Die Kredite für Förderungsaufgaben erscheinen gegenüber dem Vorjahr um 32,3 Millionen Schilling, also um 9,4 Prozent erhöht. Die tatsächliche Erhöhung ist jedoch um 49 Millionen Schilling größer, weil der für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1970 enthalten gewesene Kredit nach der Kompetenzänderung nunmehr beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung aufscheint.

Diese Krediterhöhung von 81,3 Millionen Schilling, somit um 27,6 Prozent, kommt dem Fremdenverkehr mit 20 Millionen Schilling, der Gewerbestrukturverbesserung mit 3,6 Millionen Schilling, dem Bergbau mit 17,8 Millionen Schilling und der gewerblichen und industriellen Wirtschaft mit 36,9 Millionen Schilling zugute.

Troll

Es wird hiedurch in verstärktem Maße möglich sein, der Wirtschaft die nötige Hilfeleistung bei der Aufnahme von Investitionskrediten zu geben und Vorhaben wirtschaftlich erwünschter Produktionsausweitung, Produktivitätssteigerung, Absatzsicherung und Absatzwerbung zu fördern.

Die Einnahmen des Ressorts erfuhren insgesamt gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um rund 16,5 Millionen Schilling, das sind 4,5 Prozent. Diese Verminderung ist vor allem auf das starke Zurückgehen der Darlehensrückflüsse und auf die geringere Vorschätzung der Montangebühren zurückzuführen.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Ing. Sallinger, Kostroun, Meiβl, Mitterer, Pichler Adam, Dr. Mussil, Ing. Hobl, Dr. Fiedler, Hofstetter Erich, Westreicher, Landmann, Egg, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Metzker Maria, Hietl, Müller, DDr. König und Linsbauer.

Bundesminister Dr. Staribacher beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1970 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 63 unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Broesigke, Lanc und Genossen angenommen.

Über gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Landmann, Haberl und Dr. Broesigke wurde vom Ausschuß ein Entschließungsantrag betreffend Mitspracherecht der Länder und Anhören der Gemeinden bei Erteilung einer Bergbauberechtigung angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 63: „Handel, Gewerbe, Industrie“ mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlag für das Jahr 1971 (125 der Beilagen) wird unter Berücksichtigung der dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht ebenfalls beigedruckte Entschließung wird angenommen.

Diese Entschließung lautet:

Der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie wird ersucht, den Ländern und den betroffenen Gemeinden im bergbehördlichen Verfahren Parteistellung einzuräumen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Spezialdebatte einzutreten.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Ing. Sallinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meinen Ausführungen zum Kapitel Handel im Bundesvoranschlag für das Jahr 1971 möchte ich eine Feststellung voranstellen:

Der Herr Bundesminister Dr. Staribacher war während seiner bisherigen Amtszeit bemüht, mit der Bundeswirtschaftskammer einen guten Kontakt herzustellen. Er tut dies auf seine ihm eigene Art: er ist zuvorkommend, er lächelt, und er sagt immer, er sei der Befehlsempfänger der Bundeswirtschaftskammer. Ich kenne den Herrn Minister schon sehr lange aus der Paritätischen Kommission und weiß, daß manchmal zuviel Liebe nicht gut ist. (Heiterkeit.)

Aber es ist dem Herrn Minister doch gelungen, Forderungen, die die Bundeswirtschaftskammer erhoben hat, beim Finanzminister durchzusetzen, und ich möchte mit dieser ersten Feststellung eigentlich zum Ausdruck bringen, daß wir einem Minister, auch wenn er der anderen politischen Richtung angehört, korrekt gegenüberstehen und Leistungen, wenn sie für die Wirtschaft erbracht werden, auch anerkennen. Wir hätten allerdings sehr gerne gehabt, wenn das auch in der Zeit zwischen 1966 und 1970 der Fall gewesen wäre. (Beifall bei der OVP.)

In zahlreichen anderen Punkten und besonders dann, wenn es sich um Kernfragen handelt, ist der Herr Minister nicht mehr so aufgeschlossen, aber er macht es auch lächelnd und in seiner charmanten Art.

Gerade in der jetzigen so vordringlichen Frage der Währungsstabilität weigert sich der Herr Minister beharrlich, diese beschleunigte Preissteigerung überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Bei jeder Gelegenheit bringt er seinen Grundsatz vor und sagt, daß kein Grund zu einer Beunruhigung bestehe. Bei den Ausschußberatungen über das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie hat er wieder diesen Ausspruch getan und gemeint, daß bei normalen Verhältnissen — und der Herr Minister ist der Meinung, daß wir jetzt normale Verhältnisse haben — im Zweifel Wachstum vor Stabilität zu gehen habe.

Angesichts der für europäische Verhältnisse äußerst niedrigen Preissteigerungsrate in Österreich — so die Meinung des Herrn Handelsministers — bestehe kein Anlaß zur Besorgnis. Auf der anderen Seite aber wieder glaubt der Herr Handelsminister, daß er

2096

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Ing. Sallinger

dirigistische Maßnahmen bei den Preisgesetzen noch erheblich steigern sollte.

In einer Wirtschaftspolitik aber kann man nicht gleichzeitig ein System beibehalten, in dem die Preisdifferenzierung eine wichtige Rolle spielt, und andererseits dieselbe Preisdifferenzierung durch die Novelle zum Preistreibereigesetz noch erheblich verschärfen wollen.

In der Novelle zum Preisregelungsgesetz hat die Regierung versucht, die freiwillige Preiskontrolle durch die Paritätische Lohn- und Preiskommission auf einem kalten Weg in eine ausgedehnte Preisregelung umzuwandeln.

Abgesehen davon, daß eine solche Vorgangsweise die bewährte Zusammenarbeit der Sozialpartner nicht gefördert, sondern im Gegenteil in Frage gestellt hätte, wären die Gesetze kaum geeignet gewesen, die Inflation zu bekämpfen. Sie hätten vielmehr wachstumshemmend gewirkt, sie hätten den freien Wettbewerb unterbunden und strukturelle Umschichtungen verhindert.

Meine Damen und Herren! Nur wenn sich die Preise frei auf dem Markt entfalten können, werden sowohl Engpässe als auch Überangebote rechtzeitig erkannt.

Ich weiß mich in dieser Frage mit dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Benya einer Meinung, der erst vor kurzem erklärt hat, daß, wenn anstelle dieser freiwilligen Disziplin Sanktionen in die Preispolitik kämen, dies sicher auch eine Gefahr für eine Einschränkung der Lohnpolitik und für die Tätigkeit der freien Gewerkschaft überhaupt wäre. Er betonte ausdrücklich, daß die Schaffung solcher gemeinsamer Einrichtungen für wirtschaftspolitische Fragen sehr zur Stabilität und zur Erhaltung des sozialen Friedens beigetragen haben. Diese Zusammenarbeit solle auf einer freiwilligen Basis auch erhalten bleiben und nicht institutionalisiert werden.

Diese Sozialpartnerschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat schon sehr viele Schwierigkeiten durchgemacht; ähnlich wie die österreichische Landschaft, Berg und Tal. Es hat auch immer verschiedene Väter gegeben. Ich selber habe mich zu dieser Sozialpartnerschaft stets bekannt. Das war nicht immer sehr leicht. Ich möchte aber heute dazu sagen, daß dies nur dann möglich ist, wenn sie nicht dirigiert wird, wenn sie nicht verpolitisiert wird und wenn sie auf einer freiwilligen Basis bestehen bleibt. Nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Wirtschaft sind die Arbeitsplätze und der soziale Friede von ausschlaggebender Bedeutung.

Auch ein Ausschuß der OECD hat sich mit dieser Sozialpartnerschaft befaßt und zum Ausdruck gebracht, daß das Bestehen und das Funktionieren dieses in Europa eigentlich einzigartigen Modells weitgehend von den moralischen Qualitäten der handelnden Personen abhängig ist. Ich glaube, daß wir diese Partnerschaft in Österreich auch wirklich pflegen sollen.

Dirigistische Eingriffe in die Wirtschaft haben auf längere Sicht keinen preisstabilisierenden Einfluß. Sie führen im Gegenteil nur zu einer zeitlichen Verschiebung des Preisauftriebes. Letztlich muß dem Marktpreis doch Rechnung getragen werden, nur daß dann die lange zurückgestaute Erhöhung auf einmal spürbar wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaft setzt sich mit Nachdruck für echt stabilisierende Maßnahmen ein, wo immer sie sich bieten, ob das im Budget ist, ob das am Arbeitsmarkt ist oder wo sie als marktkonforme Eingriffe einen Beitrag zur Preisstabilität leisten können.

Die Wirtschaft betrachtet die Verschlechterung ihrer internationalen Situation auf Grund der Beschleunigung des Preisauftriebes in Österreich mit echter Sorge.

Die OECD rechnet für ihre Mitgliedstaaten im Jahre 1971 mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 4,5 Prozent, und das Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziert für das Jahr 1971 Preissteigerungen von 5 Prozent.

Und hier, glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es hoch an der Zeit ist, daß wir der Stabilisierungspolitik in Österreich einen Vorrang einräumen. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine wichtige Gelegenheit, die vorhandenen inflationistischen Tendenzen zu bremsen, wurde aber bereits versäumt. Einnahmen und Ausgaben des Voranschlages für das Jahr 1971 weisen Rekordsteigerungen auf, und das Defizit ist das höchste, das wir je hatten. Die Regierung hat sogar im Falle des Dieselölprix selbst Preiserhöhungen beschlossen, die sich natürlich auch auf andere Preise auswirken werden. Ich glaube, wir haben es ja durch die Protestfahrt des Verkehrsgewerbes gesehen, wie schwierig es dieser Wirtschaftszweig hat und wie ernst sein Protest zu nehmen ist.

Nach wie vor aber sträubt sich die sozialistische Bundesregierung gegen Maßnahmen, die die Anpassung an den Arbeitsmarkt — und ich glaube, daß das einer der Hauptgründe für den Lohn- und Preisauftrieb ist — wirkungsvoll mildern könnten.

Ing. Sallinger

Die Schaffung eines modernen Ausländerbeschäftigungsgesetzes ist ebenfalls bislang an dem Widerstand der Sozialisten gescheitert. Die Bundeswirtschaftskammer hat in den letzten Tagen Teams in die Bundesländer hinausgeschickt, um Konjunkturgespräche zu führen. Diese Teams waren nicht nur in den Landeshauptstädten, sondern gingen bis in die Bezirke hinaus, und überall sind unsere Herren auf das zentrale Thema gestoßen: die Ausländerbeschäftigung. Immer wieder wurden sie darauf hingewiesen.

Besonders abhängig von einer genügenden Anzahl ausländischer Arbeitskräfte sind die westlichen Bundesländer, die ihre Wachstumschancen in erster Linie durch den drückenden Arbeitskräftemangel eingeengt sehen.

Meine Damen und Herren! Ich kann es wirklich nicht verstehen, daß man sich von Arbeitnehmerseite her gegen Maßnahmen stellt, die sowohl wachstumsfördernd als auch stabilitätsfördernd wirken könnten.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Bundeswirtschaftskammer haben anlässlich der Unterzeichnung des Kollektivvertrages über die etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche, die bekanntlich am 1. Jänner 1970 in Kraft getreten ist, eine Erklärung unterzeichnet, und darin heißt es:

„Soweit bei einem Arbeitskräftemangel Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht ausreichen, soll zur Vermeidung von Engpässen eine liberalere Zulassung ausländischer Arbeitskräfte Platz greifen. Verhandlungen über ein modernes Fremdarbeitergesetz wären umgehend aufzunehmen.“

Ich möchte von dieser Stelle aus die Arbeitnehmerseite an diese Zusage erinnern und sie ersuchen, daß wir nicht lange oder ewig verhandeln sollen, sondern daß wir vielleicht in kurzer Zeit zu einem positiven Abschluß kommen.

Der Beitrag, der von dieser Seite aus zur Dämpfung des Preisauftriebes und zur Steigerung des Wachstums zu leisten wäre, dürfte nicht unterschätzt werden.

Die Österreichische Volkspartei hat mit ihrer Initiative, die Überstunden steuerlich zu entlasten, einen Erfolg gehabt. Mit diesen Maßnahmen allein wird diesem akuten Engpaß auf dem Arbeitsmarkt nicht beizukommen sein, denn die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung, die ja jetzt immer mehr und mehr in Erscheinung tritt, läßt vom Arbeitsmarkt her weiterhin inflationistische Impulse ausgehen.

Wir wollen nicht in Abrede stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ein

gewisser preisdämpfender Effekt von den sogenannten flankierenden Maßnahmen ausgeht, die vor kurzem von der Regierung neuerlich beschlossen worden sind. Wir wollen aber keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Regierung damit Zollpositionen, ohne eine echte Gegenleistung dafür zu bekommen, eigentlich verschenkt hat. In weiterer Folge ist damit eine echte Gefährdung von Betrieben und auch von Arbeitsplätzen zu sehen.

Ich möchte mit Nachdruck hier feststellen, daß die Bundeswirtschaftskammer einer neuerlichen Verlängerung dieser flankierenden Maßnahmen nicht wird zustimmen können, weil es nicht im Interesse der Wirtschaft liegen kann, daß Arbeitsplätze und auch die Existenz von Betrieben aufs Spiel gesetzt werden. Preisdämpfende Zollsenkungen dürfen nicht zu einer Höhe führen, die im Falle eines Interimsabkommens den EWG-Außentarif unterschreiten würde. Es ist überhaupt eine Frage, ob die Handelspolitik ständig zu einem Instrument der Konjunkturpolitik gemacht werden soll. Ich bin der Meinung, daß handelspolitische Zugeständnisse nur auf einer völligen Gegenseitigkeit beruhen sollten. (Beifall bei der ÖVP.)

Restriktive geld- und kreditpolitische Maßnahmen würden in der jetzigen Phase der Konjunktur auch nicht geeignet sein, den Preisauftrieb zu dämpfen. Gegenwärtig gehen die Auftriebstendenzen hauptsächlich von der Kostenseite aus, daher müssen globale Nachfragebeschränkungen von der Geldseite aus schwere Wachstumsstörungen hervorrufen.

Schon im ersten Quartal 1970 sind die Lohnstückkosten um 3 Prozent gestiegen und im zweiten und dritten Quartal bereits um 5 Prozent. Auf Grund der Herbstlohnrunde dürfte mit Sicherheit anzunehmen sein, daß eine weitere Erhöhung der Kosten Platz greifen wird. Die Erhöhung der Lohnstückkosten von 5 Prozent, von denen ich jetzt gesprochen habe, zeigt aber in aller Deutlichkeit, daß die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung von den Betrieben nicht aufgefangen werden konnten.

Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zur österreichischen Regierung ist die OECD der Ansicht, daß gegenwärtig die Inflation das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik sei. Ebenso im Gegensatz zur österreichischen Regierung steht offenbar auch die „Arbeiter-Zeitung“, wenn sie in einem Kommentar feststellt: „Wenn die Inflation das Opium für das Wirtschaftswachstum sein soll, dann muß es eines Tages ein böses Erwachen aus dem Trancezustand der Wirtschaft geben.“

2098

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Ing. Sallinger

Ich kann mich dieser Ansicht nur anschließen.

Allerdings steht die Wirtschaft nicht nur unter einem zunehmenden Kostendruck, sondern den Unternehmungen wird ein immer größerer Teil des Gewinnes weggesteuert. Ist schon die Gesamtbelaistung an Steuern und Abgaben mit 39,4 Prozent des Bruttonationalproduktes hoch genug — Österreich liegt, glaube ich, damit im Spitzensfeld der europäischen Staaten —, so ist die Gewinnbesteuerung bei den Unternehmungen beinahe konfiskatorisch. Bei einem Großteil der Kapitalgesellschaften kassiert der Staat rund vier Fünftel oder 80 Prozent des Gewinnes. Ich habe diese Äußerung nicht nur heute gemacht, sondern von der Bundeswirtschaftskammer aus schon früher mehrere Male.

Die Situation wird aber durch die kleine Steuerreform noch verschärft. Die Erhöhung der Progression in den oberen Einkommensstufen verschlechtert die ohnedies kaum noch mögliche Eigenkapitalbildung der Unternehmungen noch weiter. Was nützen schließlich ein paar Prozent Zinsenzuschüsse bei Investitionskrediten, wenn gleichzeitig die Selbstfinanzierungsmöglichkeit der Betriebe im Wege einer Steuererhöhung wieder abgewürgt wird?

Sicher findet es die Wirtschaft lobenswert, wenn der Herr Handelsminister bei verschiedenen Förderungsaktionen ihre Forderung nach höheren Budgetansätzen durchgesetzt hat. Ich muß aber noch einmal betonen, daß das zentrale Problem für das Wirtschaftswachstum die Steuerpolitik ist. Mit dem Konzept „Die Reichen sollen zahlen!“, das eigentlich dieser kleinen Steuerreform zugrunde liegt, wird man die Wachstumsbedingungen der österreichischen Wirtschaft nicht verbessern, sondern offensichtlich verschlechtern.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede stolz eine Reihe von wachstumspolitisch ausgerichteten Ausgabenerhöhungen verkündet. In der Steuerpolitik, also auf der Einnahmenseite, ist aber das Gegenteil einer Wachstumsförderung zu erkennen. Hierin liegt eine der Ungereimtheiten des Budgets vom Jahre 1971. Während bei den Einkommen umverteilt wird, versucht man bei den Ausgaben wachstumsförderliche Prioritäten nachzuweisen, wie dies der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede erklärt hat.

Meine Damen und Herren! Mit diesen grundsätzlichen Vorbehalten zum Bundesvoranschlag 1971 möchte ich nun auf einige Positionen des Kapitels Handel eingehen.

Zunächst möchte ich an den Herrn Handelsminister eine Frage richten. Im Voranschlag sind 20 Millionen Schilling für Industrieförderung vorgesehen; aus den Erläuternden Bemerkungen ist nicht klar ersichtlich, wie sie verwendet werden sollen. Ich darf den Herrn Handelsminister um Beantwortung dieser Frage bitten.

Im Rahmen des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes sind für das kommende Jahr 6,7 Millionen Schilling für den Fremdenverkehr vorgesehen. Für das heurige Jahr war diese Summe mit 6,4 Millionen vorgesehen, also nur um ein wenig geringer. Es zeigte sich aber, daß diese 6,4 Millionen zuwenig sind. Der Bedarf für wichtige Fremdenverkehrsprojekte liegt schon 1970 um mindestens 1,5 Millionen Schilling höher.

Wenn dies bei der Verteilung der Mittel aus dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz schon nicht berücksichtigt worden ist, möchte ich den Herrn Handelsminister bitten, daß die festgelegte Verteilung der Mittel nicht starr eingehalten werden soll.

Meiner Meinung nach müssen alle Möglichkeiten des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes ausgenutzt werden. Dieses Gesetz bietet den Klein- und Mittelbetrieben eine wichtige Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Umstrukturierungs- und auch ihrer Anpassungsprobleme. Gerade die Klein- und die Mittelbetriebe sind ein wichtiger Faktor in der österreichischen Wirtschaftsstruktur. (Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Besonders stark sind im Budget 1971 die Förderungsmittel für den Kohlenbergbau gestiegen. Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede erklärt, daß damit ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung sowohl der Brennstoffversorgung als auch der Arbeitsplätze geleistet wird. Diese Mittel sollten meines Erachtens im Rahmen eines struktur- und regionalpolitischen Konzeptes vergeben werden, nicht aber unter dem Titel „Arbeitsplatzsicherung“ zu strukturkonservierenden Defizitdeckungen verwendet werden.

Ich möchte aber gleich feststellen, damit soll nichts gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen gesagt sein, denn die Arbeitsplätze liegen nicht mehr allein dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes oder der Arbeiterkammer, sondern auch dem Präsidenten der Bundeskammer am Herzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Hier aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, könnte ein Ansatzpunkt für eine zielstrebige Strukturpolitik geschaffen werden. Ich glaube, daß hier von Seiten der SPÖ noch

Ing. Sallinger

keine konkreten Vorstellungen vorliegen. Es wurde vom Herrn Finanzminister zwar ein zehnjähriges Investitionsprogramm angekündigt, wobei jedoch regional- oder strukturpolitische Vorstellungen fehlen.

Aber auch in der verstaatlichten Industrie gibt es noch wenig Initiativen. Immerhin wurde die fast schon perfekte Fusionierung von OMV und OSW von der neuen Regierung unterbunden. So kann ich mir eine moderne Industriepolitik nicht vorstellen.

Im Gegensatz dazu war aber der Herr Finanzminister im Konjunkturausgleichshaushalt mit der verstaatlichten Industrie sehr großzügig. Während für die private Wirtschaft von den 3,1 Milliarden Schilling des Eventalbudgets mit 31 Millionen Schilling nur knapp 1 Prozent vorgesehen ist, soll die verstaatlichte Industrie mit rund 800 Millionen Schilling, also mit mehr als einem Viertel der Gesamtsumme dotiert werden.

Ich möchte hier ausdrücklich wieder festhalten, daß hier nichts gegen die Dotierung der verstaatlichten Industrie gesagt werden sollte, denn sie wird von der Bundeswirtschaftskammer als Interessenvertretung genau so vertreten. Aber die ungleiche Verteilung — 1 Prozent gegen 25 Prozent — läßt eigentlich den Eindruck aufkommen, daß hier ideologische Momente maßgebend gewesen sind, ganz abgesehen davon, daß man mit konjunkturpolitisch begründeten Eventalzahlungen die Strukturprobleme der verstaatlichten Industrie nicht lösen kann.

Ich glaube nicht, daß man die Probleme der Verstaatlichten vor sich herschieben kann, noch dazu, wo wir im vorigen Monat in Brüssel mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Gespräche geführt haben. Ich glaube deshalb, daß die Reorganisation der verstaatlichten Industrie mit Vorrang zu behandeln wäre. Wir alle müssen einsehen, daß für die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe auf dem integrierten europäischen Markt weder ideologische Standpunkte noch lokale Interessen ausschlaggebend sein können.

Die Stagnation in der Integrationspolitik ist erfreulicherweise überwunden, und neben Großbritannien, Irland, neben Norwegen und Dänemark werden nun auch drei neutrale Staaten in Brüssel Verhandlungen führen.

Wenn wir die Verhandlungen unseren langjährigen Erfahrungen entsprechend auch sehr nüchtern betrachten, so glaube ich doch, daß diesmal die Aussichten, ein Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu bekommen, günstig sind.

Allerdings sind die Probleme, die immer schon Schwierigkeiten bereitet haben, dieselben geblieben. Es geht hier vor allem um die Frage, inwieweit nach Vorstellungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Zollabbau mit einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitik verbunden sein muß und wie weit eine solche Harmonisierung unter Wahrung des Neutralitätsstatus erreicht werden kann, dem wir dann zustimmen können.

Wir werden bei den Verhandlungen, die da geführt werden, auch darauf Bedacht nehmen müssen, daß die für den österreichischen Außenhandel so wichtigen EFTA-Vorteile nicht verlorengehen.

Der österreichische Export hat seit Ende 1967 Rekordergebnisse gezeigt, und ich glaube, daß wir heuer sogar mit einer Ausführsteigerung von über 20 Prozent rechnen können. Erfreulich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dabei, daß sich neben dem Exportboom auch die Exportstruktur besonders erweitert hat.

Wie im OECD-Bericht von 1969 ersichtlich ist, konnte Österreich ab 1969 zum erstenmal in den sechziger Jahren auf manchen Gebieten seine Marktanteile wesentlich erweitern. Nach Ländern betrachtet, konnten wir eine größere Streuung der Exporte erzielen. Außerdem spielen die Grundstoffe nicht mehr die dominierende Rolle wie zu Anfang der sechziger Jahre, und der Anteil an Fertigwaren an unserem Export ist deutlich gestiegen.

Zu dieser Entwicklung hat auch die Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer nicht unwesentlich beigetragen. Ich freue mich immer, wenn Kolleginnen oder Kollegen hier im Nationalrat über diese Außenhandelsorganisation positiv sprechen, so wie es heute der Abgeordnete Peter, gestern Scrinzi und auch Probst getan haben; von unseren Herren, die hinaus kommen, weiß ich, daß sie sowie — und ich bin darüber sehr erfreut — eigentlich alle dieser Organisation positiv gegenüberstehen.

Die österreichischen Exporterfolge, die wir erzielt haben, zeigen, daß die für die Exportförderung zur Verfügung gestellten Mittel für die ganze Volkswirtschaft wirklich gewinnbringend angewendet worden sind. Und nach meiner eigenen Erfahrung möchte ich sagen, daß wir jedenfalls im Ausland um diese echte österreichische Organisationsform auf der Basis der Interessenvertretung sehr beneidet werden. Aber auch die österreichischen Unternehmer sind von der Leistungsfähigkeit dieser Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer überzeugt.

2100

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Ing. Sallinger

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir suchen ständig nach neuen Methoden der Marktbearbeitung im Ausland, und Delegationen, sogenannte fact-finding-Missionen, unter der Leitung der Bundeswirtschaftskammer bereisen alle diese Gebiete, wo wir glauben, daß noch Marktchancen unerschlossen sind. Erst vor wenigen Tagen ist eine solche Delegation aus Ostafrika wieder zurückgekehrt; sie hat dort die Erkenntnis gewonnen, daß sich für Österreichs Exportwirtschaft bei einer intensiven Marktbearbeitung noch viele Möglichkeiten, die bis jetzt noch nicht erschlossen worden sind, erschließen werden.

Ich habe im Vorjahr von dieser Stelle aus über das „Jahr des Exportes“ gesprochen, und wir haben heuer zu Beginn der Österreich-Woche in einer Pressekonferenz dieses „Jahr des Exportes“ vorgestellt. Wir haben auch ein Handbuch herausgegeben, und ich habe mir nach Rücksprache mit den drei Klubobmännern erlaubt, auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Handbuch „Handel mit dem Ausland“ zur Verfügung zu stellen.

Die Situation der Märkte bringt aber unserer Wirtschaft nicht nur neue Chancen, sondern zwangsläufig ist das auch mit einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbes und der Konkurrenz verbunden.

Unter den vielen Komponenten, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit — speziell der kleinen und der mittleren Betriebe — unserer Wirtschaft beitragen, ist das Zustandekommen einer liberalen Gewerbe-rechtsreform von Bedeutung. Die geltenden Bestimmungen hemmen teilweise die Entfaltung der unternehmerischen Initiative und damit auch die optimale Ausnützung der Marktchancen.

In letzter Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde viel von Gewerbefreiheit gesprochen. Gewerbefreiheit kann aber nur als „mehr Freiheit gegenüber dem gegenwärtigen Zustand“ aufgefaßt werden und sollte nicht im Sinne eines schrankenlosen Zuzuges verstanden werden. Auch eine übertriebene Liberalisierung zur Beseitigung der Konzessionspflicht und des Lokalbedarfes hält die Wirtschaft nicht für richtig. Es muß allerdings überprüft werden, wo dieses Instrument wirklich unentbehrlich ist. Wir werden uns von seiten der Wirtschaft aus wirklich um eine sehr liberale Gewerbeordnung bemühen und werden hier mit dem Herrn Handelsminister einen engen Kontakt aufnehmen.

Ich bin der Auffassung, daß die Liberalisierung der Gewerbeordnung in erster Linie zu einer größeren Mobilität der Gewerbe-

treibenden führen sollte. Am Befähigungsnachweis, meine sehr geehrten Damen und Herren, dürfte allerdings nicht gerüttelt werden. Es wäre anachronistisch in einer Zeit, in der die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus auf allen Gebieten als vordringlich bezeichnet wird, wenn man einzelne Sparten der Wirtschaft den Wettbewerbanbieter ausliefert, die noch keine hinreichende Voraussetzung dafür haben. Die Leidtragenden, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß möchte ich besonders betonen, wären in erster Linie die Konsumenten.

Ich glaube deshalb, daß die Ausbildung und die Weiterbildung der Unternehmer immer wichtiger wird, weil die an sie gestellten Anforderungen immer größer werden.

Diesem Erfordernis tragen die Wirtschaftsförderungsinstitute der Bundeskammer auf vielen Gebieten Rechnung. Sie wurden gerade in letzter Zeit mit neuen Aufgaben konfrontiert und haben ihre Tätigkeit wesentlich ausgeweitet. Die Wirtschaftsförderungsinstitute befassen sich nicht nur mit der Schulung und der Beratung der Unternehmer selbst, sondern sie bieten allen, die in der Wirtschaft tätig sind, ob es Arbeiter, Angestellte sind oder Führungskräfte, also allen, die dort praktisch mitarbeiten, die Möglichkeit, ihre berufliche Ausbildung und Weiterbildung zu verbessern.

Um die Bedeutung dieser Kurse und Seminare der Wirtschaftsförderungsinstitute besser zu verstehen, erlaube ich mir, Ihnen auch einige Zahlen bekanntzugeben. Im Jahre 1960 besuchten rund 60.000 Teilnehmer die 2700 Veranstaltungen der Wirtschaftsförderungsinstitute, und es wurden zirka 150.000 Stunden aufgewendet. Im Jahre 1970 waren es 105.000 Teilnehmer bei 5200 Veranstaltungen, und die Zahl der Stunden hat zirka 230.000 betragen.

Wenn man aber sämtliche Veranstaltungen der Wirtschaftsförderungsinstitute rechnet — ich habe hier nur jene Kurse und Seminare genommen, die auf mehrere Tage anberaumt sind —, wenn ich also auch Kurzvorträge, Filmvorträge und Diskussionen mitzähle — das ist ja oft das Geheimnis großer Zahlen —, so kommen wir im Jahre 1960 auf 148.000 Besucher bei 4200 Veranstaltungen, und im Jahre 1970 werden sich diese Zahlen verdreifachen, also auf 525.000 Besucher bei 13.000 Veranstaltungen.

Meine Damen und Herren! Eine besondere Rolle im Bildungswesen der Kammern spielt bereits die Managementausbildung für mittlere und höhere Führungskräfte. Ich glaube, wir sind alle der Meinung, daß ohne diese Ausbildung eine Unternehmungsleitung in der

Ing. Sallinger

jetzigen Zeit gar nicht mehr denkbar ist. Ich bin der Auffassung, daß die Wirtschaftsförderungsinstitute durch ihre Tätigkeit eine wichtige wachstumspolitische Aufgabe erfüllen und daß sie daher auch aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollten. Diese Funktion der Wirtschaftsförderungsinstitute wird in den nächsten Jahren aber noch an Bedeutung zunehmen und wird auch noch mehr Mittel erfordern.

Hohes Haus! Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich noch einmal mit Nachdruck betonen, daß die Grundvoraussetzung für ein störungsfreies Wirtschaftswachstum ein möglichst hoher Stabilitätsgrad und eine wachstumsfreundlichere Steuerpolitik sind. Ein Inflationskurs und eine Steuerpolitik nach dem Grundsatz: „Die Reichen sollen zahlen!“, müßte über kurz oder lang in die wirtschaftliche Stagnation führen.

Die Sozialpartner waren bisher immer bereit, sich verantwortungsbewußt um einen Wachstumskurs ohne Inflation zu bemühen. Wenn auch die Regierung bereit wäre, diesem Beispiel zu folgen, könnte die österreichische Wirtschaft weiterhin ihre Wachstumschancen voll und ganz nützen.

Hohes Haus! Trotz der Verbesserung in einigen Ansätzen sieht sich die Österreichische Volkspartei wegen der grundsätzlichen Einwände gegen die dahinterstehende Wirtschaftspolitik nicht in der Lage, dem Kapitel Handel ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Kostroun.

Abgeordneter Kostroun (SPO): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst eine grundsätzliche Feststellung machen: Uns allen, die wir uns für die Zukunft unseres Landes verantwortlich fühlen, ist der untrennbarer Zusammenhang, der zwischen Wirtschaft und Staatshaushalt besteht, bekannt.

Wir alle ohne Unterschied der Parteirichtung — davon bin ich überzeugt — sind uns darüber im klaren, daß die Wirtschaft die Mutter aller Dinge ist. Vom Ausmaß ihres Erfolges hängt nicht allein die Erfüllung aller bestehenden staatlichen Verpflichtungen ab, sondern ebenso hat die Erfüllung aller wichtigen Wünsche und Notwendigkeiten eine funktionierende Wirtschaft zur Voraussetzung.

Wir alle aber wissen ebenso, welche Bedeutung einem budgetierten Staatshaushalt für die Wirtschaft zukommt. Im Budget jedes Jahres widerspiegeln sich einerseits die wirt-

schaftlichen Gegebenheiten; andererseits soll ein Bundesvoranschlag für die Wirtschaft auch ein Orientierungsbehelf und, wo immer es möglich ist und notwendig erscheint, auch ein Hilfsinstrument sein. Das zum Grundsätzlichen.

Wer sich nun der Mühe unterzogen hat, den vorliegenden Bundesvoranschlag für das nächste Jahr in den einzelnen Gruppen zu prüfen und in der Gesamtschau zu würdigen, wird in dieser Gesamtschau zur Erkenntnis kommen müssen, daß unter den gegebenen Umständen auf alle Staatsverpflichtungen, aber ebenso auf alle gegenwärtig erfüllbaren Notwendigkeiten Bedacht genommen wurde. (Der dem Hause zugeteilte Postoberoffizial Resnecik, der in Uniform den Saal betreten hat, begibt sich in dienstlicher Eigenschaft zur Bank der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer. — Abg. Dr. Mussil: Herr Präsident! Darf Uniform in den Saal hinein?)

Präsident Probst: Das ist ein Beamter. (Abg. Weikhardt: Das ist der Postbote! — Abg. Dr. Mussil: Bitte, geht das? Ich möchte mich nur erkundigen!) Herr Abgeordneter Mussil, ich bitte Sie. Das war ein Zwischenruf, ja? Das war ein Zwischenruf.

Abgeordneter Kostroun (fortsetzend): Nun, meine Damen und Herren, ist mir während der Generaldebatte zu diesem ersten Budgetentwurf aufgefallen, daß mehrere Redner der ÖVP verwundert darüber waren, daß die Regierung nicht ein sozialistisches Budget nach den Propagandavorstellungen der ÖVP vorgelegt hat.

Diese Redner — das muß ich in aller Eindeutigkeit sagen — sind offenbar in ihre Propagandavorstellungen und Slogans, die sie in Versammlungen bringen, so sehr verstrickt, daß sie nicht mehr in die Wirklichkeit zurückfinden können. (Abg. Dr. Mussil: Das ist ein Budget ohne Eigenschaften!)

Man hat anscheinend angenommen, Herr Generalsekretär, daß diese erste Regierung der SPO — wenn überhaupt — nur ein Budget erstellen kann, das alles wild auf den Kopf stellt, statt in allen Bereichen — wie es geschehen ist — für eine kontinuierliche Weiterentwicklung zu sorgen.

Man hat offenbar gemeint, daß dieses erste Budget einer sozialdemokratischen Regierung im Sinne des ständigen Propagandaslogans der ÖVP Wirtschaftsfremdheit oder Wirtschaftsfeindlichkeit widerspiegeln wird.

Das gerade Gegenteil zeigt sich schon bei einem objektiven Vergleich und einer sachlichen Prüfung der zur Behandlung stehenden Budgetgruppe IX: Handel, Gewerbe und Inlu-

2102

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Kostroun

striе. (Abg. Dr. Mussil: Bei der Mineralölsteuer!)

Ich habe bereits bei der Beratung dieser Budgetgruppe im Finanz- und Budgetausschuß mit einzelnen Zahlen eindeutig und unwiderleglich nachgewiesen, um wieviel höher die Förderungsausgaben und Kredithilfen für den Bereich von Gewerbe und Handel, für den Fremdenverkehr und den Verkehr sowie für die Industrie in diesem Budget der SPO-Regierung im Vergleich zu den Budgetansätzen der ÖVP-Regierung in den Jahren 1969 und 1970 dotiert wurden. Das hat bescheiden auch der Herr Präsident Sallinger zugeben müssen.

Auch mit diesen Ansätzen dokumentiert sich die Erfüllung des Wählerauftrages an die SPO, die ersten Voraussetzungen für eine weitere kontinuierliche Entwicklung unserer Wirtschaft zu einem modernen Österreich zu schaffen.

Wir haben ebenso wie der Herr Präsident Sallinger mit Interesse festgestellt, welche Initiativen der Herr Handelsminister auf manigfachen Ebenen entwickelt hat, um zu einer Vereinheitlichung — um ein Beispiel anzu führen — und besseren Koordinierung der verschiedenen Förderungs- und Kredithilfeinrichtungen zu kommen sowie für die Förderungsmaßnahmen des Bundes Schwerpunkte zu erarbeiten, die der gesamten gewerblichen Wirtschaft rascher als bisher helfen sollen.

Wir werden aber auch nicht ruhen, meine Damen und Herren, bis auch Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes in allen Entscheidungsorganen über Ansuchen von Kredit- oder Bürgschaftswerbern mitentscheiden können, damit die volle Sicherheit für eine objektive Prüfung jedes Falles und für gerechte Entscheidungen gewährleistet ist.

Der Freie Wirtschaftsverband hat auf Grund der nunmehr endlich abgeschlossenen Handelskammerwahlen — sie haben von April bis jetzt gedauert, zuerst die direkten Wahlen, jetzt unzählige indirekte Wahlen bis zur Wahl des Bundeskammerpräsidenten — als zweitstärkste Wählergruppe — sie ist wohl die Minderheit, aber die zweitstärkste einheitliche Wählergruppe im Rahmen der Handelskammerorganisation — ein Recht auf Mitbestimmung in allen für die gewerbliche Wirtschaft bedeutsamen Angelegenheiten erworben. Dieses Recht aber wird schließlich jeder Demokrat anerkennen müssen.

Wir kennen die Bemühungen des Herrn Handelsministers, zu einer einvernehmlichen Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Schaffung einer zeitgemäßen neuen Gewerbeordnung zu kommen.

Hier möchte ich mit aller Deutlichkeit den Standpunkt des Freien Wirtschaftsverbandes klarstellen: Höchstmögliche Gewerbebefreiheit: ja!, aber Zügellosigkeit: nein! Es müssen auch hier die Ordnungselemente zur Verankerung kommen. (Abg. Dr. Mussil: Die Zügel haben wir in der Hand, Herr Präsident!)

Wir sind uns mit der Mehrheit im Rahmen der Handelskammer auch im klaren darüber, daß bestehende Einrichtungen der Kammerorganisation Zug um Zug der neuen Gewerbeordnung angepaßt werden müssen.

Wir hoffen, daß es uns in diesem Zusammenhang auch möglich sein wird, zu einer Einigung über die Vereinfachung der Handelskammerwahlen und zu der Einführung des amtlichen Stimmzettels für die nächsten Wahlen zu kommen (Abg. Dr. Mussil: Haben wir vereinbart!), so wie dieser amtliche Stimmzettel für andere Wahlen — zuletzt auch für die in die Kammern für Arbeiter und Ange stellte — längst besteht. (Abg. Dr. Mussil: Ist abgesprochen, Herr Präsident!) Ich bitte aber, mit den kammerinternen Vorbereitungen zu beginnen, sodaß wir möglichst bald einen Vorschlag haben. (Abg. Dr. Mussil: Die technischen Schwierigkeiten sind unendlich groß!) Ich weiß, Herr Generalsekretär, daß die Meinungen im Österreichischen Wirtschaftsbund darüber, den amtlichen Stimmzettel auch bei diesen Wahlen einzuführen, sehr geteilt sind. Da ist ein Ost-West-Gefälle festzustellen, und der Westen ist noch zu überwinden. Diese Einsicht ist zu vermitteln, und darum bitte ich Sie.

Wir hoffen auf allen diesen Gebieten auf die Hilfe des Herrn Handelsministers, soweit diese Hilfe erforderlich ist.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zur Beleuchtung einer anderen Sache. Es ist bereits in der Öffentlichkeit bekannt — auch Herr Präsident Sallinger hat davon gesprochen —, daß die Bundeskammer das nächste Jahr als „Jahr des Exports“ erklärt hat und durch manigfache Maßnahmen das Exportbewußtsein und die Exportgesinnung in Österreich stärken sowie die Exporterfolge unserer Wirtschaft, wo immer es möglich ist, steigern will. Jeder von uns weiß, in welch hohem Maß das Schicksal unseres Landes vom Ausmaß unseres Exports abhängt.

Es ist daher dringend erforderlich, daß das Exportbewußtsein und die Exportgesinnung in alle Kreise unserer Bevölkerung dringt. Das wird noch viel zu sehr unterschätzt. Durch manigfache Veranstaltungen in der Öffentlichkeit, aber auch in den Schulen soll unserem Volk die Bedeutung unserer Exportwirtschaft für die Erhaltung der Vollbeschäftigung und

Kostroun

Kaufkraft, die Steigerung des allgemeinen Wohlstandes und die Ausweitung aller kulturellen Bestrebungen, aber ebenso zur Sicherung unserer Importbedürfnisse und unserer Währung zum Bewußtsein gebracht werden. Vor allem aber soll auch in allen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft die Exportgesinnung vertieft werden.

Darüber hinaus aber sollen durch eigene Aktionen mehr als bisher alle Weltteile für die Qualität und Preiswürdigkeit unserer Exportgüter mobilisiert werden.

Ich habe in den 25 Jahren, in denen ich in der Handelskammer wirkte, wenige Reisen gemacht, ich habe nie Zeit gehabt, ich mußte sie aus Zeitmangel ablehnen. Aber zwei Studienreisen und Besuche sind mir in besonderer Erinnerung: Das ist einerseits die Österreich-Ausstellung im Rahmen der Messe in Vancouver im fernen Kanada und andererseits ein Kurzbesuch bei der Österreich-Ausstellung im Rahmen der Tokioter Messe.

Es ist so schade, daß die Herren dieses Hauses nicht die Möglichkeit haben, die Tätigkeit der Firmen und die Tätigkeit der Außenhandelsstellen selbst einmal zu sehen.

Wenn man nach Vancouver kommt, stellt man vor allem eine ungeheure Kaufkraft in den weitesten Schichten der Bevölkerung fest, also eine Chance für uns, unsere preiswerten Güter dort zu verkaufen. Die Österreich-Ausstellung im Rahmen der Messe von Vancouver war — nicht einseitig betrachtet, sondern das wurde allgemein festgestellt — die schönste Ausstellung, sowohl was den Pavillon betrifft, als auch die Arrangierung der Ausstellung selbst.

Wir sind vom dortigen Ministerpräsidenten — mit unseren Landeshauptmännern vergleichbar — eingeladen worden, uns eine Leistung der VOEST anzusehen. Wir sind kurz vor der Abreise im nördlichsten Teil des fernen Kanada gestanden und haben uns, als wir den Namen VOEST gesehen haben, daran erinnert, welche Bedeutung unserem Export zukommt. Es wurde eine Seilbahn gebaut, und wir wurden ermuntert, alles zu tun, damit Österreich auch beim weiteren Ausbau dieses Bergbahnnetzes mitwirkt. Der Ministerpräsident hat gesagt: Wir wollen es so wie in Kitzbühel haben. — Er wurde nämlich selbst seinerzeit von Bundeskanzler Figl zu einem Besuch Österreichs eingeladen, er hat ungeheure Eindrücke mitgenommen und wollte manches davon mit österreichischer Hilfe dort verwirklichen. Das allein hat uns fasziniert.

Ich könnte aber auch über die Aussteller in den anderen Pavillons berichten. Industrie,

Gewerbe, Handel haben sich bemüht, das Beste zu geben und anzubieten. Alle, die dort beschäftigt waren, waren initiativ für Österreichs Wirtschaft.

Ein zweites Beispiel: In Tokio waren wir ebenso im Rahmen der schönen Österreich-Ausstellung zuerst zutiefst von dem ersten Aussteller, dem Verband der Vorarlberger Stickereiindustrie, beeindruckt, aber auch von allen anderen Ausstellern, die gewerbliche, kunstgewerbliche und industrielle Erzeugnisse angeboten haben. Ich habe den Leiter des Verbandes der österreichischen Stickereiindustrie damals gefragt: Sind Sie mit dem Geschäft zufrieden, das nicht nur ein Geschäft ist, sondern der Export ist wichtig für unser ganzes Land, für alle Schichten der Bevölkerung? — Er hat mir gesagt — ich habe es vorher nicht gewußt —: Die Kaufkraft steigt immer mehr, die Abschlüsse ebenso, und es ist ein rentabler Boden, um uns zu bemühen.

Das soll nur ein kleiner Rückblick auf die Eindrücke sein, die ich gewonnen habe. Diese Eindrücke sollen auch im „Jahr des Exports“ allen Menschen in Österreich zum Bewußtsein gebracht werden.

Meine Damen und Herren! Wer die Bedeutung des Fremdenverkehrs als zweite entscheidende Säule unserer Gesamtwirtschaft einzuschätzen weiß, wird erkennen, daß ähnliche Aktionen, besonders eine einheitliche und dadurch wirksamere Auslandswerbung, auch für unseren Fremdenverkehr erforderlich sind.

Ich bedaure es aber in diesem Zusammenhang an dieser Stelle, daß nicht auch die anderen Kammern und die Gewerkschaften in den Dienst aller Aktionen für unsere Export- und Fremdenverkehrswirtschaft gestellt wurden.

Nun zu einem Kapitel, das Herr Präsident Sallinger bereits erwähnt hat: die Zusammenarbeit der Sozialpartner. Es ist bereits darauf verwiesen worden, daß erst kürzlich internationale Experten der OECD festgestellt haben, daß unser Land beispielhaft wenige Streiks aufweist und in der ersten Reihe jener Staaten steht, in denen bisher der soziale Frieden erhalten werden konnte. Wenn in anderen Ländern durch Streiks immer erhebliche Produktionsausfälle mit allen Folgen eintreten, ist bei uns durch die freiwillige Zusammenarbeit der Sozialpartner, die vor allem auch der verantwortungsbewußten Führung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu danken ist, die Gewähr gegeben, daß ohne wesentliche Störungen produziert werden kann, die Preis- und Kostenlage dadurch unter dem internationalen Niveau bleibt und damit

2104

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Kostroun

ein erheblicher Beitrag zur Exportfähigkeit unserer Wirtschaft geleistet wird.

Aus allen diesen Gründen glaube ich, daß in unserem Land mehr als in jedem anderen Land die Sicherheit gegeben ist, daß wir Wirtschaftsrückschläge, wie sie für den Herbst 1971 prognostiziert wurden, leichter auffangen und überwinden werden können.

Man muß feststellen, daß auch von der Bundesregierung auf der Preisseite in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern alles unternommen wird, um die Preisentwicklung auch weiterhin unter dem internationalen Niveau zu halten.

Alle diese Maßnahmen können unsere Bevölkerung mit der Gewißheit erfüllen, daß im nächsten Jahr die Stabilität von Wirtschaft und Währung im Griff behalten werden kann. Darauf kommt es in dieser Situation der weltweiten Preisaufwärtsentwicklung an. (Abg. Mitterer zu den Sozialisten: Kein Applaus?)

Die Initiativen und Bemühungen der Bundesregierung kommen aber auch dadurch zum Ausdruck, daß in diesem Budget erstmals für den Fall einer Rezession das Konjunkturausgleichs-Budget vorgesehen wurde.

Ich weiß, daß auf verschiedenen Ebenen noch viele Probleme offen und zu lösen sind. Sie werden, das ist meine feste Überzeugung, durch das Zusammenwirken wenigstens der Sozialpartner leichter und besser gelöst werden.

Unser Volk kann aber mit Zuversicht — auch das ist meine Überzeugung — ins nächste Jahr sehen, weil offenkundig ist, daß die Regierung mit diesem Budget und mit anderen Maßnahmen alles zu unternehmen gewillt ist, damit unser Land in sozialem Frieden wirtschaftlich erfolgreich bleibt, die Wirtschaft notwendige Anpassungen vornehmen kann und damit die Stabilität und das weitere Wirtschaftswachstum in höchstmöglichem Maße gewährleistet bleiben.

Dazu, meine Damen und Herren, wollen auch wir Abgeordnete der SPÖ beitragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mitterer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Mitterer (OVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dieses Kapitel zum Anlaß nehmen, um zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Überlegungen Stellung zu nehmen. Ich werde keine persönlichen Angriffe vorbringen und völlig emotionslos die Dinge darstellen. Ich werde alles vermeiden, was irgendwie nach Diskri-

minierung aussieht. Ich werde aber doch das sagen, was im Zusammenhang damit gesagt werden muß. Es handelt sich ja im vorliegenden Fall um wirtschaftspolitische Fragen.

Der moderne Unternehmer und das moderne Unternehmertum reden nicht dem Nachtwächterstaat das Wort, aber auch nicht der Omnipotenz des Staates, also nicht der Allmacht des Staates. Ich glaube, es wird immer wieder vergessen, daß es die soziale Marktwirtschaft war, die in einem geradezu atemberaubenden Tempo in Europa den Wiederaufstieg ermöglicht hat und zu einem Wohlstand geführt hat, wie man ihn vor 25 Jahren einfach nicht für möglich gehalten hätte. Es kann also niemand bestreiten, daß es die soziale Marktwirtschaft war, die diesen Weg gefunden hat, und nicht irgendwelche Interventionen.

Die wenigsten Menschen denken heute noch daran, aber sie partizipieren sehr gerne an den Erfolgen. Sicher hat aber dieser rasante Weg nach oben auch zu einer Entwicklung geführt, daß viele Menschen, wenn es ihnen auch viel, viel besser geht als vorher oder als je zuvor, unzufrieden sind. Der Altbundesrat Vögl hat einmal ein sehr richtiges Wort gesagt, wenn er formuliert hat: Je mehr die Leute haben, desto mehr sind sie unzufrieden.

Es ist einmal so, daß natürlich das Streben nach größerem Einkommen, nach größerem Besitz vorhanden ist. Aber man sollte nicht vergessen, daß wir alle diese Erfolge auf sozialpolitischem, auf wirtschaftspolitischem Gebiet eben dieser sozialen Marktwirtschaft verdanken.

Naturgemäß stehen Steuerfragen bei wirtschaftspolitischen Erörterungen im Vordergrund. Wenn auch hier das Kapitel Handel besprochen wird, so darf ich doch auf einige steuerpolitische Überlegungen hinweisen, die deshalb einen klaren Zusammenhang bilden, weil sie ja die Voraussetzung für eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind.

Die Belastung des Bruttonationalprodukts — es wurde das heute schon gesagt — beträgt in Österreich 39,4 Prozent. Nach dem Entwurf des Herrn Ministers Dr. Androsch, nach dem Einkommensteuergesetz, wird der Marginalsatz rund 62 Prozent betragen. Es werden also bald zwei Drittel vom Einkommen absorbiert werden. Wenn man bedenkt, daß es sich um Einkommen handelt, die bei etwa 350.000 Schweizer Franken liegen, so muß man sich schon vor Augen halten, was eine solche Belastung bedeutet. Denn bei der Steuergruppe B beträgt bei einem Jahreseinkommen von 250.000 S die Einkommensteuer 31 Prozent. Dieselbe Einkommensteuer beträgt in

Mitterer

Großbritannien 21,8 Prozent, in Schweden 12,6 Prozent, in der Schweiz 11,2 Prozent, in Italien 10,6 Prozent und in Frankreich 7,2 Prozent.

Ich glaube, daß diese Ziffern sehr nüchtern sind. Das sind keine Behauptungen, das ist keine hingestellte Erklärung, die man bestreiten kann, sondern das sind Tatsachen. Ich gebe zu, daß richtig ist, was Finanzminister Dr. Androsch erst jüngst hier im Haus einmal gesagt hat, daß natürlich die Basis, von der aus man solche Vergleiche macht, verschieden ist. Das ist gar nicht zu bestreiten. Es steht aber ebenso fest, daß diese Belastungen im großen und ganzen so richtig sind, wie ich sie dargetan habe. Das ist eben der Fluch der bösen Tat, daß sie „fortzeugend immer Böses muß gebären“, nämlich es ist der Fluch der hohen Steuersätze, daß sie fortzeugend eine ständige Verhinderung einer Eigenkapitalbildung darstellen. Wir haben es daher mit der Tatsache zu tun, daß alle Betriebe in diesem Land, ob sie nun verstaatlicht oder privat sind, unterkapitalisiert sind und daß diese Unterkapitalisierung sicher die eigentliche Krankheit in der österreichischen Wirtschaft darstellt.

Wenn man nun immer wieder hier im Hause hört — wir haben es bei der Erörterung zu den verschiedensten Kapiteln gehört —, daß wir die Wissenschaftler wieder nach Österreich zurückbringen wollen, daß wir den Techniker, den Manager und alle anderen wagemutigen Persönlichkeiten und Unternehmerpersönlichkeiten haben wollen und in dieses Land zurückholen wollen, dann ist es eigentlich eine diametrale Maßnahme, die wir setzen, indem wir höhere Einkommen stärker besteuern.

Ich weiß, daß das dem Neidkomplexprinzip widerspricht und daß das heute in Österreich vielleicht unpopulär klingt. Aber eines steht fest, meine Damen und Herren: Wenn wir diese elitären Schichten — das sind keine Abstammungsschichten, also keine Adelschichten oder andere Schichten, sondern das sind die wirklich führenden Wissenschaftler, Techniker, Professoren, Manager und alle diejenigen, die in Wirklichkeit den Marschritt einer Wirtschaft bestimmen — mit derartigen Steuern belegen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie auf Grund ihrer hervorragenden Leistungen selbstverständlich versuchen, in anderen Ländern unterzukommen, wo ihnen von einem vielleicht gar nicht so verschiedenem Einkommen, einem Bruttoeinkommen, netto wesentlich mehr verbleibt. Ohne eine solche Schicht von elitären Gruppen — es ist eine ganze Reihe, eine große Palette; ob das der Techniker, der Wissenschaftler, der

Manager oder der Wissenschaftler ist — wird es keinen echten, wirklich dauernden Fortschritt geben und kann es keinen solchen Fortschritt geben. Letzten Endes wollen wir zur Steigerung des Wohlstandes diesen Fortschritt für die gesamte Bevölkerung.

Ich glaube daher, daß der Erfolg dieser Gruppen auch der Erfolg dieses Landes sein könnte und sein sollte und daß wir uns nicht täuschen lassen sollten, daß uns solche höhere Steuersätze, wenn sie vielleicht auch populär dargestellt werden können, letzten Endes nur selber Schaden zufügen.

Vergleichen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren — ich komme damit auf das beliebte Thema, das der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky immer wieder hat antönen lassen —, doch zwei Staaten in diesem Europa, die nach dem Krieg gleich gut dagestanden sind und die zu den reichsten Ländern in dem sonst zerstörten Kontinent gezählt haben, nämlich die Schweiz und Schweden.

Im sozialistischen Schweden wurden Erfolge erzielt, die überall herumgereicht wurden, wenn man auch weiß, daß es hinter den Kulissen ein bissel anders aussieht. Ich möchte niemandem in Österreich eine so perfekte Krankenvorsorge kennenzulernen wünschen, wie sie in Schweden besteht. Ich werde darüber einmal bei einer anderen Gelegenheit verschiedenes sagen. Man darf auch nicht vergessen, wenn man immer wieder die Bruttoeinkommen vergleicht, daß man die enorm hohen Mieten berücksichtigen muß, die dort gezahlt werden, daß die Handels- und Zahlungsbilanz dieses Landes, das nach dem Krieg — ich wiederhole es — zu den reichsten Europas gehörte — wahrscheinlich das reichste Land neben der Schweiz war —, in große Schwierigkeiten geraten ist, daß die Preissteigerungen gegenüber allen anderen Ländern weit voranliegen, und zwar trotz eines Preisstopps, daß die Importreserven, also jene Devisenmenge, die notwendig ist, um Importe zu tätigen, in Schweden nur mehr für drei Wochen reicht und daß Schweden wahrscheinlich am Vorabend sehr maßgeblicher Restriktionen steht.

Vergleichen Sie die Schweiz, die unter den gleichen Bedingungen den Krieg überdauert hat und die auch ein reiches Land war. Die Schweiz hat eine enorme Devisenreserve, sie weist eine Stabilität auf, sie hat einen echten Wohlstand, sie hat ein breit gestreutes Sparkapital, sie hat einen hohen Lebensstandard, und sie ist ein Wirtschafts- und Handelszentrum geworden, und all das unter den gleichen Bedingungen, nur von einer anderen Überlegung ausgehend, nämlich ausgehend nicht

2106

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Mitterer

von einer sozialistischen Wirtschaft, sondern einer marktwirtschaftlichen Wirtschaft, die letzten Endes der gesamten Bevölkerung gedient hat.

Hier kann man sagen: Auf der einen Seite die Wirtschaftsexperimente der sozialistischen schwedischen Regierungen und auf der anderen Seite eine ruhige, sachliche Entwicklung, wie wir sie in der Schweiz feststellen können. Ich glaube, wir sollten sehr versuchen, die Schweiz nachzuahmen und alles das zu tun, was die Schweiz mit großem Erfolg exerziert hat. Nunmehr, da die Schweiz fast kein ausländisches Kapital mehr fassen und aufnehmen kann, da das Arbeitskräftepotential völlig ausgeschöpft ist, hat sich Luxemburg sehr bemüht, ich möchte sagen, die zweite Rolle zu übernehmen, und das nicht ohne Erfolg.

Ich frage mich nun: Warum versuchen wir nicht, dieses Beispiel nachzuahmen und all das zu tun, was diese kleinen Länder, die auch über keine große Macht verfügen, heute mit Erfolg exerziieren? Ich glaube, daß man feststellen muß, daß man weder mit Dogmen noch durch optische Gags ein Land wirtschaftspolitisch interessant gestalten kann, sondern nur durch eine sehr konkrete, wirtschaftspolitisch richtige Arbeit. Die vernünftige Wirtschafts- und Steuerpolitik, wie etwa der Abbau der Aktiendiskriminierung, eine soziale Ruhe, eine absolute Wahrung des Bankgeheimnisses — eine der großen Angelegenheiten der Schweiz, das ihnen so viel Geld gebracht hat und so viel Kapital zugeführt hat — sowie die echte Werbebemühung, ausländische Betriebe ins Land zu bringen, das ist der Schlüssel zu einem steigenden Wohlstand, den wir doch nicht übersehen dürfen.

Ich habe mich ehrlich und erfolgreich bemüht, in den USA um solche Investitionen zu werben, und zwar deshalb, weil es mir klar war und weil es uns allen klar sein muß, daß in diesem Land noch immer trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten genügend Kapital, genügend „know-how“ und entsprechendes Management vorhanden ist, und all das ist es, was wir heute suchen. Sie, Herr Bundesminister, haben zwar nichts dagegen getan — das wird mir immer gesagt: Wir tun ja gar nichts dagegen! —, aber, Herr Bundesminister und meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, nichts dagegen zu tun, das ist zuwenig. Sie müssen sehr viel dazu tun (*Beifall bei der ÖVP*), denn andere Länder, meine Damen und Herren, die bemühen sich Tag und Nacht, diese Betriebe in ihr Land zu bringen!

Ich darf darauf hinweisen, daß Holland, daß Belgien und andere kleine Länder eigene

Büros in Amerika unterhalten, um diesen Kontakt herzustellen. Dieser Kontakt wird nicht dadurch gesichert, daß man auch da ist und daß man die Leute nicht hinauswirft, sondern dieser Kontakt wird dadurch hergestellt, daß man sich täglich und ständig um solche Investitionsvorhaben bemüht, die einem Land nur sehr zum Vorteil gereichen können. Ich habe festgestellt, und das mit Bedauern — vielleicht stimmt es nicht; es sollte mich sehr freuen, denn lieber hätte ich unrecht, und lieber wäre es mir, es würde meine Überzeugung nicht stimmen, aber die Dinge sprechen ja für sich —, daß Sie oft wenig Zeit haben für wichtige Fragen des Außenhandels, für die Finanzierungsmaßnahmen, die notwendig sein werden, im Rußland-Geschäft beispielsweise, wo heute die Bundesrepublik als schwerer Konkurrent auftritt. Patoljitschew hat eine Rede gehalten, in der er gesagt hat, daß die Kreditgabe das entscheidende in den nächsten Jahren sein wird. Wir haben multilateralisiert mit allen Schwierigkeiten, die Entwicklung vor Augen, und wir haben praktisch einen freien Handel auf der einen Seite konstituiert. Ich bekenne mich dazu. Das habe ich ja selbst damals noch eingeleitet. Aber natürlich war uns von Anfang an klar, welche Schwierigkeiten und Gefahren das mit sich bringt. Wenn man jetzt weiß, daß die Bundesrepublik als neuer Konkurrent sehr verschärft hinzutritt, muß man sich mit den möglichen Finanzierungsfragen befassen, denn die Multilateralisierung ist kein Allheilmittel, und Rußland wird dort kaufen, wo man bessere Konditionen macht.

Um diese Dinge kümmert man sich sehr wenig. Man hat sich sehr wenig um andere Außenhandelsfragen gekümmert. Ich denke zum Beispiel in Richtung Amerika. Ich weiß schon, daß Kennedy gestern vom Kabinett Nixon zurückgezogen wurde. Aber es kommt dabei nicht darauf an. Es hat Kennedy, der amerikanische Finanzminister, der eben abgelöst wurde, in der Amerikanisch-Österreichischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten und auf die Restriktion hingewiesen, die nun Amerika offenbar angehen will und zu der es gezwungen sein soll. Wir alle wissen doch, daß mit der Restriktion und mit dem Protektionismus letzten Endes wieder eine Weltwirtschaftskrise in den Bereich der Möglichkeit rückt.

Ich frage Sie nun, Herr Bundesminister: Haben Sie mit dem Minister Kennedy, aber auch mit dem amerikanischen Botschafter Kontakt genommen, um darzutun, daß es uns nichts nützt, wenn man freundliche Worte hört, daß ja diese Restriktion, die Amerika vor sieht, nicht für Österreich gedacht ist, sondern

Mitterer

für andere gewisse Dumpingländer. Das wissen wir alles, aber wenn es uns trifft, ist es ein schwacher Trost, daß es für die anderen gemeint war, wenn wir es zu spüren bekommen.

Sie sind nicht zu der EFTA-Tagung gefahren. Ich habe Ihnen das nicht deshalb vorgehalten, um irgendwie herumzumängeln und herumzukritisieren, sondern weil das irgendwie nicht möglich ist, daß wir eine EFTA-Tagung abhalten und unser Handelsminister nicht dort ist. Sie haben gesagt: Ich war durch den Außenminister vertreten. — Ich werde dazu noch ein paar Worte sagen, aber jedenfalls waren Sie nicht dort. Die anderen Handelsminister waren, aber dort! Die EFTA ist eine Vereinigung, in der immer nur die Handelsminister präsent sind; manchmal sind Außenminister mitgekommen und sind ein paar Stunden oder einen Tag geblieben, aber immer waren auf den EFTA-Tagungen die Länder durch die jeweiligen Handelsminister präsentiert und repräsentiert. Ich würde also sehr bitten, daß das nicht mehr vorkommt.

Ich möchte Sie auf noch etwas aufmerksam machen. In der Frage der EWG-Verhandlungen mit den neutralen Staaten fungieren jetzt auch — und ich bitte, das klar festzustellen zu können — als Verhandlungspartner in der EWG die Handelsminister! Ich führe das als Beweis an, nicht weil ich es etwa nur behaupte. Schweden etwa, Finnland, die Schweiz, sie schicken ihre Handelsminister Feld, Matila und Brugger und nicht die Außenminister. (Abg. Czernetz: Ist der Rippen auch Handelsminister?) Ich habe gesagt: die drei neutralen Länder haben die drei Handelsminister entsendt! (Abg. Dr. Fiedler: Der ist Europaminister!), und ich komme gleich auf Ihren Einwand, Herr Kollege. (Abg. Dr. Wirthmueller: Er ist Spezialminister!) Ich sage das ja nicht, um hier zu kritisieren, sondern um folgendes festzustellen, Herr Abgeordneter Czernetz: Das ist keine kleinliche Kompetenzdebatte, die ich hier vorwegnehme; sondern mit der Entsendung des jeweiligen Handelsministers dokumentieren wir, daß es sich um wirtschaftliche Lösungen handelt und nicht um politische. (Beifall bei der ÖVP.) Wir wollen ja keine politische Lösung. Sie wissen genau, warum. Ich brauche das nicht zu wiederholen, was wir schon tausendmal hier gesagt haben. Es sind wirtschaftliche und nicht politische Fragen, um die es hier geht, und das wird hier offenbar von diesen Ländern, die sich ja auch dabei etwas gedacht haben, sehr wohl überlegt.

Ich weiß, Herr Bundesminister Dr. Stariabacher, daß Sie für solche Feinheiten nicht sehr viel Verständnis haben und daß Sie auch

glauben, daß auch das Ausland dieses Verständnis nicht aufbringt. Ich sage Ihnen aber eines: Das Ausland reagiert auf solche Dinge sehr empfindlich und sehr genau! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Was die Bemühungen hinsichtlich der EWG anbelangt, wird ein Parteikollege von mir noch darüber sprechen. Aber eines muß ich Ihnen schon sagen: Unbeschadet aller politischen Meinungsverschiedenheiten, die in verschiedenen Fragen zwischen den Parteien hier bestehen mögen, haben Sie in dieser Frage unsere volle Unterstützung, wenn wir mit der EWG verhandeln.

Aber ich sage Ihnen auch offen dazu: Ich habe den Eindruck, und viele von uns haben den Eindruck, aber leider wiederum nicht nur wir, meine Damen und Herren, sondern auch das Ausland — ich habe mit verschiedenen Leuten im Ausland gesprochen, die mir immer auch die gleiche Frage gestellt haben oder die gleiche Feststellung gemacht haben: — Wir haben den Eindruck, daß Sie die Verhandlungen, ich möchte sagen, so mit gedämpftem Trommelwirbel, mit halbem Herzen und mit halber Kraft führen! — Aus dem ausländischen Kommentaren ist zu erkennen, daß man dort das Gefühl hat, hier wird zwar ein Alibi erbracht, aber nicht eine echte, wirklich harte Verhandlungsposition geführt, und es werden auch nicht die Verhandlungen so geführt, daß man spürt, daß wir mit ganzem Herzen und mit ganzem Verstand dahinter sind und alles tun, um wenigstens dieses Teilergebnis nach Hause zu bringen. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn Sie nun, Herr Bundesminister, schon das ganze Parlament hinter sich wissen, — bei Ihrer eigenen Partei kann ich es vielleicht nicht so sagen, aber offiziell wird es auch immer so gesagt, aber jedenfalls weiß ich es von der Freiheitlichen Partei und von der Österreichischen Volkspartei —, dann könnten Sie doch wirklich die Rückenstärkung haben, hier mit ganzer Kraft, mit persönlichem Engagement, mit mehr Dynamik, zu verhandeln und nicht mit Alibi-Bemühungen, die wir alle zur Genüge kennen.

Für die Umfunktionierung — und da muß ich Ihnen jetzt einige Vorwürfe machen, ohne, wie gesagt, persönlich zu werden — im Handelsministerium und für verschiedene personalpolitische Eskapaden haben Sie sich leider mehr Zeit genommen. Sie haben am Anfang, als Sie in das Haus kamen, einen sehr netten Brief an alle Beamten geschrieben und sich ihnen gewissermaßen vorgestellt. Das ist zwar ein ungewöhnlicher Vorgang, aber bitte, das ist Ihr persönlicher Stil. Dann haben Sie gleich

2108

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Mitterer

nach dem Zuckerbrot auch die Peitsche geschwungen und haben geschrieben:

„Gleichzeitig möchte ich an die bestehende Weisung erinnern, derzufolge Ideen, Konzepte und Informationen, die Ihr Arbeitsgebiet betreffen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministers in die Öffentlichkeit gebracht werden dürfen. Dies gilt insbesondere für Interviews und Informationen an die Massenkommunikationsmittel.“ (Abg. Doktor *Mussi*: *Maulkorberlaß!*)

Bitte, Herr Bundesminister, erstens einmal unterstellen Sie ja indirekt damit, daß der Beamte nicht weiß, was seinem Eid entspricht, und zweitens ist es keine übliche Art, sich einzuführen. Ich staune nur vor allem, daß Sie Zeit finden, um sich mit solchen Dingen zu befassen.

Bei den Richtlinien für die Spitzenbeamtenbesetzungen haben Sie entsprechende Maßnahmen gesetzt. Das ist sehr erfreulich, und das wäre sehr schön und gut. Sie haben da zum Beispiel in den Richtlinien für den Spitzenbeamten der gesamten Gewerbesektion geschrieben:

„Weiters kann es keine Frage sein, daß der künftige Sektionsleiter profunde Kenntnisse in der allgemeinen Verwaltungslehre und dem Verwaltungsverfahren sowie der Verfassung aufweisen muß.“ (Abg. Dr. *Withalm*: *Aber was muß er noch sein?*)

Ich könnte Ihnen das hier im einzelnen vorlesen, ich möchte aber das Haus nicht aufhalten. Aber, meine Damen und Herren, jetzt kommt eine interessante Feststellung, und ich glaube, das sollten wir uns sehr gut merken. Es hat einmal Henry Ford gesagt: Die Kundenschaft kann sich jede Farbe eines Wagens aussuchen, nur schwarz muß sie sein. Sie haben sich gesagt: Es kann sich jeder jeden Beamten aussuchen, nur rot muß er sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Es heißt hier in diesen Feststellungen:

„In eingehenden Beratungen zwischen dem Präsidium und Sektionschef Habel wurden dem Bundesminister zur Besetzung zunächst zwei Beamte des Hauses vorgeschlagen. In späterer Folge wurde auf Grund einer Aussprache zwischen dem Bundesminister und Herren des Präsidiums in der Richtung, den Selektionsprozeß auf eine breitere Basis zu stellen und auch die Möglichkeit der Berufung etwa eines Hochschulprofessors, eines Kammerbediensteten oder eines Beamten der Landesbehörden zu prüfen, noch Senatsrat Dr. Jagoda seitens des Präsidiums präsentiert.“

Obwohl hier im Hause, im Handelsministerium, ein ganz erstklassig prädestinierter Mann vorhanden gewesen wäre, haben Sie — sicher ein Zufall, ich glaube grundsätzlich an Zufälle — auf einen anderen Beamten außer Haus gegriffen. Welche Farbe er hat, das können Sie dreimal raten!

Ich glaube, das ist nicht eine Personalpolitik, die sich mit Ausschreibungen, mit Kriterienfestsetzungen und mit allem entsprechenden deckt, sondern das ist eine reine parteipolitische Maßnahme. Schön; Sie treffen eine parteipolitische Maßnahme. Dagegen kann man nichts tun. Aber dann verbrämen Sie doch das nicht mit solchen Geschichten, was er alles können und haben und leisten soll, wenn Sie in Wirklichkeit sagen: Die Hauptsache ist, er ist ein verlässlicher Sozialist!

Diese ständige Umfunktionierung, die Sie hier betreiben, betrifft unter anderem auch die Frage der Konsumentenberatung. Ich erinnere mich noch sehr gut daran: gerade ich, meine Damen und Herren — und das darf ich jetzt persönlich sagen —, nehme für mich eines in Anspruch: Ich habe mit der leider zu früh dahingeschiedenen, durch den schweren Bergunfall früh verstorbenen Frau Abgeordneten Weber in vielen, vielen Jahren der Zusammenarbeit die Konsumentenberatung, ich möchte nicht protzig sagen, auf die Beine gestellt, aber wesentlich mitgestalten geholfen. Wir haben uns in stundenlangen Beratungen bemüht — und einige der Kollegen sind ja hier Zeugen dafür —, daß wir eine gute Konsumentenberatung hinstellen können, die sich sehen lassen kann, die nicht so wie in anderen Ländern einmal hüh und einmal hott schreien muß, die nicht am Montag zurücknehmen muß, was sie am Samstag verlautbart hat. Wir haben eine tadellose Konsumentenberatung, die sich sehen lassen kann, auf die Beine gestellt.

Und nun versuchen Sie, eine Konkurrenzkonsumentenberatung praktisch zu etablieren, ich weiß nicht warum, nur um Beiräte zu ernennen oder sonst irgend etwas? Jedenfalls, Sie haben eine solche Konsumentenberatung entwickelt, und man fragt sich: cui bono? Wozu ist das eigentlich, wenn wir ohnedies eine paritätisch besetzte, wirklich gut funktionierende Konsumentenberatung haben? Ich glaube, man sollte vor allem eines feststellen, meine Damen und Herren: Der beste Konsumentenschutz war, ist und wird immer eine gute Wirtschaftspolitik sein! (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Zu einer anderen Frage: Sie wurde heute schon von Herrn Präsidenten Sallinger ange-

Mitterer

tönt. Sie haben in einer Diskussion — und Sie haben es einige Male wiederholt, so daß man nicht sagen könnte, es war vielleicht ein Lapsus linguae oder irgendein unbedachtes Wort — eindeutig gesagt, daß Sie Wachstum vor Stabilität stellen, wie die Amerikaner sagen: der „mild inflation“ das Wort reden. Herr Bundesminister, glauben Sie nicht auch, daß die Zeche einer solchen permanenten „mild inflation“ der Sparer und der kleine Mann zahlt und nicht die anderen (Abg. Dr. Mussil: *Wachstum durch Geldwert-schwund!*) und daß das daher eine falsche Wirtschaftspolitik ist, die sagt: zuerst Wachstum und dann Stabilität?

Ich glaube, daß man in dieser Frage auch sehr vorsichtig argumentieren muß, in einer Zeit — was ich ohne weiteres und gerne zugebe —, wo eine weltweite Inflation ihren sehr großen Auftrieb erlebt hat. Wir haben gehört, daß Herr Präsident Benya wohl in einer von milder Abendsonne umglänzten Stimmung gesagt hat: 5 Prozent, aber nicht mehr! Herr Präsident, ich schätze Sie persönlich sehr, wir haben Ihnen sicher viel zu danken; wir alle, so wie auch Sie zu danken haben, daß auf der anderen Seite ein vernünftiges Verhandlungsklima herrschte. Wir haben da wirklich eine saubere Arbeit geleistet. Aber, Herr Präsident, was hätten Sie gesagt, wenn wir vor einem Jahr verlangt hätten: 5 Prozent, aber nicht mehr! — wo Sie schon bei drei Prozent auf die Palme gestiegen sind und gesagt haben, das sei die Voraussetzung für alle Lohnforderung! (Anhaltender starker Beifall bei der ÖVP. — Abg. Benya: *Wir haben für 1970 gesagt: 5 Prozent!*)

Ich komme gleich auf Ihr Argument, Herr Kollege! Ich kenne Ihr Argument genau. Sie werden sagen: Aber gemessen an der heutigen Umwelt — wenn wir schon so viel reden — ist das noch immer ein guter Prozentsatz. von diesem Punkt aus gesagt habe, in diesen Ich erinnere mich genau, als ich einmal hier und jenen Ländern ist das aber auch so, da waren Ihre Erklärungen dazu: Wir reden nicht vom Ausland, hier reden wir von Österreich! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich sage auch gar nichts, wenn Sie behauptet hätten, 5 Prozent sei eine nicht aufregende Inflationsrate, aber wir müssen trachten, daß sie niedriger wird. Nein! Sie haben gesagt: Bis 5 Prozent geht es gewissenmaßen, darüber hinaus wird es schwierig. (Abg. Stroer: *Nicht Benya, sondern Nemschak!*) Quo vadis Austria?, frage ich Sie. (Abg. Benya: *Nemschak hat das gesagt!*) Nein, Herr Kollege, das haben Sie bei einer Tagung in Innsbruck gesagt. Schieben Sie es nicht auf den Nemschak, wenn Sie es selber gesagt

haben. Nemschak hat es nur festgestellt, Sie haben es aber als tragbar bezeichnet, das ist der große Unterschied.

Meine Damen und Herren! Sicher hat sich die Gewerkschaft im großen und ganzen bei den Verhandlungen während dieser Zeit positiv verhalten. Aber manchmal passiert eben so etwas, was Sie gesagt haben. Das aber, meine Damen und Herren, darf dem Gewerkschaftsbundpräsidenten nicht passieren, daß 5 Prozent als tragbar und als eben unabwendbar bezeichnet werden. Das ist ein sehr gefährlicher Weg, den Sie hier gehen. Ja, das haben Sie in Innsbruck gesagt, Sie können es nicht bestreiten. (Abg. Benya: *Ich habe vorgelesen, was Nemschak gesagt hat — zu Ihrer Information!*) Sie haben es aber auch nicht widerrufen, als es durch die Presse ging. Nein, nein, Nemschak hat das festgestellt, und Sie haben es goutiert. (Abg. Weikhardt: *Er hat es vorgelesen!*) So müssen Sie es sagen. Nein, nein, so billig können Sie sich da nicht herausreden, Herr Präsident, das geht nicht. (Abg. Erich Hofstetter: *Wir werden es neuerlich vorlesen!*) Bitte vorlesen können Sie es ruhig, aber dazu hat der Präsident Benya seinen Segen gegeben. Und das ist immerhin ein sehr wesentlicher Bestandteil einer solchen Tatsache.

Die Preisgesetze wurden — und das, Herr Bundesminister, muß ich Ihnen jetzt vorhalten und sehr deutlich sagen — unverändert verlängert. Gott sei Dank. Die Vorschläge, die Sie gebracht haben, sind im großen Ehrengrab vieler sozialistischer Initiativen begraben worden. Aber deswegen können wir nicht sagen, daß das damit für uns erledigt ist. Wie hätte denn die Wirtschaft durch Scylla und Charybdis durchlavieren sollen? Hier Preistreibereigesetz — dort Verdacht der Kartellabsprache; hier Preispolizei — dort Nettopreisverordnung. Wir haben doch in Schweden gesehen, was ein Preisstopp bedeutet, nämlich weniger als nichts.

Nun frage ich Sie, Herr Bundesminister: Wie konnten Sie, da Sie die Wirtschaft als zuständiger Ressortchef zumindest zum Teil zu vertreten haben — was Sie ja immer auch betonen —, einem solchen Entwurf Ihre Zustimmung geben? Sie haben also hier gezeigt, daß Sie nicht nur kein Verständnis und auch kein Herz für die Unternehmer haben, sondern daß Sie versuchen, durch Freundlichkeit und Höflichkeit das zu ersetzen, was wir von Ihnen erwarten, aber das ist leider zu wenig. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie anerkennen offenbar nicht, daß der freie Wettbewerb freie Preise bedingt, daß die beste Polizei die Ökonomie noch nie mit Erfolg

Mitterer

bekämpft hat und daß die Zustimmung im Ministerrat zu diesen Entwürfen offenbar Ihr Dilemma und das wahre Gesicht zeigt. Wenn es nämlich darauf ankommt, sind Sie nicht auf der Seite derer, die sich ehrlich mühen und plagen, um in diesem Lande einen Fortschritt zu ermöglichen. (*Erneuter lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie die Inflation bekämpfen wollen — ich habe das schon woanders gesagt, ich wiederhole es hier — indem Sie einen übergehenden Kochtopf dadurch zum Stillhalten bringen wollen, daß Sie den Deckel anschrauben, an Stelle mit einer kleineren Flamme das Feuer zu reduzieren, so wissen Sie selber, da Sie ja Ökonomie gelernt haben, daß die Polizei noch niemals einen Preisauftrieb ändern konnte, sondern daß das untaugliche Mittel sind, um die wahren Gründe zu verdecken.

Ein 10-Milliarden-Budget, das Sie nunmehr vorlegen — Sie können mir dann sicher antworten, daß es nicht 10 Milliarden, sondern nur 9,8 Milliarden Schilling sind, sagen wir also, es sind 10 Milliarden Schilling Defizit, das Sie vorlegen —, muß in einer Zeit der ständigen Konjunkturhause die Preise und das Inflationsklima anheizen. Das hat Ihnen der OECD-Bericht gesagt, und das wird Ihnen jeder Ökonom bestätigen. Die Inflation ist sicher heute weltweit im Gange. Aber wir haben doch die Aufgabe, sie möglichst herunterzudrücken und nicht einfach nach dem Laissez-faire-Prinzip solange laufen zu lassen, bis wir dann glauben, mit der Polizei alle unsere eigenen Sünden verdecken zu können. (*Abg. Steininger: Da werden wir den Bauern weniger Mittel geben!* — *Abg. Minkowitsch: Sie denken nur an die Bauern; es gibt andere Sparmöglichkeiten!*)

Niemand erwartet, daß wir keine Inflationsrate haben. Aber ich glaube, dieser Weg, daß wir nach den 5 Prozent Erhöhung noch weiter gehen, das ist wirklich sehr, sehr gefährlich.

Wenn Sie heute erklären, das sei eine internationale Erscheinung, dann kann ich nur sagen: Tempora mutantur. Was haben Sie alles bei einer 3- beziehungsweise 2,9 prozentigen Inflationsrate gesagt! Das sei untragbar, das sei unmöglich, hier hat die Regierung versagt und ich weiß nicht was alles. Und jetzt plötzlich ist es ein Erfolg der Regierung, wenn Sie die fast doppelte Inflationsrate vorlegen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und noch etwas: Ein in eine Inflationsrate eingebettetes Wachstum bedeutet in Wahrheit einen Rückschritt und auf lange Sicht gesehen Arbeitslosigkeit und nicht etwa einen Erfolg.

Wenn Röpke einmal gesagt hat, daß er das magische Dreieck „Wachstum, Stabilität und Vollbeschäftigung“ nicht lösen könne, weil er kein Magier sei, so ist das völlig richtig.

Daher nochmals mein Appell: Überlegen Sie noch einmal Ihre Haltung. Vielleicht finden Sie sich bereit zu sagen: Nicht Wachstum vor Stabilität, sondern Wachstum mit Stabilität. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und wer, Herr Bundesminister, soll heute in diesem Land noch sparen, wenn er schon im voraus weiß, daß die vom Gewerkschaftsbundpräsidenten Benya nun sanktionierte Inflationsrate größer sein muß als seine Sparzinsen. Wer soll denn in diesem Land sparen? (*Abg. Weikhardt: Aber die Spareinlagen steigen, steigen und steigen!*) Ja, Herr Kollege, glauben Sie eines nicht ... Ich komme noch darauf zurück. Sie kommen noch zum Zug mit diesem Zwischenruf. Gestatten Sie nur, daß ich vorher etwas anderes sage. Ich werde den Zwischenruf aber nicht vergessen, damit Sie nicht sagen, ich sei mit dieser Zwischenfrage ausgewichen.

Ich möchte nochmals wiederholen, daß ohne eine steigende Spartätigkeit, die heuer das erste Mal nicht in dem Maß gestiegen ist wie in der Zeit vorher, keine echten Wachstumseffekte erzielt werden können. (*Abg. Dr. Mussi: Die Zuwachsrate ist geschwunden!*) Der Kreis schließt sich somit. Daher scheint es mir wichtig zu sein, festzustellen, daß ohne eine entsprechende Stabilitätsmaßnahme letzten Endes auch kein wirtschaftlicher Erfolg eintreten kann.

Der Privatunternehmer, meine Damen und Herren, braucht Stabilität und keine Experimente. Er nimmt Sorgen, Risiken und keine Arbeitszeitverkürzung auf sich, aber er will nicht ständig der Prügelknabe verkehrter Wirtschaftspolitik sein. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ob Großindustrieller oder Greißler, der Konkurrenzkampf zwingt zur höchsten Leistung. Das wissen Sie heute alle. Es gibt heute keine leistungsfeindliche Einstellung mehr, weil der Konkurrenzkampf lang darüber hinweggegangen ist. Aber noch immer gilt für heute und für morgen für die Selbständigen der Grundsatz: Dem Tüchtigen die Bahn! (*Abg. Steininger: Da werden wir für die Arbeitnehmer mehr Lohn verlangen!*)

Der Herr Bundesminister hat sehr freundlich begrüßt und hat bei seinem Amtsantritt von einem neuen Stil gesprochen. (*Abg. Graf: Nur keine Drohungen, Herr Steininger!* — *Abg. Steininger: Dann werden wir mehr Lohn verlangen!* — *Abg. Graf: Dann werden Sie mehr leisten müssen!* Wenn Sie mehr

Mitterer

Lohn haben wollen, müssen Sie auch mehr leisten! Wollen Sie uns drohen? Was glauben Sie denn! Wir werden uns noch erlauben können, unsere Meinung zu sagen! Sie sagen Ihre ja auch! — Abg. Lanc: Aber den Ton vom Backhendl-Wirtshaus werden Sie nicht einführen! — Abg. Graf: Sie lasse ich gar nicht hinein, Herr Lanc, ich haue Sie hinaus!)

Präsident **Probst**: (das Glockenzeichen gebend): Bitte, Herr Abgeordneter Graf, ich möchte den Ausdruck „Sonst haue ich Sie hinaus“ zurückweisen! Ich bitte den Ton zu wahren! (Abg. Graf: Bitte gerne!)

Ich bitte den Redner, fortzusetzen. (Abg. Dr. Mussi: Einladen werden wir den Herrn Lanc sicher nicht in das Backhendl-Wirtshaus! Eingeladen werden Sie sicher nicht werden, Herr Kollege Lanc!)

Abgeordneter **Mitterer** (fortsetzend): Herr Bundesminister! Sie wurden bei Ihrem Amtsantritt mit Lorbeeren bedacht und wurden freundlich begrüßt. Sie sagten einmal, daß Sie einen neuen Stil anwenden werden.

Ich lese nun in der „Presse“ vom 11. Dezember — das bestätigt mir meinen Eindruck —, daß von diesem neuen Stil offenbar infolge der ständigen Intervention des Herrn Bundeskanzlers — so schreibt man hier — nicht mehr sehr viel zu sehen ist. Ich werde dann am Schluß noch etwas dazu sagen. Aber fest steht, daß Sie damals gesagt haben: Wie kann denn jemand, der von Ökonomie so wenig versteht, überhaupt eine entsprechende Industriepolitik machen? — Und jetzt frage ich Sie, Herr Bundesminister: Wo bleibt Ihre Industriepolitik? Die angeordnete Industrieuntersuchung, die damals gelaufen ist, haben Sie abgedreht. Sie haben im Budget 70 Millionen Schilling für den Bergbau und höre und staune 20 Millionen Schilling, als eine „gigantische“ Summe, für die Industrie eingesetzt. Ich frage also: Wo bleiben Ihre Offenbarungen in Richtung Industriepolitik?

Zum Fremdenverkehr wird ein Kollege von mir noch sprechen. Es ist sonst nicht meine Gewohnheit, bei einer Rede irgendwelche Zitate von Variétés zu verwenden, aber hier muß ich Ihnen wirklich eines sagen: Armin Berg hat einmal ein Lied gesungen: Es ist noch immer dasselbe. — Ich kann Ihnen sagen, daß Armin Berg zu Ihrem neuen Fremdenverkehrskonzept singen kann: es ist noch immer dasselbe. Es hat sich nämlich gegenüber dem früheren gar nicht geändert. Sie haben nur geredet, aber gar nichts gemacht.

Ich möchte beim Fremdenverkehr nur eine Anmerkung machen: Die Fremdenverkehrs-wirtschaft, der Tertiärbereich, erwarten, daß Sie bei der Entstehung der Mehrwertsteuer

für den Fremdenverkehr einen Sondersatz vorsehen, weil der Fremdenverkehr immerhin 25 Milliarden Schilling an Devisen erbracht hat und daher eine tragende Säule für die gesamte Handelsbilanz durch den Ausgleich der Zahlungsbilanz geworden ist. Ich glaube also, daß hier eine Sonderlösung gefunden werden muß. Das Beispiel der Bundesrepublik ist nicht zielführend, weil dort der Fremdenverkehr nicht annähernd diese Rolle spielt wie hier.

Nun haben Sie immer gesagt, daß wir hinsichtlich der Wirtschaftspolitik einen falschen Weg gegangen sind. Das haben Ihre Kollegen gesagt, und Sie haben es selber auch einige Male hier betont. Und nun frage ich Sie: Wie wäre es möglich, daß in der Wirtschaftspolitik falsche Wege beschritten worden sind, wenn wir Ihnen immerhin als die schlechteste Regierung, als die schlechteste Verwaltung, als alles, was schlecht war, eine beinharte Währung als Erbschaft mitgeben konnten, an der Sie noch eine Zeitlang werden nagen können, bis Sie wahrscheinlich auch hier in die Richtung kommen, in die Schweden schon gegangen ist?

Dank der hervorragenden Leistungen der Exportwirtschaft und der hervorragenden Leistungen des Fremdenverkehrs ist es möglich gewesen, immerhin eine beachtliche Dokumentation vorlegen zu können, die hinsichtlich des Volkseinkommens darstellt, daß Österreich im Jahre 1960 je Einwohner bei einer Basis von 100 bei 184 liegt, die Bundesrepublik bei 178, die Schweiz bei 183, England bei 161 und USA bei 166. Es wurde also zweifellos eine gute Wirtschaftspolitik betrieben, sonst hätte das nicht sein können.

Sicher bringt die Spätphase der Hochkonjunktur manche Gefahren mit sich: Einerseits eine hohe Lohndrift, enorm wachsende Unkosten, andererseits damit verbundene Ertragsrückgänge und à la longue sinkende Aufträge. Gerade jetzt würde die Wirtschaft eine konstruktive Wirtschafts- und Finanzpolitik brauchen und nicht ein „Defizitspending“ nach dem Kenseyschen Prinzip, aber in der verkehrten Zeit, nämlich in der Zeit der Wirtschaftssuperkonjunktur. Ich weiß, daß eher ein Dackel eine Wurstreserve anlegt als ein österreichischer Finanzminister Reserven. Aber wenn Sie in der Wirtschaft die Finanzierungsmöglichkeiten durch immer neue Anleihen so wegnehmen, daß für die Privatwirtschaft überhaupt keine Finanzierungsmöglichkeit mehr bleibt, dann werden Sie in sehr schwierige Positionen kommen.

Dr. Kamitz hat einmal gesagt: Die Konjunktur ist Ökonomie plus Vertrauen. Wo das

2112

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Mitterer

Vertrauen fehlt, ziehen Angst und Übervorsicht ein, Wagemut und Optimismus weichen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß es in der Bundesrepublik bereits jetzt in der Beschäftigung und bei den Investitionen Kürzungen bis zu 40 Prozent gibt. Mit Mätzchen und Späßen und Verbindlichkeiten werden ernste Wirtschaftsfragen nicht gelöst.

Herr Bundesminister Dr. Androsch hat in seiner Budgetrede gesagt, nun sei eine Wende markiert. Sie meinten laut ihrem Presseinterview im Frühjahr, ein neuer Stil sei eingezogen. (Abg. *Libal*: *Der neue Stil war doch bei Ihnen! Sie haben am Stubenring die Öfen angeheizt! Das war der neue Stil! Sie haben alles verbrannt, was da war!*)

Der zum Bundesvormund avancierte Herr Bundeskanzler spricht dauernd von dem modernen Österreich. Einmal spricht er von einer Gewerbefreiheit — Sie sagen Gewerbeordnung — im Zusammenhang mit der Kammer. Sie wissen also offenbar selber nicht, was Sie wollen. In Wahrheit, meine Damen und Herren, versuchen Sie, mit urorthodoxen politischen Maximen garniert, mit populären Schlagworten eine Wende zu markieren; eine Wende von der kontinuierlichen Entwicklung dieses Landes auf allen Gebieten, die allen Österreichern Aufstieg und Erfolg gebracht hat, auf solider Basis ein sozialistisches Exerzierfeld anzusteuern, und niemand weiß, wie dieses Experiment enden wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren, und möchte eines sagen: Wir haben, zugegeben, große Leistungen vollbracht und sie schlecht verpackt. Sie präsentieren eine erstklassige Verpackung ohne Inhalt. Sagen Sie uns doch, Herr Bundesminister — damit Sie nicht sagen, das seien nur Worte —, was Sie Neues geschaffen haben, welche Neuerungen Sie eingeführt haben, was Sie konkret und wo machen wollen, wo die Schwerpunkte Ihrer Initiative liegen! Weder Umfunktionierung noch personalpolitische Zauberstücke interessieren die Wirtschaft. Wir halten es mit Goethe, der so herrlich im Faustprolog formuliert: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!“ (Beifall bei der ÖVP. — Abg. *Libal*: *Der Ofen ist ausgegangen, Herr Mitterer!*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Meißl. Er hat das Wort.

Abgeordneter Meißl (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf als freiheitlicher Sprecher den Standpunkt meiner Fraktion zu diesem Kapitel, das wir heute in Verhandlung sehen, präzisieren.

Es ist kein Geheimnis, daß wir auf Grund der Budgeteinigung und der daraus folgenden Konsequenz sicherlich diesem Kapitel die Zustimmung geben werden. Ich darf aber darüber hinaus sagen, daß wir vom Materialien her wenig Anlaß sehen, dieses Kapitel abzulehnen. Es hat sich Präsident Sallinger schon sehr schwer getan, seine Ablehnung wirklich richtig zu begründen. Denn er hat im Grunde genommen, Herr Generalsekretär, einen großen Leistungsbericht der Bundeswirtschaftskammer gegeben, aber mit den Fragen des Resorts hat er sich nur am Rande beschäftigt. Von den Zahlen her jedenfalls konnte er nicht begründen, warum die Österreichische Volkspartei diesem Kapitel nicht die Zustimmung gibt. (Abg. *Dr. Mussil*: *Von der Wirtschaftspolitik her!*)

Das soll aber nicht heißen, daß es nicht viele offene Probleme gibt. (Abg. *Doktor Mussil*: *Lauter offene Probleme!*) Ja, da ist aber ein Erbe dabei, Herr Generalsekretär, da ist viel Erbe dabei, Herr Generalsekretär!

Wenn wir schon so wie jedes Jahr wieder beim Dialog sind, so darf ich Ihnen gleich sagen: Das Problem landwirtschaftliche Genossenschaft-Handel — nicht gelöst, die Gewerbereform — nicht gelöst, die Ladenschlußzeiten — nicht gelöst. Und so geht das am laufenden Band weiter. Es gibt aber noch andere Dinge. Also es ist schon ein ganz ansehnliches Erbe, das dem heutigen Herrn Handelsminister hier von der ÖVP-Regierung überantwortet wurde.

Ich möchte auch gleich die Gelegenheit benutzen, um dem Herrn Handelsminister hier diesen Katalog, so wie wir Freiheitlichen ihn sehen, in Erinnerung zu rufen.

Meine Damen und Herren! Sicherlich steht ein Problem an der Spitze, das Jahrzehntelang, möchte ich fast sagen, ein ständiges Anliegen freiheitlicher Sprecher im Haus war. Es ist die vielzitierte Gewerbereform.

Der frühere Handelsminister hat versucht, hier zu einer Lösung zu kommen. Er ist anscheinend im Dschungel der Machtkämpfe dann gescheitert. Er hat nur die Hülle gebracht, der Inhalt steht noch aus. Ich darf für uns Freiheitliche hier sagen, daß wir selbstverständlich an einer modernen Gewerbeordnung interessiert sind.

Es ist sehr interessant, zu hören, was beispielsweise bei der Vollversammlung der steirischen Handelskammer der Herr Präsident Mayer-Rieckh sagt: Befähigung selbstverständlich, Gewerbevorschriften auch — auch unsere Meinung, unbestritten —, aber auch die

Meißl

Frage des Lokalbedarfes müßte einmal von der liberalen Sicht her überprüft werden.

Ich weiß, Herr Generalsekretär, da gibt es Schwierigkeiten. Das ist mir nicht unbekannt. Aber eine moderne Gewerbeordnung bedarf auch einmal einer entscheidenden Überlegung, und wir wollen hoffen, daß es dem Herrn Handelsminister gelingt, was so vielen Vorgängern nicht gelungen ist, daß er dem Haus möglichst bald einen entsprechenden Entwurf vorlegen kann. Ich darf noch einmal betonen: Wir sind hier der Meinung, die Befähigung vielleicht zum Teil sogar noch etwas zu verstärken — zum Schutz des Konsumenten, zum Schutz des Gastes! Selbstverständlich! Auch gewerberechtliche Vorschriften, wo sie am Platz sind, können und sollen ruhig angewendet werden. Das ist notwendig. Sonst aber eine liberalere Gewerbeordnung, die wir dringend für die Wirtschaft brauchen. Die Wirtschaft wartet lange genug darauf.

Ein zweites Problem, Herr Handelsminister, ist die Frage der Einführung der Mehrwertsteuer. Sie fällt sicherlich in die Kompetenz des Finanzministers. Aber ich darf Sie heute schon im Namen der freiheitlichen Fraktion ersuchen, die diese Probleme sehr, sehr genau kennt und laufend in Verbindung ist mit den entsprechenden Stellen der Wirtschaft, des Fremdenverkehrs, des Gewerbes, daß Sie vom Ressort aus hier entsprechend mitarbeiten bei dem Entwurf, den wir ja im kommenden Jahr auf Grund der Budgeteinigung ins Haus kriegen, daß wirklich für betroffene Gruppen — und es geht hier vor allem um Dienstleistungsbetriebe und im besonderen um den Fremdenverkehr — die entsprechenden Ausnahmen oder Besserstellungen gemacht werden.

Wir haben es ja heute leicht, Herr Handelsminister, wir haben heute schon Erfahrungswerte in anderen Ländern, die man studieren kann, studieren soll, prüfen soll, um hier diese Sorgen, die bestehen, auch entsprechend zu berücksichtigen. Das zur Frage der Einführung der Mehrwertsteuer.

Aber es gibt ja weitere Probleme — ich habe sie früher schon auf den Zwischenruf des Herrn Generalsekretärs angezogen —, zum Beispiel die Frage der Ladenschlußordnung. Ich möchte nur erwähnen, daß in den meisten Ländern — ich werde es dann noch kurz begründen — hier keine einheitlichen Regelungen, oft keine gesetzlichen Regelungen vom Bund her oder vom Staat her, feststehen, sondern daß es nur regionale Lösungen oder nur die Festsetzung der Zeit als solcher gibt, und dies doch immer nur unter dem Gesichtspunkt, daß man eben der Meinung ist, daß

man auf die Berufstätigen Rücksicht zu nehmen hat. Bei uns kommt natürlich wieder im besonderen der Fremdenverkehr dazu.

Herr Minister! Vereinfachung der Lohnverrechnung. Auch alle Jahre wieder gesagt. Hier ist noch immer nichts Entscheidendes geschehen. Sie ist ein ständiges Ärgernis für die mittelständische Wirtschaft, die hier mit unnötigem Ballast einer Bürokratie belastet wird.

Ich darf es gleich weitergeben. Es ist sicherlich nicht Angelegenheit des Herrn Ministers. Aber ich muß daran erinnern und wieder an die Adresse des Herrn Präsidenten und des Herrn Generalsekretärs gerichtet fragen: Wo ist der versprochene Ausgleich im Bereich der landwirtschaftlichen Genossenschaften? (Abg. Dr. Mussi l: *Das haben Sie schon einmal gesagt!*) Ich muß es wieder sagen. Es ist eben notwendig, Herr Generalsekretär, daß man das immer wieder erwähnt. Es ist vor zwei Jahren hier das Versprechen vom Herrn Präsidenten Sallinger abgegeben worden, man werde diese Frage lösen. Ich darf noch einmal betonen: Nicht Bosheit ist es, Herr Generalsekretär, warum wir Sie immer wieder daran erinnern, sondern die Sorge, daß hier zum Nachteil der Betroffenen Machtpolitik, Monopolpolitik betrieben wird, die wirklich in niemandes Interesse liegen kann.

Ladenschlußzeiten — das habe ich schon gesagt. Ich darf weiter an Sie, Herr Minister, die Bitte richten, im besonderen für die mittelständische Wirtschaft, für die kleinen und mittleren Betriebe der Frage des Bürges-Kredites und des Strukturverbesserungsgesetzes besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Denn hier besteht ja die Möglichkeit, zumindest zum Teil — und es sind zumindest von der Bürges aus bisher gute Aktivitäten gezeigt worden, die nützlich waren —, den notwendigen Umstrukturierungen im Gewerbe, im Kleingewerbe und im Handel, die nötige Hilfestellung des Staates zu geben.

Wenn ich nun noch ein Problem kurz anschneiden darf in meinem Katalog, den ich zuerst nennen wollte, so ist es die Mitteilung, daß eine Fremdenverkehrsstatistik — und zwar soll hier ein Verordnungsentwurf vorhanden sein — angelegt werden soll.

Hier, Herr Minister, ist aber sofort die Forderung zu stellen, daß auch das Innenministerium einen Entwurf für eine Novellierung des Meldegesetzes vorlegen sollte, damit wir nicht wieder zwei Institutionen haben, bei denen im Grunde genommen das gleiche gemacht wird; also hier die Koordination mit dem Innenministerium im Rahmen des jetzt bestehenden Meldegesetzes und einer Modernisierung.

2114

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Meißl

Ich möchte nur erwähnen — und mein Parteifreund Peter wird zu den Fragen der Integration noch Stellung nehmen —, daß wir nun einmal der Meinung sind, daß der Herr Handelsminister sicherlich eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Das ist selbstverständlich. Aber zielführender scheint es uns doch zu sein, daß die gesamten Agenden des Äußeren wirklich beim Außenministerium verankert werden.

Trotzdem, Herr Handelsminister, die Frage: Wie koordinieren Sie die Wünsche aus Ihrem Bereich mit dem Außenminister? (Abg. Mitterer: *Um das geht es!*) Und ich darf hier wohl an die Frage des früheren Ministers, des jetzigen Abgeordneten Mitterer anschließen. Ich glaube, daß es schon sinnvoll wäre, wenn auch der Handelsminister dort, wo es vorwiegt um handelspolitische oder wirtschaftliche Dinge geht, ein entsprechendes Wort mitspräche. — Das vielleicht kurz zusammengefaßt der Katalog.

Berggesetz. Darf ich das vielleicht im Zusammenhang mit der ganzen Affäre Kitzbühel noch erwähnen. Auch hier soll — ich glaube, Sie haben ja eine Äußerung abgegeben, Herr Bundesminister — eine entsprechende Novellierung erfolgen.

Nun zu einem der wichtigsten Probleme. Das ist natürlich — und deshalb möchte ich dem besonderen Raum widmen — die Frage unseres Fremdenverkehrs. Der Abgeordnete Minister außer Dienst Mitterer nannte ja schon eine Ziffer. Meine Damen und Herren. Um rund ein Viertel werden die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr heuer höher sein als im Vergleich zum Vorjahr, von etwas über 20 Milliarden Schilling auf nunmehr — nach den letzten Schätzungen — auf 25 Milliarden Schilling. Das allein, glaube ich, unterstreicht eindeutig die Wichtigkeit und die zentrale Stellung des Fremdenverkehrs für unser Land.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Schrift zurückkommen, die uns in den letzten Tagen zugegangen ist, die meiner Ansicht nach eine ausgezeichnete Analyse und zugleich Prognose für die Bedeutung des Fremdenverkehrs ist. Es sind das die „Finanznachrichten“ Horst Knapps vom 13. November, wo er auf zehn Seiten unter dem Titel „Kultivieren wir den Dachgarten Europas!“ und unter dem Untertitel „Fremdenverkehr als Chance und Aufgabe“ in wirklich ausgezeichneten Formulierungen unterstreicht, welche große Chancen unser Land im Fremdenverkehr hat. Er nimmt bei diesem Problem als Ausgangslage die Ereignisse in Kitzbühel zum Anlaß, bezeichnet das als die „Revolte der Vernunft“. Er stellt dann dazu die Frage,

ob nicht die heute noch fehlende generelle Einsicht verhindert habe, daß Österreich die große Chance hat, als „Dachgarten Europas“ eine Fremdenverkehrsfunktion zu übernehmen, die seiner Rolle als Industriestaat zumindest ebenbürtig ist. Er beweist das an einem kleinen Beispiel, in dem er die steuerlichen Einnahmen von zwei fast gleich großen Gemeinden gegenüberstellt. 1966 hat Kitzbühel mit 7744 Einwohnern 35 Prozent mehr Steuereinnahmen gehabt als die etwas größere Industriegemeinde Weiz mit 8146 Einwohnern. Hier sehen wir schon, daß auch von der steuerlichen Seite her das Problem zu befürworten ist.

Er geht dann weiter in seinen Ausführungen — wenn ich sie kurz zitieren darf — und fragt: „Fremdenverkehr oder Industriehansiedlung?“ Er wirft hier wieder die Frage auf, ob die Infrastrukturinvestitionen immer richtig angewendet werden. Er sagt dann beispielsweise: „... ob nicht um das Geld, das die Gemeinde für die Industriesiedlung aufwenden muß, auch ein Sessellift oder ein Hallenbad gebaut werden könnte“ und so weiter. Sind Landwirtschaft, Klima und Ortsbild kostenlose Aktivposten, wird eine solche Vergleichsrechnung häufig zugunsten des Fremdenverkehrs ausfallen.

Er bringt dann sehr interessante Beispiele, Vergleiche und Statistiken, die da nachweisen, daß der Fremdenverkehr sich in einer explosionsartigen Entwicklung befindet.

Er sagt dann auch, daß sich die Gemeinden sehr oft bei Förderungen von Industriegründungen verkalkuliert haben, weil sie nicht darauf Rücksicht genommen haben, daß vielleicht ihre Landschaft im Grunde genommen weit besser zu verwerten wäre im Sinne einer aktiven Fremdenverkehrswerbung.

Ich war am Samstag, meine Damen und Herren, bei einer Diskussionsveranstaltung in Fehring. Ich habe ein Beispiel erlebt, wo ein Teilnehmer an der Diskussion gefragt hat, warum nicht mehr für den Fremdenverkehr geschehe. Er sagte, man habe ein wunderschönes neues Bad gebaut unter großen Opfern der Gemeinde. Dann stand ein anderer auf und sagte: Ja, weil wir den Leka-Betrieb hier haben, der die Gegend verunreinigt, verschmutzt und eine Staubentwicklung verursacht. — Es ist ein Pleton-Betrieb der Wienerberger, der dort gebaut wurde und wahrscheinlich die Chancen für den Fremdenverkehr dieser Grenzlandstadt, die sicher für ihn geeignet wäre, weit vermindert hat. Das soll nur ein Beispiel zu den Feststellungen sein, welche ich selbst wahrnehmen konnte.

Es geht dann weiter. Die Frage der Umwelthygiene spielt selbstverständlich eine große

Meißl

Rolle. Er sagt, daß von Sättigung seiner Meinung nach — und hier steht er im Gegensatz zum Wirtschaftsforschungsinstitut — noch gar keine Rede sein kann, und er führt dann als Beweis an, daß 1967 bereits 66 Prozent der Amerikaner, 62 Prozent der Schweizer und rund 60 Prozent der Engländer, aber erst 34 Prozent der Deutschen Ferien machen.

Wenn man dann aber eine Prognose des IVO-Institutes in München sieht, die dann sagt, daß bis zum Jahre 1980 auch in Deutschland das auf 67 Prozent ansteigen kann, dann kann man erst ermessen, welche große Chance Österreich hier hat.

Knapp kommt dann zu Feststellungen betreffend Urlaub in der Freizeitgesellschaft. Er stützt sich hier auch wieder auf Untersuchungen, die besagen, daß eben immer mehr Freizeit kommen werde und die Menschen diese Freizeit ja auch verwerthen müssen.

Es ist dann die Rede vom Zweiturlaub und hier besonders von der Chance für unseren Fremdenverkehr, daß wir nämlich durch unsere Lage, durch unsere Landschaft einen Großteil der Zweiturlauber — der Zweiturlaub wird sicherlich einmal kommen — die Menschen aus den Industriezentren Mitteleuropas — im Winter vor allem — anziehen und die Menschen den Zweiturlaub in Österreich konsumieren könnten.

Er spricht von einem De-facto-Monopol der Alpenländer und macht dann am Schluß noch die sehr interessante Feststellung, daß wir heute noch einen gewissen Vorteil genießen — und das sind typische Horst-Knapp-Formulierungen —, weil wir noch einen Verdreckungsrückstand aufweisen. Er meint das nicht bezüglich der Wohnungen oder Gaststätten, sondern der Umwelt. Daß wir auch hier noch im Rückstand sind gegenüber anderen Ländern und daß sich heute das als ein Vorteil präsentiert, den wir aber dringend und sofort zu beachten und auszubauen haben.

So wäre auch die Frage des Agrarproblems in bestimmten Gebieten einer teilweisen Belebung zuzuführen. Knapp sagt: Fremdenverkehrsgesinnung kann man nicht erzeugen, das ist nicht Sache von Fremdenverkehrsgemeinden, von Regionen, auch nicht von gesetzgebenden Körperschaften, von Landtagen oder vom Nationalrat, sondern das ist eine Aufgabe, die allen gestellt ist.

Ich darf Ihnen noch die Schlußformulierung zur Kenntnis bringen, wo er sagt: „Gestellt ist diese Aufgabe vielmehr uns allen ... der gesamten Bevölkerung Österreichs, die sich bewußt werden muß, welches Kleinod ihr mit

diesem ‚Dachgarten Europas‘ anvertraut ist. Das ist eine große Aufgabe, die zu erfüllen Opfer und Verzichte erfordert. Das ist aber zugleich eine große und seltene Chance: die Chance, alle Kosten, die wir schon dem eigenen Überleben zuliebe auf uns nehmen müssen, abgegolten zu bekommen mit jenen wachsenden Beiträgen, die Millionen Erholungssuchende aus Europa und Übersee gerne dafür aufwenden werden, sich aus der Dunstglocke über den Ballungszentren flüchten zu können in den Dachgarten Europas!“

Das ist sicherlich eine Arbeit von Horst Knapp, die man beachten sollte.

Meine Damen und Herren! Nun darf ich mich noch ganz kurz mit ein paar Problemen befassen, die ich schon angeschnitten habe. Ich möchte aber den Herrn Bundesminister bitten, auf diesem Gebiet wirklich aktiv zu werden. Es handelt sich dabei um die Frage der Ladenschlußzeiten. Ich darf darauf hinweisen, daß dieses Problem in fast allen Ländern verschieden gelöst wurde. In Belgien gibt es keine Regelung, in Dänemark keine Mittagspause, in Finnland sind regionale Lösungen möglich, in Holland sind Geschäftszeiten bis 22 Uhr abends möglich. In Italien gibt es hingegen überhaupt keine Regelung, Norwegen hat ebenfalls keine Regelung. In Portugal haben die Supermarkets auch an Sonntagen offen. Schweden hat eine flexible Lösung, die Schweiz hat eine Kantonsregelung und so weiter.

Wir ersehen daraus nur, daß die Frage der Ladenschlußzeiten von der Sicht gelöst werden sollte, daß man den Berufstätigen wirklich die Möglichkeit einzukaufen geben müßte. Auch auf diesem Gebiet möchten wir um Ihre Initiativen, Herr Bundesminister, bitten.

Über die Gewerbeordnung habe ich schon gesprochen. Hier darf ich noch ein paar Zeitungsmeldungen zitieren. Hier heißt es zum Beispiel: „Staribacher: Gewerbeordnung über Verhandlungen erreichen.“ Darauf wurde bereits hingewiesen. Ferner heißt es in einer Zeitungsmeldung: „Gewerbeordnung sondieren“. Das ist eine Meldung der „Presse“. Hier heißt es unter anderem: „Die Vorarbeiten seines Vorgängers bezeichnete Staribacher als ‚sehr interessant‘, doch hätte er noch eigene Ideen...“

Herr Bundesminister! Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, uns diese „eigenen Ideen“ bekanntzugeben.

In dieser Zeitungsmeldung heißt es weiter: „Er werde mit den einzelnen Interessengruppen Kontakt aufnehmen und habe das mit der Landwirtschaft auch bereits getan.“

Meißl

Ferner ist noch interessant, was der Abgeordnete Graf dazu sagt. Das ist ebenfalls in diesem Artikel enthalten, wo es heißt:

„Der burgenländische Wirtschaftsbundobmann und Kammerpräsident, Abgeordneter Graf, in der vergangenen Legislaturperiode bündischer Spitzenunterhändler für die Gewerbereform, erklärte der ‚Presse‘, es hätten sich die Fragen so weitgehend angeglichen, daß eine einstimmige Annahme vielleicht möglich wäre.“

Ich möchte nun an den Herrn Minister die Frage richten: Wie sehen die Dinge jetzt wirklich aus?

Es wäre vielleicht auch an den Abgeordneten Graf die Frage zu richten, ob er noch seine seinerzeitige Meinung vertritt.

Über das Berggesetz habe ich schon gesprochen.

Ich darf zum Schluß noch auf ein etwas heißes Eisen des Herrn Generalsekretärs zu sprechen kommen.

Vor mir liegt ein Büchel, das wir in den letzten Tagen bekommen haben. Sein Titel heißt: „Die Raiffeisen-Organisation in Österreich“. Dieses Buch beschäftigt sich mit einem leidigen Thema.

Es ist recht interessant, beim Studium dieses Heftes festzustellen, wie weit sich die heutigen Jünger des Genossenschaftswesens von den ursprünglichen Absichten entfernt haben. Ich möchte Ihre Zeit nicht noch mehr in Anspruch nehmen, ich will aber wirklich darum ersuchen, diesem Problem eine ernste ... (Abg. Dr. Mussil: *Unsere Broschüre vom Wirtschaftsbund haben Sie auch gelesen?*) Kenne ich auch, haben wir auch da: „Mittelstandspolitik in einer modernen Industriegesellschaft“. (Abg. Dr. Mussil: *Nein! Ich meine eine eigene separate Broschüre über das Genossenschaftswesen!*) Nein, es ist auch das sehr interessant.

Präsident Probst: Bitte, machen Sie keine Propagandastunde! (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Meißl** (fortsetzend): Herr Generalsekretär! Das ist nämlich wirklich interessant. Der Herr Präsident wird mir genehmigen, folgenden kurzen Passus vorzulesen — er stammt aus Ihrem Buche „Mittelstandspolitik in einer modernen Industriegesellschaft“ —:

„Wettbewerbsneutrale Stellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften.“

„Der Wettbewerb als Leistungsordnung erfordert gleiche Startbedingungen für alle Marktteilnehmer. Einseitige Subventionen und

steuerliche Vorteile verzerren aber den Wettbewerb zwischen gewerblichen Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Diese Vorzugsstellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften muß im Interesse der Wettbewerbsgleichheit der klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaft beseitigt werden. Gleichzeitig müssen die landwirtschaftlichen Genossenschaften, dem Genossenschaftsprinzip folgend, auf ihre eigentlichen Zwecke zurückgeführt werden, insbesondere durch:

Verstärkte Überwachung des Nichtmitgliedergeschäfts.

Interpretation der landwirtschaftlichen Betriebserfordernisse in der Gewerbeordnung.

Einräumung der Parteistellung im Genossenschaftsregisterverfahren für die Kammern der gewerblichen Wirtschaft.

Gänzliche Einbeziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in das Kartellgesetz.“ (Abg. Peter: *Mussil braucht die Hilfe des Ministers Staribacher!*) Ja, das wäre eine interessante Kombination, wie ich glaube.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß darf ich noch an etwas erinnern. Auch auf dem zu besprechenden Sektor waren die freiheitlichen Sprecher immer darauf bedacht, den jeweils Herrschenden beziehungsweise der Regierung ihre Sorgen vorzutragen. Ich meine hiermit eine wirkliche Neuordnung des Handelskammerwahlrechtes. Herr Bundesminister! Darüber wurde heute schon gesprochen. Wir möchten dringend ersuchen — auch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat ja hier ein Versprechen abgegeben, dieses Versprechen wurde im Vorjahr hier öffentlich abgelegt —, dafür zu sorgen, daß eine Reform der Handelskammer-Wahlordnung mit der Einführung des amtlichen Stimmzettels Wirklichkeit wird. Wir legen besonderen Wert darauf, daß das rasch geschieht, damit bereits die nächsten Wahlen auf Grund dieses neuen Wahlrechtes durchgeführt werden können.

Ich darf nun abschließend sagen, daß es immer eine echte Sorge von uns Freiheitlichen war, die Probleme der mittelständischen Wirtschaft in ihrer vollen Größe zu sehen und darüber zu sprechen. Wir haben immer dann, wenn diesen Belangen nicht entsprochen wurde, eine entsprechende Kritik geübt. Wir haben das früher so getan, wir werden das beim neuen Handelsminister ebenso tun. Wir erhoffen uns von ihm auf Grund seiner besonderen Aktivität, daß er vielleicht einige der Probleme, die seit Jahren nicht gelöst werden konnten, lösen kann.

Im übrigen geben wir diesem Kapitel unsere Zustimmung. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil. Er hat das Wort. (Abg. Peter: Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Reden Sie heute für die Genossenschaften?)

Abgeordneter Dr. **Mussil** (OVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst ein paar Bemerkungen zum Beitrag des Kollegen Meißl. Herr Kollege Meißl! Sie haben aus einer Reihe von Unterlagen bezüglich der Gewerberechtsreform zitiert. Aber das, was ich am Kammertag vor ganz kurzer Zeit in dieser Beziehung gesagt habe, haben Sie nicht zitiert, obwohl dies in einer Reihe von Zeitungen enthalten war. Es ist für mich irgendwie kränkend, Herr Kollege Meißl (Abg. Peter: Aber geh!), daß Sie mich hier vollkommen aus dem Spiel gelassen haben.

Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Wir sind in der Frage der Gewerbeordnung seit eh und je auf dem Standpunkt einer Liberalisierung gestanden. Präsident Sallinger hat das heute bereits mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Wir wollen aber keine Eskalation der Liberalisierung, wir wollen also keine Ausrottung der Konzessionspflicht, keine Ausrottung des Lokalbedarfes und so weiter.

In diesen Dingen würden wir uns, wie ich glaube, einigen können. Bei den Sozialisten gibt es einzelne Stimmen, die auf diesem Gebiete sehr radikale Lösungen vor Augen haben; diese Lösungen halten wir nicht für richtig.

Sie haben ferner zum Genossenschaftswesen Stellung genommen. Sie tragen uns immer vor Weihnachten diese Frage als Geschenk des Christkindls vor. Sie glauben, daß Sie uns und die Landwirtschaft mit Ihren Bemerkungen auseinanderbringen können. Sie können oft und lautstark über diese Frage reden, Herr Kollege Meißl, aber das wird Ihnen nicht gelingen.

Die Frage der Genossenschaften ist für uns eine sehr, sehr wichtige und brennende Angelegenheit. Ich darf Ihnen aber sagen: Wie schwer diese Frage ist, können Sie daraus ermessen, daß wir innerhalb der gewerblichen Wirtschaft auch etwa 180 Genossenschaften haben, die in ihrer Zielsetzung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ungefähr konform liegen.

Daß Sie vom Minister Staribacher in der Frage der Genossenschaften eine Hilfe erhoffen können — da bin ich, Herr Kollege Meißl, skeptisch. Wenn er das täte, hätte er sofort die gesamten Konsumgenossenschaften gegen sich. Das kann sich ein Minister Staribacher nicht erlauben!

Kollege Meißl! Wenn Sie uns einen Tip geben könnten, wie man diesen schwierigen Kompromiß lösen könnte, ohne daß Sie ununterbrochen versuchen, hier im Hohen Haus diese Frage anzuheizen, wären wir Ihnen sehr dankbar. (Abg. Meißl: Bei einem neuen Gewerberecht wäre schon die erste Chance dazu!) In welcher Richtung? Wo ist ein Kompromiß, Herr Kollege! Mit dem neuen Gewerberecht, das sagt sich sehr einfach. Aber wenn man dann die Konsequenzen überdenkt und sieht, was sie zur Folge haben, wird das Problem immer schwieriger.

Ich darf Ihnen eines sagen: Jedes Kompromiß hat seine Vor- und Nachteile. Ich habe einmal den gescheiten Satz gehört: Das beste Kompromiß ist das, mit dem beide Teile nicht zufrieden sind. — So wird ein Kompromiß ausschauen, das wir auf diesem Gebiete finden werden. Aber dann werden Sie krebsen gehen, und die Sozialistische Partei wird wahrscheinlich auch krebsen gehen und wird sowohl bei den Bauern als auch bei unseren Mitgliedern sagen: Die Österreichische Volkspartei, der Wirtschaftsbund oder der Bauernbund, hat hier eine verkehrte Lösung ergriffen. (Abg. Meißl: Zuerst muß das Kompromiß da sein!)

Kollege Meißl! Daher wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich hier einschalten könnten. (Abg. Zellinger: Kollege Mussil! Ist der Verkauf von Damenhöschen eine Aufgabe der Genossenschaften?) Das ist vollkommen außer Streit. Herr Kollege! Wenn Sie keine anderen Beispiele hätten, könnte ich Ihnen unter vier Augen eine Reihe von anderen aufzählen. (Abg. Graf: Die sind „abgetragen“!) Ich möchte darüber nicht in Anwesenheit von Damen sprechen. Dann würden Sie endlich einmal etwas Neues bringen können als Ihre „abgetragenen“ Damenhöschen. (Heiterkeit und Zustimmung bei der OVP. — Abg. Peter: Abgetragene verkaufen die Genossenschaften auch? — Neuerliche Heiterkeit.)

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Meine Herren! In der Geschäftsordnung steht, daß Sitte und Anstand zu wahren sind. (Erneute Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Mussil** (fortsetzend): Herr Kollege Meißl! Bezuglich des Ladenschlusses darf ich Ihnen eines sagen: Sie werden sich vom Herrn Handelsminister dazu schwerlich eine Unterstützung erwarten können. (Abg. Meißl: Darum habe ich es gesagt!) Ich glaube nicht, daß der Kollege Skritek — leider ist er nicht im Hause — es als Obmann der Gewerkschaft der Handelsangestellten zulassen würde, auf diesem Gebiete Konzessionen zu machen.

Dr. Mussil

Kollege Meißl! Wir bereiten aber jetzt einen Initiativantrag in der Richtung vor. Wir würden Sie einladen, diesem Initiativantrag beizutreten. Dann können wir über kurz oder lang in diesem Hause auf dem Gebiete eine Auflösterung des Ladenschlusses beschließen. (Abg. *M e i ß l: Sehr gut!*)

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zur Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Partei. Wenn man vor den Wahlen beobachtet hat, was die Sozialistische Partei alles vorgehabt und dem österreichischen Volk auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik alles versprochen hat, dann hätte man meinen müssen, daß eine ungeheure Dynamik auf diesem Gebiete entfaltet werden wird. Man konnte meinen, daß durch die Industriepolitik die angekündigte zweite Industrialisierungswelle geradezu eine Flutwelle sein würde, die über Österreich hereinbrechen wird. (Abg. *M i t t e r e r: Dabei war es ein Bacherl!*) Es ist nicht einmal ein kleines Wässerchen geworden.

Ich habe den Eindruck, daß die Wirtschaftspolitik von Ihrer Partei vollkommen aufs Eis gelegt worden ist. Mir ist es aber erklärlich: Meine Damen und Herren! Sie verwenden Ihre Energien in der Regierung für — ich muß sagen — publikumswirksame, aber fadenscheinige Gags. Aber für echte wirtschaftspolitische Sorgen scheinen Sie nichts übrig zu haben.

Ich erwähne nur ein Beispiel: Das ist die Frage der Schulbücher, die Sie kostenlos zur Verfügung stellen wollen. Ich habe Verständnis, daß der Vorwärts-Verlag finanzielle Sorgen hat. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. W e i k h a r t: Nein! Den brauchen wir nicht!*) Wir vertreten das auch. Das tut gar nichts zur Sache. (Abg. *W e i k h a r t: Das hat mit dem Vorwärts-Verlag überhaupt nichts zu tun, das möchte ich gleich feststellen!* — Abg. *G r a f: Ihre Aufregung läßt uns das Gegenteil glauben!* — Abg. *W e i k h a r t: Ich habe es nur laut und vernehmlich mitgeteilt!*) Herr Kollege, ich darf Ihnen folgendes sagen: Der Vorwärts-Verlag ist Kammermitglied wie jedes andere Kammermitglied. Wir haben Interesse daran, daß der Vorwärts-Verlag floriert. (*Allgemeine Heiterkeit. — Abg. W e i k h a r t: Der Mussil muß in den Verwaltungsrat hinein!*) Daher sind wir dafür, daß das gemacht wird.

Meine Damen und Herren! Soll ich Ihnen in dem Zusammenhang noch etwas anderes sagen? Herr Kollege Weikhart! Mir ist unangenehm, daß ich berechtigten Anlaß zu Befürchtungen habe, daß — wenn eine solche Aktion durchgeführt wird — in die Schuljugend, angefangen mit fünf oder sechs

Lebensjahren, über die Schulbücher, die zentral gedruckt und aufgelegt werden, sozialistischer Geist — ich möchte nicht sozialistisches Gedankengut sagen, das wäre ein falscher Ausdruck — infiltriert wird. (Abg. *D o k t o r T u l l: Das stimmt doch nicht! Sie haben gehört, was der Unterrichtsminister gesagt hat!*) Herr Kollege Tull! Die Gemeinde Wien praktiziert das schon seit einiger Zeit.

Ich habe einige Schulbücher in der Hand gehabt. Es handelte sich um Mathematik-Lehrbücher für den dritten Lehrgang der Volksschule. (Abg. *D r. T u l l: Zwei mal zwei ist Sozialismus, heißt das!*) Nein! In diesen Büchern sind die Mathematikbeispiele so klassenkämpferisch in Unterscheidungen zwischen Unternehmern und Nichtunternehmern aufgezogen, daß ich es Ihnen vorlesen muß. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Hier tritt ganz deutlich zutage, was Sie mit dieser Maßnahme verfolgen. Sie wollen die Kinder ab dem sechsten Lebensjahr mit dieser Aktion sozialistisch beeinflussen. Darum werden wir einer solchen Aktion nicht zustimmen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. D r. T u l l: Sie haben doch gehört, was der Herr Minister Gratz gesagt hat!*)

Meine Damen und Herren! Auf wirtschaftspolitischem Gebiete hat man Regungen der Regierung in der letzten Zeit — oder überhaupt seitdem Sie an der Regierung sind — kaum verspüren können. Das, was man an Regungen verspürt hat, war verfehlt. Man kann daher in diesem Sinn sagen, daß man die Inaktivität der sozialistischen Regierung auf wirtschaftspolitischem Gebiete nur begrüßen kann, sonst wäre es noch schlechter gewesen.

Verfolgt man diesen Gedankengang weiter, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß man nach Ihrer Auffassung sagen müßte: Die beste Wirtschaftspolitik ist eigentlich keine Wirtschaftspolitik. Damit sind wir in einem paläoliberalen Gedankengut mitten drinnen. Da ist man in dem Gedankengut des „Laissez faire“-Prinzips verhaftet — und das bei einer sozialistischen Regierung, die sich dem Dirigismus verschrieben hat! Wo ist da die Konsequenz? Das möchte ich Sie ganz ehrlich fragen.

Das, was nach meiner Auffassung eine der Hauptursachen an dem Fehlen Ihrer Wirtschaftspolitik ist, ist die Tatsache, daß sich noch keiner Ihrer Minister federführend für die Wirtschaftspolitik interessiert hat. Sie haben vor den Wahlen erklärt, Sie würden die bestkoordinierte Regierung stellen, und jetzt sind weder der Herr Minister Androsch noch der Herr Minister Staribacher und der Herr Staatssekretär Veselsky diejenigen, die in der Wirtschaftspolitik tonangebend sind.

Dr. Müsli

Dabei sind die drei Herren, die ich jetzt genannt habe, von den sagenhaften Programmautoren eigentlich die Starexperten gewesen. Man hätte daher annehmen können, daß sich einer von den Betreffenden doch entschließen würde, auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik die Federführung zu ergreifen.

Es scheint nun so zu sein, daß der Herr Handelsminister kaum Zeit hat, sich mit den Dingen zu beschäftigen. Mein Freund Mitterer hat schon das Thema des Umfunktionierens des Handelsministeriums zu einem Konsumentenministerium angeschnitten. Der Herr Handelsminister ist laufend bemüht, Kommissionen, Beiräte, Untergruppen, Stabsstellen, Sondergruppen und so weiter zu errichten. Dann werden wieder Unterstabsstellen ins Leben gerufen, und er versucht, ununterbrochen dabei zu sein. Meine Damen und Herren! Er kann ja keine Zeit für die Wirtschaftspolitik haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Er sitzt ununterbrochen in den Gruppen und Untergruppen.

Meine Damen und Herren! In dem Zusammenhang „Umfunktionierung zu einem Konsumentenministerium“ darf ich eines sagen: Ein sozialistischer Abgeordneter hat im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß der Konsument in der Marktwirtschaft König ist und daß es daher eine Selbstverständlichkeit ist, daß der Handelsminister, der für die Wirtschaft zuständig ist, die Konsumenten zu unterstützen hat.

Ich habe darauf geantwortet: Das halte ich nicht für sozial, denn wenn der eine der König ist und die Wirtschaftstreibenden die Untertanen, wer soll da beschützt und unterstützt werden? Der König oder die Untertanen? Das möchte ich Sie, Herr Minister, ganz im Ernst gefragt haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Weikhardt: In diesem Fall der König!*)

Noch eines möchte ich unserem Herrn Handelsminister sagen. Herr Präsident Sallinger hat darauf hingewiesen, daß der Herr Handelsminister im Budget in einzelnen Ansätzen wohl nicht das, was wir uns erhofft haben, aber doch immerhin gewisse Anhebungen durchgeführt hat. Aber was wir eigentlich von ihm erwartet haben, ist: Bei wichtigen Gesetzen, die die Wirtschaft getroffen hätten, treffen würden oder treffen werden — wie etwa Preisregelungsgesetz, Preistreibereigesetz oder die Einkommensteuernovelle, die uns außerordentlich unangenehm ist, sowie die Erhöhung des Dieselölpreises —, hätten wir uns doch vorgestellt, daß der Herr Handelsminister im Interesse der Wirtschaft seine Hand erhebt und in der Regierung Kreisky Einspruch erhebt.

Nichts ist geschehen, Herr Minister! Die Gesetze sind sang- und klanglos über die Hürde der Regierung gegangen. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Wenn Sie das erstmal in einer solchen wichtigen Frage, wenn ein Gesetzentwurf in der Regierung eingebracht wird, die Hand zum Einspruch erheben, werden wir, Herr Minister, die Bundeskammer beflaggen lassen. Aber ich bin darauf neugierig, ob Ihnen das gelingen wird. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Graß: Nie werden die Fahnen bei der Bundeskammer wehen!*) Das fürchte ich auch. (*Abg. Weikhardt: Nur auf halbmast!* — *Abg. Mitterer: Der „Bundesvormund“ hat es verboten!* — *Abg. Meißl: Wird schwarz oder rot beflaggt?* — *Abg. Graß: Nein, blau werden wir flaggen, Herr Meißl!* — *Abg. Zellinger: Sie kennen die Zeichen der Zeit!* — *Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Der nun einmal vorhandene negative Kompetenzkonflikt in der Wirtschaftspolitik führt zweifellos auch zu einem positiven Ergebnis, denn man kann sicher sagen: Am leichtesten ist eine Koordinierung des Nichtstuns. Das ist kaum von der Hand zu weisen. Und da muß ich schon sagen, Sie sind eine sehr koordinierungsfreudige Regierung. (*Heiterkeit.*)

Ich würde gerne einmal mit den restlichen Experten von diesen sagenhaften 1400 — das sind also die 1397, die damals mitgewirkt haben, oder zumindest die 300, die damals dem Bundeskanzler Bericht erstattet haben — damals war er noch nicht Bundeskanzler —, ich glaube, das war am Kahlenberg oben — über die Frage diskutieren, was vom sozialistischen Wirtschaftsprogramm bis heute verwirklicht worden ist. Daß Sie nicht dabei sein wollten bei einer solchen Diskussion, das verstehe ich, Herr Minister, aber ich würde das gerne übernehmen. Aber ich glaube nicht einmal, daß Bundeskanzler Kreisky trotz seiner Olympiareife im Slalomstil imstande wäre, durch diese Schwierigkeiten durchzukommen.

Jetzt ein Wort zur Konjunkturpolitik. Hier sind Ihnen die Ziffern bekannt und auch, daß Sie auf diesem Gebiete bisher fast nichts unternommen haben. Daß das, was Sie unternommen haben, verkehrt losgegangen ist, dürfte sich in Österreich bereits herumgesprochen haben.

Sie müßten bei der gegenwärtigen Situation in der Konjunkturpolitik kostendämpfend, nachfragedämpfend und wachstumsfördernd wirken. Aber, meine Damen und Herren, Sie erhöhen die Kosten, Sie erhöhen die Nachfrage und wirken in Ihrer Politik wachstumsdämpfend. Darum ist diese Politik zu verurteilen.

2120

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Mussil

Der Herr Präsident hat schon auf die Erhöhung der Lohnstückkosten hingewiesen und hat auch darauf hingewiesen, daß wir mitten drinnen in einer Art von Kosteninflation stehen.

Nun ergibt sich die Frage, wie die SPÖ-Regierung auf diese Kosteninflation reagiert. Das bei einer Lohnwelle für eine Million Arbeitnehmer bei Istlohnnerhöhungen von 8 Prozent und Kollektivvertragslohnerhöhungen von 13 Prozent, wobei 1 Prozent Lohnerhöhung 700 Millionen Schilling im Jahr ausmachen wird und die Produktivitätssteigerung für 1971 mit 4,5 Prozent prognostiziert ist.

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat einstimmig festgestellt, daß sich die Tariflohnnerhöhungen während des Lohnintervales zur Gänze in den Lohnnerhöhungen der Betriebe durchschlagen und — das ist das Spezifikum in Österreich — daß die Istlohnnerhöhungen auf die im Durchschnitt um 28 Prozent überzählten Tariflöhne unmittelbar bei Vertragsabschluß einwirken. Wir stehen also unter einem enormen Kostendruck, der insbesondere durch die Arbeitszeitverkürzung verursacht worden ist.

Der Wirtschafts- und Sozialbeirat würde gut daran tun, würde er — was seinerzeit in Aussicht genommen worden ist — die Auswirkungen dieser Arbeitszeitverkürzung überprüfen.

Aber was tut die SPÖ-Regierung, meine Damen und Herren? Sie will den Überstundenzuschlag für die ersten vier Stunden entgegen allen Absprachen von 25 auf 50 Prozent erhöhen, sie will den Urlaub für große Teile der Arbeiterschaft um eine Woche verlängern, das macht um eine Arbeitsstunde weniger, das sind 3 bis 4 Prozent Kostenerhöhungen, das ist eine Erhöhung des Anteils an den Lohnnebenkosten von ungefähr 2 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wir liegen in Österreich jetzt bei einer Lohnnebenkostensumme von ungefähr 76 Prozent. Wenn wir das, was Sie bei der Erweiterung der Abfertigung wollen, noch dazunehmen würden — das macht ungefähr 1 Prozent aus —, sind wir mit Ihren anderen Vorlagen bei 79, also bei fast 80 Prozent Lohnnebenkosten. Es ist so, daß für einen Schilling echten Lohns 80 Groschen Lohnnebenkosten bezahlt werden. Dabei steht Österreich gerade auf dem Arbeitsmarkt in einer unendlich schwierigen Konkurrenz insbesondere gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und so weiter.

Die österreichische Sozialpolitik — vor allem geht das an die Regierung — müßte sich daher überlegen, was mit dem Lohn-erhöhungsspielraum, der vorhanden ist, ange-

fangen werden soll, ob damit echte Lohn-erhöhungen durchgeführt werden sollen oder ob wir noch immer die Lohnnebenkosten erhöhen sollen, damit uns die österreichischen Arbeitskräfte ins Ausland abwandern.

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang zwei Worte zu einer Studie sagen, die der Wiener Arbeiterkam-mertag im November veröffentlicht hat. Diese Studie beschäftigt sich mit dem Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1967. Es ist eine aus-gesprochen wertvolle Arbeit.

Aber zu der Kommentierung in der „Arbeiter-Zeitung“ und auf einer Pressekonferenz, die Sie abgehalten haben, kann man wohl nur sagen: Statistik ist die Kunst, mit rich-tigen Ziffern etwas Falsches zu beweisen. Das haben Sie, meine Damen und Herren, sowohl in der „Arbeiter-Zeitung“ als auch auf der Pressekonferenz versucht. In der Studie ist enthalten, daß die Lohnquote langfristig gleichgeblieben ist, daß die Lohnquote aber seit dem Jahre 1960 bis 1967 sehr stark ange-stiegen ist, 1968 und 1969 haben die Gewinn-anteile wieder etwas angezogen, und jetzt beginnt der Lohnanteil wieder stärker zu stei-gen. (Präsident Dr. M. a. e. t. a. übernimmt den Vorsitz.)

Was schreibt dazu auf Grund einer Pressekonferenz die APA, meine Damen und Her-ren?

„Hingegen konnte zwischen der Investi-tionsrate und dem Lohnanteil kein Zusammen-hang festgestellt werden. Daraus ergibt sich der Schluß, daß ein gewisser Spielraum für eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer ohne Gefährdung der Investitionen durch-aus gegeben ist.“

Meine Damen und Herren! Die „Arbeiter-Zeitung“ geht unter dem Titel „Vermögens-bildung in Unternehmerhand“ noch weiter. Sie schreibt folgendes — es wird also zuerst über diese Dinge gesprochen, die ich jetzt erwähnt habe, und dann geht es weiter —

„Daß dies nicht der Fall sein muß, ist heute nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch abgesichert. Denn wenn der Lohnanteil am Volkseinkommen steigt, ist damit noch keine Investitionseinschränkung durch eine entspre-chende Verringerung des Gewinnanteils ver-bunden. Werden die zusätzlichen Lohneinkom-men nämlich — wie dies heute immer stärker der Fall ist — gespart, so ist diese Einkom-mensverteilung investitionsneutral.“ — das ist überhaupt ein ganz neues Wort — „weil die Ersparnisse via Kreditinstitute der Investi-tionsfinanzierung zufließen. Lediglich der An-

Dr. Mussil

teil der Selbstfinanzierung wird reduziert und jener der Fremdfinanzierung erhöht."

Meine Damen und Herren! Das, was hier geschrieben wird, widerspricht hundertprozentig dem, was wir in den sechziger Jahren erlebt haben. In den sechziger Jahren war es so, daß gerade die Zusammendrückung der Gewinne, die vollkommene Einengung der Gewinnmargen, zu einer ausgesprochenen Gewinnflaute geführt haben, und daß im Jahre 1967 und dann 1968 und 1969 die steigenden Gewinne dazu geführt haben, daß auch die Investitionen wiederum gestiegen sind.

Meine Damen und Herren! Man kann also ruhig sagen, daß die Investitionen geradezu eine Funktion der Eigenkapitalbildung sind. (Beifall bei der ÖVP.) Und das, was hier geschrieben ist, ist vollkommen verkehrt.

Und nun zu den sogenannten konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung. Vor dem Sommer noch hat die Regierung eine sogenannte konjunkturpolitische Rücklage — so im Sprachgebrauch des deutschen Professors Schiller — der Öffentlichkeit bekanntgegeben; das sind die berühmten Dezemberzwölftel. Von der Mineralölsteuer werden dadurch 450 Millionen betroffen.

Meine Damen und Herren! Wir bekommen immer mehr den Eindruck, daß diese konjunkturpolitische Maßnahme nichts anderes darstellt als eine Art Moratorium, das sich die Regierung selber gegeben hat, damit sie die Schulden gegenüber der Bauwirtschaft später abstatten kann. Das ist keine konjunkturpolitische Rücklage, meine Damen und Herren. Das ist ein reiner Budgettrick.

Das zweite ist die Frage der Sperre der ERP-Mittel, die uns große Sorgen macht. Hier ist der Regierung plötzlich eingefallen, die ERP-Mittel im Sommer zu sperren. Sie hat gesagt, in der zweiten Hälfte des ERP-Jahres wird freigegeben. Gleichzeitig sind ohne Beschränkung ERP-Kredite angenommen worden, sodaß wir jetzt ungefähr um das Doppelte an dem, was wir an ERP-Mitteln zur Verfügung haben, Ansuchen vorliegen haben, die berechtigte Aussicht hätten, tatsächlich erfüllt zu werden.

Und welchen Weg geht da die Regierung Kreisky, meine Damen und Herren? Es wird versucht, die Differenz von ungefähr 500 oder 550 Millionen Schilling durch ein In-Bewegung-Setzen der Notenpresse dadurch zu standezubringen, daß die Notenbank verpflichtet werden soll, Schatzscheine der Investitionskredit-AG. für diese Finanzierungsvorhaben zur Verfügung zu stellen.

Das erinnert mich sehr stark an den Versuch, der vor ungefähr einem Jahr gestartet worden ist, nämlich die Notenbank dazu zu bewegen, daß die Mindestreserven in der Größenordnung von ungefähr 2 Milliarden Schilling, die sie zu halten verpflichtet ist, zur Staatschuldendeckung bereitgestellt werden. Meine Damen und Herren! Das ist ein typisches Zeichen dafür, wie leicht die Regierung Kreisky alle Fragen der Währungspolitik nimmt.

Meine Damen und Herren! Vor dem Sommer — auch darauf hat Herr Präsident Sallinger schon hingewiesen — ist das erste Mal eine Verlängerung der flankierenden Maßnahmen durchgeführt worden; dann im Herbst ein zweites Mal, und immer wieder sind neue Positionen in diesen Bereich der sogenannten preisdämpfenden Maßnahmen einbezogen worden.

Damals unter der Regierung Klaus anlässlich der D-Mark-Aufwertung war das eine richtige Maßnahme. Aber jetzt, meine Damen und Herren — darauf hat der Herr Präsident schon hingewiesen —, darf ich Sie eines bitten: Hören Sie endlich auf mit dem ständigen Abspielen einer Schallplatte, die von uns stammt, und lassen Sie sich endlich einmal etwas Eigenes in dieser Beziehung einfallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf dem Gebiete des Nettopreissystems wären wir bereit, einer Erweiterung zuzustimmen, wenn entsprechende Ausnahmen aus dem Preistreibereigesetz vorgesehen werden würden und wenn eine Änderung des Kartellgesetzes für die sogenannten Kettenläden vorgenommen werden würde.

Positiv, Herr Minister, ist zu vermelden, daß sich Ihre Partei endlich durchgerungen hat, daß die Wunderdroge der Preispolizei, des Preisdirigismus kein geeignetes Instrument ist, um mit den Krankheitserscheinungen der Wirtschaft fertig zu werden.

Meine Damen und Herren! In der gegenwärtigen Konjunktursituation müßte die Regierung alles daransetzen, das Preisniveau zu senken. Daß — es wurde heute schon mehrfach gesagt; mein Freund Mitterer hat auch darauf hingewiesen — man sich einfach abfindet mit den 5 Prozent, halten wir für einen der größten Fehler. Wir müssen unter die 3 Prozent Inflationsrate kommen, meine Damen und Herren. Ob Sie von der Sozialistischen Partei es wollen oder nicht, ist uns ganz egal. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen eines sagen: Diese moderne Relativitätstheorie der Sozialistischen Partei, die im wesentlichen darauf hinausläuft, zu sagen, daß wir deswegen gut sind auf dem

2122

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Mussil

Gebiete der Währungspolitik und auf dem Gebiet der Preise, weil es in Europa noch drei oder vier Länder gibt, die schlechter sind als wir — meine Damen und Herren, das kauft Ihnen die österreichische Bevölkerung nicht ab. (Abg. *Pansi*: *Zehn sind schlechter!* — Abg. *Lukas*: *Machen Sie Österreich nicht schlechter als notwendig!*) Es sind nicht zehn, es sind drei, die schlechter sind als wir. Herr Kollege Pansi! Es sind drei nach den letzten Berichten.

Die österreichische Bevölkerung ist völlig uninteressiert an den Inflationsraten innerhalb der OECD. Der österreichischen Bevölkerung ist es im wesentlichen egal, ob es dort 2, 3 oder 4 Prozent sind. Das, was die österreichische Bevölkerung will, ist eine Stabilität in Österreich, meine Damen und Herren, und um die müssen wir kämpfen! (Beifall bei der ÖVP.)

In dieser Situation erhöht die Regierung Kreisky den Dieselpreis um 25 Prozent; das sind 70 Groschen. Es ist klar, daß der Mineralölhandel und die Tankstellen, die seit Jahren ihre berechtigten Forderungen zurückgehalten haben, diese Forderungen jetzt aufleben lassen, wenn die Regierung mit Preiserhöhungen vorangeht. Das wird jetzt eingebracht werden, meine Damen und Herren.

Dabei ist die Situation so: Wenn wir noch sagen könnten, daß wir mit dieser Lösung in der Koordinierung zwischen Schiene und Straße auf dem richtigen Weg wären, bitte sehr. Aber wenn Sie sich die EWG-Situation und auch die Situation in der EFTA anschauen, so sehen Sie, daß dort bei der Koordinierung zwischen diesen beiden Verkehrsträgern immer mehr entfiskalisiert wird und wir verfiskalisieren. Meine Damen und Herren! Wir liegen also auch hier vollkommen falsch.

Ich könnte mir aber darüber hinaus noch eines vorstellen, und zwar daß die Situation bei den Bundesbahnen ein Eingreifen dringend nötig machen würde. Die Wirtschaft ist an einer funktionierenden und leistungsfähigen Bundesbahn außerordentlich interessiert. Wir würden also diese Maßnahme unter den eben genannten Voraussetzungen eventuell noch verstehen.

Aber darf ich Ihnen zum Zustand bei den Österreichischen Bundesbahnen folgendes sagen: Bei den Österreichischen Bundesbahnen sind in den ersten drei Vierteljahren um 12,1 Prozent — das sind 7,3 Milliarden — an Bruttotonnen-Kilometern mehr geleistet worden als im Vorjahr, dank der Verkehrspolitik, die die ÖVP-Regierung betrieben hat! (Beifall bei der ÖVP.) Ferner, meine Damen und Herren, ist der Gütertransport in dieser Zeit um 14 Prozent gestiegen.

Die Bundesbahnen stehen im Güterverkehr an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Sie haben das Wagenstandsgeld wiederholt erhöht, die Ladefristen verringert, und trotzdem standen zu Beginn der Schulferien 1970 50 Güterzüge überhaupt nicht zur Verfügung, und mehr als 5000 Güterwagen stehen monatlich den Bahnkunden aus der Wirtschaft nicht zur Verfügung.

So schaut es aus mit den Bundesbahnen. Wo wollen Sie denn dann umlenken, meine Damen und Herren? Wozu diese Umlenkmaßnahmen von der Straße zur Schiene, wenn auf der Schiene nichts da ist, das dieses Verkehrsubstrat aufnehmen kann. (Zwischenruf des Abg. *Lukas*) Ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege Lukas: Das sind die allerletzten Ziffern, die können Sie nicht mehr modernisieren oder irgendwie umdrehen. Diese Ziffern stimmen, darauf können Sie sich verlassen. Meine Damen und Herren! Die Erhöhung der Mineralölsteuer war daher in dieser Situation — ich kann vielleicht sagen — der größte Fehlgriff der SPÖ-Regierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Auf anderen Gebieten haben Sie ja noch eine Reihe anderer Fehlgriffe getan.

Daß die Regierung Kreisky das Verkehrsgewerbe damit in eine fast ausweglose Situation bringt, meine Damen und Herren, beeindruckt die Regierung anscheinend überhaupt nicht. (Abg. *Steininger*: *Da haben Sie recht!*) Das einzige, was geschehen ist, war die Überraschung eines Entwurfes über die Fernbeförderungssteuer.

Wir haben vor der Erhöhung des Dieselpreises festgestellt, daß ein Steuersatz bei der Umstellung auf die Umsatzbesteuerung von etwa 14 Prozent angemessen wäre. In dem Entwurf stehen jetzt 16 Prozent drinnen, meine Damen und Herren. Ich bin neugierig, wie sich das Verkehrsgewerbe dazu verhalten wird. Wir sind der Meinung, die ganze Fernbeförderungssteuer macht etwa 130 Millionen Schilling aus; 700 Millionen Schilling haben Sie auf dem Buckel des Verkehrsgewerbes im wesentlichen durch die Dieselpreiserhöhung jetzt lukriert.

Es wäre daher angezeigt, diese Fernbeförderungssteuer überhaupt aufzulassen. Desgleichen müßte man bei der Fernbeförderungssteuer für den Linienverkehr eine entsprechende Ermäßigung durchführen und das Güterbeförderungsgesetz und das Gelegenheitsverkehrsgesetz so rasch wie möglich in diesem Hause verabschieden.

Meine Damen und Herren — ich komme schon zum Schluß —, der einzige wachstumspolitische Effekt, den Sie gesetzt haben, war

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Mussil

ein negativer. Darüber haben wir auch bereits mehrmals gesprochen. Die Anhebung der Steuerprogression in den oberen Stufen trifft die Investitions- und Sparfreudigkeit in vehementestem Ausmaße. Die Belastung des Sozialproduktes mit öffentlichen Abgaben hat die 40-Prozent-Marke bereits erreicht. In der Schweiz sind es 22,3 Prozent.

Ich darf Ihnen in dem Zusammenhange eines sagen, meine Damen und Herren. (Ruf bei der SPO: *Ihr lebt noch immer!* — Abg. Graf: *Das kann Sie glücklich machen, Herr Kollege, daß die Wirtschaft noch lebt! Sonst würde es Ihnen schlecht gehen!* — Weitere Zwischenrufe.) Nein, Sie haben sie jetzt angehoben.

Ich darf Ihnen jetzt etwas vorlesen, was Ihr Finanzminister vor kurzem in der Schweiz vor schweizerischen Unternehmern erklärt hat. Er sagte also — ich darf vorlesen, Herr Präsident —:

„Meine Damen und Herren! Dem österreichischen Steuer- und Sozialsystem wird häufig der Vorwurf der Leistungsfeindlichkeit gemacht. Tatsächlich beträgt 1968 in unserem Lande die Gesamtbelastung des Sozialproduktes mit Steuern und Sozialabgaben 36,8 Prozent.“ In der Zwischenzeit haben Sie es erreicht, das auf 40 Prozent hinaufzukurbeln. (Zwischenrufe bei der SPO.)

Und dann geht's weiter in der Rede des Herrn Finanzministers Androsch:

„Die österreichische Steuerbelastungsquote liegt damit zweifellos über dem Durchschnitt der Industrieländer und weit über jenem der Schweiz, wo sie 1968 nur 22,3 Prozent erreicht. Das Argument, daß das österreichische Steuer- und Sozialsystem leistungsfeindlich sei, wird aber via facti durch die günstige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft widerlegt.“

So der Finanzminister vor schweizerischen Unternehmern. Ich muß sagen, er hat Mut, vor allem deswegen, weil er das auch vor präsumtiven Investoren sagt, die in Österreich investieren möchten. Wir haben eine Reihe solcher Verbindungen aufgenommen. Daß sich der Finanzminister traut, diese Unternehmer in ein Stahlbad von derartigen Belastungsziffern unseres Steuersystems zu setzen, meine Damen und Herren, ist wirklich nur mit Mut zu erklären. Aber „Mut hat auch der Mammut“. Mehr will ich darüber nicht sagen.

Meine Damen und Herren! Ich darf dann noch eines sagen: Die günstige Entwicklung, über die der Herr Finanzminister gesprochen hat, ist ausschließlich — denn Sie haben ja auf wirtschaftlichem Gebiete bis heute noch kaum einen Finger gerührt — der Wirtschafts-

politik der Österreichischen Volkspartei zu verdanken, den Wachstumsgesetzen, dem Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, dem Strukturverbesserungsgesetz und so weiter. Vorschläge zum Ausbau dieser Gesetze liegen vor.

Aber die günstige Entwicklung der Wirtschaft, die der Finanzminister Androsch aufgezeigt hat, hat sich auch in den Einnahmen 1970 niedergeschlagen, meine Damen und Herren. Es sind an Steuereingängen und an sonstigen Einnahmen etwa 2 Milliarden über dem Präliminare zu verzeichnen. Ich darf Ihnen eines sagen: Nur dadurch war es möglich, daß zwei Budgetüberschreitungsgesetze aus diesen Mehreinnahmen finanziert werden konnten, ohne daß Steuererhöhungen vorgenommen worden sind. Wir hoffen auch, es ist etwas — der Herr Finanzminister ist leider nicht da — an der Staatsschuld abgetragen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dabei hat bei der Budgetdebatte 1969 der damalige Abgeordnete Dr. Staribacher noch in seiner virulenten Art erklärt: Die Steuereinnahmen für 1970 sind mindestens mit einer halben Milliarde überschätzt. Herr Minister! Das vor ungefähr einem Jahr — und jetzt das Ergebnis.

Ich darf ganz zum Schluß folgendes sagen: Wenn die Österreichische Volkspartei Ihnen diesen Polster in der Wirtschaftspolitik, aber auch im Budget nicht angelegt hätte, dann wäre das Preisthermometer wahrscheinlich jetzt schon über die 5-Prozent-Marke gestiegen.

Aber ich fürchte nur eines, meine Damen und Herren: Wenn Sie noch länger an der Regierung sein werden, dann besteht die Gefahr, daß Sie das Erbe, das Ihnen die Regierung der Österreichischen Volkspartei hinterlassen hat, nämlich eine blühende Wirtschaft, noch verwirtschaften werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maletz: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lona Murowatz. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Lona Murowatz (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst muß ich den Vorwurf, den Herr Abgeordneter Mussil der sozialistischen Fraktion dieses Hauses gemacht hat, nämlich daß sie mit der kostenlosen Abgabe der Schulbücher auch den Vorwärts-Verlag verdienen ließe, energisch zurückweisen.

Ich habe, bevor ich die Ehre hatte, dem Hohen Hause anzugehören, 20 Jahre im Buch-

Lona Murowatz

handel gearbeitet. Sie dürfen mir also schon zubilligen, daß ich mich ein wenig auskenne.

Die größten Schulbuchverlage in Österreich sind der Österreichische Bundesverlag, in dem die meisten Schulbücher verlegt werden, gefolgt von Hölder — Pichler — Tempsky, dann von dem Österreichischen Gewerbeverlag, vom Verlag für Jugend und Volk, vom Verlag Lechner & Sohn, vom Verlag Morawa und so weiter. Alle diese Verlage verlegen also Schulbücher.

Der Vorwärts-Verlag verlegt politische Schriften, sicherlich auch politische Lehrbücher, aber keineswegs ein einziges Lehrbuch, das in Schulen verwendet wird.

Weiters hat der Herr Abgeordnete Mussil gemeint, er könne ein Rechenbuch für die Volksschulen beibringen, in dem klassenkämpferische Rechenbeispiele gezeigt werden. (Abg. Weikhardt: X = Sozialismus! — Abg.

Libal: Und Y = Bundeswirtschaftskammer!) Auch das finde ich mehr als an den Haaren herbeigezogen. Es gibt für Volksschulen ungefähr ein halbes Dutzend Rechenbücher. Das meist verwendete Rechenbuch stammt aus dem Österreichischen Bundesverlag. Der Autor dieses Buches heißt Schön und der Titel des Buches lautet: „Wir können schon rechnen.“ Ich glaube nicht, daß Sie meinen, daß der Österreichische Bundesverlag ein sozialistischer Verlag ist.

Außerdem hätte der Herr Abgeordnete Mussil, wenn er im Finanzausschuß gewesen wäre, auch gehört, daß die Bestellungen für Schulbücher nicht vom Unterrichtsministerium vorgenommen werden, sondern von den Schulen. Damit wird natürlich jedem Dirigismus vorbeugt. Es wird nach wie vor den Schulen beziehungsweise den Lehrpersonen vorbehalten bleiben, das für sie zweckmäßigste Schulbuch auszuwählen.

Wir hoffen nur, daß die Schulbücherflut, die ja durch viele Jahre hindurch immer wieder angekreidet wurde und den Eltern bisher sehr hohe finanzielle Lasten aufgebürdet hat, weil es doch vorgekommen ist, daß in einer Familie mit mehr Kindern oft für jedes einzelne Kind neue Schulbücher beschafft werden mußten, daß also die Schulbücherflut durch die kostenlose Abgabe der Schulbücher durch die Bestellung durch die Schule eingedämmt wird. (Abg. Machunze: Also daß jetzt der Handelsminister für die Schulbücher zuständig ist, habe ich nicht gewußt!) Die Debatte hierüber hat der Herr Abgeordnete Mussil begonnen; ich mußte ihm antworten.

Es war eine erfreuliche Tatsache, daß ausgerechnet der Vertreter der Bundeswirtschaftskammer am Beginn seiner Ausführungen

gemeint hat, daß nun ein sehr guter Kontakt zum Handelsministerium bestünde. Damit sind anscheinend die Befürchtungen, die von Seiten der Unternehmer geäußert wurden, nämlich daß das Handelsministerium nun in ein Konsumentenministerium umfunktioniert wird, verflogen. Allerdings hat Herr Abgeordneter Mitterer diesen Eindruck wieder völlig verwischt, weil er sich ja vehement gegen den neuen Stil des Ministeriums gewandt hat.

Und nun möchte ich zu einigen Fragen der Konsumentenpolitik beziehungsweise des Konsumentenschutzes Stellung nehmen.

Der Konsumentenschutz ist meines Erachtens in der Vergangenheit etwas stiefmütterlich behandelt worden. Der Slogan von Seiner Majestät dem Kunden stimmt längst nicht mehr. Er wurde auch nicht vom Handelsminister so interpretiert, wie das der Herr Abgeordnete Mussil gemeint hat.

Der österreichische Konsument hat sich letztlich mit drei Gegebenheiten abzufinden: zum ersten mit einer Preispolitik, die er selbst kaum oder nur unzureichend beeinflussen kann, denn wir haben ja in Österreich keine Konsumentenorganisationen, die etwa so wie in England Käuferstreiks organisieren und damit preisdämpfende Maßnahmen erreichen, zum zweiten mit dem Unvermögen, Werbesslogans nach ihrem Wahrheitsgehalt zu überprüfen, und zum dritten sieht sich der österreichische Konsument einem übergroßen Warenangebot gegenüber.

Mit dem steigenden Wohlstand haben sich auch die Bedürfnisse der Verbraucher geändert. Immer mehr Geld wird für Güter des gehobenen Bedarfes ausgegeben, während die Ausgaben für Grundbedürfnisse, insbesondere für Nahrungsmittel, sinken. So stieg die Zahl der Pkw in den Jahren 1960 bis 1969 von rund 400.000 auf 1,1 Millionen, die Zahl der Kühlschränke von 320.000 auf 1,3 Millionen, die Zahl der Elektroherde von 430.000 auf 910.000, die Zahl der Waschmaschinen von 320.000 auf 960.000 und die Zahl der Fernsehgeräte von 190.000 auf 1.270.000. (Abg. Machunze: Dank der Wirtschaftspolitik der Regierung Klaus!) Das ist aber eine kontinuierliche Bewegung, die sich nicht erst in den letzten vier Jahren vollzogen hat. (Abg. Sekanina: Die österreichischen Arbeitnehmer haben überhaupt nichts beigetragen! — Abg. Machunze: Sicher, sicher! — Abg. Sekanina: Klaus hat allein gearbeitet! — Abg. Machunze: Die Regierungspolitik war es!)

Für Urlaubsreisen in das Ausland wurden 1960 1,6 Milliarden, 1969 fast 8 Milliarden Schilling in Devisen ausgegeben. Die Aus-

Lona Murowatz

gabenstruktur wird sich auch in den siebziger Jahren zugunsten höherwertiger Güter und Dienstleistungen verschieben.

Der Konsumentenpolitik kommt daher eine immer größere Bedeutung zu. Sie hat sich ja auch grundlegend gewandelt. Nach dem zweiten Weltkrieg, als es an allem mangelte, hat man sich um den Verbraucher sehr wenig gekümmert. Man hatte schließlich andere Sorgen, man mußte die nötigen Nahrungsmittel, die Kleidung und Brennstoffe herbeischaffen.

In der Zwischenzeit ist man auch in Österreich daraufgekommen, daß der Konsument dem Produzenten und dem Handel ein sehr wichtiger Bestandteil der Wirtschaft ist. Werbefachleute haben das längst erkannt. Ihr Ziel ist es, immer mehr Menschen zum Kauf von Dingen zu bewegen, die sie nicht unbedingt brauchen. Packard schildert in seinem Buch „Die große Verschwendug“ die letzten Konsequenzen dieser Situation. Die Industrie produziert absichtlich immer mehr Waren, die möglichst bald kaputt gehen, damit neue Waren gekauft werden müssen. Daß unter diesen Umständen die Werbekosten unaufhörlich steigen, liegt auf der Hand.

In Österreich wurden im Jahre 1968 1855 Millionen Schilling für kommerzielle Werbung ausgegeben. Gegenüber 1967 haben sich die Ausgaben um 8 Prozent erhöht, und wir haben keinen Grund anzunehmen, daß sich seither eine sinkende Tendenz der Kosten bemerkbar macht. Diese 1855 Millionen Schilling verteilen sich auf die folgenden Medien: Presse 1183 Millionen, Fernsehen 399 Millionen, Hörfunk 141 Millionen, Plakate und Film 132 Millionen.

Die Werbung dient in erster Linie dem Produzenten und nicht dem Konsumenten. Sie erfolgt nach dem Grundsatz: Erlaubt ist alles, was den Absatz fördert.

Marktforschung und Werbung beherrschen somit die Wirtschaft. David Riesman schreibt, daß jedes amerikanische Kind, noch ehe es laufen kann, ein Konsumzögling ist und daß seine praktische Markterforschung beginnt, bevor es noch imstande ist, Geld zu zählen.

Die hohen Werbekosten hat natürlich der Konsument zu tragen, und sie verteuern dadurch gewisse Produkte erheblich. Der Reklameaufwand für Waschpulver verschlingt zum Beispiel mehr als 50 Prozent des Verkaufserlöses. Der Konsument hat davon wenig Nutzen, denn Qualitätsunterschiede fallen bei Waschpulver kaum ins Gewicht. Keine Firma kann es sich leisten, ein schlechtes Produkt auf den Markt zu bringen. So werden Unsummen für Werbekosten ausgegeben, die dem

Käufer die Qual der Wahl beschert, ihn aber keineswegs informiert über Qualität, Menge und Preis je Mengeneinheit.

Die Verbraucherinformation ist in Österreich viel zuwenig ausgebaut, sie ist aber notwendig, um den Konsumenten vor unüberlegten Käufen durch eine intensive Werbung zu schützen. Einer intensiven Werbung muß eine intensive Information gegenüberstehen.

Ein weiterer Gegenpol zur Werbung ist die Deklaration, die Warenkennzeichnung. In Österreich haben wir nur bescheidene Ansätze, die vollkommen unbefriedigend sind. Wir haben veraltete Gesetze und keine Institutionen, die die Deklaration in der Praxis durchführen. Seit Jahren wird die Kennzeichnungspflicht, die in vielen westlichen Industriestaaten Pflicht ist, bei uns gefordert. Sie wurde vor allem auf dem Lebensmittel sektor von sehr einflußreichen Gruppen erfolgreich verhindert.

Österreich war heuer im Sommer Schauspiel eines internationalen Kongresses der Konsumentenverbände, an dem 300 berufsmäßige Vertreter verschiedener Konsumentenorganisationen aus der ganzen Welt teilnahmen. Veranstalter dieses Kongresses war die vor zehn Jahren in Den Haag gegründete Dachorganisation der Konsumentenorganisationen. Ihr gehören derzeit 37 Mitglieder an. Die Aufgaben dieser Dachorganisation, die IOCU genannt, bestehen in der Koordinierung der gemeinsamen Erfahrung bezüglich Warentests und Verbraucherinformation. Besonderes Augenmerk wird dem Aufbau von Konsumentenorganisationen in unterentwickelten Ländern zugewendet.

Der diesjährige 6. Weltkongreß behandelte außer den üblichen Themen die Spezialfrage der Konsumentenerziehung. Die Verbraucherschulung ist in allen Ländern aktuell, vor allem die Schulung Jugendlicher. Man kann nicht früh genug lernen, daß der Einkauf eine schwierige Sache ist, zu der Information und Sachkenntnis nötig sind.

Ich habe kürzlich in einer Konsumentenzeitschrift gelesen, daß in Vorarlberg ein Konsummarkt die Schüler des Polytechnischen Lehrganges eingeladen hat und ihnen an Hand von praktischen Beispielen die modernen Verpackungsarten und Verkaufsmethoden gezeigt hat. Ich glaube, das ist ein nachahmenswertes Beispiel, denn gerade am Praktischen erlernt man die Dinge viel leichter. Erst wenn man gelernt hat, bewußt zu kaufen, wird man erkennen, daß ein ersparter Schilling ebensoviel wert ist wie ein verdienter.

Was man bei diesem Kongreß alles zu hören bekam, was in anderen Ländern von der

2126

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Lona Murowatz

öffentlichen Hand für die Konsumentenorganisation getan wird, läßt uns vor Neid erblasen. In Schweden, Holland, in den Vereinigten Staaten sind regelmäßige Fernsehsendungen über Konsumentenfragen eine Selbstverständlichkeit. Im amerikanischen Radio gibt es, wie Robert Smith, Direktorstellvertreter der Konsumentenvereinigung, berichtete, Fragestudien, in denen telephonisch einlaufende Fragen beantwortet werden. Es werden laufend Filme gezeigt, die von Konsumentenvereinigungen hergestellt werden, und es ist sogar gelungen, in das vorwiegend der Reklamedienende Commercial TV einzudringen, weil dieses erkannte, wie stark Konsumentenfragen die Zuseher bewegen. Viele Zeitungen beschäftigen Journalisten, die sich nur mit Konsumentenfragen beschäftigen, und es werden dafür namhafte Subventionen von der öffentlichen Hand gegeben.

Ein Musterbeispiel in dieser Beziehung ist Schweden. Dort hat sich die Regierung die Aufgabe gestellt, die Interessen der Konsumenten zu betreuen. Sie hat zu diesem Zweck Körperschaften ins Leben gerufen, die, obwohl von der Regierung finanziert, völlig unabhängig von der Regierung arbeiten können. Es werden jährlich 200 Millionen Schilling dafür ausgegeben. Sie werden für Qualitätsprüfung, die Kennzeichnung von Waren und Information der Verbraucher verwendet. Man geht in Schweden von der richtigen Annahme aus, daß der Verbraucher in der Vergangenheit stiefmütterlich behandelt wurde und daß es daher viel nachzuholen gibt.

In anderen Staaten werden Verbraucherorganisationen mehr oder minder großzügig von der öffentlichen Hand subventioniert, ohne daß damit eine Bevormundung verbunden wäre. Österreich hingegen hat bisher recht bescheidene Mittel dafür ausgegeben, ungefähr 500.000 bis 700.000 S. Diese Mittel reichen nicht aus, um damit umfangreiche Testarbeiten durchzuführen.

Der Verein für Konsumenteninformation, dem die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, Arbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund, ebenso wie die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und die Vertreter der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern angehören, muß sich daher darauf beschränken, den Verbraucher zu informieren und jene Ratschläge zu vermitteln, die ihn davor bewahren, unüberlegt Geld auszugeben, und ihn damit zu einem selbstbewußten Käufer erziehen.

In den Bundesländern Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg tragen noch immer die Arbeiterkammern

allein die Kosten für die Konsumentenbetreuung. Neben der Beratung für einzelne Warengruppen, insbesondere für technische Haushaltsgüter wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Heizung, Staubsauger, Bodenbeläge und Textilien, bietet der Verein auch mündliche Beratung in Beschwerdefällen, wo Konsumenten übervorteilt wurden.

Die Hilfe der Konsumentenberatung kann aber nur jene Menschen erreichen, die die Beratungsstelle aufsuchen. Es sind dies immerhin im Jahr 250.000 S. Die Forderung, staatliche Maßnahmen zu erreichen, die allen Konsumenten zugute kommen, richten sich daher an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie.

Wir haben die schon im Sommer vom Handelsministerium herausgegebene konsumentenpolitische Deklaration befriedigt zur Kenntnis genommen. Darin werden zum erstenmal den Konsumenten grundlegende Rechte wie Schutz vor gesundheitsschädlichen oder gefährlichen Waren, Schutz vor irreführender Werbung und unseriösen Verkaufsmethoden, Förderung eines verbesserten Kundendienstes, Bekämpfung der Wettbewerbshemmnisse und nicht zuletzt Kenntnis der wichtigsten Merkmale der angebotenen Waren, das sind Qualitätsmerkmale, sowie die Menge und des Preises je Mengeneinheit, zugesichert.

Der neue Stil des Ministeriums manifestiert sich in der Schaffung eines Konsumentenforums, das seine Arbeit im September aufgenommen hat. Vertreter der Frauenorganisationen, der Interessenverbände, Konsumentenorganisationen sowie Produzenten, Händler und Techniker, Wissenschafter gehören ihm an.

Diese Arbeit hat bereits ein erfreuliches Ergebnis gezeitigt: ein ganzer Katalog von Wünschen und Anregungen wurde an das Ministerium herangetragen. Auf Grund eines Beschlusses des Konsumentenforums wurde als beratendes Organ des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie ein Konsumentenbeirat geschaffen, ähnlich wie der Wirtschafts- und Sozialbeirat in der Paritätischen Kommission. Dieser hat sich am 30. Oktober konstituiert.

Aufgabe des Konsumentenbeirates wird es sein, den Bundesminister in allen konsumentenpolitischen Angelegenheiten zu beraten und die Initiativen des Ressorts vorzubereiten und zu koordinieren. Über Beschuß des Beirates wurden Arbeitsausschüsse gebildet, die zur Behandlung der verschiedenen Fragen mit Fachleuten und den Interessenvertretern besetzt sind.

Lona Murowatz

So wurde ein Deklarationsausschuß, dem die Aufgabe der Warendeklaration und die objektive Feststellung der Qualität obliegt, ein Konsumentenschutzausschuß, der die schwer überschaubare Gesetzesmaterie koordiniert und einen Katalog der Vorschriften gesetzlicher Maßnahmen erstellen soll, gebildet. Der konsumentenpolitische Ausschuß soll die Vorbegutachtung legistischer Maßnahmen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vornehmen. (Abg. *S t e i n e r*: *Der Herr Handelsminister ist beratungswürdig!* — Abg. *D r. F i e d l e r*: *Er hat keine Sektionschefs, nur mehr Berater der Arbeiterkammer!*)

Auf besonderen Wunsch des Herrn Bundesministers wurde auch ein Wettbewerbsausschuß geschaffen, dem es obliegt, Gegenmaßnahmen bei unlauterem Wettbewerb zu erforschen. Ein weiterer Ausschuß ist ein Dienstleistungsausschuß, dessen vordringliches Problem die Wartungsarbeit auf dem Gerätesektor ist. Als nächstes ein Textilausschuß. Er wird sich mit den Größen- und Pflegevorschriften, Pflegekennzeichnung sowie mit der Garantiefrage der Putzereien und Waschanstalten beschäftigen. Und noch ein Werbungsausschuß, der die Werbekampagnen nach objektiven Informationen überprüft und Maßnahmen gegen eine unseriöse Werbung erarbeitet.

Die Arbeitsergebnisse der Ausschüsse werden dem Konsumentenbeirat vorgetragen, der beauftragt ist, dem Bundesminister Bericht zu erstatten. Über die Resultate der Arbeit des Konsumentenbeirates und der Arbeitsausschüsse wird das Konsumentenforum informiert.

Als eine weitere Aktivität zum Schutz der Konsumenten darf die vom Ministerium ausgearbeitete Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb angesehen werden. Damit wird eine langjährige Forderung der Gewerkschaften und Arbeiterkammern im Interesse der Konsumenten erfüllt. Die Gesetzesnovelle soll sowohl irreführender Werbung Einhalt gebieten als auch der positiven Information der Verbraucher in Form von Warendeklaration als Grundlage dienen. Die Novelle ermächtigt aber auch das Handelsministerium, Verordnungen zu erlassen, die den Hausfrauen den Preisvergleich erleichtern. Es soll zukünftig auf den Packungen neben dem Preis der Packung auch der Preis je Gewichtseinheit angegeben sein.

Weiters soll das Handelsministerium ermächtigt werden, Verordnungen zu erlassen, die zur Einführung einer qualitativen Warendeklaration führen. Durch einfache, übersicht-

liche Etiketten soll der Käufer bereits beim Kauf über die wichtigsten Qualitätsmerkmale informiert werden.

Das Wichtigste auf dem Gebiete des Konsumentenschutzes aber ist und bleibt der Schutz vor gesundheitlichem Schaden. Unser Lebensmittelgesetz ist über 70 Jahre alt, und ich weiß, daß die Kompetenz eines neuen Lebensmittelgesetzes in die Kompetenz des Sozialministeriums fällt, dennoch werden ja die Interessen ineinanderfließen.

Wenn man vom Konsumentenschutz spricht, kann man natürlich auch nicht vergessen, daß dieses neue Lebensmittelgesetz längst fällig ist. Wir haben auch in unserem Humanprogramm dazu eindeutig Stellung bezogen. Wir gehen davon aus, daß wir Sorge zu tragen haben, daß die Aspekte der Gesundheit Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten haben. Wir Sozialisten haben ja schon im Jahre 1968 einen Initiativantrag für ein modernes Lebensmittelgesetz eingebracht. Dieser Initiativantrag wurde weder beraten noch behandelt, und bei der ersten Lesung im Dezember 1968 hat sich auch gezeigt, daß von der rechten Seite dieses Hauses sehr wenig Bereitschaft besteht, dieses Gesetz durchzubringen.

Das neue Lebensmittelgesetz wird einige wesentliche Schwerpunkte aufweisen. Dazu gehört vor allem das Verbotsprinzip, das in allen anderen Staaten längst eingeführt ist, jenes Prinzip, daß alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist.

Zur Bekräftigung, wie notwendig dieses Verbotsprinzip ist, möchte ich Ihnen eine Pressenotiz vom 28. November dieses Jahres bekanntgeben, die besagt, daß im Auftrag der Niederösterreichischen Arbeiterkammer Wurstproben von der Tierärztlichen Hochschule in Niederösterreich vorgenommen wurden.

Interessanterweise waren von 104 Wurstproben 40 Prozent verfälscht, das heißt, daß diesen 40 Prozent zuviel an Stärke, Wasser oder Schwarten beigemengt hatten und zuwenig Fleisch. In sechs Fällen waren die Proben verdorben, und in zwei Fällen fanden sich in den Wursthäuten Teerfarbstoffe. Das allein genügt, die Forderungen nach einem neuen, modernen Lebensmittelgesetz zu untermauern.

Herr Abgeordneter König — er ist leider nicht im Saal — hat bei der Debatte Kapitel „Soziales“ gesagt, wir sollten die Politik der kleinen Schritte, wie sie die Frau Sozialminister Rehor in bezug auf Konsumentenschutz und Lebensmittelrecht praktizierte, fortführen. Wir sind nicht dieser Meinung. Außerdem war

2128

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Lona Murowatz

diese Politik der kleinen Schritte für die Frau Sozialminister ja notwendig, weil sie mit dem Handelsministerium leider zu keiner Übereinstimmung kam. Sie hat sich sicherlich bemüht, aber die kleinen Schritte waren unzulänglich und sie waren vor allem — wenn ich nur an die Novellierung des § 30 des Lebensmittelgesetzes denke, wo man die Sachverständigen der staatlichen Untersuchungsanstalten zur Gänze ausschalten wollte und es den Beschuldigten ermöglichte, auch private Sachverständige, die er selbst bezahlen konnte, bei gerichtlichen Verfahren beizuziehen — nicht im Sinne der Konsumenten. Wir müssen sie daher ablehnen und wir sind dafür, statt der kleinen Schritte endlich die Reform des Lebensmittelrechtes vorzunehmen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Alles in allem, meine Damen und Herren, kann gute Konsumentenpolitik nur im Einvernehmen mit Unternehmen und deren Interessenvertretungen auf der einen Seite und Konsumentenvertretern auf der anderen Seite gemacht werden. Nicht wie bisher gegeneinander, sondern miteinander sollen Konsumentenprobleme gelöst sein. Denn Konsumenten sind wir schließlich alle: Produzenten, Händler aber die Namen absichtlich nicht nennen!)

Präsident Dr. Maleta: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Fiedler. Ich erteile es ihm. (Abg. Wodica: Jetzt kommen wieder gute Ratschläge! — Abg. Dr. Fiedler: Es wird auch einiges kommen; das darf ich Ihnen jetzt schon avisieren, Herr Kollege! — Ruf bei der SPÖ: Jetzt liest er wieder vor! — Abg. Dr. Fiedler: Herr Kollege, da haben Sie aber völlig unrecht! Ich möchte nur darauf verweisen, was heute einige Kollegen von Ihnen hier dauernd verlesen haben! Ich will aber die Namen absichtlich nicht nennen!)

Abgeordneter Dr. Fiedler (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich ursprünglich zu Wort gemeldet, um zu Fragen der Außenhandelspolitik und Integrationspolitik Stellung zu nehmen. Vorerst aber sehe ich mich veranlaßt, an die sozialistische Fraktion hier eine klare und deutliche Frage zu stellen.

Mein Kollege Dr. Mussil hat im Zusammenhang mit der exorbitant hohen Dieselpreiserhöhung und den Sorgen des österreichischen Transportgewerbes hier eine Feststellung getroffen, die lautete: „Daß die Regierung Kreisky das Verkehrsgewerbe damit in eine fast ausweglose Situation bringt . . . beeindruckt die Regierung anscheinend überhaupt nicht.“ (Ruf: Nein, überhaupt nicht!) Und der Herr Abgeordnete Steininger hat sich bemüht gesehen, zu erklären: „Da haben Sie recht!“

(Zwischenrufe bei der SPÖ.) Sie haben es jetzt schon, Herr Kollege Pichler, mit Ihrer Zustimmung erklärt. Das ist also die Meinung der sozialistischen Fraktion — eine traurige Meinung! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Die Meinung der sozialistischen Fraktion bestimmen wir und nicht Sie!) Wir werden das dem Verkehrsgewerbe und den Zehntausenden in diesem Gewerbe Beschäftigten sagen, wie sehr die Regierung Kreisky für diese Menschen nichts übrig hat. (Erneute Zustimmung bei der ÖVP.)

In der Theorie wird geredet und geredet, aber dieser Zwischenruf und Ihr Verhalten, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, zeigt deutlich, wie Sie sich zur Realisierung der angeblichen Versprechen dann wirklich verhalten. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich nun meinem eigentlichen Thema zuwende, so darf ich darauf verweisen, daß in der Debatte über das heute vormittag abgeschlossene und gestern begonnene Kapitel „Äußeres“ auch verständlicherweise Fragen der Integrationspolitik angezogen wurden. Es war der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, der hier erklärte, daß er derzeit nur für die außenpolitische Seite — er selbst sagte sogar nur für die politische Seite — und der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie für die wirtschaftliche Seite zuständig wäre. Eine vollkommen klare, eine vollkommen richtige Feststellung.

Aber was hat sich vor Monatsfrist ereignet, meine Damen und Herren? Am 10. November fanden in Brüssel wieder — ich möchte sagen: endlich wieder — Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft statt. Außenminister Dr. Kirchschläger gab das Statement vor der Ratstagung der EWG ab. Anlässlich solcher Verhandlungen in Brüssel war es bisher angesichts dessen, daß wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, üblich, ja ich möchte sagen selbstverständlich, daß der kompetenzmäßig zuständige Handelsminister offiziell auftrat. Diesmal hat erstmalig allein der Außenminister in Brüssel kontaktiert. Das ist nicht nur — das möchte ich besonders unterstreichen — aus neutralitätspolitischen Gründen gefährlich, sondern das ist auch, wie vielen Pressemeldungen entnommen werden konnte, in Brüssel äußerst negativ registriert worden. Ihre Vorgänger, Herr Handelsminister, waren jedenfalls bei solchen Verhandlungen stets persönlich anwesend.

Im Finanz- und Budgetausschuß haben wir diese Frage bereits angeschnitten, und der

Dr. Fiedler

Herr Außenminister Dr. Kirchschläger hat dort in seiner offenen Art erklärt, er wisse, der Herr Handelsminister wolle als Abgeordneter nicht soviel verreist sein. Eine Erklärung, die keineswegs bei Übernahme einer solchen Funktion heute noch eine Berechtigung hat.

Meine Damen und Herren! Man hatte der Eindruck, daß der Herr Handelsminister seit Antritt seines Amtes im April dieses Jahres sehr wenig Interesse gerade für diese Kompetenz hatte, während ihn andere, ihm eigentlich noch nicht zustehende Dinge wesentlich mehr interessieren und er vor allem in seinen „Räten“, die er sich immer mehr und mehr beilegen will, das größte Interesse seiner Arbeitstätigkeit gesehen hat.

Aber, Herr Handelsminister, Sie haben es im Finanz- und Budgetausschuß bestätigt — das möchte ich hier festhalten —: Die Kompetenz ist derzeit eindeutig beim Handelsministerium, und daran wird heute in keiner Weise gerüttelt oder gedeutet werden können. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Zingl: Haben Sie das nicht 1966 ändern wollen? — Abg. Dr. Wirthalm: Das war in einer anderen Legislaturperiode!) Allerdings, über die Kompetenzregelung, Herr Kollege Pichler, wird seit Monaten viel gesprochen, geschrieben und heute auch in diesem Haus — Herr Kollege Peter ist anwesend — diskutiert.

Aber — und auch das möchte ich eindeutig hier depnieren — es ist nicht einmal noch ein Gesetzentwurf im Begutachtungsverfahren. Dies sei ausdrücklich und klar ausgesprochen.

Ich kann mich aber des Eindruckes nicht erwehren, daß bei den Verhandlungen in Brüssel im November dieses Jahres bereits so vorgegangen wurde, als wäre die Kompetenz nach einem im „Status nascendi“ — möchte ich sagen — befindlichen Kompetenzänderungsgesetz bereits vom Handelsministerium an das Außenministerium übergegangen, ja als wäre jene Tat des Herrn Handelsministers, die er, wie man hört, bei einer Ministerklausur in Bad Vöslau am 14. September dieses Jahres gesetzt hat, auch wirklich schon realisiert. Bei dieser Ministerklausur wurde, wie man hört, vom Herrn Handelsminister dem Herrn Außenminister über Wunsch des Herrn Bundeskanzlers die Kompetenz sozusagen am Servierteller präsentiert. Das ist ein großer Unterschied zu Ihrem Amtsvorgänger, Herr Handelsminister, denn dieser verteidigte sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Übertragung der Kompetenz von Integration und Außenhandel an ein anderes Ressort. (Abg. R. Weisz: Gegen wen hat er es denn verteidigt?)

Er hat diesen Standpunkt im Interesse der Wirtschaft vertreten, Herr Kollege Weisz (Abg. R. Weisz: Gegen wen?), und er weiß sich auch des Dankes der gesamten Wirtschaft sicher, denn ich kann heute von diesem Pult aus feststellen (Abg. Skritek: Gegen wen hat er es verteidigt, gegen den Wirtschaftsbund oder gegen wen?): Die Wirtschaft war in Integrations- und Außenhandelsfragen nie so gut und konsequent vertreten wie in jener Zeit, als im April 1963 dieses Hohe Haus mit den Stimmen Ihrer Partei und unserer Partei die Kompetenzregelung beschlossen hat. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Gegen wen hat er es verteidigt? Von wem ist er in der Regierung angegriffen worden? — Abg. R. Weisz: Hat er es gegen den Landwirtschaftsminister verteidigt oder gegen einen ÖAAB-Minister?) Das sind Dinge, die heute nicht mehr zur Debatte stehen, Herr Kollege Skritek. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Sie verwenden hier die alte Phrase: „und Sie sind auch schlecht zu den armen kleinen Negern“ — eine humorvolle Geschichte, die man sich sehr gerne bei den Vereinten Nationen erzählt. (Abg. R. Weisz: Sie meinen „den armen Weinbauern“! — Weitere Zwischenrufe.)

Die Wirtschaft, Herr Kollege Peter, war sehr zufrieden, als 1963 die Kompetenz zum Handelsministerium hinübergewechselt hat. (Abg. Peter: Das hat man am Wahlergebnis gesehen!) Vor allem lag der Wirtschaft viel daran, daß immer die gleichen führenden und leitenden Beamten sich mit diesen Fragen beschäftigen, während es leider — und das verstehe ich voll und ganz, das sei kein Affront und kein Vorwurf — im Außenministerium unmöglich ist, daß sich immer die gleiche leitende Beamtenequipe mit einem Problemkreis befaßt. Denn es ist üblich, daß Beamte des Außendienstes in Auslandsmissionsposten gehen und daß ein im Ministerium roulierendes System — einmal Wirtschaftspolitik, einmal Kulturpolitik, einmal in der politischen Sektion, einmal in der Personalsektion — geübt wird. Und das ist für wirtschaftspolitische Fragen ein großes Handicap. Das werden auch Sie, wenn Sie objektiv sind, mir bestätigen müssen. (Abg. Skritek: Das haben wir ja von Ihnen gelernt! — Abg. Peter: Waldheim hat ja den Schober versetzt voriges Jahr!) Weil er woanders wieder einen Außenposten anstreben wollte, weil das wahrscheinlich für seine Karriere förderlich war. Sie müssen also auch hier die Interessen sehen, die sich der einzelne Diplomat in seiner Karriere vorstellt. (Abg. A. Pichler: Herr Fiedler, wohin wollen Sie? — Abg. Zingl: Ich schlage vor Uganda!)

2130

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Fiedler

Ich darf aber gleich eines hier festhalten, Herr Kollege Peter: Sie haben sich heute mit der Kompetenzfrage auseinandergesetzt und gemeint, das wäre eine Maßnahme der monocoloren ÖVP-Regierung gewesen. Ich darf hier richtigstellen, was ich schon vorher kurz erwähnt habe, daß mit dem Bundesgesetzblatt Nr. 76 vom 16. April 1963 die Kompetenz für Integrations- und Außenhandelspolitik vom Außenministerium an das Handelsministerium überging.

Ich darf nun den Herrn Handelsminister hier fragen: Will er wirklich diese Kompetenz so leicht loswerden? Will er beide Kompetenzen loswerden oder zumindest — ich muß sagen, das wäre eine Minimalforderung der Wirtschaft — die bilaterale Kompetenz auch weiterhin behalten? Denn speziell in der bilateralen Kompetenz ist die Kontinuität der diesen Sachkomplex betreuenden leitenden Beamten von größter Wichtigkeit und Bedeutung.

Ich darf hier deponieren, daß es auch die Meinung von führenden Diplomaten ist, die sich auf diesem Sektor sehr gut auskennen, daß die Integrationskompetenz auch im Außenministerium gut betreut werden kann, daß sie aber keineswegs unbedingt dafür wären, auch die bilaterale Kompetenz bekommen zu müssen.

Am 5. Jänner des kommenden Jahres, meine Damen und Herren, werden nun neue Verhandlungen in Brüssel beginnen. Ich bin neugierig, ob in einer späteren Phase dieser Verhandlungen mit oder ohne den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie verhandelt werden wird. Denn das Kompetenzgesetz ist scheinbar noch in weiter Ferne, obwohl der Herr Bundeskanzler bekanntlich nach der Vöslauer Ministerklausur schon erklärt hat, es werde in diesem Herbst noch im Parlament behandelt werden. Für uns ist das keine Überraschung, denn der Herr Bundeskanzler redet, redet und redet. Man weiß bereits, daß es nicht so ernst zu nehmen ist. Es gilt also hier der alte Wiener Grundsatz: Es wird nie so heiß gegessen als gekocht. (Abg. Weikhardt: So wie beim Doktor Fiedler!)

Herr Kollege Peter! Sie haben geglaubt, heute schon für ein großes Kompetenzänderungsgesetz Ihr Votum hier deponieren zu können, um damit der sozialistischen Regierungspartei die Zusicherung zu geben, daß sie mit Ihrer Zustimmung rechnen kann. Ich weiß nicht: War das hier eine erstmalige Erklärung oder war es vielleicht ein bisher geheimgehaltener Punkt jenes Abkommens vom 20. November?

Hohes Haus! Ich muß aber hier eine sehr ernste Feststellung noch hinzufügen — mein Kollege Mitterer hat es bereits kurz anklingen lassen —: Die volle Kompetenz für Integrationsfragen beim Außenministerium bringt es natürlich mit sich, daß alles Gewicht nur mehr auf dem außenpolitischen und mehr politischen Sektor liegt, während die Kompetenz beim Handelsministerium natürlich den wirtschaftspolitischen Aspekt in erster Linie unterstreicht. Gerade gegenüber jenen Einwendungen, die wir immer wieder seitens der Sowjetunion aus neutralitätspolitischen Gründen hören, wäre es nach wie vor wesentlich besser, wenn die wirtschaftspolitischen Dinge in den Vordergrund geschoben würden und durch die Kompetenz des Handelsministeriums deutlich und eindeutig geprägt wären.

Ich darf aber auch an die Adresse des Herrn Abgeordneten Peter hier aus einer Wortmeldung des heutigen Rechnungshofpräsidenten und früheren Abgeordneten, unseres Kollegen Dr. Kandutsch von der Freiheitlichen Partei Österreichs in der Sitzung des Nationalrates am 16. April 1963 zitieren. Es ging damals um jenes Kompetenzänderungsgesetz, über das ich bereits ausführlich gesprochen habe. Doktor Kandutsch erklärte damals an meine Kollegen, an die ÖVP-Fraktion gerichtet:

„Nun haben Sie das Monsternministerium Handelsministerium geschaffen. Wir möchten diesem Ministerium wünschen, daß es diese elementaren außenwirtschaftlichen Fragen Österreichs lösen möge.“

Er war also damals, wie ich aus diesen Worten eindeutig herauslesen kann, nur gegen das „Monsternministerium“ Handel und Wiederaufbau. Mit dem Kompetenzänderungsgesetz aus dem Jahre 1966, meine Damen und Herren, wurde allerdings der große Sektor Bauten, Wiederaufbau und technische Angelegenheiten bekanntlich einem neuen Ministerium überantwortet, sodaß heute dieses Argument völlig irrelevant und unwirksam ist. Ich verstehe es nicht, wie die FPÖ heute bereits aus sachlichen Gründen vorprellen und sagen kann: Wir werden Herrn Dr. Kreisky dieses große Kompetenzgesetz einzubringen mithelfen. (Abg. Meißl: Wir haben halt eine eigene Meinung, Herr Kollege!) Sie waren damals noch nicht im Haus, Sie haben Doktor Kandutsch beerbt. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Kollege, seine Reden zu studieren, um vielleicht seine Linie fortsetzen zu können. (Abg. Meißl: Viel besser wäre es, wenn Sie Ihre eigenen studieren würden!) Die kenne ich genau, weil sie von mir stammen.

Im Nationalrat aber, meine Damen und Herren — das möchte ich bei einer Integra-

Dr. Fiedler

tionsdebatte auch hier aussprechen —, gibt es seit diesem Zeitpunkt des Kompetenzänderungsgesetzes einen eigenen Ausschuß für wirtschaftliche Integration. Wird nun der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie bereit sein, diesem Integrationsausschuß einen Bericht über die derzeitige Situation und die Absichten, die etwa für die nächste Verhandlungs runde bestehen, vorzulegen, um damit auch die gewählten Volksvertreter über diese volkswirtschaftlich so wichtige Frage eingehend zu informieren und auch deren Meinung einzuholen?

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf mich nun auf dem Sektor der Außenhandelspolitik einer äußerst wichtigen Frage zuwenden.

Wenn wir die handelspolitische Situation in der Welt betrachten, so ruht unser Blick besorgt auf den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort ist gegenwärtig ein Gesetzesentwurf in Behandlung, der die Einfuhr von Textilien und Bekleidung praktisch beschränken will und auch für andere Waren schärfere Einfuhrschränke als bisher errichtet. Der Entwurf hat das Repräsentantenhaus bereits passiert, im Senat wird er gerade dieser Tage im Plenum behandelt. Der Finanzausschuß des Senates hat den Entwurf bereits gutgeheißen, ja sogar gewisse liberale Aspekte des Entwurfes eliminiert, diesen — wie offen gesagt werden muß — noch verschärft.

Ich erwähne dies alles nicht deshalb, weil ich mich selbst während meines kürzlichen USA-Aufenthaltes auch mit dieser Materie beschäftigt habe, sondern weil es uns Grund zu ernster Sorge in Außenhandelspolitischer Hinsicht sein sollte. Eine protektionistische Grundwelle hat gewiß nicht nur die Vereinigten Staaten, aber besonders auch dieses Land erfaßt. Nun zielt dieser Gesetzentwurf zwar nicht in erster Linie auf unser Land, auf Österreich, sondern auf Importe, die die Märkte der Vereinigten Staaten deroutieren. Davon kann bei unseren österreichischen Ausfuhren in bezug auf deren Kleinheit nicht die Rede sein. Wie wir aber in den Zeitungen gelesen haben, hat der Herr Außenminister von seinem letzten Besuch in den Vereinigten Staaten auch die Nachricht mitgebracht — und der Herr Außenminister deponierte dies in seinem gestrigen Redebeitrag zum Kapitel Äußeres —, daß der amerikanische Handelsminister Stans diese Auffassung teilt. Auch nach Meinung von Stans ist Österreich durch diesen Gesetzentwurf nicht betroffen. Wir hoffen, daß diese Auffassung von offizieller amerikanischer Seite auch heute noch gilt. Aber vielleicht kann uns der ressort-

mäßige zuständige Handelsminister dazu Näheres sagen, insbesondere deshalb, da sich am vergangenen Samstag, am 12. Dezember, das Parteiorgan seiner Partei, die „Arbeiter-Zeitung“, außerordentlich ausführlich mit diesem Fragenkomplex befaßt hat.

Ganz unabhängig von der unmittelbaren Anwendbarkeit dieses Gesetzentwurfes auf Österreich erhebt sich aber die viel weitere Frage, ob dadurch nicht ein Rückschritt in den internationalen Handelsbeziehungen, ja vielleicht sogar ein Handelskrieg eingeleitet werden könnte. Man hat bereits aus anderen Ländern drohende Stimmen in dieser Richtung gehört. Eine solche Entwicklung könnte all das in Frage stellen, was im Gebiet der Handelspolitik in den letzten Jahren erreicht wurde und was gerade einem kleinen Land wie Österreich, das auf den internationalen Handel äußerst stark ausgerichtet ist, enorm schaden könnte.

Wir hören derzeit mit Interesse, daß Verhandlungen mit Japan und den Vereinigten Staaten über ein Selbstbeschränkungsabkommen der Japaner wieder aufgenommen worden sind. Da die Deroutierung der amerikanischen Inlandsmärkte fast ausschließlich durch Einfuhren aus dem ostasiatischen Raum erfolgt, könnte hier — zumindest für uns gesehen — eine Lösung des Problems liegen. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß in diesen Verhandlungen besonders auch Japan, welches bisher sehr unflexibel verhandelt zu haben scheint, Mäßigung walten läßt. Dann könnte wohl ein amerikanisches Schutzinteresse gegenüber echten Marktstörungen befriedigt werden, ohne daß der normale internationale Handel betroffen wird.

Meine Damen und Herren! Ich muß nun auch kurz auf die vom Arbeiterkamptag geforderten zollpolitischen Maßnahmen eingehen, für die unter dem Schlagwort „Preisdämpfung“ in der letzten Zeit die Werbetrommel gerührt wird. Die einseitige Einräumung handelspolitischer Vorteile für Auslandswaren ist natürlich ein zweischneidiges Schwert, weil damit die Produktionschancen der heimischen Produktion ernstlich gefährdet werden, wenn nicht auch für die österreichischen Produzenten im Ausland ähnliche günstige Absatzchancen eröffnet werden. Ist dies aber nicht der Fall — und dies scheint sich anzubahnen —, dann widerspricht dies auch dem Grundsatz der Regierungserklärung, wonach handelspolitische Maßnahmen dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu folgen hätten. Wenn man heute die Inlandsproduktion billigerer Importe wegen schwächt, dann bedeutet dies eine ernste Gefährdung der Arbeitsplätze.

Dr. Fiedler

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Abschließend möchte ich nochmals auf den Kern meiner heutigen Ausführungen eingehen und, solang der Status quo bezüglich der Außenhandels- und Integrationskompetenz besteht, hier eine klare und offene Einladung an den Herrn Handelsminister richten. Herr Bundesminister! Kümmern Sie sich mehr um die Belange der so überaus wichtigen Kompetenz Außenhandel und Integrationspolitik! Hier ist es keineswegs mit einigen witzigen Aussprüchen getan, wie das der „Kurier“ am 24. November gebracht hat, wo es heißt: „Handelsminister Staribacher charakterisierte das Auf und Ab der Bemühungen Österreichs um ein Arrangement mit der EWG: ‚Manchmal waren wir im Vorzimmer, manchmal beim Portier und einige Zeit sogar auf der Straße.‘“

Herr Handelsminister! So konnten Sie von diesem Pult aus sprechen, aber nicht von der Ministerbank! Die Probleme sind viel zu ernst und für unsere Volkswirtschaft viel zu entscheidend. Die Sicherung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze erfordert hier einen ganzen und vollständigen Einsatz! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Thalhammer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Thalhammer (SPO): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler hat nun eine sehr ruhige Rede gehalten mit Ausnahme des Beginnes, wo er sich mit einem Problem beschäftigt hat, das heute schon von einigen Rednern angezogen worden ist, nämlich mit der Preiserhöhung für den Dieseltreibstoff.

Ich wundere mich, daß man so vergeßlich sein kann; abgesehen davon, daß diese Forderung ja nicht ganz neu ist: Ich habe heuer Anfang Mai Gelegenheit gehabt, an einer sehr repräsentativen Tagung teilzunehmen. Sie war in meiner Heimatstadt, in Gmunden. Es war der Österreichische Straßentag, veranstaltet von der Österreichischen Straßengesellschaft. Es war eine Versammlung sehr wichtiger Persönlichkeiten, möchte ich sagen, aus der Wirtschaft, und es sind auch einige Herren auf dieser Seite hier, denen diese Gesellschaft nicht nur nicht unbekannt sein dürfte, sondern die in dieser Gesellschaft auch Mitglieder sind.

Auf diesem Straßentag ist eine Resolution beschlossen worden und sehr dezidiert die Forderung nach dieser Dieseltreibstoffpreiserhöhung erhoben worden. (Abg. Dr. Fiedler: Es ist ein Unterschied zwischen einer Resolution und einem Gesetz, Herr Kollege! —

Zwischenrufe bei der SPO.) Herr Kollege! So einfach können wir uns das, bitte schön, nicht machen! Aber die Mitglieder und vor allen Dingen die leitenden Herren und Organe dieser Gesellschaft haben ja das alles schon vorausgesehen, diesen Sturm, der genau (Abg. Dr. Mussil: Wenn Sie Ihre Politik immer nach Straßen- und anderen Tagen ausrichten werden, dann wird das schiefgehen! — Abg. Dr. Fiedler: Genau!) Herr Dr. Mussil! Was schiefgeht oder was schiefgehen könnte, das werden Sie nicht hier bestimmen, sondern das werden die Wähler bestimmen! Sie haben es ja im vergangenen Jahr getan, Herr Dr. Mussil! (Beifall bei der SPO.)

Sie haben das in ausreichendem Maß getan und eine Beurteilung vorgenommen, ob etwas schiefgegangen ist oder nicht. Jedenfalls: Vorerst ist es bei Ihnen schiefgegangen, Herr Dr. Mussil, nicht bei uns, möchte ich sagen. (Abg. Dr. Fiedler: Weil der Kreisky-Schmäh besser gezogen hat!) Herr Dr. Fiedler! Das ist eine billige Ausrede mit dem Schmäh! Das nimmt Ihnen ja niemand ab. (Abg. Doktor Fiedler: Das werden wir noch sehen!) So primitiv dürfen Sie die österreichischen Wähler nicht einschätzen. (Abg. Dr. Fiedler: Wo sind die 1400 Fachleute? Von keinem sieht man was!) So primitiv dürfen Sie die österreichischen Wähler nicht einschätzen, daß sie nur auf einen Schmäh hereinfallen, Herr Doktor Fiedler!

Ich möchte noch etwas sagen, meine Damen und Herren von der rechten Seite: Bei diesem Kapitel ist natürlich auch immer von der Wirtschaft gesprochen worden. Es wird auch hier ein falscher Eindruck erweckt. (Zwischenrufe bei der SPO. — Abg. Dr. Fiedler: Denken Sie an den Ausspruch, Herr Steininger!) Ich habe immer das Gefühl, daß Sie immer, wenn Sie von der Wirtschaft reden, von dem Unternehmer, vom Eigentümer des Betriebes, vom Betrieb als Objekt selbst sprechen, von den Maschinen, von den Baulichkeiten, aber nicht von den Beschäftigten dort drinnen.

Ich bin der Meinung: Wenn wir von der Wirtschaft reden, so gehören die Beschäftigten, die Arbeiter und die Angestellten, genauso zu dieser Wirtschaft, meine Damen und Herren! Bitte das zur Klarstellung. (Beifall bei der SPO. — Ruf bei der SPO: Die tragende Säule!) Das muß einmal gesagt werden, denn sonst könnten hier wirklich ... (Abg. Doktor Mussil: Die Arbeitsplätze in den Betrieben sind ja gefährdet, Herr Kollege!) Herr Doktor Mussil! Dafür dürfen Sie nicht die Schuld den Arbeitern und Angestellten geben! Es wird sonst immer sehr viel von der Sozialpartnerschaft gesprochen — sehr richtigerweise: wir bekennen uns natürlich dazu —, aber dann

Thalhammer

darf man nicht bei solchen Gelegenheiten, wie heute eine ist, von der Wirtschaft so reden, als wenn die Arbeiter und Angestellten nicht hier wären, wie wenn es eine Sozialpartnerschaft nicht geben würde. Das möchte ich auch sagen. (Abg. Dr. Mussil: *Die Sozialpartnerschaft mehr unterstreichen, als wir es getan haben, kann man kaum mehr!*)

Das möchte ich aber auch für uns in Anspruch nehmen, Herr Dr. Mussil! (Abg. Doktor Mussil: *Das haben wir immer getan! Dazu stehen wir immer, und das können Sie nicht auseinanderbringen! Wir wenden uns nur gegen wirtschaftlichen Widersinn! Wissen Sie, da sind wir hellhörig!*) Was aber wirtschaftlicher Widersinn ist, das können Sie nicht allein bestimmen! Das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen. So weit wird das nicht kommen, Herr Dr. Mussil! (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Stroer: *Zuviel Bescheidenheit, Kollege Mussil!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte an und für sich nicht zu diesen Problemen sprechen, sondern mich nur kurz wie jedes Jahr anlässlich der Behandlung des Kapitels „Handel“ mit Fremdenverkehrsbelangen beschäftigen. Ich glaube einleitend auch dazu feststellen zu können, und es hat das schon ein Redner vor mir getan, daß es wirklich keine Begründung gibt, dieses Kapitel abzulehnen, wenn man die Ansätze ansieht, wenn man sieht, welche Erhöhungen gerade in diesem Kapitel — ich möchte das für den Fremdenverkehr in Anspruch nehmen, für die Ansätze des Fremdenverkehrs — vorgenommen worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Ihnen wird gern der Versuch unternommen, den Eindruck hervorzurufen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft oder die Belange dieser Fremdenverkehrswirtschaft von Ihnen allein gepachtet wären oder gepachtet worden sind. Dieser Eindruck ist beseitigt worden, möchte ich sagen. (Abg. Dr. Mussil: *Was habe ich gekämpft beim Entwicklungs- und Erneuerungsfonds mit dem Minister Stari- bacher, daß der Fremdenverkehr überhaupt hineinkommt! Das finden Sie in allen Protokollen!*)

So war das nicht, Herr Dr. Mussil! Mit diesen Budgetansätzen ist dieser Eindruck jedenfalls verwischt worden, wenn er überhaupt irgendwo aufgetaucht wäre. Solche Versuche sind unternommen worden, um einen derartigen Eindruck hervorzurufen.

Wenn wir über den Fremdenverkehr sprechen, dann wissen wir genau, daß nur ein geringer Teil der Fremdenverkehrswirtschaft in die Kompetenz des Bundes fällt. Praktisch

gibt ja jeder wirtschaftliche und kulturelle Begriff Anlaß, über den Fremdenverkehr zu sprechen. Die Kompetenzen sind ja zum großen Teil draußen in den Bundesländern, wobei die Träger des Fremdenverkehrs in Wirklichkeit die Gemeinden sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich für diejenigen Damen und Herren, die das vielleicht noch nicht gesehen haben, auf einen Ansatz hinweisen, der in diesem Budget um 100 Prozent erhöht worden ist, nämlich der Ansatz für die Gemeinden für Zinsenzuschüsse, die auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1967 von 2 Millionen auf 4 Millionen Schilling erhöht worden sind. Voriges Jahr ist dieser Ansatz erstmalig hineingekommen, obwohl der Finanzausgleich bekanntlich im Jahre 1967 beschlossen worden ist. (Abg. Dr. Mussil: *Mit der einen Hand nimmt man, was man mit der anderen gegeben hat!*) Erst voriges Jahr war es möglich, den Ansatz hineinzubekommen, und schon heuer — unter einem sozialistischen Minister — haben wir diesen Ansatz um 100 Prozent erhöht.

Bei Behandlung der Probleme des Fremdenverkehrs wird immer die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges unterstrichen. Es werden Zahlen genannt, es wird erwähnt, daß heuer zum Beispiel 8,3 Millionen Besucher uns die Ehre gegeben haben, daß rund 78 Millionen Nächtigungen vorgenommen wurden, daß — das wurde auch heute schon einmal erwähnt — etwa 25 Milliarden Schilling an Devisenerlösen eingegangen sind, daß immer noch, auch wenn man die Devisen, die die Österreicher ins Ausland gebracht haben, abzieht, 15 Milliarden oder noch mehr Netto-Devisenerlöse zu verzeichnen sind — die genauen Zahlen liegen ja noch nicht vor — und daß im Jahre 1969 das Handelsdefizit mit über 118 Prozent infolge der Fremdenverkehrseinnahmen gedeckt worden ist. Ich könnte noch eine Menge solcher Zahlen bringen, die, wie wir alle wissen, die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges unterstreichen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, diese Zahlen allein sind nicht so interessant wie ein Vergleich verschiedener Jahre, so wie man einen Bilanzvergleich vornehmen muß, um die Situation beurteilen zu können. Die Nächtigungen sind von 1967 auf 1969 um 11 Prozent gestiegen, die Deviseneingänge sind wesentlich höher. Auf der anderen Seite aber konnten die Exporte nicht dieselbe Zuwachsraten verzeichnen. Ich habe meine Untersuchungen, soweit ich dazu in der Lage war, auf unseren wichtigsten Partner, die Bundesrepublik Deutschland, beschränkt. Und da muß man zu dem Schluß kommen, daß der Fremdenverkehr, daß die Nächtigungen, die Be-

2134

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Thalhammer

sucherzahl und die Einnahmen aus diesem Besucherstrom weitaus weniger konjunkturempfindlich sind, als man allgemein annimmt.

Während der Export vor allem im Jahre 1967 in der Rezession erheblich zurückgegangen ist, ist das bei den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr nicht der Fall gewesen. Dieser Wirtschaftszweig ist also wesentlich konjunkturunempfindlicher. Darauf aber müssen und sollen unsere Überlegungen basieren. Ich möchte das folgendermaßen kurz zusammenfassen: Die Erkenntnis, daß man damit rechnen kann, daß dieser Wirtschaftszweig, der Besucherstrom nicht so konjunkturempfindlich ist, ist gleichzusetzen mit dem Auftragsstand eines Industriebetriebes, der unter Umständen auf einen langen Zeitraum ausgedehnt sein kann, auf ein Jahr oder noch länger. Auch hier ist ein gewisser Auftragsstand, eine gewisse Sicherheit gegeben, daß im nächsten Jahr wieder Gäste zu uns kommen. Das bedeutet natürlich nicht, daß man sich nur darauf verlassen kann, daß sie sowieso kommen, es muß natürlich auch etwas dazu getan werden.

Diese kurze Untersuchung wird gedeckt durch Untersuchungen auf sehr großräumiger Ebene. Auch die OECD hat Untersuchungen angestellt und festgestellt, daß der Besucherstrom noch immer nicht an seinem Höhepunkt angelangt ist. Wenn wir die Reiseintensität verschiedener Länder untersuchen, dann sehen wir, daß sie auch noch nicht an ihrem Höhepunkt angelangt ist.

Unser wichtigster Partner im Reiseverkehr — eben wieder die Bundesrepublik Deutschland — hat derzeit eine Reiseintensität von etwa 40 Prozent. Es ist prognostiziert, daß sie im Jahre 1975 57 Prozent erreichen wird; also erheblich mehr, sodaß damit eine gewisse Planungsmöglichkeit für die Fremdenverkehrswirtschaft wohl gegeben ist. Einen ähnlichen Ablauf wird es auch in anderen Ländern geben. Es wird also ein weiterer Zustrom zu erwarten sein. Daher wird sich die Fremdenverkehrswirtschaft danach richten und mit dieser Entwicklung mitgehen müssen.

Ich möchte das vielleicht scharf gezeichnet folgendermaßen sagen: Im Fremdenverkehr ist nicht nur das Zeitalter des Lavoirs und des Waschkruges vorbei, sondern wahrscheinlich neigt sich auch schon das Zeitalter des Waschbeckens mit Kalt- und Warmwasser dem Ende zu. Man wird überall in den Zimmern mindestens eine Brause haben müssen, wenn nicht ein Bad. Das muß uns mit aller Deutlichkeit klar sein. Wir müssen uns diesem internationalen Trend angleichen, wir müssen ihn berücksichtigen und unsere Maßnahmen danach einrichten. Die Fremdenver-

kehrswirtschaft muß genauso reagieren wie ein Industriebetrieb, der mit einem gewissen Auftragsstand rechnen kann und dementsprechend seine Einrichtungen nicht nur erneuern, sondern auch modernisieren muß.

Damit kommen wir zu dem wichtigen Problem der Finanzierung der Fremdenverkehrswirtschaft. Ausgehend von der derzeitigen Situation aus dem Jahre 1969 — ich glaube, neuere Zahlen gibt es nicht, mir standen jedenfalls keine zur Verfügung — haben wir insgesamt etwa 840.000 Fremdenbetten, wovon 470.000 gewerbliche und 367.000 Privatbetten sind. Ich möchte hier nur mit einigen Sätzen — ich habe das schon einige Male getan — auf die Wichtigkeit der Privatzimmervermietung hinweisen. Abgesehen davon, daß festgestellt wurde, daß die Privatzimmer nur zu 17 Prozent ausgelastet sind, hingegen die gewerblichen Betten natürlich zu einem wesentlich größeren Grad, sind die Privatzimmer eine Notwendigkeit, weil es einen Kreis von Fremden gibt — ich komme noch später darauf zurück —, die eben diese Art der Unterkunft bevorzugen. Es hat daher keinen Zweck, eine Konkurrenz zwischen den Vermietern privater und gewerblicher Betten aufzuziehen, sondern man sollte auch hier, wie in so manchen anderen Gebieten der Wirtschaft, eben gemeinsam vorgehen. Jeder hat seine Existenzberechtigung, und jeder Sektor ist notwendig. Dem wird ja auch Rechnung getragen: in Salzburg zum Beispiel durch ein Privatzimmervermietungsgesetz. Es werden auch in anderen Bundesländern derartige Gesetze angestrebt.

Ausgehend von der derzeitigen Bettenzahl — die Zahl der gewerblichen Betten hat sich seit 1967 um 11 Prozent erhöht, die Anzahl der Privatzimmer ist schon etwas zurückgeblieben, sie hat sich nur um 6 Prozent erhöht — und aus der Situation heraus muß gesagt werden, daß im Vordergrund natürlich — das habe ich bereits erwähnt — eine Qualitätsverbesserung stehen sollte. Der Wohlstand ist überall größer geworden, es werden daher auch größere Ansprüche an die Zimmer, an die Betten und an die Einrichtungen gestellt. Ich möchte aber doch insofern eine Einschränkung machen, als es, wie ich glaube, nicht notwendig ist, nun nur Luxushäuser und Luxuszimmer zu errichten. Man sollte mit dem internationalen Standard Schritt halten.

Aber bei allen diesen Bemühungen dürfen wir den Gast von morgen — das ist der junge Gast, auch der aus dem Ausland — nicht vergessen. Man sollte auch dafür Vorsorge treffen, daß genügend Betten in den Jugendher-

Thalhammer

bergen vorhanden sind, daß es dort billige Unterkünfte gibt.

Meine Damen und Herren! Ich kann hier aus eigener Erfahrung folgendes beisteuern: Wenn man im Sommer mit der Bahn fährt, sieht man nicht selten — das darf ich sagen — junge Reisende, junge Menschen beiderlei Geschlechts, die sich wohl eine Fahrkarte der ersten Klasse leisten — es sind zumeist Ausländer —, die aber in Blue jeans reisen, mit dem Rucksack auf dem Rücken oder mit der Reisetasche unterwegs sind. Man wird da — nicht nur einmal, sondern sehr oft — gefragt, wo es denn eine billige Unterkunfts möglichkeit gebe. Diese Menschen haben noch nicht so viel Geld, um in Luxus- oder A 1-Hotels schlafen zu können, sie wollen daher billig schlafen.

Diese Menschen werden später sicherlich zum Teil wieder einmal kommen. Daher müssen sie auch schon jetzt als Gäste entsprechend behandelt werden; man muß Unterkünfte zur Verfügung stellen.

Im übrigen verhält es sich so, daß gerade hier eine Chance für die Landwirtschaft liegt, die aus strukturellen Gründen auf den Fremdenverkehr ausweicht, der ja noch immer der beste Wirtschaftszweig für jene landwirtschaftlichen Betriebe ist, die aus den landwirtschaftlichen Erträgen nicht mehr oder nur schlecht leben können.

Bei dieser Gelegenheit darf ich auch erwähnen, daß gerade bei der noch tragbaren Unterkunft der Inländer — der Inländerfremdenverkehr macht ja immerhin 25 Prozent des Reiseverkehrs aus — die Übernachtungspreise berücksichtigt werden müssen.

Eine Erhebung hat ergeben, daß 57 Prozent der befragten Inländer nicht so sehr auf die große Qualität, auf Luxusqualität Wert legen, sondern eben mit einer einfacheren Ausstattung vorliebnehmen.

Also wohl Schwerpunkt Qualitätsverbesserung, aber wir dürfen den Gast von morgen, den ausländischen Gast von morgen nicht vergessen und müssen auch auf den inländischen Reisegast ein bißchen Rücksicht nehmen, der, wie gesagt, ebenfalls einen großen Teil unseres Reiseverkehrs bestreitet.

Natürlich sind die Investitionen, die auf dem Fremdenverkehrssektor getätigt werden müssen, etwas anders — das gebe ich gerne zu — als andere, Industrie- oder gewerbliche Investitionen, zu betrachten. Der Arbeitsplatz ist verhältnismäßig teuer, die Umschlaghäufigkeit ist geringer. Ferner machen sich die Einflüsse aus der Abhängigkeit von der Sai-

son, ob einmal oder zweimal, bemerkbar, sodaß — das wird immer wieder behauptet — eine geringere Rentabilität gegeben ist als in anderen Wirtschaftszweigen. Das mag zumindest zum Teil stimmen.

Es soll hier aber nicht verschwiegen werden, daß internationale Berechnungen besagen, daß mit einem gewissen Einsatz von Mitteln, die gar nicht niedrig verzinst sind, innerhalb einer gewissen Zeitspanne — es sind zehn Jahre — ein Effekt im Ausmaß des Achtfachen des Kapitaleinsatzes erzielt werden konnte. Es kommt dabei natürlich auf die Gegebenheit im Einzelfalle an; das gebe ich gerne zu. Die Verhältnisse sind also nicht überall gleich. Vor allem ist es nicht gleichgültig, in welchem Gebiet eine solche Investition vorgenommen wird. Es ist nicht gleichgültig, in welchem Gebiet ein Haus, ein Hotel, ein Gastgewerbebetrieb beziehungsweise eine andere Fremdenverkehrseinrichtung steht.

Als Durchschnitt kann man — so wird das zumindest von den Fachleuten berechnet — eine Zinsbelastbarkeit von 5 Prozent annehmen.

Da komme ich nun zu einem Vergleich der Förderungsmöglichkeiten oder -bedingungen hier bei uns und im Ausland. Ich gestatte mir, trotz eines möglichen Widerspruches zu sagen, daß die Unterschiede nicht so groß sind, wie das da und dort herausgearbeitet wird. Ich versage es mir angesichts der fortgeschrittenen Zeit, verschiedene Zahlen zu verlesen. Im großen und ganzen betragen die Zinsbelastungen überall 5 Prozent, die Werte gehen zum Teil darunter. Wenn man die Extremwerte außer Betracht läßt, kann man rund 5 Prozent feststellen.

Der Wert von 5 Prozent kommt aber auch bei uns nicht selten vor. Ich darf an die ERP-Mittel erinnern, die mit 5 Prozent gegeben werden. Ansonsten normal verzinsliche Kredite werden durch Stützungsmaßnahmen in die Nähe dieser 5 Prozent gebracht.

Bei uns bedeutet aber — das darf ich hier betonen — die Laufzeit ein Handicap: Die Laufzeit der meisten Kredite ist zu kurz, weil, wie ich schon sagte, die Umschlaghäufigkeit in der Fremdenverkehrswirtschaft nicht so groß wie in anderen Wirtschaftszweigen ist. In diesem Zusammenhang müßte man unter Umständen — das ist aber eine Sache, die nicht in das Ressort Handel fällt — doch die Abschreibungszeiten ändern, die zu lang sind.

Ich möchte also sagen: Dieser Vergleich fällt nicht sehr zu unseren Ungunsten aus. Bei uns gibt es jedoch eine Menge Förderungen, eine

2136

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Thalhammer

Reihe von Förderungen auf Landesebene, teilweise auf Bundesebene, Förderungen, die sich überschneiden. Trotzdem gibt es aber Lücken, die dafür verantwortlich sind, daß der eine oder andere nicht zum Zug kommen kann.

Herr Minister Mitterer und auch andere Herren haben den Stil des Herrn Handelsministers nicht sehr lobend erwähnt. Hier ist es dem Herrn Handelsminister ... (Abg. Mitterer: *Loben soll ich ihn auch noch?*) Sicherlich, Herr Minister! Wenn etwas Neues gemacht wird ... (Abg. Mitterer: *Das ist ja nichts Neues!*) Aber, Herr Minister, wenn Sie sagen, daß es da nichts Neues gibt, sind Sie nicht ganz im Bilde. Hier sind eine Menge neuer Sachen gemacht worden. Es ist der Versuch unternommen worden, eine Koordinierung bei diesen Förderungsbedingungen herbeizuführen, damit es eben nicht vorkommt, daß jemand trotz des Bestehens einer Menge von Förderungsmöglichkeiten durchrutscht. Diese Koordinierung wurde mit den Bundesländern versucht. Gerade da gibt es auch einen Unterschied, Herr Minister Mitterer: Mit den Ländern wird von Seiten des Herrn Handelsministers sehr viel kooperiert. (Abg. Mitterer: *Haben das wir nicht gemacht?*) Hier ist von Föderalismus immer nur gesprochen worden, praktiziert wurde er aber weniger! — Da ist aber Föderalismus wirklich praktiziert worden!

Es gibt also bei uns an Förderungsmöglichkeiten — ich darf nur an den ERP-Fonds, das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds erinnern ... (Abg. Mitterer: *Das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ist von Ihnen?*) Dieses gibt es, habe ich gesagt! Bitte, Herr Minister, ich habe nicht gesagt, daß es von uns ist, sondern ich habe nur gesagt, daß es existiert. (Abg. Mitterer: *Ihr Glück!*) Das können wir nicht bestreiten.

Ich verweise vor allem auch auf die Mittel aus der Bürges-Aktion. Da darf ich doch noch eine Anmerkung machen: Genau hier ist wieder der Versuch unternommen worden, die Wirtschaftstreibenden vor allen Dingen in der Fremdenverkehrswirtschaft zu beeinflussen und zu sagen: Es hat gar keinen Zweck anzusuchen, es sind ohnehin keine Mittel da, die rote Regierung hat keine Mittel vorgesehen!

Daß aber Sie der Grund dafür waren, daß im Budget 1970 zuwenig Mittel vorgesehen wurden und daher natürlich momentan ein Engpaß entstanden ist, hat man hinzuzufügen vergessen. Daß es erst der sozialistische Minister zuwege gebracht hat, im Wege eines Budgetüberschreitungsgesetzes zu ermöglichen, daß wieder alle Ansprüche befriedigt werden

können, hat man zu sagen vergessen. Man hat also auch hier wieder einen falschen Eindruck zu erwecken versucht. Das kann nicht bestritten werden. (Abg. Mitterer: *Schauen Sie, wann das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz beschlossen wurde!*) Herr Minister Mitterer! Wir reden nun von der Bürges. (Abg. Mitterer: *Das ist die gleiche Budgetpost wie bei der Gewerbestrukturverbesserung!*) Es gibt eine Menge Beweise dafür, daß so vorgegangen worden ist. Aber auch hier ist es dank des Stiles des Herrn Ministers gelungen, diesen Engpaß zu beseitigen.

Ich darf daher sagen, daß das Bestreben besteht, ein lückenloses Förderungssystem in die Wege zu leiten, sodaß diejenigen, die Zinsenzuschüsse effektiv verwenden können, solche Zuschüsse bekommen können.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun noch ein Wort zur Werbung sagen und möchte wieder ein persönliches Beispiel bringen. Ich möchte aufzeigen, wie wichtig es ist, eine entsprechende Werbung zu realisieren. Anlaß dazu bietet mir der Budgetansatz „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“.

Ich war vor kurzem am Flugplatz in Düsseldorf. Es ist also keine Sache, die das Handelsressort betrifft. Der Flugplatz Düsseldorf ist der drittgrößte in der Bundesrepublik und hat eine gewaltige Frequenz. Ich versage es mir, hier Vergleiche anzustellen.

Ich habe wie immer in solchen Fällen die Koje unserer Fluggesellschaft gesucht. Ich habe sie erstens auf einem schlechten Platz ganz im Eck hinten gefunden. Aber was mich noch viel mehr betroffen hat, war, daß sie unbesetzt war. Es war die einzige Koje von vielleicht 30 oder 35, die nicht besetzt gewesen ist. In der Koje war ein Zettel angebracht: Wenn niemand hier ist, dann ist jemand irgendwo im Keller unten. — Ich habe mit jemand gesprochen, der mir gesagt hat: Der Zettel ist schon lange hier, im Keller ist aber auch niemand.

Das geschieht dort, wo ein so großer Verkehr ist, nicht nur Binnenluftverkehr, sondern auch Überseeverkehr. (Abg. Mitterer: *Da kann der Handelsminister nichts dafür!*) Nein, ich sage ja: Es fällt nicht in sein Ressort. Ich möchte damit nur feststellen, wie wichtig die Werbung ist und daß man so etwas nicht machen sollte. (Abg. Staudinger: *Der Frau Murowatz sagen, wie wichtig die Werbung ist!*) Es ist wichtig, daß man präsent ist. Dort gibt es alle Fluggesellschaften, die Iran Airways und was es alles für Fluggesellschaften gibt; nur die AUA ist nicht dort. Das sollte man nicht so kommentarlos zur Kenntnis nehmen.

Thalhammer

Daher ist es so wichtig, daß die Fremdenverkehrswerbung jetzt effizienter gestaltet wird, daß verschiedene organisatorische Maßnahmen getroffen werden, um diesem Ziel näherzukommen, wieder im Einvernehmen mit den Bundesländern, nachdem sie ja Mitteilhaber oder Mitgesellschafter sind. Auch hier darf ich sagen: Es ist dem Herrn Minister gelungen, die ersten Schritte zu setzen. Ich glaube, wir können voller Hoffnung in die Zukunft sehen, daß auch auf diesem Gebiet eine größere Wirkung erzielt wird.

Ich darf noch erwähnen, daß von Ihnen das neue Fremdenverkehrskonzept ins Auge gefaßt worden ist, das konkrete Maßnahmen vorgesehen hat. Sie wissen, daß dieses Konzept einer heftigen Kritik vor allem von Seiten der Bundesländer unterzogen wurde. (Abg. Mitterer: Mit Ausnahme eines Bundeslandes haben alle zugestimmt!) Wenn man die Begutachtungen sieht, Herr Minister, hat man nicht diesen Eindruck. Dieses Konzept ist gerade in den Bundesländern auf heftige Kritik gestoßen. Das sollte nun saniert werden, und es wird auch in der nächsten Zeit saniert werden. Hinzu kommt, daß nun — auch von Ihnen kritisiert — im Ministerium eine Umorganisierung vor sich geht. Sie wurde schon lange gefordert. Es wird jetzt der erste Schritt zu einer Zusammenfassung und Organisation auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs gesetzt.

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß, damit ich nicht unter Umständen schuld bin daran, daß Züge versäumt werden.

Ein sehr maßgeblicher Fremdenverkehrsman aus einem Gebiet, das 4,5 Millionen Nächtigungen zu verzeichnen hat, hat heuer nach dem Sommer, wie die Ergebnisse aus dem Fremdenverkehr abschätzbar waren, in einer Zeitung einen Artikel geschrieben mit der Überschrift: „Der Fremdenverkehr war gut — waren wir es auch?“ Ich sage noch einmal: Der Artikel stammt von einem sehr potentiellen Fremdenverkehrs fachmann. Er ist nicht ein Hotelbesitzer, sondern einer, der hauptberuflich mit dem Fremdenverkehr beschäftigt ist.

Diese Frage haben wir uns immer vorzulegen. Wir haben zu untersuchen, ob das nicht nur automatisch läuft, ob das nicht nur von alleine kommt, sondern ob wir alles dazu getan haben, um den Gast zufriedenzustellen, um alles zu schaffen, daß er sich bei uns wohl fühlt. Wenn wir diese Frage mit Ja beantworten können, erst dann können wir zufrieden sein. Dazu ist es aber notwendig, mehr zu tun als zu warten, was irgendwer, was die öffentliche Hand, seien es die Gemeinden,

seien es die Länder oder sei es im Rahmen der geringen Kompetenzen der Bund, macht. Hier ist der Initiative keine Grenze gesetzt. Ich möchte hier feststellen, daß die Hilfestellung des Bundesministeriums für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft gegeben ist. Die Ansätze sind gegenüber dem vergangenen Jahr gewaltig erhöht worden. Es sind Initiativen ergriffen worden. Es sind echte Ansätze zu einer Umorganisierung in Richtung einer größeren Wirkung gegeben.

Ich darf daher feststellen: Alle Chancen sind vorhanden. Sie müssen nur ausgenutzt werden — zum Nutzen des österreichischen Fremdenverkehrs, zum Nutzen der österreichischen Wirtschaft und zum Nutzen von uns allen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Westreicher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Westreicher (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kostroun hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er gesagt hat: Die Wirtschaft ist die Mutter aller Dinge. Ich gebe ihm hier recht. Ich möchte noch weitergehen und sagen, daß auch die Fremdenverkehrswirtschaft ein Teil dieser Wirtschaft, ja in großen Gebieten unseres Landes die Säule der Wirtschaft überhaupt ist, um das Einkommengefälle von den Wirtschaftszentren bis hinauf zu den höchsten Bergspitzen, möchte ich fast sagen, auszugleichen.

Auch ich werde mir erlauben, im Verlaufe meiner Rede noch auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Thalhammer zurückzukommen. Ich kann sagen, daß wir im großen und ganzen in der Fremdenverkehrspolitik übereinstimmen. Es sind Ansätze dazu vorhanden. Ich glaube, daß der Fremdenverkehr in diesem Hause kein Politikum werden wird, denn ich sehe auf beiden Seiten Koordinationsmöglichkeiten gegeben.

Der Fremdenverkehr hatte im Jahre 1970 eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Ausländernächtigungen und Devisenerlöse haben in einem auch von Optimisten nicht erwarteten Ausmaß zugenommen. Angesichts der bereits bestehenden hohen Fremdenverkehrsintensität sind Steigerungsraten von 8,2 Millionen oder 12 Prozent bei den Nächtigungen und von 5 Milliarden oder gleich 27 Prozent bei den Deviseneinnahmen eine stolze Bilanz. Einmal mehr hat sich also im Jahre 1969/70 der Fremdenverkehr als echte Wachstumsindustrie erwiesen. Einmal mehr hat der österreichische Tourismus in erfreulicher Weise alle volkswirtschaftlichen

2138

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Westreicher

Leistungen vollbracht, die wir uns von ihm beinahe schon als Selbstverständlichkeit erwarten: die Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichtes der Handelsbilanz, die, wie bereits ausgeführt worden ist, durch die Fremdenverkehrswirtschaft zu 118 oder 119 Prozent gedeckt worden ist, den personellen und regionalen Einkommensausgleich, den Beschäftigungs- und Investitionseffekt und die bekannten positiven außerwirtschaftlichen Leistungen.

Diese Leistungen sind auch sehr beachtlich, wenn man sie vor dem Hintergrund der internationalen Hochkonjunktur betrachtet. Die Rekordbilanz verliert auch kaum an Bedeutung dadurch, daß manche unserer touristischen Konkurrenten 1970, sei es durch Streiks oder starken Preisauftrieb, nicht die gewohnte Anziehungskraft auf die Gäste ausüben konnten.

Wir wollen und müssen bei dieser Gelegenheit allerdings gerne den Dank des Fremdenverkehrs an die Wirtschaftspolitik und die Sozialpartner für die Gewährleistung eines weitgehend störungsfreien Sozialklimas abstatthen. Ein gutes Sozialklima ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit, wie uns die internationale Wirtschaftspresse jeden Tag zur Genüge beweist.

Kritisieren muß ich, wie bereits meine Voredner, Herr Minister, hingegen die Regierung für die unter anderem zu große Laxheit in der Frage der Preisstabilisierung. Ein einigermaßen stabiles Preisniveau ist im internationalen Tourismus ebenso wie im Export die Voraussetzung für eine klaglose Geschäftsabwicklung. Wir vom Fremdenverkehr hätten also wesentlich energischere Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung gewünscht und gebraucht, denn der Kostenauftrieb aufgrund der Überkonjunktur ist — ich darf das gleich vorwegnehmen — einer jener Punkte, die Hotellerie und Gastronomie in den zwei zurückliegenden Saisonen größte Schwierigkeiten und Sorgen bereitet haben.

Der allgemeine Kostenauftrieb ist gemeinsam mit dem Personalproblem auch die Ursache dafür, daß zwischen volkswirtschaftlicher Leistungsbilanz des Fremdenverkehrs und den betrieblichen Bilanzen leider zumeist eine bedeutende Diskrepanz besteht. Um es deutlicher zu sagen: Die Situation im österreichischen Fremdenverkehr war und ist nicht ungetrübt und selbst im jetzigen Boom, teilweise gerade wegen dieses Booms, nicht problemlos. Der Glanz des Rekordes an Nächtigungen und Deviseneinnahmen ist leider etwas trügerisch. Ich kann und darf es mir daher nicht versagen,

auch etwas hinter die Kulissen des touristischen Booms zu leuchten.

Eine Nahaufnahme des Fremdenverkehrs, ein „close-up“ ist aus zwei Gründen notwendig: Erstens weil wir uns im Fremdenverkehr nicht mit den heutigen Erfolgen zufriedengeben können. Seine in vielen Landesteilen strukturbeherrschende Stellung und der Mangel an vernünftigen Alternativen für eine Fremdenverkehrsförderung gebietet vielmehr, die zukünftige Entwicklung genau zu analysieren und prospektiv zu denken und zu handeln.

Zweitens gilt es, der Erkenntnis allgemeine Anerkennung zu verschaffen, daß auch im Fremdenverkehr nicht Umsätze, sondern Gewinne und Erträge entscheidend sind.

Ich darf zunächst den Punkt Zukunft im Fremdenverkehr behandeln, nicht um einer Modeströmung die Reverenz zu erweisen, sondern weil es mit Rücksicht auf die vor sich gehenden großen Strukturwandlungen und die Unelastizität und Langfristigkeit der Investitionen in Infrastruktur und Suprastruktur einer Vision, einer Vorschau bedarf.

Wie wird nun die Zukunft unseres Fremdenverkehrs aussehen, welche Nachfrage- und Angebotstrends und Tendenzen sind erkennbar? Global gesehen darf der Fremdenverkehr auch in den nächsten Jahren mit einer starken Expansion rechnen. Für große Wachstumsreserven sprechen insbesondere die noch stark steigerungsfähige Reiseintensität, die zunehmende Verstädterung und Verschlechterung der Umweltbedingungen, die Zunahme der Freizeit — Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung —, die zunehmenden Masseneinkommen aus der touristischen Konsumfreudigkeit, die Verbesserung der Verkehrstechnik.

Alle diese Faktoren sind fremdenverkehrsstimulierend und positiv und lassen grundsätzlich eine Zunahme an Gästen und Nächtigungen erwarten. Und hier, glaube ich, muß Österreich seine Chancen erkennen. Dazu möchte ich sagen: Tu felix Austria, nimm deine Chancen wahr! Nimm die Gelegenheit wahr, deine landschaftliche Schönheit, die Rohstoffe, die uns zur Verfügung stehen, die wir für den Fremdenverkehr brauchen: das sind die klare Luft, das klare Wasser und die Ruhe der Wälder und Berge. Nütze diese Chance und mache Fremdenverkehr!

Allerdings wird sich auch das touristische Wachstum trotz besonderer positiver Vorzeichen für Österreich nicht automatisch einstellen. Es wächst nämlich nicht bloß die internationale Nachfrage um jährlich 8 bis 10 Prozent, sondern auch das touristische Angebot.

Westreicher

Fast alle Länder machen heutzutage in Tourismus und bemühen sich zur Aufbesserung ihrer Devisenreserven um den ausländischen Gast. Der Wettbewerb auf dem touristischen Markt ist also bereits äußerst scharf und wird ohne Zweifel in den nächsten Jahren an Schärfe noch zunehmen. Wir werden folglich in Österreich den jetzigen Marktanteil nur halten beziehungsweise eine Marktausweitung nur erreichen können, wenn es uns gelingt, die Strukturschwächen und größten Probleme unserer Fremdenverkehrswirtschaft zu beseitigen, zu lösen oder zu mildern und die Startgleichheit mit ausländischen Konkurrenten herzustellen.

Zu den größten und gravierendsten Problemen der Fremdenverkehrswirtschaft zählen derzeit das Personalproblem, das Kostenproblem und das Investitionsproblem, das Problem der Werbung sowie der Raumordnung und Umweltgestaltung.

Ich darf zunächst das Personalproblem behandeln. Das Personalproblem ist bereits jetzt das Zentralproblem der Fremdenverkehrswirtschaft und wird es in Zukunft noch mehr sein. Denn wir sind uns im klaren, daß alle Bemühungen um Verbesserung der so nötigen Verkaufs- und Marketingpolitik mit der Zahl und Leistung unseres Personals und der Qualifikation der Unternehmer steht und fällt. Hinsichtlich des physischen Einsatzes der Unternehmer und Familienmitglieder — zum Teil auch des Stammpersonals — ist die Grenze zweifellos erreicht. Ja ich muß feststellen, daß es heute der gastgewerbliche Unternehmer ist, der die „ausgebeutete Klasse“ darstellt, um die Diktion der SPO zu verwenden. Wenn Reihenuntersuchungen im Gastgewerbe ergeben haben, daß die Gastwirte und Hoteliers, um den Personalfehlbestand zum Teil wettzumachen, im Durchschnitt täglich 16 Stunden arbeiten, dann ist dies sozial gesehen ein Alarmzeichen.

Man muß, um die Schwere des Problems zu erkennen, aber nicht die Statistik oder den Betriebsvergleich bemühen. Ein Besuch bei unseren Fremdenverkehrsbetrieben in der heurigen Sommersaison müßte jeden Zweifel darüber beseitigt haben, daß auf dem Personalsektor etwas geschehen muß. Sicherlich, zu allererst muß auch hier die Selbsthilfe und Verbandshilfe mobilisiert werden: Rationalisierung, Verbesserung von Personalorganisation, Personalführung, Personalmarketing, Schulung, Fortbildung und Verbesserung der Leistungsanreize können die bestehende Malaise da und dort etwas mildern. Echte Entlastung dagegen versprechen wir uns von einem Ausländerbeschäftigungsgesetz — wie

es bereits meine Kollegen Mussil und Sallinger angeschnitten haben — und einer liberalen Arbeitsmarktpolitik. Denn gerade im Westen unseres Landes ist die Hochkonjunktur oder die Arbeitsmarktpolitik am problematischsten. Es ist zumindest befremdend, um einen versöhnlichen Ausdruck zu gebrauchen, wenn eine sonst in allem so wettbewerbsfreundliche Regierung auf dem Arbeitsmarktsektor ihre „Grundsätze“ so wenig respektiert. Eine der dringlichsten Forderungen des Fremdenverkehrs an die Regierung ist daher die nach Liberalisierung des Arbeitsmarktes.

Um im sozialpolitischen Bereich zu bleiben, darf ich gleichzeitig an unseren Sozialpartner zur Mäßigung bei den vorgelegten Kollektivvertragsforderungen appellieren. Sicherlich muß es auch für die gastgewerblichen Arbeitnehmer einen lohnmäßigen und arbeitsrechtlichen Fortschritt geben, wie er ja unter anderem auch durch die Einführung der 43-Stunden-Woche zum Ausdruck kommt. Aber die Erfüllung der bereits angemeldeten Forderungen der Gewerkschaft müßte im Fremdenverkehr, der so geringe Rationalisierungs- und Mechanisierungsmöglichkeiten besitzt, eine Preislawine auslösen. An einer solchen kann auch die Arbeitnehmerseite im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und des Konsumenten nicht interessiert sein. Denn ich glaube, es geht in Zukunft darum, daß, wenn wir zu einer Freizeitgesellschaft hinarbeiten, wir die Freizeit bewältigen lernen müssen.

Das zweite Problem, das ich hier anziehen muß, ist das Investitionsproblem. Der Fremdenverkehr erlebte in den letzten Wochen einen starken Investitionsboom. In allen Fremdenverkehrsorten, zumindest im Westen Österreichs, wurde umgebaut, modernisiert und rationalisiert. Die seit Jahren feststellbare Investitionsfreudigkeit setzte sich also auch 1970 fort. Dies nicht nur wegen der guten Saisonergebnisse, sondern als Ausdruck des allgemein hohen Investitionserfordernisses im Fremdenverkehr. Steigende Nachfrage, steigende Komfortansprüche, schärfste internationale Angebotskonkurrenz und Zwang zu Rationalisierung aus Personal- und Kostengründen sind die Hauptursachen für das jährlich 1 bis 1,5 Milliarden Schilling betragende Investitionsvolumen. Leider muß diese forcierte Investitionstätigkeit mit einer hohen wirtschaftlichen Verschuldung und teilweise auch mit einer nichtoptimalen Branchenstruktur erkauft werden.

Hier nun hätte die Wirtschaftspolitik, insbesondere im Rahmen des Budgets, in zweierlei Richtung Abhilfe zu schaffen: durch die bessere Dotierung der Sonderkreditaktionen und durch steuerliche Entlastung.

Westreicher

Zur Kreditfrage ist folgendes zu sagen: Das Gastgewerbe ist bekanntermaßen sehr kapitalintensiv. Die heutigen Baupreise erlauben es nicht mehr, ein Fremdenbett mittleren Standards unter einer Investitionsrate von 200.000 S zu errichten. Ein Restaurantplatz kostet zwischen 20.000 S und 30.000 S. Das eingesetzte Kapital schlägt sich daher im Durchschnitt nur etwa alle 3 bis 5 Jahre um, woraus eine hohe Zinsenbelastung resultiert. Dem Fremdenverkehrsbetrieb ist es folglich auch bei günstigster Kapazitätauslastung schwer möglich, die hohen Normalzinsen zu bezahlen, weshalb Sonderkreditaktionen also fremdenverkehrspolitisch eine unbedingte Notwendigkeit sind. Leider ist 1970 nicht nur das ERP-Kreditvolumen gekürzt worden, sondern auch die Bürges- und Zinsenzuschußaktion ins Stocken geraten. Der Fremdenverkehr fordert daher erneut die Aufstockung der ERP-Mittel und eine großzügigere Dotierung der übrigen Kreditaktionen.

Hier wurde schon angeschnitten, daß eine antizyklische Vergabe der Kreditmittel nicht die richtige Maßnahme ist, um fremdenverkehrspolitisch zu wirken. Denn gerade die Fremdenverkehrsbetriebe sind gezwungen, ihre Investitionen in einer saisonstilen Zeit durchzuführen.

Nun sind im vorliegenden Budget gegenüber 1970 zusätzlich 19,8 Millionen Schilling an Zinsenzuschußmitteln ausgewiesen. Herr Minister! Das ist eine erfreuliche Maßnahme. Die Zinsenzuschüsse an Betriebe, Länder und Gemeinden von zusammen 46,6 Millionen Schilling erlauben sicherlich die Verbilligung einer echten Investitionssumme, wenn man hier den Prozentsatz der Verbilligung mit zirka 3 Prozent annimmt.

Wenn man aber die Kostensteigerungen auf dem Bau- und Maschinensektor und den großen Rückstau aus 1970 betrachtet, nimmt sich die Dotierung dieser Mittel schon etwas bescheidener aus. In der Praxis sind eben auch rund 40 Prozent nominelle Mittelzunahme eine relative Größe. Trotzdem gebührt Ihnen, Herr Minister, der Dank der Fremdenverkehrswirtschaft.

Ein weiteres Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft im Zusammenhang mit der Kreditfrage betrifft Verfahren und Formalitäten. Bereits im Fremdenverkehrskonzept wurde diesbezüglich eine Vereinfachung und Beschleunigung gefordert. Diese Forderung wurde von Minister Staribacher, wie wir seinem Fremdenverkehrspapier entnehmen können, auch anerkannt. Minister Staribacher stellt angesichts „der erstaunlichen Vielfalt von Förderungsmaßnahmen“ eine gewisse

Konzentration der Aktionen in Aussicht, nicht allerdings ohne paradoxerweise in seinem Papier selbst auch eine zusätzliche Aktion anzukündigen. Sosehr wir für eine Vereinfachung und Konzentration sind, so sehr sehe ich mich veranlaßt, zu betonen, daß die bewährten Förderungseinrichtungen umfangmäßig auch in Zukunft voll aufrechterhalten werden müssen.

Wurde der Bedeutung des Fremdenverkehrs und der Rentabilitätschwäche seiner Betriebe in den Budgetansätzen für Kredite immerhin in gewissem Ausmaße Rechnung getragen, so vermissen wir auf dem Steuersektor jeglichen Fortschritt. Immer noch ist die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft in Europa einsamer „Spitzenreiter“ in bezug auf die Besteuerung. 10 bis 12 Prozent Steuerbelastung, auf den Umsatz bezogen, sind — trotz aller gegenteiliger Beteuerungen — wahrlich sehr leistungsfeindlich. Diese hohe Steuerbelastung ist es auch, die eine Selbstfinanzierung im Fremdenverkehr immer schwieriger macht und die Betriebe auf den Kreditmarkt drängt. Auf diesem Markt sind sie zwar heute im allgemeinen nicht mehr marginaler Kunde, eine der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Branche gerecht werdende starke Stellung haben sie jedoch auch bis heute noch nicht. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Auf jeden Fall verhindert die Überbesteuerung die ausreichende Bildung von Eigenbeziehungsweise Risikokapital. Fehlende oder ungenügende Eigenkapitalreserven machen aber die Investitionstätigkeit im Fremdenverkehr zu einem sehr gefährlichen Unterfangen und verleiten oft zu schwerwiegenden Finanzierungsfehlern. Wie diese selbst in Zeiten einer touristischen Hochkonjunktur nicht so selten ausgehen, verrät die Insolvenzstatistik. Wenn auch die Fremdenverkehrsunternehmer nolens volens lernen müßten, mit der angezogenen Steuerschraube zu leben, so kann und darf die exorbitante Belastung aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit doch kein Dauerzustand bleiben.

Die Gelegenheit, um an der Gesamtsteuerbelastung nicht nur kosmetische Retuschen anzubringen, wird der Übergang zum Mehrwertsteuersystem bringen. Die Begeisterung für dieses Umsatzsteuersystem ist zwar, wenn man die jüngsten Äußerungen auf der Betriebswirtschaftlichen Woche verfolgt hat, verflogen. Trotzdem ist nicht daran zu zweifeln, daß es nunmehr wahrscheinlich zum 1. Jänner 1973 zur Einführung der Mehrwertsteuer kommen wird, bei der allerdings auf

Westreicher

jeden Fall den Besonderheiten der Fremdenverkehrsbetriebe — ich denke an die geringe Vorsteuerabzugsmöglichkeit und die hohe Dienstleistungsbereitschaft — Rechnung getragen werden muß. Weil der Einführungstermin aber frühestens 1973 sein wird, müßten vor Einführung der Mehrwertsteuer einige steuerliche Erleichterungen für den Fremdenverkehr geschaffen werden. Sie sind im einzelnen im Fremdenverkehrskonzept dargelegt.

Die Forderungen der Fremdenverkehrswirtschaft lauten: Auslaufen der Alkoholsonderabgabe und Senkung des Umsatzsteuersatzes für Küchenbetriebe. Herr Minister! Das ist eines der größten Anliegen. Sie wissen, daß gerade auf dem Verpflegungssektor in den Fremdenverkehrsorten durch diese hohe Steuerbelastung und durch die starke Intensität an Personal immer wieder Engpässe auftreten. Ich glaube, daß das eine gerechte und wichtige Forderung des Fremdenverkehrs ist, die zu Herzen gehen sollte.

Eine weitere Forderung ist die Verkürzung der Abschreibungsdauer bei Fremdenverkehrsobjekten angesichts des technischen Fortschrittes und der modischen Entwertung auf 25 bis 30 Jahre und die Berücksichtigung der geringen Ertragsfähigkeit von unbebauten Grundstücken, die mit dem Fremdenverkehr in Zusammenhang stehen, bei der Einheitswertfeststellung. Das ist auch ein Anliegen, das in Anbetracht des Komfortdenkens und des Komfortanstieges sehr angebracht ist. Wir wissen alle, daß heutzutage ein Hotelbetrieb nach 50jährigem Bestehen nicht mehr konkurrenzfähig ist und die Lebensdauer der Betriebe gerade bezüglich des sanitären Sektors wesentlich zurückgeht, weil der Gast eben mehr Ansprüche stellt.

Was das Problem des Kostenauftriebes anlangt, so wurden bereits die Personal- und Steuerlasten erwähnt. Beim Kostenauftrieb geht es aber nicht nur um eine Beeinflussung einzelner Kostenarten, es geht vielmehr um die weitgehende Stabilisierung des gesamten Kosten- und Preisniveaus ohne Dirigismus durch eine marktgerechte Konjunkturpolitik.

Ganz entgegen einiger in letzter Zeit gemachten Äußerungen von Regierungsseite halten wir doch noch an dem altmodischen Grundsatz des Vorranges der Geldwertstabilität vor der Wachstumspolitik fest.

Herr Minister! Von verschiedenen Abgeordneten ist dieser Grundsatz bereits sehr eindringlich vorgebracht worden, und auch für den Fremdenverkehr gilt der Grundsatz, daß die Stabilität vor Wachstum zu setzen ist, weil wir gerade in der Fremdenverkehrs-

wirtschaft gezwungen sind, die Preise auf ein Jahr im voraus festzulegen. Um überhaupt mit dem Ausland konkurrieren und mit den Reisebüros Absprachen treffen zu können, ist es immer wieder notwendig, daß wir unsere Preise langfristig zu fixieren haben.

Als sehr konsumnahe Wirtschaftszweig bekommt der Fremdenverkehr die Preiserhöhungen natürlich auf breitesten Front zu spüren, von den Warenkosten über die Bau- und Reparaturkosten bis zu den Arbeitskosten, Energie- und Werbungskosten und sonstigen Kosten. Die Preise im Tertiärbereich nehmen — natürlich wie auf der ganzen Welt — entsprechend überproportional zu. Unsere Betriebe kommen dadurch in eine unangenehme Preisschere. Den einleitend ausgesprochenen Stabilisierungsappell muß ich also an dieser Stelle nachdrücklichst wiederholen.

Als weiteres Anliegen des Fremdenverkehrs habe ich die Werbung bezeichnet. Der Fremdenverkehr muß zufolge seiner Arteigenheiten mehrstufig werden: auf Betriebs-, Regional-, Landes- und Staatsebene. Diese vier Werbeebenen möchte ich besonders hervorheben, weil sie sich in der Praxis als sehr richtig erwiesen haben.

Erfolgreiche Fremdenverkehrswerbung ist somit nicht nur eine Frage von Ideen und Pressekontakten, von Einzelplänen, Ortsstrategien und Konzeptionen, sondern ebenso von Koordinierung und Kooperation auf allen vier Ebenen. Für eine bessere „Einstellung“ der Fremdenverkehrswerbung bedarf es daher eines Abbaus von Mentalreservationen, der Überwindung von „Kirchturmpolitik“ zugunsten eines großräumigeren Denkens, eines auf modernen Marketingmethoden basierenden Managements und, last not least, gut dotierter Werbebudgets.

Was dabei den für die Österreichwerbung im Ausland zuständigen Verein Österreichische Fremdenverkehrswerbung anlangt, so wurden 1970 bereits einige Reorganisationsmaßnahmen eingeleitet. Weitere im Fremdenverkehrskonzept aufgeführte und im Fremdenverkehrspapier angedeutete Maßnahmen sollen folgen. Angesichts der ebenso schwierigen wie notwendigen Koordinierungstätigkeit wird auf eine gut organisierte und personalmäßig bestückte Zentrale nicht verzichtet werden können. Es geht eben unter anderem nicht nur darum, den Außenstellenbereich zu Lasten der Zentrale zu stärken, sondern um eine Stärkung der österreichischen Fremdenverkehrswerbung an Haupt und Gliedern. Daß dies nicht nur ein Organisations-, Rationalisierungs- und Managementproblem, sondern auch ein Finanzierungsproblem ist, dürfte unbestreitbar sein.

Westreicher

Angesichts dieser Tatsache muß die Fremdenverkehrswirtschaft wiederum mit großem Bedauern feststellen, daß der Budgetansatz für 1971 mit rund 51,9 Millionen Schilling — wie schon Herr Abgeordneter Thalhammer ausgeführt hat — leider gleichgeblieben ist. Wir wissen, daß der Rahmen des gesamten Budgets um 10 Prozent gehoben wurde. Das hat sich hier nicht niedergeschlagen. Diese 10prozentige Aufstockung, die der übrige Budgetrahmen erhalten hat, ist hier nicht gemacht worden.

Sie wissen, ein Gleichbleiben der Mittel bedeutet ein reales Absinken für die Werbung. Von einem Werbebudget in der Traumhöhe von 3 Prozent des Umsatzes beziehungsweise der Devisenerlöse — eine Kennziffer in der Markenartikelindustrie — sind wir damit wieder weiter denn je entfernt. Wir vergrößern damit leider auch wieder den Abstand zu den Werbebudgets unserer Konkurrenzländer, auf die ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann. Die so notwendige Ausweitung der Tätigkeit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung auf eine umfassende Marktforschung bleibt bei dieser budgetmäßigen Dotierung natürlich eine Zukunftsvision.

Zur Frage der Forschung ist folgendes festzuhalten: Das von der ÖVP-Regierung im Frühjahr zustimmend zur Kenntnis genommene Fremdenverkehrskonzept enthält eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der touristischen Forschung: Ausbau der Markt- und Motivforschung, Errichtung eines Dokumentationszentrums, Förderung wirtschaftswissenschaftlicher Vergleichsuntersuchungen über die Bedeutung des Fremdenverkehrs, Förderung der Heilbäderwissenschaft und so weiter. Da der Fremdenverkehr als junger Wirtschaftszweig noch wenig durchforscht ist, hätte die Wissenschaft ein großes Aufgabengebiet vor sich.

Um trotzdem einige Aktivität auf dem Sektor der Fremdenverkehrsforchung entfalten zu können und diese nicht allein dem Institut für Fremdenverkehrsforchung an der Hochschule für Welthandel aufzubürden, wurde in Innsbruck im Herbst vorläufig auf Vereinsbasis das Institut für Verkehr und Tourismus gegründet. Es wird vom Land Tirol, der Stadt Innsbruck und der Handelskammer finanziell getragen und wird sich mit betriebswirtschaftlichen und regionalpolitischen Fragen des Tourismus befassen. Immerhin eine erfreuliche Aktivität der Selbsthilfe und ein Zeichen von Interesse und Notwendigkeit der touristischen Forschung.

Ein weiteres Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft ist der Fragenkomplex Raumordnung, Umweltschutz, touristische Infrastruktur. Zum Teil ist hiebei zwar Landes- und Gemeindekompetenz gegeben, vieles kann und muß aber auf Bundesebene einer Lösung zugeführt werden. Das Bundesraumordnungskonzept und das Verkehrskonzept der ÖVP-Regierung könnten Rahmen und Grundlage für manche Aktivität auf dem Sektor des Infrastrukturausbaus und der räumlichen Abstimmung zwischen Industrie und Fremdenverkehr bieten.

Besonders appellieren möchte ich an die Bundesregierung zur Setzung von Maßnahmen zur Erhaltung beziehungsweise Sanierung der Umweltbedingungen und zur Sicherung einer Umwelterziehung in umfassendem Sinne. Die Epoche des idealistischen Natur- und Umweltschutzes ist endgültig vorbei. Boden, Luft und Gewässer müssen gesetzlich geschützt werden, weil wir uns bei weiterer Verschlechterung der Biosphäre nicht nur die Fremdenverkehrsgrundlagen, sondern auch die Lebensgrundlage entziehen würden.

Zur touristischen Infrastruktur ist auch der Verkehrssektor zu zählen. Obwohl auf diesem Gebiet in letzter Zeit manches geschehen ist, sind die diesbezüglichen Anliegen des Fremdenverkehrs noch zahlreich: beschleunigter Ausbau der Bundesstraßen mit Fremdenverkehrsbedeutung, der rasche lawinensichere Ausbau der Zufahrtsstraßen zu Wintersportzentren, Bau von Ortsumfahrungen. Auf jeden Fall müßte im Interesse des Fremdenverkehrs auch die Seilbahnwirtschaft durch ERP-Kredite und Zinsenzuschüsse besser dotiert werden, um eine Kapazitätserweiterung, Kapazitätsabrandung — ich denke da an den Stilzirkus oder an Zusammenschlüsse von Skigebieten, wie sie am Arlberg, in Kitzbühel und in anderen bekannten Wintersportzentren erfolgt sind — und die Modernisierung der Anlagen zu gewährleisten.

Zum Schluß seien der Vollständigkeit halber die nicht neuen Forderungen des Fremdenverkehrs auf dem gewerberechtlichen Gebiet und die Frage der Fremdenverkehrsorganisation erwähnt.

Der Herr Abgeordnete Thalhammer hat bereits darauf hingewiesen, daß sich im Rezessionsjahr 1967 erwiesen hat, daß der Fremdenverkehr, obwohl er früher immer als sehr konjuncturempfindlich und krisenfällig dargestellt worden ist, eher konjunkturstabilisierend denn krisenfällig ist. Die Güterexporte nach Deutschland sind um 11 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der Nächtigungen nur um 1 Prozent zurückgegangen ist.

Westreicher

Vielleicht darf ich zum Abschluß den Herrn Minister Staribacher selbst zitieren, der in seinem Fremdenverkehrspapier folgendes gesagt hat: Die spezielle Bedeutung des Fremdenverkehrs für Österreich geht aus der Tatsache hervor, daß der Anteil der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr gemessen an den Erlösen von Waren und Dienstleistungen insgesamt im Durchschnitt der OECD-Länder 7 Prozent, in Österreich aber 23 Prozent beträgt. Der Fremdenverkehr hatte in Österreich 1969 einen Anteil von mehr als 10 Prozent am Volkseinkommen.

Ich möchte mit den Worten schließen: Die Fremdenverkehrswirtschaft geht alle Österreicher an! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Landmann das Wort.

Abgeordneter **Landmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Kollege Meiβl von der Freiheitlichen Partei ist freundlicherweise in seinen Ausführungen schon auf die Problematik des Bergbaues und seiner Unvereinbarkeit mit dem Fremdenverkehr kurz eingegangen. Als Abgeordneter aus Tirol, besonders aus dem Bezirk Kitzbühel, wo diese Dinge in den vergangenen Monaten große Schwierigkeiten gemacht haben, darf ich ein paar Gedanken kurz ausführen. (Abg. Libal: Dank an den Minister!) Das werden wir erst sehen. Hören Sie gut zu, dann werden Sie sehen, wer diese Dinge verhindert hat. Ich möchte nicht sagen, daß der Minister ganz unbeteiligt war, aber die Hauptarbeit hat ihn dabei wirklich nicht getroffen.

Ich möchte kurz den Werdegang schildern. Als man den Vertrag schloß, war er nur dazu da, um in diesem Gebiet Untersuchungen machen zu können. Das erste war, daß man Flugaufnahmen machte und geologische Untersuchungen, die mit Hilfe von technischen Geräten gemacht worden sind.

Die zweite Stufe war, daß man zwei Tiefbohrstellen errichtet hat. Dann ist es so weit gekommen, daß die Bevölkerung in diesen Gebieten in Unruhe versetzt worden ist, daß sie sich durch diese Vorgänge in ihrer Existenz bedroht fühlte, in ihrer Existenz, nicht nur was den Fremdenverkehr betrifft. Der Fremdenverkehr hat in diesem Gebiet eine wirklich dominierende Stellung.

Mit dieser Auffassung bin ich nicht allein. Der Herr Bundesminister für Verkehr hat am Sonntag bei der Eröffnung des Skiliftes in Fieberbrunn ein Loblied auf diese schöne Gegend und auf die Deviseneingänge des Fremdenverkehrs besonders aus diesem Gebiet

gesungen. Ich glaube, daß der Herr Bundesminister für Verkehr eine Auffassung vertreten hat, die der Wirklichkeit entspricht.

Dann hat man sich zu einem Schutzverband zusammengeschlossen. Die erste Phase war, daß sich die sozialistischen Gemeindemandatare davon distanziert haben, diesem Schutzverband beizutreten. Ich muß das hier einmal feststellen.

Als man nach der Entwicklung der Dinge in den nächsten Wochen gesehen hat, daß man nicht gegen den Wind rennen kann, ohne zurückgeworfen zu werden, hat man sich dazu entschlossen, auch in den anderen Gemeinden und Verkehrsverbänden dieses Gebietes auch die Herren der Sozialistischen Partei dazu zu bringen, mit Hurra diesem Schutzverband beizutreten. (Abg. Libal: Anhänglich geworden!) Es wurde nicht nur in der heimischen Presse, sondern auch in der ausländischen Presse auf die Unmöglichkeit eines solchen Betriebes in diesem Gebiet hingewiesen.

Dann kam der 19. September. Dieser 19. September wird vielleicht dem Herrn Handelsminister in bester Erinnerung sein. (Abg. Weikhardt: Der kann ja nichts dafür!) Um aber jede Legendenbildung von vornehmerein auszuschalten, möchte ich hier feststellen, daß ich das, was man uns dort und nachher immer noch versucht hat zu unterschieben, daß sich in Oberndorf ein zweites Fussach angebahnt hat, energisch zurückweisen muß! (Beifall bei der ÖVP.) Vielleicht, weil Oberndorf zufällig meine Heimatgemeinde ist. (Abg. Libal: Die Tiroler sind nicht so energisch wie die Vorarlberger! Die Vorarlberger haben mehr Temperament als die Tiroler!) Ich werde Sie einmal einladen, nach Tirol zu kommen, dann werden Sie nicht mehr so vorlaut sein! Sie waren ja nicht dabei, lieber Freund.

Ich glaube nicht, Herr Bundesminister, daß Sie noch den Geruch dieses Ziegenbockes anhaften laben, den man Ihnen dort vorgeführt hat. Aber ein bißchen Humor gehört auch zu diesen Dingen. Es ist unsere Mentalität, daß wir bei diesen Dingen auch ein wenig Humor walten lassen. Das zeichnet die Leute dieses Gebietes aus.

Warum war eigentlich eine solche Abneigung gegenüber diesem Projekt vorhanden? Erstens wegen des Fremdenverkehrs, wie ich bereits ausgeführt habe. Zweitens wegen des Umweltschutzes. Jedes Ministerium hat heute diese Gedanken von Umweltschutz, Koordinierung und so weiter, gebracht. Wir haben uns dazu entschlossen, diesen Umweltschutz nicht nur in den Mund zu nehmen, sondern auch zu verteidigen. Darum eben haben wir

Landmann

diesen 19. September dazu benutzt, um auf die Problematik hinzuweisen. Und im übrigen, Herr Bundesminister, glaube ich, werden Sie mir gerne bestätigen, daß die Demonstration in Ruhe verlaufen ist.

Man hat immer versucht, der Landwirtschaft ein bißchen die Schuld in die Schuhe zu schieben, indem man gesagt hat, da könnte man Dinge teurer verkaufen. Aber die Landwirtschaft hat Ihnen damals eine Resolution überreicht, die Sie — so hoffe ich wenigstens — im Ministerium einem Studium unterzogen haben.

Dabei ist es aber notwendig, daß wir, um solche Dinge in Zukunft hintanhalten zu können, daß das Land und die betroffenen Gebiete keine Parteienstellung haben, an eine Novellierung des Berggesetzes denken müssen. Sie haben seinerzeit versprochen, die Novellierung des Berggesetzes voranzutreiben. Auf eine diesbezügliche Anfrage meines Kollegen Horejs haben Sie dann gesagt, es werde eine Novellierung kommen. Als die Delegation aus Kitzbühel bei Ihnen war, haben Sie von einer Neufassung, einer Fast-Neufassung des Berggesetzes gesprochen. Was stimmt jetzt? Kommt eine Novellierung oder eine Neufassung des Berggesetzes?

Wenn ich dabei ein paar Vorschläge machen darf, wie wir uns diese Dinge vorstellen, so ist es klar, daß diese Dinge nicht eine lex Kitzbühel werden sollen, denn in diesem Gebiet hat es sich gezeigt, welche Umstände solche Dinge mit sich bringen könnten.

Erstens ist die Frage, Uran aus der Bergfreiheit der Mineralien herauszunehmen. Wenn man Uran als Energieträger der Zukunft bezeichnet, so bin ich der Überzeugung, daß es niemandem in Tirol oder in Österreich überhaupt einfallen wird, die Wasserkräfte an eine ausländische Gesellschaft zu verkaufen oder zu verpachten. Darum auch die Herausnahme von Uran aus den bergfreien Mineralien.

Zweitens: Die volkswirtschaftliche Pflege des Bergbaues legt in undefinierbaren Artikeln fest, daß wir analog an das Wasserrecht anschließen würden, daß man die öffentlichen Interessen genau abzeichnen könnte und diese Interessen auch dann vertreten kann.

Drittens: In einzelnen Bestimmungen ist das Anhören sonstiger Behörden oder die Herstellung des Einvernehmens mit sonst beteiligten Behörden vorgesehen. Diese Begriffe sind etwas unbestimmt. Notwendig ist, daß die Bergbehörden verpflichtet werden, bei behördlichen Verfahren Gutachten von Sachverständigen zu verschiedenen öffentlichen

Interessen einzuholen. Die Vorschläge sind auch im Bundesländerforderungsprogramm enthalten.

Viertens: Das Berggesetz sieht in der heutigen Fassung keinen Umwelt- und Nachbarschaftsschutz vor. Ich glaube, ich habe mich vorhin klar genug ausgedrückt, sodaß ich nun diese Dinge nicht mehr näher zu erläutern brauche.

Fünftens: Die Erteilung der Schürfrechte. Diese werden nur angemeldet. Die Freischürfrechte sollen in einem ordentlichen Verfahren, wo die Grundbesitzer, die betroffenen Gemeinden und das Land Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten sollen, geregelt werden.

Sextens: Die zwangsweise Grundüberlassung für solche Dinge ist meiner Meinung nach etwas problematisch. Daß eine zwangsweise Überlassung dort notwendig ist, wo gebohrt oder abgebaut wird, ist mir irgendwie verständlich, aber nicht dort, wo die Förderungsanlagen und derlei Dinge aufgebaut werden.

Siebentens: Man räumt in diesem Berggesetz den ausländischen Gesellschaften die gleichen Rechte ein. Man könnte sich da an das Fluggesetz anhängen, wo man auch den ausländischen Gesellschaften nicht die gleichen Rechte einräumt wie den heimischen Gesellschaften.

Im übrigen glaube ich, daß wir in absehbarer Zeit eine Neufassung dieses Berggesetzes — um Ihren Ausdruck bei der Vorsprache dieser Delegation aus den Bezirken zu gebrauchen — in Angriff nehmen werden müssen, und ich werde immer wieder hier im Hohen Hause die Stimme erheben, bis dieses Berggesetz die Versprechungen erfüllt.

Kollege Libal, jetzt komme ich zu Ihnen. Sie haben davon gesprochen, daß es der Bundesminister war, der das in dieser Weise verhindert hat. (Abg. Libal: Gegenüber Mitte!) Er war nicht beteiligt, aber die Hauptlast ... (Abg. Robert Weisz: Das hat der Landmann gemacht!) Nicht der Landmann, sondern der Landeshauptmann von Tirol war es! Der hat sich für diese Sache wirklich eingesetzt und zuwege gebracht, daß diese Maßnahmen im Bezirk Kitzbühel nicht getroffen werden können. (Zwischenruf des Abg. Horejs.) Herr Kollege Horejs! Hätten doch Ihre Kollegen im Bezirk Kitzbühel und Kufstein, als Ihre Genossen noch dagegen waren, auch so geschrien wie Sie hier! (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Lukas.) Ja, der Lukas aus Kärnten versteht von Kitzbühel so viel, wie der Bock vom Minister verstanden hat. (Heiterkeit.)

Landmann

Wir haben noch eine Sorge, denn im Bezirk Schwaz werden zurzeit drei Schürfrechte erteilt, und die Bevölkerung im Zillertal und im Achenseegebiet ist darüber beunruhigt. Ich hoffe, Herr Minister, daß Sie der Bevölkerung dieses Landes, diesem Land des Fremdenverkehrs entgegenkommen, denn Sie haben versprochen und haben sich mit Ihrem ministeriellen Wort verpflichtet, diese Dinge hintanzuhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Ich werde, wie gestern verlangt wurde, auf die Debattenredner eingehen. Ich werde allerdings — das ist ja selbstverständlich — hier nur die Kritiken beantworten. Die lobenden Worte lasse ich weg. Ich möchte mich aber gleich generell dafür bedanken.

Zur Frage der Kompetenzen und der Preissteigerungen: Die Bundesregierung hat mich vor mehreren Monaten beauftragt, zu versuchen, ein Konzept zu erarbeiten, und ich habe Monate hindurch mit der Bundeshandelskammer und anderen Interessenvertretungen Verhandlungen geführt. Diese waren leider nicht von Erfolg gekrönt. Ich mußte daher nach zirka dreimonatiger Verhandlung der Bundesregierung dieses Mandat zurückgeben. Ich erklärte damals, ein Akkord sei nicht herzustellen und deshalb werden die kompetenzmäßig zuständigen Minister, das heißt der Minister für Inneres bezüglich des Preisregelungsgesetzes, der Minister für Justiz bezüglich des Preistreibereigesetzes, der Minister für Verkehr bezüglich des Lastverteilungsgesetzes und ich bezüglich des Rohstofflenkungsgesetzes, entsprechende Regierungsvorlagen dem Hohen Hause zuleiten, was auch geschehen ist. Niemals hat die Bundesregierung eine dirigistische Politik auf diesem Sektor beabsichtigt. Sie hat nur einen Akkord mit den Interessenvertretungen versucht, der nicht glückt ist. Die späteren Vorschläge, die dann gekommen sind, haben sich hauptsächlich darauf gestützt, daß versucht wurde, die Preisdisziplin der freiwilligen Preiskontrolle, wie das Präsident Sallinger gesagt hat, zu verstärken, nämlich den § 3 a des Preisregelungsgesetzes schon dann zur Anwendung zu bringen, wenn ein Unternehmer sich nicht an die Vereinbarungen hält, wie sie zwischen den Interessenvertretungen beschlossen werden. Dieser Paragraph wird heute gegebenenfalls nur wirksam, sofern alle vier Interessenvertretungen die Überschreitung des Preises feststellen.

Ich selbst kann nur versichern, daß dies die Absicht der Bundesregierung war und daß sie daran festhalten wird. Ich hoffe, daß mir im Zuge des großen Kompetenzgesetzes — durch das bekanntlich die Wirtschaftskompetenzen ins Handelsministerium übertragen werden sollen — das Hohe Haus die Möglichkeit geben wird, die Koordinierungsbestrebungen, die ich in den vergangenen Monaten eingeleitet habe, dann wieder aufzunehmen und zu einem Erfolg zu bringen. (Abg. **Mitterer:** Wer ist stärker: Ich oder ich?)

Was die Industrieförderung betrifft, ist es richtig, daß das erste Mal in diesem Budget ein diesbezüglicher Ansatz von 20 Millionen Schilling, der allerdings jetzt um drei Prozent gekürzt wurde, vorgesehen ist. Wir werden damit versuchen, nachdem die organisatorischen Voraussetzungen im Ministerium geschaffen sein werden, gemeinsam mit der Bundeskammer und den anderen Interessenvertretungen eine Industriepolitik aufzubauen, wie wir sie gemeinsam in der Studie des Wirtschafts- und Sozialbeirates über die Industrieförderung und über die Industriepolitik beabsichtigt haben. (Abg. **Macchunz:** Herr Minister, wie machen Sie das?)

Hier wird so vorgegangen werden, daß im engsten Einvernehmen mit der Industriellenvereinigung und der Handelskammer die organisatorischen Voraussetzungen im Ministerium geschaffen werden. Analog den Industriegliederungen innerhalb der Handelskammer zum Beispiel oder teilweise auch der Industriellenvereinigung wurde im Ministerium eine derartige Industriegliederung eingeführt. Und dies alles ohne Postenvermehrung, wie ich gleich feststellen möchte. In zweiter Linie wird der sehr wichtigen Frage der Managementschulung und Koordinierung ein ganz besonderes Augenmerk zugewendet werden. Und drittens — das ist, glaube ich, das wichtigste — werden jetzt die konkreten Maßnahmen, wie zum Beispiel die Errichtung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft, gegebenfalls Industriestrukturverbesserungen bei einzelnen Zweigen, vor allem Beiträge über die Marktforschung oder die Forcierung von Prototypen der Industrie die Grundlage zu dieser Politik bilden.

Was den Fremdenverkehr betrifft, Herr Präsident Sallinger, kann ich Ihnen mitteilen, daß wir zum Unterschied vom Budget 1970 im Budget 1971 das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz in einer Ansatzpost haben, also nicht mehr die Aufgliederung „Fremdenverkehr und andere gewerbliche Wirtschaft“. Dadurch ist die Möglichkeit des Virements

Bundesminister Dr. Staribacher

ohne weiteres gegeben, was bis jetzt leider nicht der Fall war. Jetzt sind wir weitestgehend an die Ansätze gebunden, obwohl ich auch hier die Meinung vertrete, daß die Fremdenverkehrsförderungsprojekte Priorität haben sollen. Nach den Richtlinien, die in der Bundeskammer mit den anderen Interessenvertretungen einvernehmlich erarbeitet wurden, sollen daher auch heuer die entsprechenden Fremdenverkehrsprojekte Priorität haben und alle Fremdenverkehrsprojekte auch tatsächlich zur Verwirklichung kommen.

Ich kann dem Hohen Hause mitteilen, daß durch das 2. Budgetüberschreitungsgesetz mein Haus jetzt in die Lage versetzt wurde, die Bürges-Aktionen sofort wieder aufnehmen zu können. Ich anerkenne, daß mein Amtsvorgänger in voller Verantwortung die Weisung erteilt hat, diese Aktionen, nachdem die Mittel für die Bürges im jetzigen Budget bis zum 2. Budgetüberschreitungsgesetz nicht vorhanden waren, einzustellen. Das wird jetzt aufgehoben, sodaß unverzüglich alle vorliegenden Anträge erfüllt werden können. Die Bürges hat mir mitgeteilt, daß auch für das Jahr 1971 nach der jetzigen Budgetlage die notwendigen Mittel vorhanden sind.

Was die Wirtschaftsförderungsinstitute betrifft, so kann ich Ihnen, Herr Präsident Sallinger, versichern, daß sowohl die Wirtschaftsförderungsinstitute als auch das BFI heuer noch ein Vielfaches dessen bekommen werden, was sie vergangenes Jahr bekommen haben.

Zur Frage des Herrn Abgeordneten Mitterer bezüglich der wenigen Zeit, die ich für das Ausland aufwende, beziehungsweise bezüglich meiner Auslandsreisen möchte ich folgendes feststellen: Ich habe mir nicht nur völlig ausreichend Zeit genommen, um die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten in Österreich zu leisten. Ich habe selbstverständlich bei allen Delegationen vor ihrer Abreise nicht nur die entsprechenden Akten studiert, sondern auch in den Vorbereitungskommissionen — solche haben wir bekanntlich vor allem in Brüssel geschaffen — nicht nur formell den Vorsitz übernommen, sondern ihn auch tatsächlich geführt und in den Diskussionen mit den Beamten aller Ressorts und mit den Interessenvertretungen die Linie genau festgelegt. Ich habe selbstverständlich auch anlässlich des Besuches von Minister Patoltschew mit ihm über alle Probleme, die den Außenhandel betreffen, eingehende Diskussionen geführt, und ich beabsichtige das natürlich auch weiterhin zu tun.

Soweit Auslandsreisen unumgänglich notwendig sind, habe ich sie in der Vergangenheit

durchgeführt und werde das auch in der Zukunft tun.

Ich bitte nur das Hohe Haus um Verständnis für meinen Standpunkt, daß es nicht zielführend ist, wenn der Minister an jeder Sitzung im Ausland teilnimmt. Aber bei den wirklich entscheidenden Verhandlungen werde ich selbstverständlich anwesend sein. Ich werde nicht mit halber Kraft an den Verhandlungen teilnehmen, Herr Minister Mitterer, sondern — ganz im Gegenteil — mit ganzer Kraft. Ich glaube aber, daß die Vorbereitung der Verhandlungen hier in Österreich geschehen soll, weil hier in Österreich die hauptsächlichste Aufgabe zu lösen ist und entsprechende Vorbereitungsarbeiten hier getroffen werden müssen.

Zur Frage der Umfunktionierung möchte ich folgendes feststellen: Ich habe niemals die Absicht gehabt, das Handelsministerium umzufunktionieren. Ich habe versucht, die Aufgaben, die ich vorgefunden habe, erstens fortzuführen und sie zweitens, wenn ich so sagen darf, anzureichern. Ich habe mich in einem Brief vorgestellt, in diesem Brief habe ich keinerlei Maulkorberlaß festgehalten, sondern habe nur das wiederholt, was meine Amtsvorgänger bereits erlassen hatten. Ich habe die Unterlagen, die Herr Dr. Illig, Herr Minister Bock und Herr Minister Mitterer herausgegeben haben, in Erinnerung gerufen, und ich habe gleichzeitig darauf hingewiesen, daß ich selbstverständlich für eine liberalere Handhabung sorgen werde. Wenn Sie sich bei meinen Herren im Ministerium erkundigen, werden Sie dort hören, daß ich sie dränge, entsprechende Artikel nicht unter meinem Namen zu schreiben. Ich betrachte es immer als entwürdigend, daß ich oft unter einem Artikel meinen Namen setzen muß, weil die Zeitung größten Wert darauf legt, daß „Staribacher“ daruntersteht, obwohl ich diesen Artikel nicht geschrieben habe. (*Ruf bei der ÖVP: Der Staribacher nicht, aber der Minister!*) Jawohl, besser gesagt: der Minister. Ich betrachte das immer als entwürdigend und ersuche meine Herren ununterbrochen, daß sie im eigenen Namen Artikel schreiben, Konzepte veröffentlichen und Televisionsberichte geben. Ich habe nur eine Bitte ausgesprochen ... (*Abg. Dr. Mussil: Ich werde den Artikel schreiben, und Sie werden ihn unterzeichnen, Herr Minister! — Heiterkeit.*) Ich bitte darum, Herr Abgeordneter Mussil.

Nun zur Frage bezüglich der Beamten. Ich habe, als ich das Ministerium übernommen habe, erklärt, daß ich mich ausschließlich nach dem loyalen Verhalten und nach den Leistungen der Beamten richten werde. Ich

Bundesminister Dr. Staribacher

glaube, ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich es bis jetzt so gehalten habe. Ich habe bis jetzt keinerlei Protektion walten lassen und werde das auch in Zukunft nicht tun.

Ich habe daher, als es darum ging, neue Dienstposten zu besetzen, eine sogenannte job description herausgegeben. Herr Abgeordneter Mitterer hat sie ja besessen; ich bin gar nicht böse darüber, das zeigt nur, wie offen dieses Ministerium arbeitet. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe das auch dem Klub bereits angeboten. (Abg. Soronics: Herr Minister, das war früher auch bei Ihren Kollegen der Fall, daß sie die Unterlagen gehabt haben!) Ich habe gar nie etwas dagegen gehabt, ich habe allen Klubs immer wieder angeboten, mir alle Unterlagen, die von meinem Haus gewünscht werden, zu nennen, und ich werde sie alle postwendend zur Verfügung stellen.

Ich habe also diese job description gegeben, und der Dienststellenausschuß hat, wie er mitteilte, die vorgeschlagene Vorgangsweise in dieser Frage begrüßt, „weil durch das Festhalten der einzelnen Anforderungen (Qualitätsmerkmale), die an den zukünftigen Leiter der Sektion II gestellt werden, klare und einigermaßen objektiv meßbare Voraussetzungen geschaffen wurden“. (Abg. Mitterer: Aber da hat er Ihre Entscheidung noch nicht gekannt?) Meine Entscheidung konnte schon deshalb niemand kennen, weil ich selbst sie noch nicht gekannt habe, Herr Abgeordneter Mitterer. Wir haben damals diese job description herausgegeben, und es haben sich sechs oder sieben Herren des Hauses beworben.

Ich habe sodann im engsten Einvernehmen mit dem Präsidium jeden einzelnen Fall genau durchgesprochen, und ich habe damals bereits erklärt: Ich weiß nicht, ob es zielführend ist, wenn wir ausschließlich Bewerber aus dem Hause berücksichtigen. Es wurde mir nämlich — Herr Abgeordneter Mitterer, darf ich auch das hier ganz offen sagen — zuerst durch hauseigene Mitteilungen zur Kenntnis gebracht, daß es noch andere Bewerber gibt, insbesondere der von Ihnen jetzt herangezogene, wobei ich gar nicht darauf verweisen will, daß Sie selbst, wie mir mitgeteilt wurde — die schriftlichen Unterlagen hiefür habe ich allerdings nicht gefunden —, diesen Fachmann in Erwägung gezogen haben, der mir dann von dritter Seite genannt wurde; es handelt sich um den Obermagistratsrat Jagoda. Es wurde in Erwägung gezogen, ob er gegebenenfalls die Sektionsleitung übernehmen würde.

Wir haben dann die Überlegungen im Rahmen des Präsidiums und mit den zuständigen

Sektionsleitungen angestellt und sind nach genauer Überprüfung aller Fälle zur Überzeugung gekommen, daß Senatsrat Jagoda für diese Sektionsleitung der beste Beamte ist. Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß es keine parteipolitische Maßnahme war, die mich veranlaßt hat, diesen Mann zu nehmen, sondern ich habe jetzt, auch in den Zeitungen der Handelskammer, mit Freude gelesen, daß es sich um einen ausgesprochenen Fachmann handelt, und zwar den besten, den man hat finden können. Ich bin daher mit dieser Entscheidung, die letzten Endes das Präsidium im Hause getroffen hat, sehr einverstanden. (Abg. Soronics: Sie bleiben aber blaß dastei!) Ich kann deshalb ohne weiteres blaß bleiben, weil es so gewesen ist, und Sie, Herr Abgeordneter, können sich jederzeit danach erkundigen.

Was die Frage der Konsumentenberatung betrifft, ist gar nicht daran zu denken, den Verein für Konsumenteninformation zu konkurrenzieren. Ich habe im Konsumentenforum darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig ist, das Ministerium anzureichern, aber so, daß — und da stehe ich mit meinem Standpunkt hunderprozentig hinter der Wirtschaft — die Konsumentenpolitik keine alleinige Frage der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes ist, sondern eine genauso wichtige Frage der Handelskammer und der Landwirtschaftskammer.

Ich habe deshalb bei dieser Umfunktionierung, wie Sie das vielleicht nennen, sieben Ausschüsse einberufen. (Abg. Dr. Mussil: Nur sieben!) Jawohl. Im engsten Einvernehmen mit Ihnen, Herr Generalsekretär Mussil! (Beifall bei der SPÖ.) Diese sieben Ausschüsse habe ich folgendermaßen besetzt, das heißt, ich habe sie nicht zu besetzen gehabt, sondern ich habe den Ausschüssen vorgeschlagen, sich zu konstituieren. Dort sind bis jetzt oder werden in der nächsten Zeit folgende Vorsitzende gewählt werden ... (Abg. Soronics: No wehe, wenn die sich etwas zu sagen trauen!)

Nein, nein, Herr Doktor! Da irren Sie gewaltig, Herr Minister, denn ich lege größten Wert darauf, die Meinung der Ausschüsse zu hören. Ich habe meinen Herren im Hause, gleich bei meinem Amtsantritt gesagt: Sagen Sie mir nie das, wovon Sie glauben, daß ich es hören will; sagen Sie mir das, was Sie verantworten können und was Sie sagen wollen, sagen müssen. Wenn ich nicht Ihrer Meinung bin, dann werde ich mich mit Ihnen auseinandersetzen. Ich diskutiere mit den Beamten oft stundenlang über Gesetzentwürfe. Erst dann, wenn wir uns in einem Fall nicht

2148

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Bundesminister Dr. Staribacher

einig werden können, habe ich natürlich die politische Verantwortung zu tragen und zu entscheiden. Es war aber bisher noch nicht notwendig, auch das möchte ich hier einmal ganz klar und deutlich gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Libal: Zum Unterschied von Soronics! — Abg. Soronics: Herr Kollege Libal! Das haben wir auch so gehalten.)

Was den Deklarationsausschuß betrifft, wird ihm Präsident Thaller des Patentamtes vorstehen. Was den Konsumentenschutz anbetrifft, wird ihm Dr. Blaschek vorstehen, ein Beamter der Bundeshandelskammer. Dem Dienstleistungsausschuß wird Herr Kommerzialrat Xandner vorstehen; dem Textilausschuß Dr. Katarin von der Handelskammer. Was den legitistischen Ausschuß über die Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb betrifft, wird ihm Dr. Christian von der Bundeskammer vorstehen. Dem Werbungsausschuß wird Herr Professor Kommerzialrat Mittag von der Handelskammer vorstehen und dem Wettbewerbsausschuß Kammerrat Landtagsabgeordneter Dr. Ebert. (Abg. Dr. Pittermann: Mit einem Wort lauter „Mussil“-manen!)

Ich glaube, daß es zielführend ist, wenn unterstrichen wird, daß die Tätigkeit dieser Ausschüsse nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern natürlich auch im Interesse von Handel, Gewerbe und Industrie erfolgt, und wenn auch dies bei der Besetzung der Ausschüsse entsprechend zum Ausdruck kommt.

Was nun die Frage betrifft: Wachstum durch Inflation oder Wachstum mit Stabilität, würde es selbstverständlich auch diese Bundesregierung liebend gerne sehen, wenn das Wachstum ohne entsprechende Preissteigerungen vor sich gehen würde. Es ist nur leider — diese Frage haben wir mit Herrn Generalsekretär Mussil bei „50 Jahre Bundeshandelskammer in Österreich“ diskutiert — (Abg. Dr. Mussil: Deutsche Handelskammer!) „Deutsche Handelskammer in Österreich“ — und sind dort, glaube ich, zu einer einstimmigen Auffassung gekommen. (Abg. Mitterer: Nein, nein! Das stimmt nicht!) Darf ich vielleicht wiederholen, zu welcher Auffassung wir gekommen sind. (Abg. Doktor Mussil: Einstimmig! — Abg. Mitterer: Nein, nicht einstimmig! — Abg. Soronics: Hier ist ein Widerspruch! Also einstimmig oder nicht?) Ich werde jenen Punkt anführen, wo es eine Übereinstimmung gegeben hat, nämlich daß — und das hat sogar der Herr Abgeordnete Mussil herausgestrichen, was ich ihm ganz hoch angerechnet habe — die

Tätigkeit der Bundesregierung zur Stabilisierung ideal wäre. Es hat sich dann dort herausgestellt, daß es leider nicht möglich ist, ein Wachstum zu erreichen, ohne mit einer gewissen Preissteigerung zu rechnen. Der Herr Abgeordnete Mussil hat gemeint, bis 3 Prozent wäre also akzeptabel. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Unter 3 Prozent wäre also akzeptabel.

Herr Generalsekretär Mussil! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen nur versichern, daß die österreichische Bundesregierung alles daransetzen wird, um zu keinen höheren Preiserhöhungsraten zu kommen, als dies prognostiziert wurde. Vom Institut für Wirtschaftsforschung wurden im Februar 1970 bei einer Sitzung der Paritätischen Kommission — Herr Generalsekretär Mussil, Herr Präsident Sallinger, Sie waren dabei und auch die Herren von der Landwirtschaft und ich selbst — unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers Klaus 5 Prozent Preissteigerung für das Jahr 1970 prognostiziert und gesagt, die Bundesregierung hoffe, daß es auf Grund preisdämpfender Maßnahmen unter diesen 5 Prozent bleiben wird. (Abg. Machunze: Das glaube ich nicht!) Das glaube ich schon. (Abg. Dr. Koren: Das Glauben hilft halt nichts!)

Was die Frage nach meiner Einstellung betrifft, daß ich Wachstum immer vor Stabilität setze, so kann ich das ganz kurz an Hand von zwei Beispielen beziehungsweise von vier Zahlen erklären: Im Jahre 1967, in einer Rezession also und international bedingt — ich will das gar nicht abstreiten —, hatten wir ein verhältnismäßig sehr geringes Wachstum von 3,1 Prozent bei Preissteigerungen von 4 Prozent. Wir werden heuer bei 4,6 Prozent Preissteigerungen, im Jahresdurchschnitt 6,5 Prozent reales Brutto-Nationalproduktwachstum erreichen.

Ich glaube, schon diese Ziffern zeigen, daß es mit Hilfe der Wachstumspolitik möglich gewesen ist, die österreichische Entwicklung und die österreichischen Ziffern, gemessen am westeuropäischen Trend, weit an die Spitze zu treiben. Wir befinden uns heute mit dem realen Wachstum an zweiter Stelle, und wir werden auch bezüglich der Preisstabilisierungen sehr erfolgreich sein, denn nach uns werden noch sehr, sehr viele Länder wesentlich höhere Preissteigerungen haben.

Bezüglich des Fremdenverkehrs, daß sich hier nichts geändert habe, fragen Sie Herrn Minister Mitterer: Wo sind die Schwerpunkte? Wo ist der neue Stil? Was ist dabei herausgekommen? (Abg. Soronics: Der neue Stil ist: Sie werden Kompetenzen abgeben

Bundesminister Dr. Staribacher

müssen!) Nein! Ich komme darauf noch zurück. Bezuglich der Kompetenzen hat mich Abgeordneter Dr. Fiedler sehr deutlich angeprochen.

Zur Frage der Fremdenverkehrsförderung, vor allem aber nach dem Fremdenverkehrskonzept, möchte ich nur sagen: Ich habe das Fremdenverkehrskonzept, das Sie ausarbeiten ließen, mit größtem Interesse gelesen. Ich habe, wie gesagt, die größten Widerstände gefunden. Ein Landeshauptmann hat sich schon während Ihrer Regierungszeit dagegen ausgesprochen, die anderen acht, das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, haben sich dem jetzt angeschlossen. Ich habe keinen einzigen Landeshauptmann getroffen, der mir nicht heftigste Vorwürfe gemacht hätte, aus Angst, daß ich beziehungsweise irgendeine Bundesregierung oder irgendein Minister, der für den Fremdenverkehr verantwortlich ist, den Ländern Kompetenzen entziehen werde. (Abg. Dr. Mussi: *Zentralistische Gefühle haben Sie ja!*) Ich habe allen Landeshauptleuten versichert, daß im Fremdenverkehrskonzept der jetzigen Bundesregierung eine solche Absicht nicht im entferntesten enthalten ist.

Nun zur Frage des neuen Stils: Ich werde trachten — und ich glaube, ich habe das schon zum Ausdruck gebracht —, daß durch wissenschaftliche Forschungen alles das, was auch hier von Seiten der Opposition angeklungen ist, durchgeführt wird, nämlich mehr Untersuchungen — alles das ist bereits in Auftrag gegeben — bezüglich Fremdenverkehr und bezüglich anderer Sektoren. Auf Grund dieser Untersuchungen werden dann entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Und wenn es, was ich noch immer hoffe, innerhalb der großen Oppositionsparteien über einzelne Probleme, wie zum Beispiel die Streitfrage zwischen Genossenschaften und Handel, zu einer Einigung und — wie angekündigt — zu einem Initiativantrag kommen wird, so betrachte ich das als gar kein großes Unglück, denn dann war ich eben als Katalysator tätig, und als solcher will ich mich auch gerne fühlen.

Was die Frage nach meinen Leistungen betrifft, so steht es mir nicht an, dies hier herauszustreichen. Ich nehme allerdings an, daß ich eine härtere Kritik Ihrerseits hätte erwarten müssen oder sicher erfahren hätte, wenn ich nicht doch einiges erledigt hätte, ich denke an Kitzbühel, ich denke an Lannach, und ich denke insbesondere an die Brennstoffsituation, wie ich sie vorgefunden habe. (Abg. Soronics: *Wir sind eben überobjektiv!*) Wobei? (Abg. Soronics: *Wir*

sind eben überobjektiv in unserer Kritik!) Bitte.

Nun zu den Wünschen des Herrn Abgeordneten Meißl. Ich werde in der Gewerbe-reform so fortschreiten wie bisher, das heißt, ich werde versuchen, im vorparlamentarischen Raum gemeinsam mit den Interessensvertretungen einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten. Wenn es nicht gelingen sollte, dann wird natürlich diese Bundesregierung regieren, das heißt, sie wird dem Hohen Hause einen diesbezüglichen Vorschlag vorlegen.

Was die Frage der Mehrwertsteuer betrifft, werde ich dabei selbstverständlich im engsten Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister vorgehen. Wir verhandeln derzeit über einen diesbezüglichen Gesetzentwurf, und es werden hier nicht nur die Erfahrenswerte der anderen Länder, sondern ganz besonders auch die spezifischen österreichischen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Ladenschlußordnung: Dies ist zweifellos ein heißes Eisen. Ich habe hier im engsten Einvernehmen mit den Betroffenen ... (Abg. Dr. Mussi: *Passen Sie auf, es ist jetzt der Kollege Skritek da!*) Nicht nur der Kollege Skritek, Herr Abgeordneter Mussi, sondern auch die Sektion Handel der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und auch die Kleinhandelssektion sind daran sehr, sehr interessiert, und ich werde natürlich entsprechende Untersuchungen anstellen und dieses Problem nicht vernachlässigen.

Lohnverrechnungsvereinfachung gehört bitte zum Herrn Finanzminister. Ich bitte Sie, sich an ihn zu wenden.

Der Ausgleich zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und privatem Handel: Ich bin überzeugt, es wird und muß sich ein Ausgleich finden lassen. Ich bin auch davon überzeugt, daß uns der Ausgleich gelingen wird. Wir müssen nur, wie es so schön heißt, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle schaffen.

Was die Bürges und die Strukturverbesserungsgesetze betrifft, so kann ich Ihnen mitteilen, Herr Abgeordneter — ich habe das ja schon dem Kollegen Mitterer gesagt —, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt sind und daß die Aktionen jetzt anlaufen können.

Die Integrationsfrage: Hier darf ich jetzt einmal endgültig die Frage klären, wer für die Integration zuständig ist. Es gilt selbstverständlich das Integrationsgesetz, ich werde dann aber noch im einzelnen dem Kollegen Fiedler gegenüber darauf zurückkommen.

Zum Berggesetz komme ich noch.

2150

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Bundesminister Dr. Staribacher

Fremdenverkehr: Ich hatte die große Freude, mich mit Professor Knapp auf einer Fahrt über dieses Problem unterhalten zu können, bevor er diesen Artikel geschrieben hat, und wir waren beide sehr, sehr weitgehend der gleichen Auffassung. Das ist jetzt ungefähr zwei Monate her.

Zum Handelskammerwahlrecht, auch dies ist eine Forderung, die der Herr Abgeordnete Kostroun vorgebracht hat, darf ich dem Hohen Hause mitteilen, daß seitens der Handelskammer deziert erklärt wurde, daß die nächste Wahl bereits mit dem amtlichen Stimzettel durchgeführt werden wird. Ich zweifle keine Sekunde daran, daß dieses Versprechen der Handelskammer hier im Parlament eingelöst werden wird.

Der Herr Abgeordnete Mussil hat insbesondere gemeint, es sei von der Wirtschaftspolitik, die er unter dieser sozialistischen Regierung erwartet hätte, nichts zu spüren. Er hätte einen Bach erwartet, und jetzt sei es nicht einmal ein „Rinnensalerl“ geworden.

Dazu möchte ich nur sagen, daß diese österreichische Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik ganz konsequent vorgeht. Ich weiß, es wird vielleicht einzelne Damen und Herren des Hohen Hauses geben, die enttäuscht sind, weil sie geglaubt haben, daß unser Konzept, unsere Programme nur für die Schublade gemacht wurden und nicht verwirklicht werden. (Abg. Dr. Mussil: *Für wen denn sonst? Ja, für den Wahlkampf!*) Sie werden systematisch in Angriff genommen, und in diesem Wahlprogramm steht nichts von Dirigismus und auch nichts davon, daß der Konsument der König ist und der Unternehmer der Untertan. Diese österreichische Bundesregierung wird ihr Programm, ihre Regierungserklärung systematisch verwirklichen, und auf wirtschaftlichem Gebiet werden wir in der nächsten Zeit sicher noch entsprechende Erfolge erreichen.

Was die Frage Kostendämpfung, Nachfrage-dämpfung und Wachstumsförderung betrifft, die Sie hier vorschlagen, stehe ich nicht an, hier festzustellen, daß durch die Sozial- oder Wirtschaftspartnerschaften — je nach dem Terminus der einen oder der anderen Seite — in den vergangenen Jahrzehnten eine entsprechende Aufbauarbeit geleistet wurde. Diese Aufbauarbeit habe ich selbst noch unter der Ära Raab-Böhm miterleben dürfen, und ich bin überzeugt davon, daß sie weiterhin zu einer ruhigen Entwicklung auf diesem Sektor in Österreich beitragen wird. Wenn man gleichzeitig die preisdämpfenden Maßnahmen der Bundesregierung berücksichtigt und wenn der Präsident des Österreichischen Gewerk-

schaftsbundes Benya diese in Erwägung zieht und sagt: Wir sind der Meinung, daß man hier fortfahren sollte!, dann ist das nur der Ausfluß der Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft und zeigt, daß die Bundesregierung auf dem richtigen Weg ist. Die Aufschlüsse bezüglich der Lohnpolitik in den letzten Monaten haben ja klar und deutlich gezeigt, daß der richtige Weg beschritten wurde.

Was nun den Vorwurf angeht, daß sich die Bundesregierung nicht um das Transportgewerbe kümmere, so muß ich ganz entschieden in Abrede stellen, daß sich die Bundesregierung nicht darum kümmert. Im Gegenteil. Wie Sie wissen, hat dreimal eine Delegation bei der Bundesregierung vorgesprochen. Wir haben einvernehmlich den weiteren Weg besprochen und gebeten, man solle uns entsprechende Vorschläge machen. (Abg. Doktor Mussil: *Ohne Ergebnis!*) Leider ist innerhalb der Bundeskammer die Koordinierung noch nicht zustandegekommen. (Abg. Doktor Mussil: *Schieben Sie nicht alles auf die Bundeskammer ab! Bei uns ist alles koordiniert!*) Wenn also die Koordinierung zustandegekommen sein wird, werde ich in den nächsten Tagen zweifellos die entsprechenden Stellungnahmen erhalten, auf Grund deren dann die entsprechenden Gesetze von unserem Ressort ausgearbeitet werden.

Ich möchte nun die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fiedler zum Anlaß nehmen, um ein für allemal klarzustellen, was ich auch schon im Ausschuß getan habe: Die Kompetenz für die Integration liegt derzeit bei mir und wird von mir auch hundertprozentig wahrgenommen. (Abg. Dr. Mussil: *Sie dürfen nicht darauf verzichten, sie nicht verschenken, verleihen und verpachten!*)

Ich werde mich, solange es das Kompetenzgesetz gibt, an dieses Kompetenzgesetz halten. Aber daß dieses Kompetenzgesetz aus dem Jahre 1966 nicht sehr zielführend sein kann (Abg. Dr. Mussil: *1963!*) — ich rede jetzt von dem von 1966, denn dort wurde die Kompetenz ganz klar und deutlich dem Handelsministerium übertragen —, geht daraus hervor, daß die vorhergehende Bundesregierung im Jänner 1968 in Klosterneuburg zusammengekommen ist und das Klosterneuburger Abkommen geschlossen hat, aus dem klar und deutlich folgendes hervorgeht: „Gestützt auf diese Rechtslage“ — nämlich das Kompetenzgesetz — „stellen die beteiligten Bundesminister fest, daß das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten die in diesem Zusammenhang mit der EWG erforderlichen außenpolitischen Schritte im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel,

Bundesminister Dr. Staribacher

Gewerbe und Industrie unternehmen und von dem Ergebnis das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie laufend informieren wird." (Abg. *W e i k h a r t: Hörtl! Hörtl!*)

Wenn Sie also wollen, hat die jetzige Bundesregierung, die es für sehr zweckmäßig gefunden hat — es gibt noch Durchführungsverlasse ... (Abg. Dr. *M u s s i l: Wir haben koordiniert und Sie haben verschenkt!*) Nein, nein, ich habe gar nichts verschenkt, Herr Abgeordneter Mussil, sondern es ist genauso koordiniert worden, wie Sie es zum Beispiel in Zahl 51/34 GS 68, Runderlaß an die Vertretungsbehörden im Ausland des Außenministeriums, finden können.

Genau nach ähnlichen Gesichtspunkten ist die österreichische Bundesregierung auch heute vorgegangen.

Und nun, was die Frage betrifft, ob es zielführend ist, wenn zwei, drei oder noch mehr Minister an ausländischen Verhandlungen teilnehmen: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es vollkommen genügt, wenn einer daran teilnimmt. Es hat Zeiten gegeben, wo mehrere Minister — nicht der Herr Abgeordnete Mitterer, das möchte ich ausdrücklich festhalten — in Brüssel gesessen sind und von der anderen Seite nicht einmal ein Minister anwesend war, sondern sie haben ganz kurz mit dem Generalsekretär und nachher mit einigen Beamten die Probleme besprochen.

Die Erklärung, die Außenminister Kirchschläger in Brüssel abgegeben hat und die im übrigen ich im Ministerrat eingebracht habe und die gemeinsam von den beiden Ressorts erarbeitet wurde, war eine Erklärung der österreichischen Bundesregierung; meiner Meinung nach hat sie vollkommen genügt, und ich habe keine einzige ausländische Stimme gehört, die gesagt hätte, daß Außenminister Kirchschläger das schlecht gemacht hätte. (Beifall bei der SPO. — Abg. *M i t t e r e r: Ich habe nicht gesagt, daß er es schlecht gemacht hat! Ich habe lediglich gesagt, die Dokumentation des Handelsministers ist wirtschaftlich, die des Außenministers politisch!*)

Richtig, und in diesem Punkt stimme ich vollkommen mit Ihnen überein, Herr Abgeordneter Mitterer. Das wird auch in Zukunft so sein, auch dann, wenn das neue Kompetenzgesetz kommt — und ein solches ist von der Bundesregierung beabsichtigt —, das eine saubere und bessere Regelung auf diesem Sektor bringen wird; auch dann wird die wirtschaftspolitische Kompetenz nicht nur bilateral, das ist ja selbstverständlich, sondern auch multilateral beim Handelsministerium bleiben. Ich kann Ihnen daher versichern, Herr

Abgeordneter Fiedler, daß keine wie immer geartete Aufgabe einer Ressortnotwendigkeit von mir durchgeführt werden wird.

Ich werde selbstverständlich dem Integrationsausschuß einen Integrationsbericht vorlegen. Ich habe diesbezügliche Ersuchen an meine Herren gerichtet, und dieser Bericht wird bereits vorbereitet. Sobald die Verhandlungen einigermaßen ergeben, in welchem Rahmen sie sich weiter bewegen werden, wird dem Hohen Hause ein diesbezüglicher Bericht zugeführt werden. (Abg. *S o r o n i c s: Wenn Sie dann noch die Kompetenz haben!*) Diese Kompetenz werde ich auf alle Fälle haben, darüber gibt es überhaupt keine Differenz zwischen Außenminister Kirchschläger und mir — wenn das Hohe Haus das so beschließen wird. Immer unter dieser Voraussetzung. (Abg. *S o r o n i c s: Das wollte ich nur sagen! Ich habe geglaubt, Sie sagen, der Herr Bundeskanzler bestimmt das!*) Nein, da irren Sie sich gewaltig, ich werde zum Schluß noch auf dieses Problem eingehen.

Was nun die Frage der protektionistischen Welle betrifft, die jetzt in den Vereinigten Staaten Platz greift, so ist dies zweifelsohne beängstigend. Österreich hat versucht, alle Vorkehrungen zu treffen. Ich stehe nicht an, auch hier zu sagen, daß die Bundeskammer kein Geld gescheut hat, um dieser protektionistischen Entwicklung drüben Einhalt zu gebieten.

Ich kann Ihnen hier nur wiedergeben, was ich bereits im Finanzausschuß angedeutet habe: daß nämlich der derzeitige Handelsminister der USA, Stans, erklärt hat, es gäbe vier Möglichkeiten dazu. Erlauben Sie mir, sie nicht aufzuzählen, ansonsten würden vielleicht gewisse Verhandlungen verschüttet. Der Herr Abgeordnete Mitterer stimmt mir zu. Es gibt vier Möglichkeiten, wo wir abgesichert sind, daß Österreich nichts passieren wird. Wir können nur hoffen, daß der Handelsminister der Vereinigten Staaten zu dem steht, was er unserer diplomatischen Vertretung — der Bericht stammt von Botschafter Dr. Gruber aus Washington — mitgeteilt hat.

Was die Fragen des Herrn Abgeordneten Thalhammer betrifft, so kann ich ihm und ebenso der Frau Abgeordneten Murowatz nur versichern, daß wir uns natürlich bemühen werden, auf der einen Seite den Konsumentenschutz auszubauen, aber nicht im Interesse der Konsumenten allein, selbstverständlich auch im Interesse der Konsumenten, aber auch im Interesse von Handel, Gewerbe und Industrie.

Und was die Frage des Abgeordneten Thalhammer bezüglich Fremdenverkehrswerbung

2152

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Bundesminister Dr. Staribacher

anlangt, so haben wir ja in unserem Fremdenverkehrskonzept in engstem Einvernehmen mit den Landesregierungen und der Handelskammer diesbezügliche Vorschläge vorgelegt, und dementsprechend wird das gemeinsam durchgeführt werden.

Bezüglich der Frage des Herrn Abgeordneten Westreicher habe ich schon darauf hingewiesen, daß wir alles daransetzen werden, um die notwendigen Mittel für die Marktforschung und für die Untersuchungen zu bekommen, die die Fremdenverkehrswerbung nicht durchführen sollte; nebenbei bemerkt: sie kann es aus finanziellen Gründen nicht und auch nicht aus personellen Gründen. Wir werden dies daher im Ministerium in Angriff nehmen, um eine wirklich zweckmäßige Lösung herbeizuführen.

Ich möchte eines noch berichtigen: Die ERP-Mittel wurden 1970 nicht gekürzt, sondern sie waren genauso hoch wie vorher. Es ist nur so, daß insgesamt leider nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Der letzte Redner, Herr Abgeordneter Landmann, hat zu verstehen gegeben, welche Sorgen er sich bezüglich des Berggesetzes macht. Das ist aber auch unsere Sorge; die Bundesregierung hat bereits, lange bevor diese Aktion gestartet wurde, entsprechende Maßnahmen vorbereitet gehabt. Schon in der Regierungserklärung steht, daß Umweltschutz und Landschaftsschutz eine der erklärten Ziele der österreichischen Bundesregierung sein werden. Ich habe die Grundsätze, nach denen das Berggesetz novelliert oder, wenn Sie so wollen, neu gefaßt wird, festgelegt. Wir werden sehen, was die Verhandlungen bringen, die nächste Woche mit den Bergbauvertretern und mit den Interessenvertretungen ganz konkret beginnen. Wir werden einen Entwurf machen. (Abg. S o r o n i c s: Sie werden einen Entwurf machen, und wir dürfen es dann beschließen!) Nein, Sie dürfen es nicht nur beschließen, ich hoffe, Sie werden es sogar beschließen, denn dies wird im engsten Einvernehmen mit allen Beteiligten geschehen. (Abg. S o r o n i c s: Das müssen wir genau getrennt halten!)

Ich will nicht über Oberndorf reden und inwieweit etwas vorlag, was dieser Regierung anzulasten ist oder nicht. Ich will auch nicht darüber reden, daß sich der Herr Landeshauptmann von Tirol beschwert hat. Bei mir hat er sich nicht beschwert, denn ich habe ihm ja alle Informationen gegeben. Er hat sich nur beschwert, daß die vorhergehende Bundesregierung Verträge abgeschlossen hat, von denen er angeblich nichts wußte. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. S o r o n i c s: Herr Handelsminister, das stimmt ganz bestimmt nicht!)

Ich kann nur wiederholen, was mir Herr Landeshauptmann Wallnöfer gesagt hat, und ich kann auch nur sagen, daß ich mich redlichst bemüht habe, mit der „Union Corporation“ Verhandlungen zu führen. Sie waren erfolgreich, die „Union Corporation“ hat ja jetzt auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Aber eines, Hohes Haus, muß ich hier doch klar und deutlich aussprechen: Ich bin nicht nur Minister für den Fremdenverkehr, ich bin auch Minister für die Industrie. Und wenn man weiß, wie die Rohstoffe in der ganzen Welt immer mehr zur Mangelware werden, muß eine verantwortungsbewußte Regierung alles daran setzen, um Rohstoffvorkommen, sofern sie rentabel sind und sofern ihr Abbau nicht einen anderen bedeutenden Wirtschaftszweig schädigt, abzubauen. Ich werde mir daher die Angelegenheiten des Bergbaus genauso angelegen sein lassen wie die des Fremdenverkehrs. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. S o r o n i c s: Das Recht spricht Ihnen niemand ab! Aber wenn Sie sagen, der Herr Landeshauptmann ist nicht informiert worden, möchte ich das wirklich bezweifeln!) Das wurde von Herrn Hofrat Kirchmeyer bei einer Versammlung von rund 5000 Teilnehmern ... (Abg. S o r o n i c s: Herr Minister! Der Herr Hofrat in allen Ehren, aber er ist nicht der Herr Landeshauptmann!) Der Herr Hofrat hat mir das — ich lege auch nicht jedes Wort auf die Waagschale — bei einer nachträglichen Vorsprache der Herren Landmann und anderer neuerdings bestätigt, er hat erklärt, daß die Landesregierung nicht informiert wurde.

Als ich das Ministerium übernommen hatte, war meine erste Tätigkeit, wenn Sie wollen, die Weisung an die Oberste Bergbehörde, daß kein wie immer geartetes Projekt von den Bergbehörden bearbeitet werden darf, ohne die Landesregierungen, die Interessenvertretungen sowie Vereine, die sich gründen, zu informieren. Denn selbstverständlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß es viel zielführender ist — und Lannach hat es ja bewiesen —, sich mit den Interessenvertretungen und den Schutzverbänden auseinanderzusetzen. Das kostet Stunden, meine Herren, aber es ist viel zielführender, als wenn nachher Protestaktionen kommen. (Abg. S o r o n i c s: Nochmals Herr Minister: Der Herr Landeshauptmann hat ...! — Protestrufe bei der SPÖ. — Abg. S o r o n i c s: Ihr macht auch Zwischenrufe! Nach Ihrer Aussage ist der Herr Landeshauptmann nicht informiert worden!) Ich kann nur feststellen, was mir bei einigen Versammlungen sowohl in Oberndorf als auch bei Vorsprachen des ... (Abg. S o r o n i c s: Haben

Bundesminister Dr. Staribacher

Sie auch den Herrn Landeshauptmann gefragt?)

Ich habe den Herrn Landeshauptmann bei der Innsbrucker Messe diesbezüglich gefragt und habe einen negativen Bescheid bekommen. Jawohl! Sie können ihn fragen, und ich zweifle nicht, daß der Herr Landeshauptmann Wallnöfer das bestätigen wird. Als ich anlässlich der Innsbrucker Messe bei ihm war und er mir gesagt hat: Da werden Sie sehen, was dort ... (Abg. Dr. Mussi: *Bis jetzt haben Sie sich aber immer nur auf Herrn Hofrat Kirchmeyer berufen! — Abg. Weikhardt: Landmann war doch dabei!*) Der Herr Hofrat Kirchmeyer hat dies vor Zeugen gesagt, und zwar vor Zeugen, die ich hier sofort anführen kann, Herr Generalsekretär. (Abg. Soronics: *Ich habe bisher geglaubt, Sie haben das nur überprüft und sind nicht zum Landeshauptmann gegangen!*)

Herr Minister! Ich weiß, Sie können nichts dafür, denn der Antrag ist ja vom Minister Weiß gekommen, damals im Ministerrat. (Abg. Mitterer: *Der ging nur über die Verpachtung, nicht über die Probebohrung!*) Ich kann nur feststellen, was mir der Herr Landeshauptmann gesagt hat. (Abg. Mitterer: *Die Probebohrung hat die Bergbaupolitik Innsbruck bewilligt!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Vielleicht fragen wir alle miteinander den Herrn Landeshauptmann noch einmal. Ich glaube, jetzt haben wir das genug erörtert.

Bundesminister Dr. Staribacher (fortsetzend): Was nun die Frage der Federführung in der Wirtschaft betrifft, so wurde hier gewissermaßen gesagt, man wisse nicht, ist es der Androsch, ist es der Veselsky, ist es der Staribacher, der federführend ist: Darauf kann ich nur sagen: Diese Diskussion ist müßig. Wir sind ein Team, und wir werden es sicher bleiben! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Staudinger das Wort. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Soronics: *Ich habe ihn nur wegen der Stenographen unterbrochen, weil er so schnell geredet hat!*)

Abgeordneter Staudinger (OVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es entspräche eigentlich alter Tradition, daß dann, wenn hier im Hause das Handelsressort diskutiert wird, die gesamte Wirtschaftspolitik zur Debatte steht. Erinnert man sich an die unerhörte Bewegung, die damals entstanden ist, als die SPÖ das Reformprogramm für die österreichische Wirtschaft unterbreitete, dann hätte man sich heute hier auf eine

Debatte mit wirklich großem Atem gefaßt machen dürfen.

Aber wenn Sie mir gestatten, daß ich bei meiner Exegese einmal die Wortmeldung des Kollegen Thalhammer zum Fremdenverkehr ausklammere und dann auf die beiden übrigbleibenden Wortmeldungen des Präsidenten Kostroun und der Frau Kollegin Murowatz zu sprechen komme, die hier den großen Atem sozusagen hätten fühlbar machen sollen, dann möchte ich dazu sagen, daß beide Wortmeldungen recht interessant waren, durchaus; daß beide Wortmeldungen in einer Art und Weise erfolgten, die durchaus menschliche Sympathie für ihre Sprecher erwecken konnten, daß aber von allem anderen die Rede war als etwa von dem großen Atem, der die österreichische Wirtschaftspolitik mindestens seit dem 20. April 1970 beflügeln müßte.

Der Herr Kollege Kostroun hat vom Mitwirken in Entscheidungsorganen geredet, von der Handelskammerwahlordnung, er hat einen Stehsatz angebracht, die Gewerbeordnung betreffend, er hat auch einen Stehsatz angebracht betreffend die Exportförderung, auch die Sozialpartnerschaft hat er lobend erwähnt, und als einzige wirklich — nun, wie kann man da sagen — wesentliche Aussage hat er gesagt: Die Wirtschaft ist die Mutter aller Dinge.

Und so wundert es mich nicht, daß wir heute hier von der sozialistischen Fraktion 'keine Beiträge zur Wirtschaftsdebatte bekommen haben, sondern eigentlich nur Muttertagsreden. Ich möchte diese Muttertagsstimmung, die allerdings der Herr Handelsminister mit seinem Beitrag jetzt etwas gestört hat, nicht allzusehr stören, aber auf einige Dinge wäre doch hinzuweisen.

Etwa darauf, daß wir darauf gehofft haben, es würde uns aufgezeigt, wie nun die Dinge, um die es geht, wirklich in Gang gesetzt werden, etwa eine schöpferische Organisation, eine Realisierung der Technik, die Bildung wettbewerbsfähiger Wirtschaftseinheiten durch Leistungssteigerung, Kooperation und durch Konzentration, die Überwindung der Widerstände gegen die berufliche und regionale Anpassung, Maßnahmen der Strukturpolitik und etwa auch die Frage, wie nun tatsächlich in Tat und Wahrheit und in ihrer Sozialtechnik die gewerblichen Betriebe, die Klein- und Mittelbetriebe des Gewerbes und des Handels eingeordnet werden. Ich hätte mir erwartet, der Herr Kollege Präsident Kostroun hätte hier wenigstens, wenn er schon nicht große wirtschaftspolitische Perspektiven aufreißt kann, ein Wort zu seinem eigenen Zielprogramm, betreffend die gewerb-

2154

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Staudinger

liche Wirtschaft, gesagt. Kein Wort davon. Wenn wir ihn erinnern, daß in diesem Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft eine ganze Reihe von Maßnahmen aufgezählt sind, von denen er sagte, wir werden sofort an ihre Realisierung gehen, und man heute nicht mit einer einzigen Wortmeldung von der sozialistischen Seite darauf zu sprechen kommt (*Ruf bei der ÖVP: Das darf er nicht!*), dann wird der Eindruck bestätigt, den wir damals, als das Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft bekannt wurde, schon hatten und den wir damals schon aussprachen, daß es sich eigentlich nur um einige gefällige Druckseiten handelt und die Realisierung in weite Ferne geschoben ist, wenn man sie überhaupt beabsichtigt.

Der Kollege Präsident Kostroun hat es ver säumt, hier glaubwürdig zu machen, daß die kleinen Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft, des Handels, des Fremdenverkehrs, sich tatsächlich aufgehoben fühlen können, auch jetzt unter dem neuen Herrn Handelsminister. Der Herr Handelsminister allein hat hier in seiner gewohnten Art und Weise — er versteht das sehr gut und er kann das sehr überzeugend darstellen — einiges wenig gesagt. Aber auch er hat etwa über die Instrumente der Industriepolitik zwei ganze Sätze gesagt: über Kapitalbeteiligungsgesellschaften — ich bin an der Tür gestanden und habe das gerade noch aufgeschnappt — und noch über irgendein Instrument, das für die Realisierung der Industriepolitik eingerichtet werden soll oder bereits eingerichtet ist, und über die Ausschüsse, die da im Handelsministerium gebildet wurden. Über diese sieben Ausschüsse wurde also recht eindrucksvoll und recht umfangreich geredet. Es fragt sich aber — und diese Frage stellen wir —, ob das also wirklich die Realisierung dieser großen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Welle ist, die Sie uns in Aussicht gestellt haben.

Der neue Stil im Handelsministerium — hat die Frau Kollegin Murowatz gesagt — kommt in der Bildung des Konsumentenforums zum Ausdruck. Ich fürchte auch, daß er darin zum Ausdruck kommt. Ich habe nichts gegen das Konsumentenforum — einiges werde ich mir erlauben, dazu noch zu sagen —, aber wenn das das Indiz für den neuen Stil im Handelsministerium ist, daß ein Konsumentenforum gebildet wurde — ich meine, das wird nicht ausreichen, die österreichische Wirtschaft in den siebziger Jahren zu organisieren, nach neugeeichten Maßen sozusagen umzubauen, um sie im Wettbewerb der Mächte existenzfähig zu halten.

Die Frau Kollegin Murowatz hat sich in einer Art und Weise, die ich durchaus ver-

stehe, etwa mit verschiedenen Erscheinungen der Marktwirtschaft auseinandergesetzt, und sie hat dazu gesagt: Die Werbung diene dem Produzenten und nicht dem Konsumenten, und erlaubt sei alles, was den Absatz fördert, und der Reklameanteil etwa bei Waschmitteln — habe ich das richtig verstanden? — betrage 50 Prozent des Verkaufspreises.

Wir verstehen das, nur haben wir gehofft, als wir das sozialistische Wirtschaftsreformprogramm bekamen, daß das Ausdruck einer grundsätzlich anderen Einstellung zur Marktwirtschaft sei. Auch ich bin der gleichen Meinung wie Sie, Frau Kollegin Murowatz, und wie auch der Herr Minister: daß Konsumentenpolitik selbstverständlich und letzten Endes auch Wirtschaftspolitik ist. Auch wir sind der Meinung, daß der Konsument Wirtschaftssubjekt ist und daß er in die Wirtschaftspolitik miteingebaut werden muß.

Ich frage mich nur, ob es uns gelingen wird, unsere Probleme zu lösen und die gesamte Bevölkerung wirtschaftsbewußt zu machen, ihr die Dinge wirklich transparent zu machen, wenn wir die Dinge so darstellen, als sei der Verbraucher nur das ausgebeutete Lamm auf dem Markt, wenn wir den Verbraucher immer in Polarität zum Markt bringen.

Die Frau Kollegin Murowatz muß darüber aufgeklärt werden (*Abg. Lona Murowatz: Ich bin schon aufgeklärt! — Heiterkeit*) — ich glaub's schon, ja —, daß der Hinweis auf den 50-Prozent-Werbeanteil am Waschmittelprodukt unrichtig ist. Tatsache ist, daß in der Zeit der Einführung eines neuen Waschmittels der Werbeanteil etwa 25 Prozent vom Verbraucherpreis beträgt und daß er bei einem eingeführten Produkt etwa 5 Prozent beträgt.

Aber, Frau Kollegin Murowatz, ich würde darauf nicht eingehen, wenn mir nicht etwas anderes wichtiger wäre. Wesentlicher als die Frage, ob die Werbebelastung eines Produktes 50 Prozent oder 5 Prozent beträgt — wie es die Wahrheit ist —, wesentlicher als diese Frage scheint mir, daß Ihr Hinweis geeignet ist, den Eindruck zu erwecken, als würde der Verbraucher durch unser Wirtschaftssystem und durch unsere Unternehmungen ausgebeutet, in schamlosester Art und Weise ausgebeutet.

Ich erinnere mich, daß der Herr Abgeordnete Hofstetter in „Arbeit und Wirtschaft“ einen ähnlichen Beitrag zur Verbraucheraufklärung gebracht hat, und ähnlich argumentiert auch etwa unser ehemaliger Klubkollege Dr. Drimmel in seinem Aufsatz „Wider den herrschenden Geist der Konsumgesellschaft“, wenn er schreibt:

Staudinger

„Im Mittelpunkt des Weltbildes der Konsumgesellschaft steht kein Bild des Menschen, da steht jener gigantische Berg von Konsumgütern, an dem die Menschen Tag und Nacht schuften müssen, damit das Perpetuum mobile der Wohlstandsgesellschaft im Gang bleiben kann“ und so weiter.

Da ich Drimmel zitiere, will ich darauf hinweisen, daß das wirklich ein bewegendes Problem ist, mit dem wir uns hier auseinanderzusetzen haben. Nur scheint mir, das ist nicht der Stil, den Sie uns mit Ihrem Wirtschaftsreformprogramm versprochen haben, und das ist auch nicht der Stil, der in die siebziger Jahre passen kann und der ein Mitwirken an der Gestaltung der Wirtschaft seitens der Konsumenten möglich macht.

Es geht um die schöpferische Organisation, haben wir gesagt — und um die geht's tatsächlich —, und um die Realisierung der Technik. Die Technik diente früher der Befriedigung von Marktbedürfnissen. Nun wird das Marketing in unserer Wirtschaft selber zur Nachfrageproduktion und erzeugt einen Markt. Marketing ist selber ein Vorgang der Neuerung. Die Technik will mehr, und sie braucht auch mehr, damit die kreativen Kräfte der Menschen sich überhaupt niederschlagen können. Die Technik will mehr als Bedarfsbefriedigung; sie setzt einen geweiteten Horizont der Erwartungen voraus.

Das alles klingt furchtbar materialistisch, und ob's uns freut oder nicht, das sei dahingestellt. Aber, Frau Kollegin Murowatz, wir müssen uns darüber klar sein: Wenn wir nicht ein Konzept einer völlig neuen Wirtschaftsphilosophie, einer völlig neuen Sozialtechnik entwerfen können, etwa so, wie es die Neue Linke tut — wie wir allerdings wissen, in untauglicher Art und Weise tut —, müssen wir sagen: Wir haben dieses Wirtschaftssystem. Und wir müssen dann erkennen: Wo einer aufhört zu werben, dort hört ein anderer auf zu verkaufen, wo einer aufhört zu verkaufen, dort hört ein anderer auf zu produzieren, und wo einer aufhört zu produzieren, dort hören viele auf zu arbeiten, und wo viele aufhören zu arbeiten, dort bricht Not und Elend aus.

Das wissen wir. Ich glaube, darauf muß hingewiesen werden. (Abg. Ing. Häuser: Das ist die Schlußfolgerung aus der Waschmittelreklame!) Herr Kollege Vizekanzler Häuser! Mir geht's wirklich nicht um eine Polemik, sondern mir geht's darum, ein Problem aufzuzeigen, das, glaube ich, wir alle wirklich als drückend empfinden in dieser materialistischen Gesellschaft und Wirtschaft, in der wir aber eingespannt sind und die

letzten Endes — das werden Sie mir natürlich doch auch zugeben ... (Abg. Ing. Häuser: Dann holen Sie doch nicht das Beispiel der Frau Murowatz heraus, um solche Grundsätze aufzustellen! Das Beispiel der Waschmittelreklame, die zur Verteuerung führt, hat dazu keinen Anlaß gegeben!) Nein, nein. Herr Vizekanzler Ing. Häuser! Wo wir es aufhängen, bei welchem Beispiel, das ist eigentlich vollkommen egal. (Abg. Ing. Häuser: Das ist nicht gleich! Das ist demagogisch!) Doch, ja. Ob das Werbung für Waschmittel oder ob das Werbung für Fremdenverkehr ist, im Prinzip ist das egal.

Aber darf ich Ihnen ein Beispiel dazu sagen: Die Antimonopolkommission in England hat einmal Unilever und Proctor & Gamble beauftragt, ein Waschmittel ohne Marke herauszugeben. In Amerika hat man einen ähnlichen Versuch gemacht und in die Schaufenster ein Waschmittel gestellt, neben eine kleine Packung eines Markenartikels ein großes Paket, auf dem gestanden ist: Ich habe die gleiche Qualität, ich komme billiger, weil für mich keine Werbung gemacht wird.

Das Beispiel der Antimonopolkommission in England war insofern unerhört aufschlußreich, als dieses markenlose, nicht beworbene Waschmittel einfach vom Markt verschwunden ist und, weil es natürlich nur in kleinster Menge erzeugt werden konnte, vom Markt auch verschwinden mußte, weil der Preis so hoch gestiegen wäre, daß es nicht zu bekommen gewesen wäre.

Was ich meine, ist folgendes: Wir müssen, glaube ich, von der Preispolitik angefangen auch bis zu dieser Politik selbstverständlich Verbraucherschutz, Verbraucherinformation, Verbraucheraufklärung, Transparenz der Märkte und so weiter schaffen. Da sind wir durchaus einer Meinung mit Ihnen.

Aber wir müssen, so meinen wir, dem Verbraucher auch klarmachen, daß er eine aktive Aufgabe in der Mitgestaltung des Marktes hat, eine aktive Aufgabe als ein aktives Wirtschaftssubjekt, und dazu paßt schlecht, scheint uns, wenn ihm immer wieder eingeredet wird, er sei der Ausgebeutete, er sei das Lamm auf dem Markte.

Ähnliches haben Sie ja die ganze Weile in der Preispolitik gemacht. Minister Dr. Stariabacher — ich habe es schon gesagt — kann wirklich seine Argumente in sehr überzeugender Art und Weise vorbringen. So war es sicher überzeugend, wenn er am 22. Februar 1970 laut „Arbeiter-Zeitung“ gesagt hat: Die Preisentwicklung in Österreich hat beängstigende Formen angenommen. Das war am 22. Februar 1970, wo die Preissteigerungen,

2156

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Staudinger

die wir jetzt haben, noch in sehr, sehr weiter Ferne gewesen sind.

In ähnlich überzeugender Art und Weise — es war eindrucksvoll — hat uns Herr Minister Dr. Staribacher jetzt klargemacht, daß eine Preiserhöhung etwa um 5 Prozent durchaus nicht besorgniserregend sei, umso weniger, als wir im internationalen Vergleich recht gut liegen und Preiserhöhungen auch in der Zukunft wesentlich über die in Österreich hinausgehen werden.

Laut der OECD-Prognose 1971 wird Österreich 1971 mit 4,3 Prozent Inflation allerdings Inflationsspitzenreiter sein und damit selbst die chronisch inflationsgefährdeten Länder und Staaten beträchtlich übertreffen. In den USA rechnet man mit 3,6 Prozent Preissteigerungsrate, in England mit 4,2 Prozent, in Japan mit 4,0 Prozent; Frankreich, Niederlande, Kanada erwarten Inflationsraten unter jener Österreichs. Nur die sozialistisch regierten Staaten Schweden und die Bundesrepublik Deutschland werden mit 4,5 Prozent noch höhere Teuerungsraten haben als wir in Österreich.

Die Schätzungen der OECD erfolgten aber, ehe dieses Budget 1971 vorgelegt wurde, von dem Sie nicht abstreiten können, daß es allein von seiner Abgangsrate her wie auch auf Grund der Maßnahmen, die darin enthalten sind oder nebenher beschlossen wurden, Teuerungen ausgehen. Wenn nun die gewerbliche Wirtschaft mit einiger Sorge zum Handelsministerium und zum neuen Handelsminister hinsicht, dann nicht deswegen, weil der Herr Minister erklärt hat, er würde seine Politik vor allem als eine Konsumentenpolitik auffassen, sondern deswegen, weil nun gefragt wird: Ist irgendwo in Österreich noch eine staatliche Stelle, der bekannt ist und die nicht nur in Deklarationen, sondern in Tat und Wahrheit auch Folgerungen daraus zieht, daß diese gewerbliche Wirtschaft nicht nur eine große politische und wirtschaftspolitische Aufgabe in Österreich hat, sondern daß sie unerhörten Belastungen ausgesetzt ist? Wer also findet sich bereit? Wer müßte sich bereit finden? Der Herr Handelsminister.

Wir hören von dieser und jener gefälligen Erklärung, aber wenn die Regierung Preisregelungsgesetze und Preistreibereigesetze verabschiedet, wenn die Regierung eine Angestelltengesetznovelle verabschiedet, wenn die Regierung neue Urlaubsvorschriften vorlegt, wenn die Regierung ein Lebensmittelgesetz beschließt und diese oder jene politische Maßnahme noch, dann ist das alles gut und schön und im Prinzip zu begrüßen. Aber sosehr wir Verständnis dafür haben, daß dieses soziali-

stische Minderheitskabinett Maßnahmen setzt, die sich nicht budgetär niederschlagen, sondern bei denen es heißt, das sollen eben die Unternehmer zahlen — dem Herrn Handelsminister müßte wenigstens bekannt sein, welche Belastungen für die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich daraus entstehen. Und nun sage ich nicht einmal, er müßte aufstehen und sagen: Ich erhebe Einspruch. — Es bedarf seines Vetos nicht, aber der Herr Handelsminister dürfte es dann nicht der Opposition überlassen, zu sozialen Fortschritten, die von Arbeitgebern — und diesmal bitte nicht von der Industrie, denn die hat die Abfertigung im Angestelltenkollektivvertragsrecht bereits —, die diesmal von den kleinen Unternehmern zu zahlen wären, dann die entsprechenden flankierenden Maßnahmen im Wege von Initiativanträgen hier im Hohen Hause einzubringen.

Die gewerbliche Wirtschaft hat sich von dem neuen Stil der Sachlichkeit, der in etwa doch in dem SPÖ-Reformprogramm für die österreichische Wirtschaft impliziert gewesen ist, auch eine sachliche Information der Öffentlichkeit erwartet. Aber wenn der Herr Bundeskanzler im Tiroler Wahlkampf unter dem frenetischen Beifall der dort Anwesenden erklärt, daß nun der Preisentwicklung Einhalt geboten werde — ich könnte es wörtlich zitieren, aber jetzt sage ich es nicht wörtlich, damit es nicht so lange dauert — und daß Preistreibereigesetze dem Parlament vorgelegt werden, dann sagt dazu der Wirtschaftspublizist Horst Knapp, der heute bereits zitiert wurde, daß das die ökonomische Verblödung der Massen ist.

Mit dieser Methode wird konsequent fortgefahrene, wenn man etwa erklärt, es müsse auf dem Gebiet der administrativen Preispolitik manches geschehen, auf dem Gebiet der Budgetpolitik zur Konjunkturstabilisierung könne man nichts machen oder habe man ohnehin alles getan.

Vorerst hat man nichts anderes getan, als jene Maßnahmen fortgesetzt, von denen der wirtschaftspolitische Sachverständige des Gewerkschaftsbundes Thomas Lachs einst geschrieben hat: Weiche Maßnahmen für weiche Flanken — aber im übrigen dann doch den Eindruck erweckt, nicht die Regierung ist schuld an den steigenden Preisen — ich sage gar nicht, daß die Regierung allein schuld ist —, sondern letzten Endes sind es halt wieder einmal die bösen Unternehmer, und man müsse für schärferen Wettbewerb sorgen, dann würden die Dinge schon ins richtige Lot kommen.

Damit wird genau das gleiche gemacht, was die Frau Kollegin Murowatz unbeabsichtigter-

Staudinger

weise getan hat: Es werden die wirtschaftlichen Zusammenhänge in entstellter Art und Weise dargestellt. Einst ist uns das auf den Kopf gefallen. Aber hüten Sie sich, so Sie tatsächlich noch einige Zeit an der Regierung sein sollten: Es wird Ihnen das alles auf den Kopf fallen.

Und wenn hier gesagt wird, das österreichische Gewerberecht — etliches ist ja bereits erwähnt worden — sei das wettbewerfeindlichste, das es überhaupt gibt, dann nimmt der Herr Handelsminister diese Welle, um auf ihr zu reiten, und führt aus — in der „Solidarität“, September 1970, sagt der Herr Handelsminister —: „Es gibt sogenannte kostendeckende Handelsspannenberechnungen, sei es von Universitätsinstituten, sei es von der Hochschule für Welthandel, in denen immer wieder nachgewiesen wird, daß die Handelsspannen nicht kostendeckend sind. Ich glaube aber, daß man vom Kostendeckungsprinzip bei Handelsspannen überhaupt nicht reden kann und soll, sondern daß man den Gegebenheiten Rechnung tragen muß“ — dunkel ist diese Rede —, „indem die Handelsspannen von den Unternehmungen schon sehr stark differenziert werden. Es gibt heute bereits scharf kalkulierende Unternehmungen, die etwa als Diskont- oder Supermärkte oder sonstwie in Erscheinung treten. Ich glaube daher, daß man alles daransetzen sollte, um die Wettbewerbsmöglichkeiten dieser Gruppe zu vergrößern, das heißt, einen noch schärferen Wettbewerb in Österreich Platz greifen zu lassen.“

Und nun glaube ich nicht, daß der Herr Handelsminister etwas gesagt hat, von dem er keine Kenntnis hat. Daher weiß ich nicht: Welche Wettbewerbsbeschränkungen, Herr Handelsminister, haben die Diskontläden, die Supermärkte, die Verbrauchermärkte und die neuen Vertriebsformen? Welche Wettbewerbsbeschränkungen gibt es da? Gibt es irgendwo in Österreich, etwa wie in der Bundesrepublik Deutschland, die Preisbindung der letzten Hand? Ist jemand gehalten, seine Ware nicht zu verschenken, zu verschleudern? Sind da irgendwelche Beschränkungen aufgelegt mit Ausnahme der Tatsache, daß sie in der Umsatzsteuer um diese 0,5 Prozent mehr zahlen?

Herr Minister! Was Sie hier gesagt haben — ich sage Ihnen das nicht, um hier zu polemisieren, sondern weil ich das wirklich kenne —, das hat draußen bei den Handelsbetreibenden unerhörten Unwillen erweckt. Selbstverständlich sind sie unter dem Druck der neuen Vertriebsformen einem sehr starken Wettbewerb ausgesetzt. Selbstverständ-

lich wird daher von einer Regelung für einen fairen Wettbewerb geredet. Aber wenn dann genau das Gegenteil von dem gesagt wird, was wahr ist, daß man die Wettbewerbsmöglichkeiten für jene Vertriebsformen noch verstärken müßte, die ohnehin keine Wettbewerbsbeschränkung haben, sondern denen natürliche Wettbewerbsvorteile schon innewohnen, dann ist die Frage gerechtfertigt: Wo hat die gewerbliche Wirtschaft, wo haben die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich über die Konsumentenpolitik hinaus noch einen Sachwalter, der sich ihrer annimmt?

Eine kurze Skizze. 1963 — ich habe leider keine neuere Einkommensstatistik — haben in Österreich 122.729 Betriebe oder 45,3 Prozent aller gewerblichen Betriebe weniger als 36.000 S Reingewinn im Jahr erzielt. Und wenn Sie etwa sagen, die haben sich mit vorzeitigen Abschreibungen beholfen, dann bringt das keinen Trost, und zwar deswegen nicht, weil von den insgesamt 270.000 gewerblichen Betrieben 1963 nur 53.000 von der Möglichkeit der Bewertungsfreiheit und der vorzeitigen Abschreibung Gebrauch gemacht haben. Ich weiß nicht, wie die Ziffern heute sind. Sie werden, Gott gebe es, einigermaßen besser sein. Aber hier ist ein Problem, über das wir uns nicht einfach hinwegsetzen können, das wir nicht einfach verschweigen können. Auch in der EWG macht man nun Untersuchungen. Ich habe Kenntnis davon, daß es in der EWG 2,4 Millionen Einzelhandelsgeschäfte mit 2,8 Beschäftigten pro Betrieb gibt, daß auf 72 Einwohner ein Einzelhandelsgeschäft kommt. Das ist sehr viel. Das scheint übersetzt zu sein. Dort macht sich nun eine Kommission an die Arbeit, um eine Übersicht über jene Maßnahmen zu ermitteln, die in den einzelnen Ländern zur Zukunftssicherung der Kleinbetriebe ergriffen werden oder ergriffen wurden.

Was meine ich damit? Natürlich gibt es keine Überlebensgarantie für Selbständige, für den freien Unternehmer, egal ob es ein großer oder ein kleiner Unternehmer ist. Das ist ja die Stärke des freien Unternehmers, daß er zur Anpassung gezwungen ist, daß er die Fähigkeit hat, Konkurs zu machen und zu verschwinden, wenn er keinen effektiven wirtschaftlichen Beitrag mehr zu leisten imstande ist.

Aber die Frage, die wir hier an Sie, Herr Minister, zu stellen haben, lautet: Wer ist in Österreich derjenige, der sich über Konsumentenpolitik hinaus um die Belange dieser Tausende und Hunderttausende kleiner und mittlerer Gewerbebetriebe annimmt, der ihre Probleme erfaßt und der mit ihnen gemeinsam

2158

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Staudinger

versucht, sie in die Industriegesellschaft und in die Industriewirtschaft zu integrieren?

Uns fehlt in dieser Handelsdebatte zweierlei: Uns fehlt erstens der große wirtschaftspolitische Atem, die großen Reformen, die Sie und in Aussicht gestellt haben, und als zweites das echte Aufgreifen der Probleme der bestehenden Betriebe in Österreich. Es ist eine Tatsache, daß sich die mittelständischen Unternehmer in Österreich, im gegenwärtigen Zeitpunkt zumindest, trotz aller Kommissionen und trotz aller deklamatorischen Erklärungen preisgegeben fühlen müssen.

Wir sagen daher zu diesem Budgetteil nein. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich bitte Platz zu nehmen. Wir kommen zur Abstimmung. (Rufe bei der ÖVP: Abstimmen! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Also beruhigen Sie sich: Wir stimmen ab. (Abg. Mayr: Das hätten wir einmal machen sollen!) Das ist ganz in Ordnung. Laut Geschäftsordnung hat der Präsident darauf zu sehen, daß bei der Abstimmung die im Haus anwesenden Abgeordneten auf ihren Plätzen sind. Das ist meine Zuständigkeit. Ich muß solche Belehrungen entsprechend zurückgeben.

Wir stimmen ab über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe und Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachte Entschließung wird nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

Beratungsgruppe XIII**Kapitel 64: Bauten und Technik**

Präsident: Wir kommen zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIII. Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten und Technik.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Samwald. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Samwald:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zur Beratungsgruppe XIII, Kapitel 64: Bauten und Technik.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage, das Kapitel 64, Bauten und Technik, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1971 in seiner Sitzung am 9. November 1970 in Verhandlung gezo-

gen. Bei Kapitel 64 sind für das Jahr 1971 9.084.187.000 S insgesamt als Ausgaben vorgesehen.

Davon entfallen auf die ordentliche Gebarung 7.649.908.000 S und auf die außerordentliche Gebarung 1.434.279.000 S.

Der Personalaufwand beträgt 614.161.000 S, er ist gegenüber dem Vorjahr um 35.961.000 S höher angesetzt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 8.470.026.000 S, also um 1.002.892.000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 581.175.000 S angenommen und damit um 47.737.000 S höher geschätzt als im Vorjahr.

Dem Voranschlag des Personalaufwandes — 6,7 Prozent des Gesamt-Ressortkredites — sind 6708 Dienstposten zugrunde gelegt, das sind um 22 Posten mehr als im Vorjahr.

Zu den ausgewiesenen Ausgabenansätzen des Sachaufwandes wäre folgendes zu bemerken:

Der Verwaltungsaufwand der Dienststellen des Ressorts blieb insgesamt gesehen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die auf Grund des Wegfalles der Öffentlichkeitsarbeit bei der Zentralleitung und auf Grund von durchführbaren Kürzungen bei verschiedenen anderen Dienststellen erreichten Kreditverminderungen wurden durch unabewislich notwendige Erhöhungen des Verwaltungsaufwandes, insbesondere für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung und für das Regierungsbüro, wieder wettgemacht.

Bei den Förderungskrediten des Ressorts ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt gesehen nur eine geringfügige Erhöhung eingetreten.

Die Aufwandskredite mit einem Anteil von 18,6 Prozent am Gesamtaufwand sind gegenüber dem Vorjahr um rund 240 Millionen Schilling — 12,5 Prozent — vermindert worden. Diese Verminderung betrifft vor allem die geringer notwendige Vorsorge für den Ersatz des Abgangs und für die Refundierung von Vorfinanzierungsbeträgen an die Brenner-Autobahn AG. und weiters den Bauernhaltungskredit.

Die Einnahmen der Ressorts erfuhren im Jahre 1971 gegenüber 1970 eine Steigerung um rund 48 Millionen Schilling oder 9 Prozent.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Melter, Dr. Tull, Ing. Helbich, Wielandner, Regensburger, Babanitz, Dr. Kotzina, Wodica, Doktor

Samwald

Gruber, Steininger, Machunze, Pichler Franz, Sandmeier, Jungwirth, Ing. Letmaier, Schlager Josef, Schrotter, Lukas, DDr. König, Troll, Dr. Spannocchi, Steinhuber und Dr. Haider.

Bundesminister Moser beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1970 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 64 unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Doktor Broesigke, Lanc und Genossen angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt so mit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 64, Bauten und Technik, mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlasses für das Jahr 1971 (125 der Beilagen) wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Ich danke.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Helbich. Ich bitte.

Abgeordneter Ing. **Helbich** (OVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht in der Zukunft darum, den Straßenbau zu dynamisieren und den Wohnungsbau schalldicht beziehungsweise lärmunempfindlich zu gestalten. Das sind zwei Probleme, die in der Zukunft im Vordergrund stehen sollen.

Es kommt eine Welle der Motorisierung auf uns zu, und wir müssen dieser Welle entgegentreten. Wir müssen heute etwas tun, damit wir morgen nicht im Verkehr ersticken.

Wir werden nie mehr so gut auf den Autobahnen fahren wie heute. Und warum? Weil heute 10.000, 15.000 Autos pro Tag auf einer Autobahn fahren, und in Zukunft werden es 20.000, 30.000 oder 40.000 sein. Wir werden im Jahre 1990 die Vollmotorisierung erreicht haben. Es genügt nicht, daß wir in den nächsten Monaten wieder 1300 Kilometer neue Bundesstraßen beschließen. Wir müssen alles tun, daß mehr gebaut wird.

Ich sagte ferner, daß wir unsere Wohnungen schalldicht gestalten, lärmunempfindlich herstellen müssen. So wie jeder Mensch das Recht auf eine Wohnung hat, so soll er auch das Recht haben, eine lärmunempfindliche, also eine schalldichte Wohnung zu haben. Es

ist einfach untragbar, wenn ein oder zwei Menschen jahrelang sparen und dann endlich zu einer Wohnung kommen, daß sie in dieser Wohnung keine Ruhe finden. Sie müssen, wenn sie nach Hause kommen, eine Geräuschkulisse schaffen, das Radio, den Fernseher oder sonst etwas aufdrehen, damit sie eine eigene Atmosphäre haben, weil sie von links und rechts, von oben und von unten womöglich Geräusche hören. Es wird daher zu überlegen sein, ob man nicht gesetzliche Maßnahmen ergreift, um schalldichte und lärmunempfindliche Wohnungen zu bekommen. Hier hätte die Wohnbauforschung eine große Aufgabe.

In den letzten Jahren ist in gemeinsamer Arbeit Gewaltiges, Großes im österreichischen Straßenbau geschehen. Noch unter Bautenminister Dr. Kotzina wurde die Neubewertung eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen. Wir haben nun wissenschaftliche Grundlagen, und die Struktur, die Bewertung der österreichischen Straßen liegt nun vor uns. Wir haben nun erstens eine Rangordnung im Ausbau der Straßen herauszugeben und zweitens einen Leitplan zu erstellen.

Wir brauchen in diesem Jahrzehnt, in den siebziger Jahren, eine Neuorientierung in der österreichischen Straßenbaupolitik. Wir brauchen sie erstens, um die österreichische Volkswirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten, denn die Straße hat in der Volkswirtschaft eine immer größere Bedeutung. Wir brauchen diese Neuorientierung zweitens, um den Fremdenverkehr zu erhalten und zu verstärken. Im Fremdenverkehrsjaahr 1969/70 sind nicht weniger als 8,8 Millionen Ausländer nach Österreich gekommen; eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent. Wir hatten 58,6 Millionen Übernachtungen, eine Zunahme von 15 Prozent. Der Fremdenverkehr brachte im vergangenen Fremdenverkehrsjaahr mehr als 25 Milliarden Schilling, das ist fast eine Milliarde Dollar. Das sind gewaltige Zahlen, über die wir uns freuen. Wir müssen aber feststellen, daß dieser Strom der Fremden, die nach Österreich kommen, zu 85 Prozent auf den Straßen unser Vaterland betritt. Wir brauchen deswegen weitere und bessere Straßen zum Wirtschaftswachstum und um den erhofften und erwünschten steigenden Wohlstand und damit die Vollmotorisierung voll aufnehmen zu können.

Wir brauchen ferner im österreichischen Straßenbau in der Zukunft eine Koordinierung, eine Abstimmung für diesen Straßenbau, und zwar in der Planung, in der Finanzierung und in der Baudurchführung. Das ist sicher keine leichte Aufgabe, wenn man

2160

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Ing. Helbich

bedenkt, daß hier drei Gruppen zusammenstoßen, nämlich der Bund, die Länder und die Gemeinden. Wie ist nun hier die Situation?

Wir haben rund 1780 Kilometer Autobahnen, und in nächster Zeit sollen 104 Kilometer dazukommen, sodaß wir 1884 Kilometer Autobahn auf dem Papier haben. Es sind allerdings nur 478 Kilometer fertig und noch 1406 zu bauen. Der Ausbau dieses gesamten Autobahnnetzes wird eine Summe von rund 65 Milliarden Schilling verschlingen. Wir haben ferner 9260 Kilometer Bundesstraßen und 1270 Kilometer Schnellstraßen. Das ist eine neue Kategorie, die in dem neuen Bundesstraßengesetz vorgesehen wird, welches dieses Haus wahrscheinlich im nächsten Jahr zu behandeln haben wird. 3500 Kilometer sind neuzeitlich ausgebaut, 6000 Kilometer Bundesstraße B müssen noch neuzeitlich ausgebaut werden, und 1000 Kilometer Schnellstraßen müssen neu errichtet werden. Das ergibt einen Finanzbedarf von rund 86 Milliarden Schilling.

Das heißt also, daß wir bis zur Vollmotorisierung im Jahre 1990 rund 150 Milliarden Schilling für den Straßenbau benötigen, wenn wir diese Welle der Motorisierung auf uns nehmen wollen. Ich will gar nicht reden von den österreichischen Landesstraßen, wo es noch 22.000 Kilometer gibt und wo erst ein Drittel, also rund 7000 Kilometer, ausgebaut sind.

Ein weiteres Problem, das auch abgestimmt, das koordiniert gehört, sind die Straßen der Gemeinden und Städte. Es genügt nicht, daß wir mit unseren breiten Schlagadern, mit den Autobahnen, an die großen Zentren herankommen und dann einfach im Verkehr ersticken. Wir haben nichts davon, wenn wir zum Beispiel von Linz nach Wien fünfviertel oder eineinhalb Stunden fahren und dann in Wien bis zur Stadtmitte vielleicht eine halbe oder eine dreiviertel Stunde. Es muß daher alles getan werden, daß auch in den Ballungszentren manches geschieht.

Wir müssen uns um den ruhenden Verkehr, um den Parkraum kümmern. Es ist interessant zu hören, daß zum Beispiel in Tokio in Japan nur jener ein Auto anmelden darf, der nachweisen kann, daß er in einem Autosilo einen Parkplatz hat; sonst darf er sein Auto gar nicht anmelden.

Dazu kommt noch der wachsende Berufs- und Geschäftsverkehr.

Der motorisierte Verkehr, eine sehr starke Sparte der österreichischen Wirtschaft, erbringt gewaltige Leistungen mit seinen Steuern, und zwar mit der Bundesmineralölsteuer,

mit der Mineralölsteuer, mit der Kraftfahrzeugsteuer, mit der Beförderungssteuer und mit der Sonderabgabe, die bis 1970 läuft. Das wird im Jahre 1970 rund 9 Milliarden Schilling ausmachen, und davon bekommt der Straßenbau nur einen Teil, nämlich 5 Milliarden Schilling. Es ist daher zu überlegen, und ich glaube, es muß hier eine Initiative ergriffen werden, daß man trachtet, weitere dieser selbst vom motorisierten Verkehr aufgebrachten Steuern dem Straßenbau zuzuführen, daß man also weitere Zweckbindungen vorsieht.

In der letzten Zeit wurde auch eine Wegekostenrechnung von Fachleuten erstellt. Aber diese Wegekostenrechnung soll nicht nur dem motorisierten Verkehr angelastet werden. Es gibt auch ein allgemeines Verkehrsbedürfnis, es gibt sozialpolitische Rücksichten, und es gibt strategische Erfordernisse, die die Straße in der allgemeinen Volkswirtschaft einfach zu erfüllen hat. Untersuchungen haben ergeben, daß Richtwerte hergestellt beziehungsweise errechnet wurden, die besagen, daß dem motorisierten Verkehr bei den Autobahnen nur 90 Prozent der Gesamtherstellungskosten angelastet werden können, bei den Bundesstraßen B rund 70 bis 80 Prozent und bei den Landes- und Gemeindestraßen beziehungsweise Regional- oder Lokalstraßen rund 40 bis 60 Prozent. Das heißt also, daß rund 10 Prozent für die Autobahnen, rund 20 bis 30 Prozent für die Bundesstraßen B und rund 40 bis 60 Prozent für die Landes- beziehungsweise Gemeindestraßen an Zuschüssen vom allgemeinen Topf, vom Budget, kommen sollten.

Nun werden Sie vielleicht sagen: Das war eigentlich noch nie der Fall. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon sehr vieles aus dem allgemeinen Budget, aus dem außerordentlichen Budget für den Straßenbau zugeschossen worden, und zwar in den Jahren zwischen 1954 und 1968 nicht weniger als 6,3 Milliarden Schilling, so zum Beispiel 1958 708 Millionen Schilling, 1960 877 Millionen, 1961 961 Millionen bis letztlich 150 Millionen im Jahre 1968.

Wir brauchen ein Finanzierungskonzept bis zur Vollmotorisierung im Jahre 1990, also, kurz gesagt, ein 20-Jahres-Programm. Der Straßenbau wird also in der Zukunft eine bedeutende Aufgabe haben.

Es mag vielleicht gesagt werden: Nun, wenn wir auch dem Straßenbau mehr Mittel geben, die Tiefbauwirtschaft ist ja gar nicht in der Lage, das zu erfüllen. Darf ich, Hohes Haus, berichten, daß mit den vorhandenen Mannschaften, mit den vorhandenen Arbei-

Ing. Helbich

tern und Angestellten und mit den gleichen Maschinen die bestehende österreichische Tiefbauwirtschaft im Jahr rund um eine Milliarde Schilling mehr verbauen könnte, und zwar nur durch bessere Ausnützung, durch größere Baulose und durch lang geplante Termine.

Um dieses 20-Jahres-Programm erfüllen zu können, könnte auch der Straßenbaufonds einen gewissen Beitrag leisten. Der Straßenbaufonds hätte die Aufgabe und müßte das Recht haben, auf dem Kapitalmarkt mittelfristige und kurzfristige Kreditoperationen zu machen, um manchmal Wellentäler überbrücken zu können.

Zweitens könnte der Straßenbaufonds den latenten Personalmangel in der Straßenbauverwaltung zwischenzeitlich überbrücken. Es müssen also zusätzliche hochqualifizierte Fachkräfte, Ingenieure eingestellt werden, um hier diesen Bedarf decken zu können.

Aus all diesen Überlegungen sollte der Straßenbau in der Zukunft dynamisiert werden und Vorrang haben.

Nun zum Wohnungsbau. Darf ich einen kurzen Überblick geben. Zurzeit haben wir in Österreich rund 2,5 Millionen Wohnungen. Davon sind eine Million Wohnungen nach 1945 erbaut worden. Von den 2,5 Millionen Wohnungen sind rund 400.000 verbesserungswürdig, und 350.000 Wohnungen sind Assanierungsfälle. Das heißt also, daß wir mit geringen Mitteln die Altwohnungen — es sind rund 400.000 — modern gestalten könnten. Und hier hat das Wohnungsverbesserungsgesetz, für dessen Verlängerung wir ja eintreten, eine besondere Aufgabe. 350.000 Wohnungen werden in der nächsten Zeit, im Laufe der Jahre abgetragen werden müssen, um neue Wohnungen wieder erstehen lassen zu können.

Wie schaut nun der Wohnungszustand in Österreich aus? Rund 20 Prozent der Haushalte sind in gut ausgestatteten Wohnungen, das heißt also ausgestattet mit Vorzimmer, Bad, Wasser und WC innerhalb der Wohnung. 30 Prozent der Haushalte sind in schlecht ausgestatteten Wohnungen — in sogenannten Bassenawohnungen —, mit Wasser und WC außerhalb der Wohnung. 50 Prozent der österreichischen Wohnungen sind mittel ausgestattet.

Es ist auch sehr interessant, über den Ausstattungsgrad der österreichischen Haushalte zu hören. In 65 Prozent aller österreichischen Haushalte befinden sich Kühlschränke, in 36 Prozent aller österreichischen Haushalte Elektroherde, in 33 Prozent Waschmaschinen,

in 22 Prozent Heißwasserspeicher, in 7 Prozent Tiefgefriereinrichtungen und in 0,3 Prozent Geschirrspülmaschinen.

Mit 2,8 Einwohnern je Wohnung in Österreich liegen wir in der Einheit je Wohnung im Mittelfeld im europäischen Schnitt. Das ist also die Situation.

Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 soll einer Novellierung unterzogen werden. Wir haben unsere Vorschläge bekanntgegeben. Hier unterscheiden wir uns sehr stark von der Regierungspartei.

Wir wehren uns, Hohes Haus und meine sehr verehrten Damen und Herren, gegen die sozialistischen Vorschläge, weil sie starke Änderungen bringen und weil dadurch wieder Unruhe auf dem Wohnungssektor hervorgerufen wird.

Wir wehren uns dagegen, weil die Sockelfinanzierung neuerlich geändert werden soll, und zwar von 60 Prozent auf 40 Prozent bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen herabgesetzt werden soll.

Wir wehren uns dagegen, weil damit den Eigenheimbauern der Erwerb eines Eigenheimes erschwert wird.

Wir wehren uns dagegen, weil wir glauben, daß die uns vorgelegten sozialistischen Vorschläge nach 1975 schwer finanzierbar sein werden.

Und wir wehren uns dagegen, weil das Veräußerungsverbot einer Wohnung von 10 auf 50 Jahre ausgedehnt werden soll.

Wir sprechen doch immer von der Mobilität des Wohnungsmarktes, wir sprechen doch immer von der Mobilität des Arbeitsplatzes. Es heißt doch: Nimm deinen Hut und geh! Nun hängen wir aber den Mann, der glaubt, gehen zu können, auf der einen Seite mit diesem verlängerten Veräußerungsverbot wieder an.

Wir wehren uns ferner dagegen, weil die bisherige Bestimmung, daß bis — ich wiederhole: bis! — zu zwei Dritteln der Förderungsmittel für Eigenheime und Eigentumswohnungen verwendet werden können, entfällt. Das heißt, bei uns haben halt die Eigenheimbauer, die Eigentumswohnungen bis zu zwei Dritteln Vorrang gehabt oder sie haben ihn jetzt noch. Aber sind keine Ansüchen da, dann selbstverständlich Mietwohnungen.

Nach 1945 sind Hunderttausende Eigenheime und Siedlungshäuser entstanden. Die Selbstarbeit hat hier eine große Rolle gespielt. Ich glaube, wenn man hier die Sockelfinanzierung ändert, wird eine Benachteiligung ein-

2162

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Ing. Helbich

treten. Gerade die Pendler und gerade jene Leute wird es treffen, die abwandern von der Landwirtschaft und von den Grenzgebieten, die meistens an den Stadträndern, vielleicht — ich gebe es zu — in nicht ganz geordneter Weise bauen. Aber das wird dann die Aufgabe des Staates und der Gesetzgebung sein, daß hier eben ordentliche Siedlungsgebiete entstehen, daß man also hier den Eigentumsbau weiter finanzieren soll.

Eine Untersuchung in Oberösterreich hat ergeben, daß von 2770 Eigenheimbauern der Eigenanteil der Leistung sehr, sehr hoch war. Von diesen 2770 untersuchten Eigenheimbauern haben 65 Prozent den Keller und 60 Prozent den Rohbau in Eigenleistung errichtet. Die Kelle für die Häuselbauer, wenn ich so sagen darf, symbolisiert diese Art des harten Beitrages zur Schaffung eines Eigenheimes.

Tun wir daher alles, daß auf der Basis, sehr verehrter Herr Bautenminister, des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 hier weiter gearbeitet werden kann, denn diese Häuselbauer, diese Eigenheimbauer entlasten ja auch sehr stark den Wohnungsmarkt.

Der Mensch von heute soll nicht ein Fremder, sondern Eigentümer in seinen vier Wänden sein. Eigentum an einem Eigenheim oder an einer Eigentumswohnung bedeutet Miete in die eigene Tasche. (Beifall bei der ÖVP.) Die ÖVP strebt ein Volk von Eigentümern an, denn nur Eigentum schafft echte Unabhängigkeit. Das unterscheidet uns von der Regierungspartei. Daher können wir auch diesem Kapitel nicht unsere Zustimmung geben. Wir wollen einen dynamischen Straßenbau und gesunde, schalldichte Wohnungen und Eigenheime für alle, die sie benötigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Melter.

Abgeordneter Melter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Bautenressort werden einige sehr wesentliche Aufgaben verwaltet, Aufgaben, die dem Großteil der Bevölkerung sehr nahegehen. Es sind hier vier Gebiete besonders zu erwähnen; zuerst der Wohnbau, dann der Straßenbau, der Hochbau und der Tiefbau.

Der Wohnbau dürfte wohl das dringendste Anliegen sein, denn jene, die eine Wohnung suchen und keine geeignete Unterkunft haben, wissen ein Lied davon zu singen, welche Schwierigkeiten bestehen und welche Sorgen damit verbunden sind.

Dies trifft insbesondere die jungen Familien, deren Einkommen in der Regel wesent-

lich niedriger ist als das der älteren Jahrgänge, es trifft schwerwiegender die Familien mit Kindern, die ja größte Schwierigkeiten haben, unter Berücksichtigung der Sorgepflicht für Kinder und des benötigten Ausmaßes des Wohnraumes geeignete Unterkünfte zu bekommen, und die auch manchmal unter Berücksichtigung der Einstellung der Vermieter zusätzliche Schwierigkeiten zu überwinden haben, wenn schon die finanziellen Fragen geklärt sind. (Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Es erscheint mir nicht notwendig, im Zuge der heutigen Budgetdebatte zum Kapitel Bauten schon intensiv die Fragen der beabsichtigten Wohnbauförderung zu erörtern. Es wird die Novelle genügend Gelegenheit bieten, sich ausführlich darüber zu unterhalten, wie und auf welche Weise am besten das Ziel erreicht werden kann, genügend Wohnraum für die österreichische Bevölkerung zu schaffen.

Uns scheint jedoch, daß im Budget die Sicherstellung der Mittel sehr bescheiden ist. Es wird zwar das meiste über den Fonds abgewickelt, einige Beträge scheinen jedoch auch im Voranschlag auf. Sie sind gegenüber dem Vorjahr etwas geringer geworden.

Es scheint uns notwendig zu sein, daß man diesem Problem doch noch mehr Aufmerksamkeit zuwendet und daß man insbesondere berücksichtigt, daß gerade bei der Schaffung des neuen Wohnraumes immer größere Kosten erwachsen. Die Ansätze, die hier seitens der Minderheitsregierung eingesetzt wurden sind, erscheinen viel zu niedrig. Und gerade ein Artikel, der heute hier im „Kurier“ erschienen ist, weist darauf hin, mit welchen Problemen sich die Wohnungssuchenden zu beschäftigen haben. Unter der Überschrift „Neubauwohnungen um 7 Prozent teurer“ wird ausgeführt, daß die im Jahre 1969 in Österreich bezogenen Miet- und Eigentumswohnungen im Durchschnitt 682 S gekostet haben. Der Quadratmeterpreis 10,70 S. Dabei sind aber ganz außerordentliche Unterschiede nach den Bundesländern ermittelt worden.

Hier ist interessanterweise das Bundesland Wien jenes, das mit 9,10 S je Quadratmeter den niedrigsten Wohnungsaufwand zu verzeichnen hat. Der höchste Aufwand erfolgt in Vorarlberg mit 17,40 S pro Quadratmeter. Aus persönlicher Erfahrung muß ich dazu jedoch noch ergänzend ausführen, daß sogar durch die Vorarlberger Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft, also eine Landesgesellschaft, die mit Mitteln des Landes und der Gemeinden erhalten wird, die die Eigenmittel beisteilen, viele Wohnungen zu einem wesentlich höheren Quadratmeterpreis vermietet

Melter

werden; etwa eine Dreizimmerwohnung mit 70 bis 80 Quadratmeter um rund 1700 S, bei Vorschreibung von Kostenbeiträgen von etwa 30.000 S, wenn Zentralheizung vorhanden ist. Man kann daran erkennen, daß die bisherige Wohnbauförderung zweifellos in vielen Bereichen zu bescheiden geblieben ist.

Man kann aber auch erkennen, daß höchstwahrscheinlich die Ausstattung der Wohnungen sehr unterschiedlich sein wird; Ausstattung nicht nur bezüglich der Installationen, sondern der gesamten Qualität der Wohnung, und zwar bezüglich der Schalldichte, der Abgrenzung gegenüber den anderen Wohnungen, des Wärmeschutzes und dergleichen mehr. Daß diesbezüglich in den westlichen Bundesländern größere Anforderungen an eine angemessene Wohnung gestellt werden, dürfte bekannt sein. Es dürfte aber auch klar sein, daß dann, wenn sehr billig gebaut wird, wahrscheinlich die Gefahr besteht, daß damit Elendsviertel von morgen wachsen. Das sollte nicht das Ziel einer Wohnbauförderung in Österreich sein, sondern es muß das Ziel sein, einwandfreie, qualitativ hochwertige Wohnungen möglichst im Ausmaß des Bedürfnisses kurzfristig zu schaffen. Dazu sind wesentlich mehr Mittel erforderlich.

Beim Überblicken der Maßnahmen, die im Haushaltsvoranschlag aufscheinen, muß man feststellen, daß immer noch das WFG. 54, der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bestehen und weitergeführt werden. Die Bestimmung, wonach im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß der zuständige Minister diese Fondsverwaltungen auflösen kann, konnte leider noch nicht in die Tat umgesetzt werden.

Nach unserer freiheitlichen Vorstellung sollte es möglich sein, Umstellungen in diesem zentralen Bereich durchzuführen und zu veranlassen, daß auch für diese genannten Fonds die Aufteilung der Zuschüsse und der Verpflichtungen auf die Bundesländer erfolgt. Dann könnte der § 36 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 gehandhabt werden. Es wäre damit zweifellos wieder eine verwaltungsmäßige Bereinigung erfolgt — im Interesse der Steuerzahler, aber auch im Interesse aller jener, die weiterhin Förderungsmaßnahmen für die Erstellung von Wohnbau in Anspruch nehmen wollen.

Wir Freiheitlichen sind grundsätzlich der Auffassung, daß die Wohnbauförderung noch mehr föderalisiert gehört, und zwar im weitestgehenden Umfang. Denn in den Ländern bestehen außerordentlich unterschiedliche Vorstellungen über die Zweckmäßigkeit der Förderung und darüber, wie am schnellsten

das angestrebte Ziel erreicht werden kann. Auch die Einstellung der Bevölkerung in den verschiedenen Bundesländern ist sehr unterschiedlich. Diese unterschiedliche Einstellung sollte man im Interesse einer positiven Fortentwicklung weitgehend ausnützen. Denn es ist eines sicher: je mehr man die Privatinitiative fördert und unterstützt, umso mehr Kapital, umso mehr Arbeitskraft kann man in Bewegung setzen, und umso schneller wird man den Wohnbedarf decken können.

Neben dem privaten Kapital ist zweifellos gerade heute in Zeiten des Arbeitskräftemangels der Arbeitskräfteeinsatz durch freiwillige Leistungen besonders hervorzuheben. Der Kollege Ing. Helbich hat ja auch betont, daß es sehr viele Eigenheimbauer gibt, die besonders den Keller allein oder mit Familienkräften erstellen, und daß es aber auch viele gibt, die durch Gegenseitigkeitshilfe in den Baumaßnahmen noch wesentlich weiter forschreiten und noch viele andere Arbeiten ohne Einsatz der Bauwirtschaft zu bewältigen imstande sind.

Die Schaffung von Wohnungen, insbesondere im Eigenheim, ist ein besonderes Anliegen im Interesse einer gesunden Fortentwicklung. Sie dient auch der Stärkung der Einzelpersönlichkeit, wenn sie imstande ist, sich selbst etwas zu erarbeiten, sich selbst etwas zu schaffen, wobei damit auch die Voraussetzungen dafür gegeben sind, gesunde Familien aufzubauen.

Nicht übersehen darf werden, daß die Vermögensbildung gerade bei den Arbeitnehmern durch die Schaffung eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung am besten gefördert werden kann und daß diese Personengruppen eine besondere Befriedigung darin erblicken, wenn es ihnen gelingt, auf diese Art und Weise ihr Erwerbseinkommen gut und zweckmäßig anzulegen. Denn es zeigt sich ja, daß auch bei bester öffentlicher Förderung von Mietwohnungen der Aufwand für die Mieten laufend ansteigt, während andererseits der Aufwand bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen mit fortschreitender Zeit laufend geringer wird. Die Belastungen gehen zurück, gerade auch im Hinblick auf die Steigerung des Erwerbseinkommens, wenn dieses auch manchmal, zum Teil jedenfalls, nur in nomineller Form geschieht.

Das zweite Problem ist der Straßenbau. Hier haben wir Freiheitlichen uns dazu bereit gefunden, auch Belastungen auf uns zu nehmen, indem wir die Erhöhung der Mineralölsteuer für das Dieselöl mitbeschlossen haben. Es ist das für eine Oppositionspartei zweifellos eine sehr verantwortungsvolle Entschei-

Melter

dung gewesen. Wir haben damit unserer Auffassung nach nicht nur der Minderheitsregierung einen Dienst erwiesen, sondern in erster Linie der österreichischen Öffentlichkeit, bei der immer wieder das Problem des Straßenverkehrs, der Sicherheit des Straßenverkehrs in den Vordergrund gestellt worden ist und wobei gerade die Straßenbenutzer, die Kraftfahrzeugbesitzer immer wieder vorstellig geworden sind mit Hinweisen darauf, daß in weiten Bereichen die Ausbaumaßnahmen nicht den modernen Erfordernissen entsprechen.

Wir Freiheitlichen haben mit der Zustimmung zum Minderölsteuergesetz die Erwartung verbunden, daß das zuständige Bautoministerium mit allem Nachdruck nunmehr darangeht, den Straßenbau zu forcieren, die Planungen voranzutreiben, damit bei Beginn der Ausbaumaßnahmen die Pläne fix und fertig sind und nicht durch nachträgliche Umstellungen noch Teuerungen verursacht werden.

Dabei ist die Mitteilung, daß der jährliche Zuwachs an Autobahnkilometern nur etwa 30 bis 35 Kilometer beträgt, sehr bedauerlich. Es ist dies ein Zuwachs, der sicherlich nicht befriedigen kann. Dies ist ein Umstand, der dazu führen muß, alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese in erster Linie doch Fernstraßen einem beschleunigten Ausbau zuzuführen. Die volkswirtschaftlichen Erfolge werden sich dabei sicher ziemlich schnell einstellen.

Da ich den Budgetausschuß bei der Behandlung des Kapitels Bauten leider wegen anderer Verpflichtungen frühzeitig verlassen mußte, entzieht es sich meiner Kenntnis, ob der Herr Bundesminister für Bauten Mitteilung darüber gemacht hat, wie er sich zu der Forderung der Österreichischen Gesellschaft für das Straßenwesen stellt, durch Einrichtung einer Straßenholding Voraussetzungen zu schaffen, die geeignet sind, die Mittel für den Straßenbau zweckmäßig und zielführend einzusetzen. Ich erwarte mir im Rahmen seiner Stellungnahme diesbezüglich eingehende Ausführungen.

Zu begrüßen ist zweifellos im Prinzip das Bundesstraßengesetz, auch dann, wenn dazu unterschiedliche Stellungnahmen der verschiedenen Bundesländer eingelangt sind. Begreiflicherweise sind die Wünsche stark unterschiedlich, es will ja jedes Land im eigenen Bereich möglichst bald und möglichst umfangreich Berücksichtigung finden.

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß die Mittel dort einzusetzen sind, wo der stärkste Verkehrszuwachs festzustellen ist, unter Berücksichtigung der Bevölkerungs-

dichte, aber auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Erfordernisse von Gewerbe und Industrie.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß die Bemühungen der Bundesländer, aber auch der Gemeinden sehr unterschiedlich sind und daß zum Teil die Auffassung vertreten wird, es würde der Bund beim Autostraßenbau, beim Autobahnbau eher im Raum Wien die Mittel konzentriert verwenden als in den westlichen Bundesländern unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Kopfquote des Straßenbauaufwandes in Wien im Vergleich zu den anderen Landeshauptstädten der geringste ist, obwohl durch die Zusammenlegung von Land und Gemeinde die Ertragsanteile für Wien am günstigsten beziehungsweise am höchsten bemessen sind.

Es wäre Aufgabe des Bundesministers für Bauten und Technik, dafür zu sorgen, daß jedenfalls alle Bereiche des Bundesgebietes eine angemessene Berücksichtigung bei der Übernahme von Straßen in das Bundesstraßennetz erfahren und daß auch die Ausbaumittel zeitgerecht bereitgestellt werden.

Beim Autobahnbau ergeben sich offensichtlich immer wieder die größten Schwierigkeiten, wenn es darum geht, größere Gemeinden anzuschließen. Im Vordergrund stehen derzeit die Landeshauptstädte Graz, Klagenfurt und Bregenz. Dabei gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die eine Seite sagt: möglichst in die Stadt oder stadtnah, und die Auffassung der anderen Seite ist: ja nicht zu nahe an die Bevölkerungskonzentrationen. Man sollte doch meinen, daß nach den vielen Jahren, in welchen Autobahnbau betrieben wird, erkannt worden sein sollte, wie im generellen eine zweckmäßige Lösung dieser Frage zu erfolgen hat.

Wir sehen etwa am Vergleich der Anschlüsse in Salzburg und Linz, daß dort jedenfalls die Bevölkerung mit der Art der Anschlußbildung zufrieden ist. Wir sehen andererseits, daß sich weite Bevölkerungskreise in Graz, Klagenfurt und Bregenz mit allem Nachdruck dagegen wehren, daß eine Hauptverkehrsstraße, eine Autobahn in die Wohnviertel hinein verlegt wird, wodurch erhebliche Beeinträchtigungen zu befürchten sind. Wenn heute allseits der Ruf nach einem gesunden Lebensraum erhoben wird, so muß er gerade auch im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau von Autobahnen mit allem Nachdruck erhoben werden. Denn zweifellos steht fest, daß in einem ziemlich erheblichen Bereich beiderseits der Autobahn eine nachteilige Beeinflussung der dort wohnenden beziehungsweise arbeitenden Bevölkerung eintritt

Melter

durch die Abgase, die Staubentwicklung, den Lärm und auch durch sonstige Verkehrseinwirkungen.

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß gerade die schweren Beeinträchtigungen durch den Fernverkehr aus den Wohngebieten und aus dem Kern der Städte soweit wie möglich ferngehalten werden sollen. Es wäre interessant, die grundsätzliche Einstellung des Herrn Bundesministers für Bauten und Technik zu diesen Fragen zu hören.

Ich darf bei dieser Gelegenheit gerade auch noch das Problem der Autobahnplanung und des Bundesstraßenbaues in Bregenz und im Vorarlberger Rheintal heranziehen und die Frage stellen, ob es wirklich nicht möglich ist, die Expertengutachten früher zu bekommen. Ursprünglich waren sie für den Beginn des kommenden Jahres in Aussicht gestellt. Die Verzögerung, die angeblich erfolgen soll, beträgt ein halbes Jahr, das heißt, daß dann die Entscheidung über die Weiterführung der Baumaßnahmen an der Rheintalautobahn noch weiter hinausgeschoben werden und daß die äußerst ungünstigen Verkehrsverhältnisse in Bregenz sich noch mehr verschärfen werden, ohne daß die Bevölkerung Gewißheit hat, wann und wie Baumaßnahmen erfolgen werden, um diese Notlage und diese katastrophale Situation zu beseitigen.

Der Ausbau der Bundesstraßen im Vorarlberger Unterland läßt außerdem zu wünschen übrig. Die Bundesstraße 1 ist in einem katastrophalen Zustand, obwohl bekannt ist, daß in diesem Bereich einer der höchsten Tagesdurchschnitts-Verkehrswerte festzustellen ist und daß demzufolge auch entsprechende Ausbaumaßnahmen außerordentlich dringlich sind, aus wirtschaftlichen Erwägungen, aber auch aus Erwägungen der Verkehrssicherheit und im Hinblick auf die Gefährdung der Verkehrsteilnehmer.

Das Bundesstraßengesetz sieht den Ausbau von Schnellstraßen vor, unter anderem auch der Straßenverbindung zwischen Bludenz und Landeck über beziehungsweise durch den Arlberg. Es ist dies ein altes Anliegen der Vorarlberger und besonders der Vorarlberger Wirtschaft, die dafür Sorge tragen muß, daß die Versorgung der Vorarlberger Bevölkerung laufend sichergestellt werden kann. Wenn jedoch jährlich im Winter immer wieder die einzige Straßenverkehrsverbindung zwischen Vorarlberg und dem übrigen Österreich wegen Lawinengefahr gesperrt werden muß, so ist das ein äußerst unbefriedigender Zustand. Es ist Aufgabe eines Staatswesens, den Zusammenspiel zwischen den Bundesländern dadurch

zu fördern, daß jederzeit ungehindert ein wechselseitiger Verkehr stattfinden kann.

Die dritte Aufgabengruppe des Bautenministeriums betrifft die Hochbauten. Bei den Hochbauten sind die Aufwendungen nicht allzu groß. Auch hier stellt man eine ziemlich starke Konzentration auf Wien fest, was insbesondere auf den Bau von Hochschulen beziehungsweise Instituten zurückzuführen ist. Aber auch die anderen Bundesländer hätten in diesen Bereichen erheblichen Bedarf. Wir erinnern uns an die Ausführungen bei der Schuldebatte, als es darum ging, etwa in Klagenfurt, Salzburg und Linz für den Ausbau der Anlagen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Es geht ja auch darum, daß die Universität in Innsbruck zusätzliche Mittel benötigt, um den Bedürfnissen nur einigermaßen entsprechen zu können. Ich darf dabei der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Bautenministerium zumindest die notwendigen Mittel noch bereitstellt, die erforderlich sind, um den Mensabetrieb in Innsbruck endlich aufnehmen zu können, weil ja gerade Innsbruck doch auch sehr viele auswärtige Studenten zu betreuen hat und für diese eine derartige Einrichtung eine unbedingte soziale Notwendigkeit darstellt.

Es ist nicht populär, für Amtsbauten ein Wort zu sprechen, denn man fürchtet dabei in der Regel die Vermehrung der Schreibtische. Aber es kann auch ein anderer, ein umgekehrter Effekt erzielt werden, wenn man für verschiedene Bundesbehörden zweckmäßige Neubauten schafft, in welchen produktiv gearbeitet werden kann, in welchen mit modernen Hilfsmitteln die aufgetragenen Aufgaben erfüllt werden können.

Wir stellen fest, daß es in weiten Bereichen, und zwar in den verschiedensten Bereichen der Bundesverwaltung sehr schlechte räumliche Verhältnisse gibt, nicht beschränkt auf einzelne Bundesländer, sondern sie können nur beispielsweise herangezogen werden als Darlegung der ungünstigen Voraussetzungen für die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen.

Wir bemängeln als Vorarlberger etwa, daß seitens des Justizministers Dr. Broda erklärt wurde, das Gefangenengehause Bregenz würde an erster Stelle der notwendigen Justizbauten stehen; eine Vorsorge für die Bereinigung dieses übeln Problems wurde aber nicht getroffen.

Wir haben die Kaserne in Bregenz vor Augen und stellen fest, daß sie kaum geeignet ist, die Jungmänner zu Patrioten zu erziehen, insbesondere dann, wenn man beachtet, wie

2166

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Melter

schlecht insbesondere die hygienischen Verhältnisse sind, die dazu zwingen, daß etwa 250 bis 300 Präsenzdienner nach dem Mittagessen ihr Kochgeschirr im gleichen Bottich zu spülen haben. Das wird zur Kenntnis genommen. Wenn das Arbeits- oder das Gewerbeinspektorat zuständig wäre, würde man den Betrieb schon lange haben sperren müssen; aber auch für eine Änderung dieser Zustände sind keine Mittel vorgesehen.

Ins Gewicht fällt auch die Arbeitsmarktverwaltung, von der man erwartet, daß sie viel mehr für die Schulung, für die Umorientierung der Arbeitnehmer zu tun hätte. Die Voraussetzungen dafür sind geeignete Räumlichkeiten. Diese fehlen jedenfalls nicht nur in Wien, wo man ja aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds Gelder für den Bau eines Amtes bereitgestellt hat, sondern auch in den anderen Bundesländern; hier darf auch wieder Vorarlberg genannt werden.

Als vierten und letzten Punkt muß ich noch den Tiefbau streifen, und hier insbesondere die Bedeutung des Wasserwirtschaftsfonds. Dem Wasserwirtschaftsfonds fließen 10 Prozent der Wohnbauförderungsbeiträge zu. Das sind 446 Millionen Schilling im kommenden Jahr, wobei vorgesehen ist, weitere 400 Millionen durch Darlehen zu bedecken.

Bedauerlich ist, feststellen zu müssen, daß die vorgesehenen Aufwandskredite zum größten Teil bereits zugesagt sind — es handelt sich um 620 Millionen Schilling —, sodaß nur noch 240 Millionen Schilling für neue Förderungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Das heißt anders ausgedrückt, daß der Wasserwirtschaftsfonds notleidend ist, daß ihm nicht die im Interesse der Baumaßnahmen notwendigen und erforderlichen Mittel laufend zugewendet werden und daß die Versäumnisse, die insbesondere im Bereich der Kläranlagen bisher schon bestanden haben, dadurch noch verschärft und fortgeführt werden. Ein Aufholen ist unter diesen Umständen wohl nur sehr schwer möglich.

Dabei wird immer mehr Bedeutung dem Umstand zugemessen, daß die österreichischen Gewässer laufend verschlechtert werden durch die Einführung ungereinigter, ungeklärter beziehungsweise zuwenig geklärter Abwasser. Flüsse und Seen sind dadurch betroffen, und man muß befürchten, daß eines unserer wertvollsten Kapitalien, nämlich ordentliches, einwandfreies Wasser, gesunde Bodenverhältnisse, erheblich beeinträchtigt werden, was nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung darstellt, sondern auch eine Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs zur Folge haben könnte. Denken wir nur

daran, wie sich das Fehlen einer einwandfreien Abwasserbeseitigungs- und Kläranlage in Zermatt vor einigen Jahren ausgewirkt hat.

Es ist Aufgabe des Bundesministeriums für Bauen und Technik, sich noch mehr dieser Problematik anzunehmen und die Bemühungen der Gebietskörperschaften noch stärker zu unterstützen und weiters auch ein gesteigertes Augenmerk dem Umstand zuzuwenden, daß Gewerbe und Industrie noch viel stärker dazu verhalten werden müssen, die Klärung und Reinigung ihrer Abwässer zu besorgen. Aber dafür benötigen sie auch entsprechend günstige Kredite, um die oft sehr kostspieligen Anlagen schaffen zu können.

Wir Freiheitlichen — das darf ich abschließend feststellen — unterstützen mit allem Nachdruck die Bemühungen, die dazu führen, zweckmäßige Maßnahmen zu setzen und Leistungen im Interesse der Gesamtbevölkerung zu erbringen. Wir wollen einen Fortschritt fördern, auch dann, wenn dies manchmal nicht gerade populär ist. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß gesunde Verkehrsverhältnisse geschaffen werden, daß gesunde Umweltverhältnisse gesichert werden und daß alle Maßnahmen gefördert werden, die diesen Zielsetzungen dienen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Regensburger.

Abgeordneter **Regensburger** (OVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre wohl überflüssig, wenn ich mich heute allzusehr ausbreitend mit den Problemen des Umweltschutzes befaßte. Es ist dies aber sicher ein sehr notwendiges, ein sehr akutes Problem.

Ich darf nur kurz darauf hinweisen, daß bereits im Jahre 1958 Günther Schwab im Buch „Tanz mit dem Teufel“ mit einer Massivität auf die jetzt zutage tretenden Übel hingewiesen hat, daß es einen direkt erstaunt. Er findet in diesem Buche Worte, die uns für die Zukunft noch sehr Schlimmes erwarten lassen. Es wäre verlockend, einiges zu zitieren, aber nur dann, wenn mich die sozialistische Fraktion sehr mit Zwischenrufen drangsalieren sollte. Aber Sie schauen heute alle so friedlich in die Gegend (*Heiterkeit*), da könnte ich mir ja den Spaß erlauben, wie es ein sozialistischer Kollege bei dieser Budgetdebatte bereits getan hat, Teile aus diesem Buche vorzulesen. (Abg. *P e t e r*: *Erst am Sonntag!*)

Aber auch der Herr Bundespräsident hat erst kürzlich auf das Lebenselement Wasser hingewiesen und im besonderen an die Vernunft der Bevölkerung appelliert. Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht in Zeitschriften, Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, Reden

Regensburger

und so weiter die Problematik, von allen Seiten beleuchtet, hört, sieht und erlebt.

Hier habe ich einen Ausschnitt aus der „Wochenpresse“ „Der Schutz der Umwelt“ mit einer Karikatur: Wenig Wasser, darum herum aber Berge von Müll. Ich möchte nur einen Satz aus diesem Artikel zitieren:

„In einigen Jahren werden selbst die großen Städte wie Wien oder Graz ihre Abwässer nicht mehr ungeklärt in die vorbeiströmenden Flüsse entleeren und“ — unter Anführungszeichen — „entsorgen“ können.“

Interessant: Schon der altgriechische Philosoph Thales sagte: „Das Wasser ist der Ursprung aller Dinge, ist der Schlüssel für die Entwicklung von Mensch, Tier und Pflanzen, ist der Katalysator und Indikator für Wirtschaft und Lebensstandard.“

Besonders begreift man die Kraft dieser Aussage, wenn ich den altgriechischen Dichter Pindar zitiere, der schon zu seiner Zeit sagte: „Wasser ist das Wertvollste, wertvoller als Gold, wertvoller als die Olympischen Spiele.“

Das klingt vom Munde und aus dem Munde eines griechischen Dichters wohl gewichtig.

Wir haben in Österreich wohl ein Wasserrecht, das international anerkannt ist und dem man entnehmen könnte, daß es zur Regelung der komplexen Gesamtheit des Wassers und zur Regelung von Wasserleitungen und Abwasser ausreichen müßte. Es ist aber in der Zwischenzeit zu einer internationalen Erkenntnis gereift, daß die besten Wasserrechtsge setze und Vorschriften nicht ausreichen, um die Frage Wasserleitungen, Kläranlagen und Abwasserreinigungen einer Regelung und einer Lösung zuzuführen, wenn nicht von Seiten des Staates, also in unserem Fall von Seiten des Bundes, die nötigen Förderungen statuiert werden.

So haben wir in Österreich am 18. Dezember 1947 ein Wasserbautenförderungsgesetz geschaffen. Interessant: Auch nicht nur geschaffen auf Initiative der Abgeordneten, sondern der Anlaß war eine Typhusepidemie in der oststeirischen Stadt Hartberg in den Jahren 1945 und 1946, wo 800 Erkrankungen zu verzeichnen waren und 91 Todesfälle, und zwar infolge unzureichender Abwasserbeseitigung und dadurch Verseuchung des Trinkwassers.

Nun wurde dann am 18. Dezember 1947, wie ich sagte, dieses Wasserbautenförderungsgesetz geschaffen, das aber vorerst noch nicht ausreichend war. Es war also erst ein erster Schritt und konnte sich nur auf kleine Anlagen beschränken oder auf Baumaßnahmen, die sich

in ihrem Ausmaß in einem Jahre bewerkstelligen ließen.

Nach der damaligen Gesetzeslage im Jahre 1947 war es nicht möglich, eine Zusicherung über Förderungsbeträge zu geben, die über ein Jahr hinausgereicht hätten. Dies verhinderte schon die Aufbringungsart der bereitzustellenden Mittel.

Eine planmäßige langfristige Finanzierung und die Möglichkeit der Finanzierung und Unterstützung umfangreicherer Wasserversorgungsvorhaben war erst mit der ersten Wasserbautenförderungsgesetz-Novelle vom 17. Dezember 1958 möglich geworden, mit der der sogenannte Wasserwirtschaftsfonds installiert wurde. Der Wasserwirtschaftsfonds, ein nach kaufmännischen Grundsätzen zu führender Fonds, konnte dann unabhängig vom Budgetjahr langfristig nach Wirtschaftsplänen verfügen.

Nach der Verabschiedung einer zweiten Wasserbautenförderungsgesetz-Novelle vom 25. November 1964 wurden dann die Voraussetzungen für eine weitere beachtliche Intensivierung der Förderungstätigkeit durch den Wasserwirtschaftsfonds geschaffen. Die erhöhten jährlichen Zuwendungen an den Fonds gestatteten die Freigabe weiterer Fondsdarlehen, und zwar in einem sprunghaften Ausmaß, und bewirkten auch die Erhöhung der Fondsmittel und des Fondskapitals, sodaß es durch die Erhöhung des Fondskapitals an und für sich möglich wurde, in den Jahren 1968 und 1969 auch Fremdkapitalien in Form von Anleihen aufzunehmen.

Hohes Haus! In der Zeit von 1959 bis 1969 wurden Mittel des Wasserwirtschaftsfonds im Betrag von 2,6 Milliarden Schilling für öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen ausgegeben, 1265 Millionen Schilling für öffentliche Wasserversorgungsanlagen, fast 3 Millionen Schilling für Einzelwasserversorgungsanlagen und über 14 Millionen Schilling zur Behebung von Schäden, hervorgerufen durch die Hochwasserkatastrophen der Jahre 1965 und 1966.

Von den jetzt von mir genannten Beträgen entfallen 70 Prozent in die Regierungsperiode 1966 bis 1970, also in die Periode der ÖVP-Alleinregierung.

Die Zuwachsrate der Fondsmittelzusicherungen für die Errichtung und Erweiterung öffentlicher Kanalisations- und Kläranlagen betrug von 1966 bis 1970 72 Prozent.

Im Durchschnitt wurden in den Jahren 1959 bis 1969 die Fondsmittel im Ausmaß von 43,8 Prozent der Herstellungskosten genehmigt.

Regensburger

Mit den Gesamtinvestitionsmitteln konnte man im Zeitraum, den ich nannte, also in 10 Jahren, 426 zentrale Abwasserreinigungsanlagen für fast 1,5 Millionen Einwohner — hievon 199 vollbiologische für über 820.000 Einwohner — in Angriff nehmen, beziehungsweise zum größten Teil vollenden.

Der auf einen Einwohner entfallende Investitionsaufwand für Wasserversorgungsanlagen stieg von 18,70 S im Jahre 1965 auf 54 S im Jahre 1967 und für Abwasserbeseitigungsanlagen von 51 S im Jahre 1967 auf 105 S im Jahre 1968. Mit dem Pro-Kopf-Investitionsaufwand im Jahre 1969 hat Österreich den Anschluß an die Siedlungswasserbauinvestitionstätigkeit des Auslandes gefunden, und im Förderungsaufwand des Bundes hat Österreich im Jahre 1969 das Ausland sogar überholt.

Zur dritten Wasserbautenförderungsgesetz-Novelle vom 10. Juli 1969 wurde von diesem Platze aus schon eine Reihe zutreffender Dinge gesagt. Ich sagte dazu: „Dieses Gesetz zielt bekanntlich auf einen konzentrierten Einsatz der vorhandenen Mittel ab, auf die Bildung regionaler Schwerpunkte und die Einbeziehung der gewerblichen und industriellen Abwasserreinigung in die Möglichkeit der Förderung durch den Fonds.“ Ich habe dann auch darauf hingewiesen, daß nach Schätzung von Fachleuten in Österreich 40 Milliarden Schilling notwendig wären, um allen Bedürfnissen, die momentan bekannt sind, nachzukommen, und daß sich die ÖVP-Bundesregierung von 1966 bis 1970 vorgenommen hatte, in einem Zehnjahresplan 20 Milliarden Schilling zu verbauen.

Nun sagte dann Abgeordneter und Kollege Wielandner — es ist auf Seite 14.582 des stenographischen Protokolls nachzulesen —, daß, um dieses gewaltige Problem lösen zu können, auch diese Mittel noch nicht ausreichen würden.

Nun wende ich mich direkt dem Budget zu und frage: Ist es nun dem Herrn Bautenminister gelungen, sich beim Finanzminister durchzusetzen, daß für die Wasserbautenförderung für das Budgetjahr 1971 mehr Mittel zum Einsatz kommen können?

Der Herr Finanzminister sagte in seiner Budgetrede unter der Überschrift „Schwerpunkt Wasserwirtschaft“: „Neben den auf Grund gesetzlicher Bestimmungen an den Wasserwirtschaftsfonds abzuführenden Beträgen ist im Bundesvoranschlag 1971 eine Erhöhung der Zuwendungen des Bundes an diesen Fonds ... auf 24 Millionen Schilling vorgesehen.“ Er sagt vorher: um mehr als

ein Drittel, also über 30 Prozent mehr, als 1970. „Ferner wird der Bund die Haftung für eine neuerliche Anleihe des Wasserwirtschaftsfonds von 400 Millionen Schilling übernehmen.“

Herr Bundesminister für Bauten und Technik! Es sieht nach dem ersten Ansehen der Budgetansätze fast so aus. Es ist zwar nicht einfach, in die Budgetansätze hineinzuleuchten, so hineinzuleuchten, daß man auch in jedem Winkel der Budgetansätze die Erleuchtung findet. Ich werde mir dann noch den Ratschlag erlauben, daß die Ansätze für die Wasserwirtschaft vielleicht doch etwas durchsichtiger im Budget aufscheinen, weil ja teilweise die Einnahmen der Gelder unter „Wohnbauförderung“ aufscheinen und dort im Budget als Einnahmen ausgewiesen werden.

Also ich sagte schon: beim ersten Ansehen. Im Jahre 1970 waren die Zuwendungen des Bundes 17,5 Millionen Schilling. Wir dürfen aber nicht vergessen, Herr Bundesminister, daß laut Bundesrechnungsabschluß 1968 20 Millionen Schilling aus Bundesmitteln aus dem Ordinarium gegeben wurden und zudem noch 17 Millionen Schilling aus dem Eventualbudget.

Nun war schon früher die Gabe des Bundes, wenn ich es so bezeichnen darf, an den Wasserwirtschaftsfonds höher, und es besteht eine Forderung — ich komme noch darauf zurück —, daß die Beträge, die der Bund aus echten Bundesmitteln dem Wasserwirtschaftsfonds zur Verfügung stellt, 2 Promille des Gesamtbudgets ausmachen sollen. Die besonders jetzt genannten 24 Millionen Schilling sind beileibe nicht der Forderung des Wasserwirtschaftsfonds konform, der 2 Promille des Gesamtbudgets verlangt, sondern betragen — man höre und staune! — 0,21 Promille.

Nun sagte ich schon, daß der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede besonderes Schwergewicht — so schien es wenigstens — auf die Wasserwirtschaft legt. Darf ich Ihnen sagen, Herr Bundesminister: Es ist Ihnen ja sicherlich nicht unbekannt, daß dieses Ansteigen der wirklich zu vergebenden Mittel im heurigen Jahr — ich meine also das Budgetjahr, das ist das Jahr 1971 — in Wirklichkeit geringer wurde. Es ist nämlich in dieser Budgetrede nicht gesagt worden, welche Mittel zur Neuvergabe zur Verfügung stehen. Es ist nicht gesagt worden, daß während der ganzen Zeit der ÖVP-Alleinregierung die Mittel für die Wasserwirtschaft immer um höhere Prozentsätze angestiegen sind und noch in keinem Jahr um so geringe Prozentsätze, wie dies für 1971 der Fall ist. Von 1968 auf 1969 war der Anstieg 26,8 Prozent,

Regensburger

von 1969 auf 1970 31,96 Prozent, und für das Jahr 1971 haben wir einen Anstieg von 5,63 Prozent zu erwarten. Also die Zunahme fällt von 31, fast 32 Prozent auf 5,5 Prozent ab.

Wirklich zur Neuvergabe — zur Neuvergabe! — standen schon im Jahre 1969, Herr Bundesminister, 240 Millionen Schilling zur Verfügung, das ist nominell genausoviel wie heute. Ohne daß ich nun die Verteuerung auf dem Bausektor miteinkalkuliere, muß ich Ihnen sagen, Herr Bundesminister, daß im Jahre 1969 erst die 3. Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz geschaffen wurde, also dieser Betrag noch nicht für gewerbliche und industrielle Abwässer zur Verfügung stand. Man muß also berücksichtigen, daß zum Unterschied von 1969 von den 240 Millionen Schilling für Neuinvestitionen im Jahre 1971 rund 40 Millionen Schilling für das Gewerbe und zur Förderung der industriellen Abwasserreinigung zur Verfügung gestellt werden. Also, Herr Bundesminister, wenn vom Herrn Finanzminister, Ihrem Kollegen, behauptet wird, daß eine Besserung eingetreten sei, und zwar, wie er konkret ausführte, um mehr als ein Drittel gegenüber 1970, so ist das nicht wahr, so stimmt das in keiner Weise.

Er weist dann im weiteren auf eine Anleihe für den Wasserwirtschaftsfonds von 400 Millionen Schilling hin. Es ist auch in der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1971 in Artikel VII Abs. 1 Z. 2 festgehalten, daß der Herr Bundesminister für Finanzen eine Ermächtigung erhält, daß die Haftung für ein Darlehen, für die Zinsen und für die Kosten 800 Millionen Schilling nicht übersteigen darf. Ich kann also zusammenfassen, daß er eine Anleihe bis zur Höhe von 800 Millionen Schilling aufnehmen könnte. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede nur von einer Anleihe von 400 Millionen Schilling gesprochen.

Herr Bundesminister für Bauten und Technik, ich kann es also nicht verhehlen: Sie haben sich mit Ihren Forderungen — ich gestehe Ihnen Ihre guten Absichten und Vorsätze ohne weiteres zu — auf jeden Fall nicht durchsetzen können. Sie konnten sich doch bei den Budgetverhandlungen auf ein Schreiben, und zwar auf ein sehr gewichtiges Schreiben des Wasserwirtschaftsfonds beziehen, das von den beiden Vorsitzenden, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wenzl und seinem Stellvertreter, dem Abgeordneten zum Nationalrat Horr, unterzeichnet ist. Dieses Schreiben ist, wie ich sagte, mit 11. Juni 1970 datiert. In diesem Schreiben an die Bundesregierung wird lobend hervorgehoben

und im besonderen darauf hingewiesen, daß es erstmals im Jahre 1970 dem Bundesminister für Bauten und Technik gelungen sei, über eine Milliarde Schilling zur Förderung der Investitionen auf dem Gebiete der Siedlungs- und Industriewasserwirtschaft zu sichern.

Des weiteren wird in diesem Schreiben festgestellt, daß die Aufgaben immer größer werden und daß für das Jahr 1971 eine Finanzierungslücke von 620 Millionen Schilling vorauszusehen ist. Es liegen Förderungsanträge mit einem Kostenaufwand von weit mehr als 11 Milliarden Schilling vor, wozu bei einer nur mittleren Förderung 5,2 Milliarden Schilling Fondsmitte notwendig wären.

Die Vorsitzenden des Wasserwirtschaftsfonds berufen sich in dem von mir zitierten Schreiben auf die Europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, auf den Europarat und hinsichtlich der Notwendigkeit auf alle, die mit diesen Fragen zu tun haben. In der letzten Zeit wurde ja auch von der Bundesregierung im Fernsehen — ich glaube, es war die Frau Bundesminister Dr. Firnberg — eine besondere Initiative hinsichtlich dieses Problems angekündigt.

In diesem Schreiben wird weiters darauf hingewiesen und gefordert, daß das Kapital des Wasserwirtschaftsfonds aufgestockt werden müßte, und für eine langfristige Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung müßte im Jahr ein Betrag von mindestens 1,7 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen.

Die Forderung lautet weiters dahin gehend, daß — so wie im Jahre 1951 schon 2 Promille des Gesamtbudgets für die Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, während es im Jahre 1971 nur 0,21 Promille sind — der Wasserwirtschaft und dem Wasserwirtschaftsfonds auch in Zukunft wieder 2 Promille des Gesamtbudgets zur Verfügung gestellt werden.

Weiters ist hier expressis verbis die Forderung festgehalten, die Bundeshaftung für eine weitere Anleihe zu übernehmen. Das hat der Herr Finanzminister auch angekündigt. Aber ich befürchte, daß eine Anleihe von 400 Millionen Schilling noch nicht ausreicht, um diese Finanzierungslücke von 620 Millionen Schilling zu decken.

Schließlich verlangt der Wasserwirtschaftsfonds — also Landeshauptmannstellvertreter Wenzl und Abgeordneter zum Nationalrat Horr — die Bezahlung der Zinsen und Spesen für die bereits aufgenommenen Wasserwirtschaftsfondsanleihen 1968, 1969 und 1970 und auch für die noch aufzunehmenden Anleihen,

2170

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Regensburger

wofür jetzt schon ein Betrag von 48,1 Millionen Schilling im Budget 1971 unterzubringen gewesen wäre.

Ich habe schon angedeutet, Herr Bundesminister, daß ich mir den Rat erlaube, bei künftigen Budgets aus Gründen der Budgetwahrheit und Durchsichtigkeit und auch bei Novellierungen der von mir genannten Gesetze darauf Bedacht zu nehmen, daß die Eingänge des Wasserwirtschaftsfonds in einem ausgewiesen werden und nicht in einer Reihe von Posten, unter anderem bei der Wohnbauförderung, sodaß es einem Abgeordneten wirklich schwerfällt, sich durch diesen Dschungel durchzujonglieren.

Ein weiterer Rat und eine Bitte, Herr Bundesminister. Es ist bekannt — ich habe ja angeführt, daß Anträge zur Förderung von Bauvorhaben in der Summe von mehr als 11 Milliarden Schilling vorliegen —, wir wissen also, daß sich die Gemeinden und Städte bemühen, Fördermittel zu bekommen, in der Hauptsache zum Bau von Wasserleitungen und Kanalisationen, daß aber wenig Vorliebe, ich möchte nicht sagen Interesse für Kläranlagen besteht. Man müßte sich bei künftigen Novellierungen doch überlegen, gerade Zentralkläranlagen ein besonderes Augenmerk zu widmen und diesen Zentralkläranlagen einen höheren Prozentsatz an Förderung durch den Fonds zuzugestehen, damit das Interesse mehr geweckt wird und wir im Endeffekt mehr Zentralkläranlagen verzeichnen können.

Im Jahre 1969 haben die freiheitlichen Abgeordneten Meißl, Peter und Genossen an die frühere Bundesregierung eine parlamentarische Anfrage gerichtet, wie oft sich der Ministerrat und das dort installierte Ministerkomitee mit dem Studium der Möglichkeiten einer schwerpunktmaßigen Intensivierung der Gewässerschutzmaßnahmen befaßt hat. In der Beantwortung wurden dann die Jahre 1966 und 1967 genannt. Herr Bundesminister, ich frage Sie: Hat sich in der neuen Bundesregierung und in Ihrem Ressort bisher keine Initiative in dieser Richtung entwickelt, daß auch in der Zukunft sich der Ministerrat oder ein Ministerkomitee in der Hauptsache und mit besonderen Schwerpunkten mit den Fragen der Gewässerreinigung, des Umweltschutzes und so weiter befaßt?

Zum Schluß stelle ich einen Entschließungsantrag, betreffend Förderungsmaßnahmen des Wasserwirtschaftsfonds zu 125 der Beilagen, und lade alle Fraktionen dieses Hohen Hauses zum Beitritt zu diesem Entschließungsantrag ein. Dieser Entschließungsantrag fußt auf der Forderung des Wasserwirtschaftsfonds, unter-

zeichnet von Wenzel und dem sozialistischen Nationalrat Horr. Also nehme ich an, daß der Wunsch, der der Bundesregierung von seiten des Wasserwirtschaftsfonds vorgetragen wurde, ein einhelliger Wunsch und nicht nur ein Wunsch der Österreichischen Volkspartei und ihrer Abgeordneten ist. Der Entschließungsantrag hat folgenden Wortlaut:

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g
der Abgeordneten Regensburger und Ge-
nossen betreffend Förderungsmaßnahmen
des Wasserwirtschaftsfonds zu 125 der Bei-
lagen.

Am 11. Juni 1970 richtete die Kommission zur Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationssanlagen auf Grund eines einstimmigen Beschlusses an die Bundesregierung ein Schreiben. Darin nahm die Kommission mit Genugtuung zur Kenntnis, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik im Jahre 1970 erstmalig über eine Milliarde Schilling aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds zur Förderung der Investitionen auf dem Gebiete der Siedlungs- und Industriewasserwirtschaft zusicherte. Im weiteren wurde jedoch darauf hingewiesen, daß trotz der progressiv angestiegenen Förderungsmaßnahmen des Ministeriums noch immer Förderungsanträge für Bauvorhaben mit einem Kostenaufwand von mehr als 11 Milliarden Schilling anhängig sind, wobei bei einer mittleren Förderung rund 5,2 Milliarden Schilling Fondsmitte erforderlich wären.

Um die im Jahre 1971 bestehende Förderungslücke von 620 Millionen Schilling zu schließen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Schließung der festgestellten Finanzierungslücke von 620 Millionen Schilling für das nächste Jahr folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Aufstockung des Fonds Kapitals durch Erhöhung der Zuwendungen des Bundes an den Wasserwirtschaftsfonds auf 2 Promille der ordentlichen Haushalt ausgaben des Bundes und Übernahme der Zinsen der vom Wasserwirtschaftsfonds auf Grund einstimmiger Empfehlungen der Kommission bisher aufgenommenen Anleihen sowie Übernahme der Bundeshaftung für eine weitere Wasserwirtschaftsfondsanleihe in einer Höhe, die eine Förderung des Wasserwirtschaftsfonds zumindest in der Höhe des Wirtschaftsjahres 1970 gewährleistet.

Regensburger

Zum Schluß, Herr Bundesminister, wiederhole ich: Das Wasser ist etwas sehr Wertvolles, wertvoller als Gold, wertvoller als die Olympischen Spiele. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Regensburger vorgelegt hat, ist genügend unterstützt und steht ebenfalls zur Debatte.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Weikhart. Er hat das Wort.

Abgeordneter Weikhart (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alle drei vor mir am Wort gewesenen Abgeordneten haben sich mit den zwei Hauptproblemen, die im Kapitel Bauten vorherrschend sind, nämlich mit dem Wohnhausbau und mit dem Straßenbau, beschäftigt. Ich will mich als Sprecher meiner Fraktion in erster Linie mit dem Wohnhaus- und Siedlungsbau befassen. Damit aber von Haus aus Klarheit besteht, darf ich sagen, daß ich mich in der Debatte nur mit den Grundsätzen auf diesem wichtigen und komplizierten Gebiet beschäftige, ohne in die näheren Details einzugehen. Das hat seinen Grund und seine Ursache darin, daß wir ja in kürzester Zeit Gelegenheit haben werden, sowohl einen Regierungsentwurf als auch einen Initiativantrag 28/A der Abgeordneten Gruber und Genossen, die beide, jeder für sich auf seiner Linie, auf eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 abzielen, zu beraten.

Ich möchte vorerst sagen: Das von der ÖVP seinerzeit allein beschlossene Wohnbauförderungsgesetz 1968, das wir im Sommer 1967 beraten haben, ist unbefriedigend. Ich glaube, darüber gibt es selbst in der ÖVP keinen Zweifel, denn ansonsten wäre dieser Initiativantrag im Haus nicht eingebbracht worden.

Ich gebe offen und ehrlich zu: Als wir dieses Gesetz beraten haben, waren wir es, die mehr Bundesmittel aus dem Budget verlangt haben. Das wurde von der ÖVP abgelehnt. Ich möchte hier zu meiner persönlichen Entschuldigung anführen: Dieses Verlangen haben wir in Unkenntnis der wahren Budgetsituation beziehungsweise der wahren finanziellen Lage des Staates, die es derzeit einfach nicht erlaubt, mehr aus öffentlichen Mitteln für den Wohnbau zu geben, gestellt. Seit dieser Zeit sind nun drei Jahre verflossen, und seit März dieses Jahres wissen wir nun mit schrecklicher Deutlichkeit, daß eine Heranziehung aus Haushaltssmitteln des Bundes wegen der angespannten Budgetlage nicht möglich ist. Hier möchte ich hinzufügen: Ohne Zweifel eine Folge der schlechten Erbschaft, die wir zu übernehmen gezwungen waren. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kotzina*)

Lassen Sie mich nur reden. Sie können ja dann auch hierherkommen. Wir wollen ja gerade diese Problematik in aller Ruhe diskutieren. Sie ist kompliziert genug. Ich glaube, daß auch Sie und Ihre Seite das anerkennen wollen.

Ich möchte nun sagen: Diese Erbschaft ist für uns eine schwere Hypothek, die noch lange Jahre auf uns lasten wird.

Wir Sozialisten haben bekanntlich im Jahre 1969 ein Wohnbauprogramm unter dem Motto „Mehr, besser und schneller bauen“ erarbeitet, und zwar mit dem Ziel — wenn ich das nun in zwei Punkten kurz darlege —, einerseits die jährliche Wohnbaukapazität durch zehn Jahre ab dem Jahre 1971 um 5000 Wohnungen zu erhöhen und andererseits durch eine völlig neue Finanzierungsmethode eine echte Herabsetzung der Wohnungsbelastungen für die Wohnwerber zu erreichen. Der Regierungsentwurf, der nun im Hause vorliegt und den jeder Abgeordnete seit einiger Zeit besitzt, beinhaltet beide dieser sozialistischen Forderungen.

Vorerst aber soll über einen überschaubaren Zeitraum von 1971 bis 1975 sozusagen die erste Etappe realisiert werden.

Eine Erhöhung der jährlichen Wohnbauleistung betrachten wir als eine unbedingte Notwendigkeit. Nach der amtlichen Wohnbaustatistik wurden im Jahre 1969 49.100 neue Wohnungen errichtet beziehungsweise fertiggestellt, das sind 6,7 Wohnungen auf 1000 Einwohner.

Osterreich liegt fast am Ende der Liste der europäischen Wohnbauleistungen. Hinter uns liegt nur mehr die Tschechoslowakei mit 6,2 Wohnungen per 1000 Einwohner, dann Polen mit 6 und Rumänien mit 5,9 Wohnungen per 1000 Einwohner.

Der Regierungsentwurf ermöglicht es, ohne in den nächsten Jahren den desolaten Bundeshaushalt zusätzlich zu belasten und damit unsere Wirtschaft zu gefährden, jährlich um 5000 Wohnungen mehr zu bauen. Die Förderungsleistung würde damit von 30.000 geförderten Wohnungseinheiten im Jahre 1971 auf 50.000 geförderte Einheiten im Jahre 1975 ansteigen, wobei für diesen Zeitraum lediglich ein Abgang an öffentlichen Mitteln in der Höhe von rund 20 Millionen Schilling zu verzeichnen ist.

Über die notwendige jährliche Wohnbauleistungs-Erhöhung kann es, ich glaube, für niemanden in diesem Hause einen Zweifel geben.

Interessant ist, daß aus dem Mikrozensus außerdem errechnet wurde, daß in den Jahren

2172

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Weikhart

1968 und 1969 der Wohnungsabgang pro Jahr 17.000 Wohnungen betrug, und zwar als Abbruchwohnungen je 8000 und als Umwidmungen je 9000 Wohnungen.

Die Frage des Verkraftens der erhöhten Wohnbauziffern kann nach allen Beratungen, die bisher im Einvernehmen der Sozialpartner und des Bundesministeriums für Bauten und Technik geführt wurden, ohne weiteres mit einem klaren Ja beantwortet werden. Hiezu liegen ja auch genaueste Berechnungen der Gewerkschaft der Bauarbeiter vor.

Aber nun zum wesentlichsten Teil, zur finanziellen Frage.

Schon der Herr Abgeordnete Helbich hat bedauert, daß unser Vorschlag dahin zielt, für die Eigenheimbauer die öffentlichen Darlehenmittel von 60 auf 40 Prozent zu senken.

Dazu ist zu sagen: Wir müssen unterscheiden zwischen den Mietwohnungen und den Eigentumswohnungen und Eigenheimen. Für Mietwohnungen, so meinen wir, soll die finanzielle Ausstattung zu je 45 Prozent aus öffentlichen Mitteln und aus Kapitalmarktmitteln aufgebracht werden und zu 10 Prozent aus Eigendarlehen oder Eigenmitteln; bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen hingegen sollen die öffentlichen Darlehen nur 40 Prozent, die Kapitalmarktdarlehen ebenfalls 40 Prozent, die Eigenmittel aber 20 Prozent betragen.

Der erhöhte Anteil an Kapitalmarktdarlehen soll durch die Gewährung von Annuitätenzuschüssen, und zwar bei Mietwohnungen in der Höhe von 35 Prozent der Annuität und bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen in der Höhe von 25 Prozent der Annuität, verbilligt werden. Das schaut im Augenblick wie ein Unrecht aus. Wir werden das aber auch noch an Hand von Ziffern zu beweisen haben. (Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.) Ich habe gesagt, es schaut nur aus wie ein Unrecht, Herr Kollege Minkowitsch. Sie werden aber dann gleich sehen, daß wir in den Berechnungen ziemlich gleiche Belastungen in der Objektförderung, in der sogenannten Sockelförderung, herausbringen.

Dabei möchte ich noch eines erwähnen: Sollte ein Wohnwerber weniger als diese von mir angegebenen Darlehenssätze benötigen, so hat er auch das Recht, weniger zu beantragen.

Die öffentlichen Darlehen werden bis zur vollständigen Tilgung der Kapitalmarktmittel, aber längstens auf die Dauer von 25 Jahren gestundet.

Bei dieser Sockelfinanzierung, oder auch Objektförderung oder -finanzierung genannt, stellt sich nun in der Berechnung folgendes

heraus: Ich nehme vorerst die Tabelle über Mietwohnungen zur Hand und vergleiche nun bei einem Baukostenpreis von etwa 4000 S pro Quadratmeter — mit Absicht, bitte, denn es ist ganz egal, ob das 3500, 3800, 4000 oder 4500 S sind, es kommt relativ jeweils das gleiche Verhältnis in den Differenzen heraus.

Wenn wir nun die Mietwohnungen hernehmen, müssen wir sagen: Nach der jetzigen Aufbringung und auch nach dem Initiativantrag der ÖVP werden bis zu 60 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert. Über dieses „bis“ werden wir ja auch noch reden müssen, weil wir sehr deutlich sehen, daß die seinerzeitige Zielsetzung, mit diesem Gesetz eine Einheitlichkeit der Förderung in Österreich herzustellen, nicht eingetreten ist. Wir haben in fast allen Bundesländern andere Sätze und damit aber auch andere Belastungen für die Wohnwerber.

Wenn ich nun die 4000 S als Grundlage nehme, dann sind für die 60 Prozent öffentlicher Darlehen 2400 S, für die 30 Prozent Kapitalmarktmittel 1200 S und für 10 Prozent Eigenmittel 400 S zu berechnen; das sind also die 4000 S.

Und nun schauen wir uns den Wohnungsaufwand hieraus an. Die Rückzahlung des öffentlichen Darlehens ist mit 2 Prozent angegeben. Von 2400 S wären das 48 S. Die Rückzahlung der Kapitalmarktmittel in der Höhe von 1200 S mit 8,8 Prozent beträgt 105,60 S; damit wären jährlich 153,60 S festgelegt. Das wäre pro Monat eine Quadratmeter-Belastung von 12,80 S ohne Betriebskosten.

Jetzt schauen wir uns das nach unserem Vorschlag, nach dem Regierungsentwurf an. Wiederum 4000 S Quadratmeter-Preis. 45 Prozent öffentliches Darlehen und 45 Prozent Kapitalmarktmittel sind je 1800 S, die 10 Prozent Eigenmittel sind 400 S. Die Rückzahlung des öffentlichen Darlehens, gestundet auf die Laufzeit der Kapitalmarktdarlehen, ist im Augenblick mit Null anzugeben. Die Rückzahlung der Kapitalmarktdarlehen ebenso mit 8,8 Prozent von 1800 S, das sind 158,40 S. Aber hier setzt schon ein Vorteil ein. Hier werden davon 35 Prozent Annuitätenzuschuß in Abzug gebracht, das sind 55,44 S, sodaß wir einen jährlichen Aufwand von 102,96 S haben, das wäre ein Quadratmeter-Preis pro Monat ohne Betriebskosten — das ist klar — von 8,58 S. Die Objektfinanzierung beträgt bei uns 8,58 S — ich meine jetzt die Mietwohnungen, ich komme dann gleich auf die Eigenheime —, und nach Ihrem Vorschlag wären es 12,80 S.

Wie wirkt sich das etwa bei einer Wohnung von zirka 70 m² aus? Die 70 m²-Wohnung würde nach Ihrem Vorschlag im Monat eine

Weikhart

Belastung von 896 S aufweisen, nach unserem Vorschlag von 600,60 S. Die Differenz pro Monat zu unseren Gunsten beträgt 295,40 S. Wenn ich das auf eine 80 m²-Wohnung umlege, dann ist Ihre Belastung 1024 S pro Monat und unsere 686,40 S, also eine monatliche Differenz von 337,60 S, wiederum zugunsten unseres Vorschlages.

Eine Wohnung von 100 m² würde nach Ihrem Vorschlag eine Belastung von 1280 S bei der Objektfinanzierung aufweisen, nach unserem Vorschlag von 858 S, also eine Ersparung für den Wohnwerber von 422 S. Und wenn ich jetzt mit Absicht die 130 m²-Wohnung hernehme und nicht auf 150 m² gehe, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, dann besteht wiederum nach dem ÖVP-Vorschlag eine monatliche Belastung an Rückzahlungen von 1664 S, hingegen nach unserem Vorschlag von 1115,40 S, das wäre — wiederum nach unserem Vorschlag — eine Ersparung für den Wohnwerber von 548,60 S.

Gehen wir nun zu den Eigentumswohnungen und den Eigenheimen über. Bei einem Quadratmeter-Preis von 4000 S kämen wir — wiederum nach Ihrem Vorschlag — auf 12,80 S und nach unserem Vorschlag mit 40 Prozent öffentliches Darlehen, 40 Prozent Kapitalmarktdarlehen und 20 Prozent Eigenmitteln auf einen monatlichen Quadratmeter-Preis von 8,80 S; auch hier wiederum umgerechnet auf die volle Wohnung. Es würde daher eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim mit 70 m² nach der Objektfinanzierung — wir kommen noch zu den Wohnbeihilfen — durch Sie, auf Grund des ÖVP-Vorschlages 896 S kosten, nach unserem Vorschlag 616 S, die Ersparung beträgt nach unserem Vorschlag pro Monat 280 S; eine 80 m²-Wohnung nach dem ÖVP-Vorschlag 1024 S, nach unserem Vorschlag 704 S, wiederum eine Ersparung für den Wohnwerber nach unserem Vorschlag von 320 S; eine Wohnung mit 100 m² nach Ihrem Vorschlag 1280 S, nach unserem Vorschlag 880 S, das heißt wiederum eine Ersparnis von 400 S zugunsten des Wohnwerbers; und die letzte Größe mit 130 m²: Nach Ihrem Vorschlag 1664 S und nach unserem Vorschlag 1144 S, eine Ersparung für den Wohnwerber von 520 S pro Monat.

Es kommt vielleicht gerade bei dieser Gegenüberstellung gleich auch dazu, daß wir entgegen den Ausführungen des Herrn Ing. Helbich sagen können und sagen müssen: Wir können aus diesen Berechnungen ersehen, daß die Sozialisten absolut keine Feinde der Eigenheimbauer oder, wie es so schön in der Siedlerbroschüre heißt, der „Häuselbauer“

sind. Im Gegenteil, wir müßten sagen — und diese Beträge beweisen es —: Wir sind bessere Freunde und bessere Förderer der Eigenheimbauer und Häuselbauer als die Österreichische Volkspartei. (Beifall bei der SPO.)

Es kommt noch etwas dazu. (Abg. Dr. Mussik: Jetzt habe ich nicht aufgepaßt!) Schade, schade. Wir sind, um es zu wiederholen, Herr Generalsekretär, die besseren Freunde und die besseren Betreuer der Häuselbauer, der Menschen mit Eigenheim und Wohnungseigentum. (Abg. Dr. Gruber: Nur glaubt es niemand!)

Und jetzt kommt folgendes: Es könnte mir jemand sagen: Na und, die 20 Prozent Eigenmittel sind ja wesentlich höher, wie schaut es denn da aus?

Ich habe mir von der Verbindungsstelle (der Redner weist eine Broschüre vor) diese Unterlagen genommen (Abg. Dr. Gruber zeigt die gleiche Broschüre her) — er hat sie auch, mein Freund, der Herr Kollege Doktor Gruber (Abg. Minkowitsch: So gut seid ihr miteinander?) — und habe mir auf den Seiten 39 und 40 — Sie können sich das auch gleich errechnen — folgendes ausgetragen:

Wir sagen: 20 Prozent. Wenn ich vergleiche — und zwar ist hier das Jahr 1968 angegeben — und wenn ich die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Steiermark anschau, dann sehe ich, daß kein einziges der aufgezählten Bundesländer 40 Prozent gibt — das muß ich gleich sagen —, sondern Burgenland rund 28, Niederösterreich 21 $\frac{1}{2}$, Oberösterreich rund 30, Salzburg 37 und die Steiermark 32 Prozent an Förderungsmitteln.

Wenn Sie die Baukosten, die da angegeben sind, mit den Förderungsbeträgen, die gleichfalls angegeben sind, in ein perzentuelles Verhältnis setzen, dann kommen Sie auf die Ziffern, die ich Ihnen eben gesagt habe.

Das heißt, daß der Häuselbauer, den Sie im Hinblick auf unseren Vorschlag so bedauern, derzeit ja weit mehr aufbringen muß, als wir überhaupt in unseren Vorschlägen enthalten haben; er muß rund 60 Prozent selber aufbringen — nicht 20 Prozent, sondern 60 Prozent. Und gerade das wollen wir durch unseren Vorschlag für die Zukunft verhindern.

Neben dieser Objektförderung enthält der Regierungsentwurf außerdem eine Ausgestaltung der Subjektförderung in Form von Wohnbeihilfen. (Abg. Dr. Gruber: Mager, mager!) Die ist bei Ihnen noch magerer. (Abg.

2174

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Weikhart

Dr. Gruber: Dann haben Sie unseren Vorschlag nicht studiert!) Sehr genau, nächtelang! (Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Geschlafen hat er darüber! — Abg. Dr. Tull: Der hat ihm schlaflose Nächte bereitet!) Lassen Sie das! Wenn Sie mit so wenig Schlaf auskommen wie ich, dann können Sie sich glücklich schätzen, denn ich brauche nur vier Stunden.

Ich möchte sagen, bei den Wohnbeihilfen hat der sozialistische Entwurf und Vorschlag mit der Objektfinanzierung eine bessere Ausgangsposition, wo sich schon jetzt die Wohnwerber pro Monat von 280 bis über 500 S ersparen. Wir kommen da in der Subjektförderung nun weit besser weg.

Diese Wohnbeihilfe soll zur weiteren sozialen Absicherung dienen, sie soll gewissermaßen ein Ausgleichsfaktor für Härtefälle überhaupt sein.

Ebenso werden in unserem Entwurf, unter gewissen Voraussetzungen natürlich, für Jungfamilien unverzinsliche Eigenmitteldarlehen gewährt. (Abg. Dr. Gruber: Das hat es ja schon bisher gegeben!) Ja, lassen Sie mich wenigstens atmen, bitte. (Heiterkeit. — Abg. Mitterer: Wir lassen Sie schon atmen! Sie atmen ja völlig frei!) Die sind auch im bisherigen Gesetz enthalten. Aber ich möchte sagen, die Eigenmitteldarlehen, die wir vorschlagen, kommen erst nach Beziehen der Wohnung in Anrechnung und sind in Halbjahresraten zu 2½ Prozent rückzahlbar. Also ist unser Entwurf auch hier dem Ihren turmhoch überlegen.

In der Auseinandersetzung Eigentumswohnung — Mietwohnung möchte ich eine Feststellung machen. Bevor ich das aber nun verlese, möchte ich noch etwas dazu sagen:

Glauben Sie nicht, daß wir grundsätzliche Gegner der Eigentumswohnung sind! (Abg. Dr. Mussil: Etwas schon!) Ich brauche es nicht immer wieder zu betonen, wir haben es immer wieder gesagt. Aber so wie Sie es in Ihrem Vorschlag machen, daß Annuitätenzuschüsse ... (Abg. Dr. Mussil: Etwas schon!) Herr Generalsekretär! Sie sind da immer in der „Hinterguck“ und machen den Heckenschützen. (Heiterkeit.) Das paßt nicht zu Ihnen. Gehen Sie da hervor! Ich hab' Sie lieber da. Da kann man besser in Kontakt kommen. (Abg. Oenbök: Wollen Sie den Mussil lauter hören?) Heckenschießen paßt für Sie nicht, Herr Generalsekretär, das möchte ich ganz offen sagen.

Wir haben also absolut nichts gegen Eigentumswohnungen, und wir schützen auf alle Fälle die Eigenheime, weil wir ja wissen,

daß in den Städten der Bedarf an Eigenheimen nicht so groß ist wie draußen in den Bundesländern. Wir wären ja wirklich schlechte Menschen, eine schlechte Partei, die sich dagegen wehrt, daß die Menschen ... (Abg. Dr. Mussil: Sowieso!) Na ja. Wenn Sie das nur da vorne sagen würden. Aber Sie machen es wie in Vietnam im Dschungelkrieg: die Augengläser aufsetzen, abischauen und dann einen teuflischen Zwischenruf machen.

Ich möchte noch einmal sagen: Wir haben nichts gegen Eigentumswohnungen, aber gegen Ihre Meinung, daß Annuitätenzuschüsse nur der bekommen soll, der eine Eigentumswohnung bezieht, und derjenige, der eine Mietwohnung bezieht, nicht, aber dafür Werkswohnungsbauten mit Annuitätenzuschüssen finanziert werden können, dagegen stemmen wir uns mit aller Entschiedenheit und mit aller Leidenschaft, das sage ich Ihnen ganz offen! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.) Ich verstehe mich mit dem Dr. Gruber privat ausgezeichnet, aber so wie er da heraußen ist oder ich da heraußen bin, ist er bissig. (Abg. Oenbök: Das ist aber sicherlich gegenseitig zu verstehen!)

Ich habe mir (ein Schreiben vorzeigend) das herausgesucht, um dem Herrn Abgeordneten Gruber als dem Erstgenannten im Initiativantrag eine gewisse Freude zu machen. Ich habe hier ein Schreiben von einer Wohnungsgeellschaft, und noch dazu — ich habe es mit Absicht genommen — von einer oberösterreichischen — das habe ich aus Liebe zu dem Kollegen Gruber gemacht —, ein Schreiben der Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Niemand, der die Gesellschaft kennt, wird sagen, das ist gar eine rötliche, sondern das ist eine tief, tief schwarze Gesellschaft. (Heiterkeit.) Da gibt es gar keinen Zweifel. Jetzt hören Sie aber! (Abg. Dr. Tull: Sie schöpft aus dem Schwarzen!) Deswegen habe ich sie ja herausgenommen.

Jeder, der den Fachmann Dr. Schöpf kennt, weiß, daß er politisch (auf die ÖVP-Bänke zeigend) Ihnen angehört. Er war ja schließlich einmal Abgeordneter der ÖVP und eine Zeitlang sogar der Landesparteiobmann von Oberösterreich. Was schreibt er in dieser Sache? Ich darf bitten, daß mir der Herr Präsident gestattet, das vorzulesen:

„Wir haben insgesamt 1414 Vorgemerke angeschrieben. Von diesen haben wir bisher ...“ (Zwischenrufe bei der ÖVP.) — Hören Sie, das ist hochinteressant, das hat jetzt nichts mit einer politischen So-oder-So-Einstellung zu tun. — „Von diesen haben

Weikhart

wir bisher von 1000 angeschriebenen Parteien die Antwort erhalten. Die restlichen 400 wurden durch ein zweites Schreiben gemahnt, zumal die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie wegen postalischer Unregelmäßigkeiten bisher nicht reagiert haben.

Von den 1000 Antworten sprechen sich fast genau ein Viertel für Eigentumswohnungen und Eigenheime, hingegen drei Viertel für Mietwohnungen aus.

Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als Sie aus dem beiliegenden Muster unserer Anfrage an die Wohnungswerber vom 2. 12. 1968 ersehen können, daß wir mit dem (vielleicht nicht ganz berechtigten) Hinweis auf eine allfällig raschere Berücksichtigung ihrer Bewerbung für die Eigentumswohnungen Stimmung gemacht haben. Vorsprechende Parteien haben auch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß diese ihnen in Aussicht gestellte Möglichkeit für ihre Entscheidung maßgeblich gewesen sei.

Dem Schreiben vom 2. 12. 1968 war ein Blatt angeschlossen, aus dem verschiedene Varianten zur Gegenüberstellung von Miet- und Eigentumswohnung ersichtlich waren. Es ist daher der beliebte Vorwurf ausgeschaltet, daß unsere Bewerber nur deswegen nicht für Eigentumswohnungen eingenommen sind, weil sie bewußt unrichtig beziehungsweise unvollständig über die Vorteile des Wohnungseigentums orientiert wurden.

Ich werde nach Abschluß der ganzen Erhebungen deren Ergebnis dem Verband — er meint den Genossenschaftsverband —, „aber auch einigen maßgeblichen Stellen, für die es von Belang sein könnte, zur weiteren Verwendung zugänglich machen.“

Diese Gesellschaft zählt zu den größten Wohnungsgesellschaften von Oberösterreich. Und noch einmal (Abg. Dr. Gruber: *Die größte!*) — ja —, bitte, damit es da keinen Irrtum gibt: Ich respektiere den für die Wohnungsaktiengesellschaft verantwortlichen Dr. Schöpf, weil er zu den besten Fachleuten auf dem Wohnbaugebiet in Österreich zählt. Von ihm stammt dieses Schreiben, und er sagt nun selber, daß es nicht so ist, wie etwa manche behaupten.

Sehen Sie, und deswegen sage ich: Der Drang zu den Eigentumswohnungen, er ist schon da, aber er ist nicht so groß, wie etwa Funktionäre der Österreichischen Volkspartei es darzustellen versuchen. (Abg. Oenbök: *Stadt und Land, das ist das wesentliche dabei!*) Entschuldigen Sie, das brauchen Sie doch nicht separat betonen. Ich habe ja zuvor schon gesagt, daß der Mietwohnungs-

bau in den Städten die Hauptrolle spielt. Das ist klar.

Aber noch etwas ist zu bemerken: daß der überparteiliche Österreichische Verband gemeinnütziger Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen auf dem Standpunkt steht — auch dort gibt es eine Menge Fachleute in leitender Position, die der ÖVP angehören, die aber ebenso wie wir auf diesem Standpunkt stehen —, daß der § 25, Herr Minister Dr. Kotzina (Abg. Dr. Kotzina: *Ja, der stört Sie sol!*), in Ihrem Gesetz schlecht ist, und sie verlangen die Abänderung. Wir sagen: Ja, es ist wirklich ein Unrecht! Warum brauchen wir ihn; warum haben Sie justament zwei Drittel Wohnungseigentum hineingegeben und den Rest für Mietwohnungen? (Abg. Dr. Kotzina: *Das ist nicht wahr, die Priorität liegt beim Eigenheim! Wenn sie nicht ausgenützt wird, kommt sie dem Land zugute!*) Die Priorität. Entschuldigen Sie, Herr Minister: Wenn ich diesen § 25 ersatzlos streiche und wenn ich damit zum Ausdruck bringe: jeder Wohnungswerber hat das Recht, nach seinem eigenen Gutdünken glücklich zu werden, dann ist das das Gerechteste. Das wünschen wir! Wir sagen: Weder zwei Drittel dort noch zwei Drittel da, sondern das Gesetz soll überhaupt den Bauwerbern freie Hand lassen. Wie der Betreffende oder die Befriedenden es bestimmen, so soll dieser Antrag auch angenommen werden; dann kann sich jeder danach richten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, meine sehr geschätzten Kollegen und Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, das ist richtig und das wäre das objektive Recht, das man den Staatsbürgern auch zubilligen kann. (Abg. Machunze: *Das ist gegen die Gemeinde Wien, dort gibt es das nicht!*) Nein! Entschuldigen Sie, „gegen“ oder „für“, das hat jetzt mit der Gemeinde nichts zu tun.

Im allgemeinen können wir sagen: Jeder wird in dem Wohnungsbeirat so bedient werden, wie er es in seinem Antrag ausführt. Und danach sollen wir uns richten. Da kann es doch keine differenzierten Auffassungen geben, denn ich habe von keinem Bundesland noch eine Beschwerde gehört — einschließlich Wien —, daß nicht alle die Vorlagen einstimmig im Beirat begutachtet worden sind. (Abg. Dr. Kotzina: *Warum beschweren Sie sich so über das Gesetz, wenn ohnehin alles so gut geht?*) Ja, das sage ich Ihnen schon. Einfach deshalb, weil nach Ihrem Gesetz eben zwei Drittel Eigentumswohnungen beantragt werden sollen. Wir wollen nicht mehr, wir wollen nur das gleiche Recht für alle haben. (Abg. Machunze:

Weikhart

Sie wollen also keine Eigentumswohnungen!) Falsch! Jetzt waren Sie nicht da. Wenn ich der Ulbrich wäre, müßte ich boshhaft sagen, Herr Kollege Machunze: Jetzt sind Sie auf den Ohrwascheln gesessen. (Heiterkeit.) Aber das will ich nicht. Wir kennen uns zu lange.

Ich möchte nur noch einmal sagen, Herr Kollege Machunze: Ich persönlich und unsere Fraktion in der Gesamtheit legen wirklich den größten Wert darauf zu sagen: Eigenheime, Eigentumswohnungen werden von uns aus nicht bekämpft. Unterstützt werden die Eigenheime! Das sehen wir ja doch schon draußen bei unseren Landesregierungen. (Abg. Machunze: Seit wann?) Seit wann? Seit vielen Jahren! (Abg. Machunze: Nein!) Es ist ja schade, daß der wirkliche Fachmann, der bei Ihnen war, nun verewigt ist. Das ist — das ist nichts Unbekanntes — der Kollege Prinke gewesen. Der wußte Bescheid. Ich war zu der Zeit noch im Ministerium — das ist jetzt schon zehn Jahre her —, und wir haben damals immer wieder gesagt — Sie müssen es mir doch bestätigen —: Wir haben absolut nichts dagegen, wir wollen nur nicht ein Unrecht gesetzlich verankern.

Dieser § 25 verankert ein wirkliches Unrecht in diesem Gesetz, weil er zwei Drittel der Mittel für Eigentumswohnungen verlangt und der, der nicht will, dann nicht zum Zug kommt, weil nur ein Drittel zur Verfügung steht, aber an Anträgen für Mietwohnungen wesentlich mehr vorhanden sind. So ist das.

Und nun das nächste. Bitte, das ist ja erfreulich; manches Mal nehmen Sie schon etwas an. Spät, aber doch! Als wir bei der Beratung dieses Gesetzes die sogenannte Chronologie gebrandmarkt haben, als die ÖVP von uns verlangte, es müssen alle noch unerledigten Anträge aus Wohnungs-Wiederaufbau- und aus Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nach der Reihenfolge ihrer Einreichung bearbeitet werden, haben wir gesagt: Das ist ein Irrsinn. Hohes Haus, das ist deswegen ein Irrsinn, weil man ja im voraus weiß, daß es eine ganze Menge gibt, die ja das gar nicht mehr wollen. Heute stellt sich in Wien und in anderen Bundesländern — da brauchen Sie ja nur den Landeshauptmann von Niederösterreich zu fragen — heraus, daß man, wenn es nach der Chronologie ginge, noch fünf bis zehn Jahre brauchte, bis das alles abserviert wäre. (Abg. Dr. Kotzina: Bereits alles erledigt!) Aber gar keine Idee! Diese brauchen acht Jahre! Das ist eine Auskunft von gestern. (Abg. Machunze: Wieviel?) Acht Jahre!

Aber Sie haben den Irrsinn, den Sie damals angestellt haben, eingesehen. Wir freuen uns, daß er bei Ihnen jetzt im Initiativantrag

praktisch nicht mehr vorkommt. (Abg. Machunze: Wir haben uns nie geirrt!) Das wäre der gleiche Irrsinn! (Präsident Doktor Malleta übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt kommen wir zum Initiativantrag. Der Herr Abgeordnete Gruber ist der Erstunterzeichner dieses Antrages. Seien Sie mir nicht ungehalten, wenn ich behaupte, daß dieser Initiativantrag nicht ernst zu nehmen ist; er ist für mich unglaublich. (Abg. Machunze: Nein! Herr Staatssekretär! Unsere Initiativanträge sind immer ernst zu nehmen! — Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Machunze: Doch!) Ich werde das gleich begründen; ich beutle all das ja nicht aus dem Hemdärmel heraus.

Die gleiche Partei, die sich noch vor zwei oder drei Jahren mit aller Entschiedenheit dagegen zur Wehr gesetzt hat, daß auf diesem Gebiete Budgetmittel verwendet werden — ich erinnere mich noch daran, wie Ihr Finanzminister dagegen entschieden aufgetreten ist und nicht bereit war, auch nur einen einzigen Groschen aus Budgetmitteln für den Wohnbau herzugeben —, hat jetzt den Mut, zu sagen: Wir verlangen 5 Prozent aus Budgetmitteln, nämlich 5 Prozent der zweckgebundenen Einnahmen für den Wohnbau.

Dazu möchte ich nur sagen: Da müssen Sie mir schon auch die Bedeckung nennen, denn das kostet ja Geld! Das Budget wird zwar schon unter Dach und Fach sein. Aber Sie verlangen ja dabei 5 Prozent! Wissen Sie, was das bedeutet? Wenn ich mit rund 4 Milliarden pro Jahr rechne, bedeutet das für das nächste Jahr 200 Millionen. Weil wir auf Grund der expandierenden Wirtschaft auch expandierende Einnahmen haben, muß ich sagen, daß das von Jahr zu Jahr einen höheren Betrag ausmachen wird.

Betrachten wir nun nur den Zeitraum bis 1975. Ihr Vorschlag würde bedeuten, daß wir bis 1975 mindestens — denn es heißt „mindestens 5 Prozent“ — 1 Milliarde dazu verwenden werden. (Abg. Machunze: Na und?)

Schauen Sie sich nun unseren Vorschlag an! (Zwischenruf des Abg. Machunze.) Herr Kollege Machunze! Bitte jetzt einen Augenblick lang Geduld zu haben. Da wird ja nicht mehr gebaut. (Abg. Machunze: Doch, natürlich! — Abg. Dr. Blein: 5000 Wohnungen!) Von Ihnen gar nichts! Von uns werden in diesem Zeitraum 5000 Wohnungen gebaut. Und für das Ende des Jahres 1975 haben wir uns ein Defizit von 20 Millionen errechnet. (Abg. Sandmeier: Millionen?) Millionen,

Weikhart

Milicnen! Bei Ihnen ist es 1 Milliarde! Sie bauen aber um keine einzige Wohnung mehr! (Abg. *M a c h u n z e*: *Das stimmt nicht!*) Da muß ich schon sagen: Meine Herren! Das ist denn doch ... (Abg. Dr. *M u s s i l*: *Das ist nicht möglich!*) Ich habe auch geglaubt, das sei nicht möglich. Wir haben uns die Köpfe zerbrochen und sind daraufgekommen, daß das möglich ist. (Zwischenruf des Abg. *M a c h u n z e*. — Abg. Dr. *M u s s i l*: *Ein Rechenkünstler!*) Herr Kollege Machunze! Das stimmt ohne Zweifel. (Abg. Dr. *M u s s i l*: *Wo haben Sie denn das rechnen lassen?*) Na, na, da brauche ich nicht viel zu rechnen, entschuldigen Sie! 4 Milliarden sind da, 5 Prozent davon sind 200 Millionen. Wenn ich das auf fünf Jahre erstrecke, dann komme ich auf 1 Milliarde Schilling. — So, das ist schon erledigt, und zwar ohne eine Rechenmaschine, wie sie der seinerzeitige Finanzminister Schmitz verwendete.

Nun kommt noch etwas: Sie legen mit Ihrem Antrag weder Unterlagen noch irgendwelche Berechnungen vor. Ich gebe zu, daß Sie das vielleicht unter Umständen im Ausschuß tun werden. Ich möchte aber auf alle Fälle sagen: Sie fordern 1 Milliarde Schilling für die nächsten fünf Jahre, waren aber vor drei Jahren nicht dazu zu bewegen, auch nur 10 S aus Budgetmitteln beziehungsweise aus diesen Mitteln ... (Abg. Dr. *K o t z i n a*: *Wir haben uns von Ihnen bekehren lassen!*) Na, na, das ist ... (Abg. *M i t t e r e r*: *Jetzt verschlägt es ihm die Rede!*) Nein, nein, die Rede verschlägt mir das nicht! Ich habe mich jetzt zurückgehalten, weil es Kotzina war! (Abg. Dr. *M u s s i l*: *Das ist Protektion, die Sie gegenüber Kotzina betreiben!*) Vielleicht. Wenn wir in diesen Abendstunden von diesen Dingen sprechen, müssen wir sagen: Es ist immer ganz gut, wenn Kontakte vorhanden sind. Das ist gar nicht am schlechtesten. Auch Sie haben ja gute Kontakte mit unserem Präsidenten Benya oder mit sonst irgend einem von uns. (Abg. *M a c h u n z e*: *No na, nicht werden wir sie haben!*) Das gehört also dazu, das ist nicht am schlechtesten; Präsident Sallinger wird das nur zu genau wissen.

Ich bitte daher nur zur Kenntnis zu nehmen, daß das, was Sie vorschlagen, für uns auf Grund unseres Regierungsentwurfes absolut nicht akzeptabel ist. Wir werden aber im Bautenausschuß darüber reden. (Abg. Doktor *M u s s i l*: *Echte Verbesserungen!* — Abg. Dr. *G r u b e r*: „*Absolut nicht akzeptabel!*“) Wir werden darüber reden. Aber es ist klar, daß wir durch Ihren Vorschlag ein Defizit von 1 Milliarde Schilling erhalten, doch um keine Wohnung mehr bauen, während sich bei uns in fünf Jahren ein Defizit von kaum 20 Mil-

lionen — was ist das in diesem Rahmen? — ergibt. (Abg. Dr. *B l e n k*: *Dann ersparen Sie etwas?*) Aber da wir 50.000 Wohnungen bauen, muß ich sagen, dann ziehe ich schon ohne Zweifel diesen Vorschlag vor. (Abg. *M a c h u n z e*: *Lieber Herr Staatssekretär! Das stimmt doch nicht!*) Dann haben Sie das eben nicht gelesen. Herr Kollege Machunze! Ich habe vollen Respekt vor Ihrer Persönlichkeit, muß aber sagen, daß Sie das nicht gelesen haben. Wenn Sie es gelesen hätten, müßte ich sagen: Entschuldigen Sie, das verstehen Sie nicht! (Abg. Dr. *M u s s i l*: *Herr Staatssekretär! Das geht nur mit dem Hexen-Einmaleins!* — Abg. Dr. *T u l l*: *Das beherrschen Sie so großartig!*)

Jetzt kommt das nächste, bei dem wir sehr im Zweifel sind. Sie sagen nämlich in Ihrem Vorschlag, Sie seien auch bereit, die Hälfte der Grundstückskosten in Form von Darlehen zu geben. Wissen Sie, was es bedeuten würde, wenn man so etwas mache? Das ist wirklich nur eine optische Angelegenheit für Sie. In der Praxis würde das bedeuten, daß wir durch diese Förderung den Grundstücksspekulanten, den Grundpreishinaufzulizitierern, den Wucherern, den unreellen Maklern die Förderung geben, aber nicht etwa dem kleinen Mann, denn automatisch werden sich ja dadurch die Grundpreise erhöhen und sicherlich nun gigantische Ausmaße annehmen. (Abg. Dr. *M u s s i l*: *Keine Pauschalverdächtigung gegen die Makler! Makler sind nicht unreell! Und wenn einer unreell ist, so wird er von uns verurteilt!* — Abg. *M a c h u n z e*: *Das war jetzt Klassenkampf!* — Abg. Dr. *M u s s i l*: *Das mit den „unreellen Maklern“!*) Es gibt halt auch unreelle Makler; das wissen Sie selbst.

Zu den Grundstückspreisen möchte ich noch folgendes sagen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß wir bei den Wohnhaus-Wiederaufbauten gerade beim Grundpreis ein Elend hatten. Dadurch, daß die Darlehen hundertprozentig gegeben wurden, sind die Grundpreise rapid gestiegen. Bis zum Schluß war ein Herunterziehen dieser Grundpreise nicht möglich. Dasselbe machen Sie jetzt auch. Sie haben aus den bitteren Erfahrungen, die wir nun etwa mit dem Wohnhauswiederaufbau durch 20 Jahre hindurch miterlebt haben, nichts gelernt. (Abg. Dr. *K o t z i n a*: *Aber darüber werden wir noch reden!*)

Ich komme schon zum Schluß, da ich verschiedenes weglassen. In den „*Salzburger Nachrichten*“ vom 5. November 1970 habe ich einen wunderbaren Artikel gelesen, der vom Abgeordneten Ing. Helbich stammt. Er trägt den Titel: *Wohnbau zwischen „Utopie und Realität“*.

Weikhart

Seine Meinung hat er in der Form geäußert, daß er schreibt: „Zentrales Anliegen der ÖVP-Initiative ist eine wesentliche Verbilligung der Wohnaufwandsbelastung ... diese wesentlich verbesserte Wohnbeihilfe soll aus zusätzlichen Budgetmitteln finanziert werden.“ Ich muß schon sagen, daß der Herr Ing. Helbich — schade, daß er nicht hier ist — da ein bißchen zu spät daraufkommt. „Dies scheint gerechtfertigt“ — so meinte er —, „wenn man dem Wohnbau eine Vorrangstellung einräumt.“

Da kommt er zu spät. Das hätte er im Jahre 1967 sagen sollen, als wir Ihr Wohnbauförderungsgesetz behandelt haben. Aber es jetzt zu machen, halte ich praktisch für eine Unmöglichkeit. Ich könnte das Kapitel dazu nur mit einem Spaß beenden, indem ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Helbich das alte Sprichwort sage: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!“ Dieser Spruch ist auch hier anwendbar. Der Abgeordnete Ing. Helbich soll lieber bei seinen Steinen bleiben, und von dem Wohnungswesen, in dem er gar keine Erfahrung und gar keine Praxis hat, soll er die Finger lassen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. A. Schlageter: Architekt Weikhart! — Abg. Mitterer: Der letzte Satz war unfair!)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Weikhart hat gerade zum Schluß dem Herrn Ing. Helbich eine Zensur gegeben. Er hat zwischendurch auch mir eine Zensur erteilt, indem er sagte, der einzige, der etwas von der Materie verstand, war der Abgeordnete Prinke. Daher stehe ich eigentlich irgendwie zu Unrecht am Rednerpult, um mich mit dem Herrn Abgeordneten Weikhart auseinanderzusetzen. Ich bedaure, daß Sie mit mir als Nichtfachmann vorliebnehmen müssen. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Herr Staatssekretär! Ich werde, so gut es gerade geht, auch auf Ihre Darlegungen eingehen.

Ich habe nur sehr bedauert, daß Sie dieses harte Wort gesprochen haben, daß unsere Vorschläge für Sie „absolut inakzeptabel“ sind. Das heißt, daß Sie die Gesprächsbasis — bevor die Gespräche überhaupt begonnen haben — abbrechen. (Abg. Weikhart: Ich habe ausdrücklich gesagt: Wir werden darüber beraten! In dieser Form sind sie unakzeptabel!) Ich würde es jedenfalls nicht so formulieren, Herr Abgeordneter Weikhart, daß ich sage: Die Regierungsvorlage ist in toto für uns inakzeptabel. Wenn wir nämlich so miteinander reden, dann ist es völlig sinnlos (Abg. Doktor

Tull: Siehe Koren vor dem Budget!), wenn wir jetzt zur Abendstunde hier für das Protokoll Reden halten. Die Reden sollen wenigstens den Sinn haben, daß sie — sozusagen mit einer Fernwirkung ausgestattet — doch eine gewisse Bereitschaft erwecken sollen, daß die eine Seite über die Argumente nachdenkt, die die andere Seite hier vorgebracht hat. (Abg. Dr. Tull: Herr Kollege Dr. Gruber! Wir haben beide im Finanz- und Budgetausschuß bei diesem Kapitel erklärt, daß wir über diese Probleme im Bautenausschuß verhandeln werden!) Herr Abgeordneter Dr. Tull! Ich weiß nicht, wer hier zuständig ist (Abg. Dr. Tull: Das ist unsere Bereitschaft! Das haben wir gesagt!) Ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull zuständig, solche Erklärungen abzugeben, oder der Herr Abgeordneter Weikhart oder der Herr Bundesminister Moser? (Abg. Neuhäuser: Er macht sich Sorgen, wer bei uns zuständig ist!) Ich muß jedenfalls mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß Sie von vornherein erklären, Sie wollten über unseren Vorschlag nicht reden. (Abg. Dr. Tull: Das hat er nicht gesagt!) Es ist ohnehin schwer genug, Herr Abgeordneter Weikhart (Abg. Weikhart: Wir wollten beraten!) — das haben Sie selbst betont —, über diese Materie sachlich zu reden, nämlich so zu reden, daß wenigstens die Abgeordneten dieses Hauses oder doch eine interessierte Öffentlichkeit verstehen, was mit den einzelnen Konzepten denn wirklich gemeint ist. Wir stellen oft fest, daß wir bei dieser Materie ein Fach-Chinesisch reden, daß wir uns zwar untereinander noch verständigen können, aber ein Großteil der politisch Interessierten nicht mehr weiß, was diese einzelnen Ausdrücke und Vorschläge tatsächlich bedeuten sollen.

Herr Abgeordneter Weikhart! Ich werde mir erlauben, zu einem späteren Zeitpunkt auf Ihre Ausführungen kurz zurückzukommen.

Die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers hat neben einer Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes auch in Aussicht gestellt, daß ein neues Wohnungsgemeinnützigeingesetz, eine Bodenordnung, ein Bodenbeschaffungs- oder Baulandbeschaffungsgesetz, ein Assanierungsgesetz oder, wie wir heute lieber sagen, ein Stadterneuerungsgesetz vorgelegt werden sollen.

Ich möchte bei diesen Punkten absolut keine Ungeduld an den Tag legen. Sie haben noch nicht so lange Zeit gehabt, um uns diese Materien vielleicht in jenem Sinn zu präsentieren, wie Sie sich das vorstellen. Ich darf aber in diesem Zusammenhang doch darauf hinweisen, daß der Herr Bundesminister hier ja nicht von vorn anfangen muß, sondern daß er

Dr. Gruber

bereits Unterlagen vorfindet, auf die er zurückgreifen kann. Wir glauben jedenfalls, daß diese Materien, die auch auf unserem Wunschzettel standen, in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen werden sollen. Wir bekennen uns dazu, daß es notwendig ist.

Ich möchte aber doch noch auf eine andere Materie kurz zu sprechen kommen. In der Regierungserklärung heißt es auch, daß Maßnahmen zur Sicherung des erhaltungswürdigen Althausbestandes zu treffen seien. Was soll das nun heißen? Hat der Herr Bundeskanzler nicht Kenntnis davon genommen, daß während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung ein Wohnungsverbesserungsgesetz geschaffen wurde? Meint er vielleicht nicht dieses Wohnungsverbesserungsgesetz, sondern meint er jenes Lieblingskind der Sozialistischen Partei und der sozialistischen Propaganda, nämlich den Reparaturausgleichsfonds unseligen Angedenkens? Soll das Wohnungsverbesserungsgesetz — so frage ich —, das mit 30. September 1971 befristet ist, nicht weiter verlängert werden?

Ich möchte hier die Meinung meiner Partei sehr klar und unmißverständlich zum Ausdruck bringen. Wir haben über das Wohnungsverbesserungsgesetz, glaube ich, doch im großen und ganzen positive Äußerungen gehört. Wir wissen, daß auch die Gemeinde Wien das Wohnungsverbesserungsgesetz in Anspruch nimmt, und zwar in einem Ausmaß, das eigentlich über das gesetzliche hinausgeht. Herr Staatssekretär! Sie wissen ganz genau, daß wir damals gesagt haben, daß Gemeinden nicht mehr als 25 Prozent der zur Verfügung stehenden Summe selbst in Anspruch nehmen können. Die Gemeinde Wien tut es contra legem. Aber immerhin ist das ein Beweis dafür, daß das Wohnungsverbesserungsgesetz attraktiv genug ist, um sich mit Hilfe dieses Gesetzes in die Lage zu versetzen, bessere und modernere Wohnungen zu gestalten.

Mir liegt ein Antrag vor, der im Steiermärkischen Landtag eingebracht worden ist und mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, doch die Verlängerung des Wohnungsverbesserungsgesetzes und auch eine Novellierung in jenen Punkten zu betreiben, von denen man in der Zwischenzeit feststellen konnte, daß sie verbesserungsbedürftig sind. Ich möchte sagen, daß wir diese Meinung voll und ganz unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann auch aus meiner Erfahrung im oberösterreichischen Wohnbauförderungsberat sagen, daß wir bei der Durchführung und Abwicklung des Wohnungsverbesserungsgesetzes absolut keine Schwierigkeiten haben.

Um so erstaunter war ich, als ich gehört habe, daß der Herr Landeshauptmann Kery

am 4. Dezember im Burgenländischen Landtag erklärt hat, dieses Gesetz sei von Menschen gemacht worden, die noch nie einen Rechenstift in der Hand gehabt haben, noch genauer gesagt: die nicht einmal eins und eins zusammenzählen können. (Abg. A. Schlageter: Ein starkes Stück!)

Nun muß ich mich fragen: Was wollte Herr Landeshauptmann Kery mit dieser Äußerung bezwecken? Weiß Herr Landeshauptmann Kery nicht, daß dieses Gesetz seinerzeit am 22. Oktober 1969 in diesem Haus einstimmig beschlossen worden ist? Hat er gemeint, mit dieser Äußerung der Österreichischen Volkspartei einen Seitenhieb versetzen zu können? Ich glaube, daß sich der Herr Landeshauptmann doch erkundigen sollte, mit welchen Stimmen dieses Gesetz beschlossen worden ist. (Abg. Minikowitz: Außerdem ist es eine Frechheit!) Und selbst wenn dieses Gesetz nur mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen worden wäre, geht doch diese Äußerung über das zulässige Maß der Kritik am Bundesgesetzgeber hinaus. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn er aber wüßte, wer für dieses Gesetz hier im Haus gestimmt hat, dann muß ich fragen: Wollte er vielleicht dem derzeit im Amt befindlichen Minister Moser eins auswischen? Denn Herr Minister Moser war ja einer derjenigen, die am eifrigsten an der Gesetzwerdung mitgewirkt haben. Ich glaube wohl nicht, daß man sagen kann, alle diejenigen, die das Gesetz vorbereitet haben — ob Abgeordnete oder Beamte —, seien so naiv und solche Ignoranten, daß sie nicht eins und eins zusammenzählen können. Wenn Herr Landeshauptmann Kery den Bundesgesetzgeber in derart unqualifizierbarer Weise kritisiert, dann dürfen auch wir die Ländervollziehung in diesem Punkte kritisieren. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Und hier muß man leider feststellen, daß das Burgenland bei dieser Kritik nicht sehr gut abschneidet, daß gerade das Burgenland eines jener Bundesländer ist, die sich mit dem Wohnungsverbesserungsgesetz bisher am wenigsten beschäftigt haben, perzentuell die wenigsten Mittel vergeben hat, und das in einem Land, das den höchsten Anteil an verbesserungswürdigen Wohnungen hat.

Ich kann mir also wirklich nicht vorstellen, was den Herrn Landeshauptmann Kery dazu veranlaßt hat, den Bundesgesetzgeber in einer derartigen Weise zu attackieren. Ich möchte ihm nur raten: Wenn er selber nicht zu Rande kommt mit diesem Gesetz, dann soll er bei seinem sozialistischen Parteikollegen Landesrat Fridl in Oberösterreich Erkundigungen ein-

2180

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Gruber

ziehen, wie man dieses Gesetz vollziehen kann, klaglos vollziehen kann, ohne Schwierigkeiten vollziehen kann.

Ich möchte sagen, daß wir solche Töne, solche schulmeisterlichen Töne hier im Hause nicht gerne hören. Wir lassen uns nicht gerne von einem Landeshauptmann, der zur Vollziehung des Gesetzes berufen ist, in einer derartigen Weise schurigeln. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich komme nun zu dem Kapitel Wohnbauförderung. Ich hätte mir vorgenommen gehabt, Herr Staatssekretär, daß ich über die Materie, über den eigentlichen Inhalt der Regierungsvorlage und des Initiativantrages nicht zu sprechen brauche, weil wir ja noch ausgiebig Gelegenheit haben werden, in nächster Zeit über diese Gesetzesmaterie miteinander zu debattieren. Wir haben sowohl im Bautenausschuß als auch im Haus dann die Möglichkeit, unsere Standpunkte klarzulegen. Sie haben es allerdings für besser befunden, heute schon in einer einstündigen Rede in die Sache einzusteigen. Sie müssen es mir daher auch gestatten, daß ich nun mit einigen wenigen Worten auf ein paar Punkte zurückkomme.

Herr Staatssekretär Weikhart! Sie haben eingangs gemeint, auch die Österreichische Volkspartei sei nun der Auffassung, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1968 absolut unbefriedigend sei. Hier muß ich Sie enttäuschen: Wir sind nicht der Auffassung, daß dieses Gesetz unbefriedigend ist. Wir haben gleich zu Beginn gesagt, ein Jahr, nachdem das Gesetz beschlossen war, und ein halbes Jahr, nachdem es in Kraft getreten war — ich verweise auf die Rede, die seinerzeit Minister Kotzina beim Verbandstag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Klagenfurt gehalten hat —, daß wir selbstverständlich nicht anstehen werden, auch die Erfahrungen, die wir mit diesem Gesetz sammeln, in einer eventuellen Novelle zu verwerten.

Daß wir aber nach wie vor zu den Grundgedanken des Gesetzes stehen, das darf ich heute sehr deutlich und ernst bekunden. Zu diesen Grundgedanken zählen wir den Übergang von der reinen Objektförderung zum gemischten System Objektförderung — Subjektförderung. Wir bekennen uns zu dem Grundgedanken der Eigentumsförderung. Wir bekennen uns zu dem Grundgedanken dieses Gesetzes, daß es überall dort eine soziale Hilfe geben muß, wo der einzelne nicht in der Lage ist, aus eigenem den notwendigen Wohnraum zu beschaffen.

In diesen Punkten werden Sie — und jetzt muß ich mit Ihren eigenen Worten antworten — schwer mit uns reden können, wenn

Sie glauben, uns davon abbringen zu können. Aber wir sind selbstverständlich bereit, in technischen Details Verbesserungen an dem Gesetz vorzunehmen.

Ich möchte hier gleich auf ein Kapitel replizieren, das Sie gegen Schluß Ihrer Rede angeführt haben: die sogenannte Chronologie. Herr Staatssekretär! Für mich war die Chronologie nie eine Prinzipienfrage. Ich sage, daß man diese Bestimmung aus reinen Zweckmäßigkeitssüberlegungen entweder beibehalten oder abschaffen soll. Es gibt in unserer Partei eine ganze Reihe von Freunden, die für die Abschaffung dieser Chronologiebestimmung eingetreten sind. Ich sage Ihnen aber auch, daß ich persönlich diese Bestimmung nicht für unsinnig ansehe, so wie Sie das gesagt haben, sondern ich bin der Meinung, daß diese Bestimmung sehr wohl einen Sinn hat. Das, was jetzt von Ihnen angeführt wird, geht ja alles völlig daneben. Man kann ohne weiteres solche Bauvorhaben, die etwa auf einen Ort oder auf eine Bauvereinigung konzentriert sind, in einem Etappenplan bewilligen und damit auch regional jene Streuung bewirken, die immer wieder verlangt wird. Aber jetzt zu erwarten, daß durch die Abschaffung dieser Bestimmung die Abwicklung dieser Restprojekte rascher erfolgt, wie das auch aus Ihren Worten geklungen hat, ist eine völlige Illusion. Sie werden damit nicht eher zum Ziel kommen, sondern Sie sind mit der Erledigung dieser Fälle natürlich noch genauso lang befaßt, wie das mit der Chronologiebestimmung der Fall wäre. Ich habe das auch allen gesagt, ob in meiner Partei oder in Ihrer Partei, damit sie sich darüber keine falschen Hoffnungen machen.

Ich glaube, das Problem wird nur dann entschärft, wenn man gleichzeitig mit der Abschaffung der Chronologie auch bestimmt, daß die Mittel, die bisher für den Wohnhauswiederaufbau reserviert waren, nun in Hinkunft nicht mehr dafür reserviert sind, sondern daß man über sie auch zur Erledigung anderer Projekte frei verfügen kann. Herr Staatssekretär, wir werden darüber sicherlich ein sachliches Gespräch führen.

Nun aber noch zu einigen anderen Punkten. Sie haben als einen Hauptangriffspunkt herausgestellt, daß in unserem Antrag auch Budgetmittel verlangt werden. Herr Staatssekretär, wir waren in diesem Zusammenhang wesentlich bescheidener, als Sie es seinerzeit gewesen sind. Sie haben in Ihrem Antrag Weikhart, Moser, Gertrude Wondrack und Ge- nossen noch im Jahre 1967, als der Herr Doktor Kreisky schon landauf, landab gezogen ist und gesagt hat, wie schlecht die Wirtschaftssituation sei und wie schlecht die Budget-

Dr. Gruber

situation werde, nicht 5 Prozent der zweckgebundenen Einnahmen des Bundes aus Budgetmitteln gefordert — erinnern Sie sich noch, wieviel Prozent Sie verlangt haben? (Abg. Weikhardt: Von 60 auf 70!) —, nein, Sie haben sage und schreibe 35 Prozent verlangt. § 4 in Ihrem Antrag: „Die Leistungen des Bundes bestehen in einem zweckgebundenen Zuschuß, der mindestens“ — das Wort „mindestens“ haben Sie kritisiert — „35 v. H. der zweckgebundenen Erträge gemäß § 3 Z. 1 zu betragen hat.“ 35 Prozent von etwa 3 Milliarden, die damals zur Verfügung standen, das war etwa 1 Milliarde für ein Jahr. Und jetzt kritisieren Sie, wenn in fünf Jahren Bundesbeiträge von 1 Milliarde aus dem Budget genommen werden sollen. So konsequent sind Sie, wenn wir schon davon reden. (Zwischenruf bei der ÖVP: Kein Zwischenruf!)

Sie haben auch gesagt: Da müssen Sie auch den Bedeckungsvorschlag bringen. Ich habe hier Ihren Originalantrag 56/A von damals. Zum Schluß steht da: „In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Ausschuß zur Beratung der Regierungsvorlagen: Wohnbauförderungsgesetz 1968 (499 der Beilagen) und Mietrechtsänderungsgesetz (500 der Beilagen) zuzuweisen.“ — Kein Wort von einer Bedeckung, Herr Staatssekretär (Ruf bei der ÖVP: Kein Zwischenruf!), obwohl Sie eine Milliarde in einem Jahr verlangt haben! So können Sie jetzt nicht argumentieren, wie Sie das hier belieben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich komme in einem anderen Zusammenhang noch einmal darauf zurück.

Sie haben davon gesprochen, daß wir mit der Wohnbauleistung des Jahres 1969 mit 6,7 Wohneinheiten pro 1000 Einwohner ganz hinten in der europäischen Rangliste stünden. (Abg. Weikhardt: Statistische Nachrichten!) Nicht nur mit Worten, auch mit Ziffern läßt sich trefflich streiten. Was bedeutet denn das schon, wenn wir nicht wissen, wie groß die einzelnen Wohneinheiten in den betreffenden Ländern sind? Nach dieser Statistik steht die Sowjetunion ganz vorne in der Rangliste. Wollen Sie Wohnungen ungefähr in der Größe und in der Qualität in Österreich erzeugen wie in der Sowjetunion? Wäre Ihnen das lieber?

Wenn wir heute die statistischen Nachrichten betrachten, Herr Staatssekretär, und uns die durchschnittliche Wohnungsgröße näher ansehen, so müssen Sie doch zugeben, daß in wenigen Jahren die durchschnittliche Wohnungsgröße von 71 m² auf 77 m² in dem von Ihnen zitierten Jahr 1969 gestiegen ist. Glauben Sie, daß das nicht auch eine Auswirkung

hat, wenn ich in die einzelne Wohnung mehr Geldmittel hineinstecken muß, weil die Wohnungen größer geworden sind, weil die Wohnungen familiengerechter und besser ausgestattet worden sind? Wollen Sie vielleicht, daß wir wieder zurückkehren zu den Minimalwohnungen, zu den Wohnungen mit einer Minimalausstattung? Das müßten Sie berücksichtigen, wenn Sie hier den Einsatz der Mittel für die einzelnen Wohnungen kritisieren.

Sie müssen in dem Zusammenhang auch fragen, wie lange eine solche Wohnung besteht, die hier errichtet wird. Die Fachleute aus aller Welt bescheinigen uns, daß wir in Österreich trotz aller Mängel, die es dabei noch gibt, gut bauen. Wenn ich Wohnungen bau, von denen man annehmen kann, daß sie wenigstens 50 Jahre Bestand haben, dann sieht die Geschichte anders aus, als wenn ich Wohnungen bau, die schon nach 20 Jahren nicht mehr bewohnbar sind.

Sollen wir für eine erhöhte Wohnbauleistung eintreten? Selbstverständlich sind wir auch bereit, eine solche Forderung zu unterstützen. Ich trete auch jenen entgegen, die man da und dort hören kann, die sagen: Der quantitative Wohnungsfehlbestand in Österreich ist ja schon beseitigt, wir haben also nur mehr den qualitativen Wohnungsfehlbestand zu beseitigen. Das waren Aussprüche, die auch auf dem letzten Verbandstag gefallen sind. Ich möchte dazu sagen: Es wird zweifellos notwendig sein, in der nächsten Zeit den Wohnungsmarkt etwas mehr zu beobachten und dort zu bauen, wo die Wohnungen wirklich vonnöten sind, nicht aber einfach dort zu bauen, wo man einen Grund bekommt, und dann mit den Wohnungen hausieren zu gehen, wie es derzeit auch schon einigen gemeinnützigen Bauvereinigungen geht. Das wird sich aufhören. Aber es wird sicherlich auch in der nächsten Zeit eine erhöhte Nachfrage nach Wohnungen dort sein, wo die Wohnungen wirklich gebraucht werden, speziell in den Ballungszentren, weil wir dort nicht nur den Althausbestand ergänzen oder auffüllen müssen, sondern weil wir hier einen echten Zuzug haben.

Aber die Frage ist, wie eine solche Mehrleistung auch zu finanzieren ist. Mit dieser Frage wollte ich mich heute eigentlich ausschließlich beschäftigen, und ich werde auf diese Frage natürlich noch speziell zurückkommen. Wenn Sie hier ein Zahlenspiel mit vielen Beispielen abgeführt haben, dann muß ich an einen Ausspruch des Kollegen Peter denken: Es wäre gut, wenn wir etwa an der Wand solche Zahlen mit einem Overhead-

2182

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Gruber

projektor allen vorführen könnten, damit das jeder wirklich sieht, denn vom Hören allein hat der einzelne recht wenig.

Aber ich gebe zu, daß Sie sich redlich Mühe gemacht haben, Ihre Beispiele durchzurechnen, und ich zweifle auch gar nicht daran, daß diese Rechnungen stimmen, Herr Staatssekretär. Aber Sie haben immer nur von der Objektförderung gesprochen, und Sie haben von dem Kernstück unseres Antrages, das den Antrag eigentlich erst sinnvoll macht, nämlich vom Ausbau der Subjektförderung, kein Wort gesagt. (Abg. *Weikhart: Das stimmt nicht, ich habe ausdrücklich erwähnt ...*) Sie haben etwas von den Eigenmitteldarlehen gesagt, aber von den Wohnbeihilfen, wie wir sie uns vorstellen, haben Sie eigentlich kein Wort gesagt. So kann man natürlich die Öffentlichkeit täuschen.

Der Herr Bundesminister hat auch immer so operiert und gesagt: Da kommen wesentlich niedrigere Quadratmeterpreise heraus als nach der Wohnbauförderung 1968. Das bestreiten wir ja gar nicht. Wir wollen aber dann demjenigen, für den diese Belastung unzumutbar ist, wirklich helfen. Wir wollen aber nicht mit einer Rückkehr zur Objektförderung, wie Sie das mit dem Annuitätenzuschuß machen, Krethi und Plethi unterstützen, jedermann, ob er die Unterstützung braucht oder ob er sie nicht braucht. Dafür sind uns die Geldmittel zu schade, daß wir sie hinausschmeißen. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist ja in Wahrheit der Kernpunkt der Diskussion. Auf diesen Kernpunkt sind Sie mit keinem einzigen Wort eingegangen.

Ich habe hier vielleicht doch noch zu erwähnen, daß die Sozialistische Partei schon in ihrem Wahlkampf verlangt hat: Mehr bauen, besser bauen, schneller bauen! In der Regierungserklärung ist das zum Unterschied vom Wohnungskonzept und von dem Wirtschaftskonzept, wo noch etwas ungenau dargestellt wurde, wie diese Wohnbaumehrleistung ausschauen soll, ganz klar und eindeutig gesagt: Jährlich 5000 Wohnungen mehr! Und nun lesen wir von den Plakaten allenthalben: Und 1971 5000 Wohnungen mehr!

Herr Staatssekretär Weikhart! Wenn im Jahre 1971 tatsächlich 5000 Wohnungen mehr gebaut werden sollten als in diesem Jahr, dann haben Sie und Ihre Partei dazu aber nicht das geringste beigetragen. Nicht das geringste! Denn selbst wenn es Ihnen gelänge, in den ersten Monaten des Jahres 1971 Ihre Vorstellungen bezüglich der Finanzierung zu verwirklichen, dann wissen Sie so gut wie ich, daß diese neue Gesetzeslage überhaupt nicht die Möglichkeit schafft, noch im Jahre 1971

daraus irgendwelche Nutzanwendungen zu ziehen. Denn selbst wenn Sie im Jahre 1971 mehr Projekte bewilligen, werden diese bestenfalls im Jahre 1972 fertig. Wenn es im Jahre 1971 eine erhöhte Wohnbauleistung geben sollte, dann nur auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1968! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. *Weikhart: Jetzt sagen Sie mir, wieso!*) Wieso? Muß ich Ihnen das noch einmal sagen? (Abg. *Weikhart: Ja!*)

Erstens einmal, Herr Staatssekretär, haben alle Bundesländer, die einigermaßen den Appell unseres seinerzeitigen Bautenministers und Ihres eigenen befolgen, schon am Ende des vorangehenden Jahres die Wohnbaumittel zu vergeben, damit ja im Februar, März begonnen werden kann, die Mittel für 1971 schon nach den Bestimmungen von 1968 vergeben. Da ist ja nichts mehr zu vergeben für das Jahr 1971. Das ist das erste. Und zweitens, wenn noch im Jänner, Februar vergeben würde, dann werden diese Mittel nicht mehr im Jahre 1971 zu einer erhöhten Wohnbauleistung insofern beitragen, als diese Wohnungen in dem Jahr dann nicht mehr fertiggestellt werden. Das ist doch eine ganz einfache Sache. Aber bitte, ich bin ja „kein Fachmann“. Entschuldigen Sie, daß ich das sage. (Beifall bei der ÖVP.) Denn Fachleute sind ja nur Sie und der verstorbene Abgeordnete Prinke.

Herr Abgeordneter Weikhart, noch etwas dazu. Ich nehme vielleicht an, daß im kommenden Jahr tatsächlich eine erhöhte Wohnbauleistung zutage tritt. Der „Express“ hat im August oder September einmal geschrieben, es seien 175.000 Wohnungen in Bau. Ich kann diese Meldung nicht verifizieren. Aber wenn das so wahr ist, dann würde für die nächsten zwei Jahre eine Wohnbauleistung von über 80.000 Wohnungen pro Jahr herauskommen. Ich kann mir das zwar nicht vorstellen, aber vielleicht haben Sie gewußt, daß hier so viele Wohnungen in Bau sind, daß man für das Jahr 1971 schon sagen kann: Seht uns an, wie gut wir sind; wir haben bereits bewirkt, daß 1971 um 5000 Wohnungen mehr gebaut werden!

Warum ich das sage? Weil ich zum Beispiel in Wels die Erfahrung gemacht habe, daß drei Wochen nach dem 1. März ein sozialistischer Mandatar beim Bezug eines neuen Hauses einer Frau erklärt hat: Ja, die Wohnungen sind zwar teurer, wissen Sie, aber der Kreisky hat jetzt ein Gesetz gemacht, und da kriegen Sie eine Wohnbeihilfe. — Drei Wochen nach dem 1. März hat dieser Mandatar mit der Wohnbeihilfe, die gegen Ihren Widerstand mit unseren Stimmen allein eingeführt worden

Dr. Gruber

ist, Propaganda für die Sozialistische Partei gemacht! Vielleicht machen Sie das auf anderen Gebieten ähnlich. (Zwischenrufe bei der ÖVP: *Da sieht man es!* — *Abg. Dr. Wittam: Wie immer!*)

Ich darf nur festhalten, damit es auch da zu keiner Legendenbildung kommt: In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1969, in diesen vier Jahren, wurden in Österreich mehr Wohnungen fertiggestellt als je zuvor in einem Zeitraum von vier Jahren, nämlich über 200.000 Wohnungen. Und wenn wir im Jahre 1970 die Millionengrenze an Neubauwohnungen nach 1945 überschreiten, dann darf das wohl auch ein Anlaß sein, daß wir uns freuen. (Beifall bei der ÖVP.) Denn durch die Statistik ist nachgewiesen, daß mit Ende 1968 910.000 Wohnungen fertiggestellt waren. Das Jahr 1969 hat knapp 50.000 Neubauwohnungen gebracht, und das Jahr 1970 sicherlich nicht weniger.

Aber das hat nicht die SPÖ gemacht, Herr Staatssekretär. Sie brauchen also nicht zu sagen: Da hätten Sie früher kommen müssen, das haben Sie verschlafen! Wir haben hier nichts verschlafen. Sie sind auf den schon fahrenden Zug aufgesprungen, und nicht anders ist es.

Und nun zu der Frage: Wie soll diese Wohnbauleistung finanziert werden?

Der Herr Kollege Leitner hat neuerlich mehrfach den Ausspruch gemacht: Tempora mutantur. Wie sich die Zeiten ändern! Ich möchte sagen: Nein, nicht die Zeiten haben sich so grundlegend geändert, sondern die Menschen, speziell die SPÖ-Menschen. (Abg. Robak: *Die müssen sich ja ändern, sonst hätten wir nicht mehr Stimmen gekriegt!*) Herr Kollege Robak! Hören Sie jetzt ein bissel zu! (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Im Jahre 1967 haben die Abgeordneten Weikhart, Moser und Genossen den Antrag gestellt, 35 Prozent der zweckgebundenen Eingänge aus dem Budget noch zusätzlich für den Wohnbau zu verwenden. 1969 schreibt die SPÖ in ihrem Wohnbaukonzept, daß ergänzende Maßnahmen notwendig seien, um einen eventuellen Abgang bei der Mehrfinanzierung abdecken zu können. Also ergänzende Maßnahmen. 1970 ist nicht mehr davon die Rede. Weder in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers — der Herr Bundeskanzler weicht schon auf den Kapitalmarkt aus — noch im Budget.

Und das Budget 1971 bringt „keinen Groschen“, wie Sie sich ausgedrückt haben; Sie haben ja das uns vorgehalten. Na wieviel

bringt denn das Budget 1971 aus Budgetmitteln? — Nichts. Gar nichts. Da sind nur die zweckgebundenen Einnahmen. Wie sich die Menschen ändern! Daß sich auch so erfahrene, um nicht zu sagen ältere Menschen noch so wandeln können, hätte ich nicht gedacht. Aber Herr Staatssekretär Weikhart hat es zustandegebracht.

Und nun steht in der Budgetrede des Herrn Finanzministers Dr. Hannes Androsch: „Abgesehen von dieser Änderung“ — gemeint ist eine gesetzliche Änderung — „werden sich die Mittel für die Wohnbauförderung, die an die Bundesländer überwiesen werden, auch angesichts der Steigerung der hiefür zweckgebundenen Einnahmen ganz beträchtlich erhöhen, und zwar von rund 3,3 Milliarden Schilling auf rund 3,9 Milliarden Schilling“. Jawohl, sie erhöhen sich, weil wir seinerzeit in unserem Wohnbauförderungsgesetz diese Mittel für die künftige Wohnbauförderung sichergestellt haben. Das war ja keine Selbstverständlichkeit, daß wir Beiträge zum Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sozusagen verewigen. Man hätte auch sagen können: Wiederaufbau beendet, schaffen wir diesen Zuschlag ab. (Abg. Weikhart: *Nein, das hätten Sie nicht sagen können, weil im Gesetz ausdrücklich vermerkt ist, wenn das zu Ende geht, geht das wieder weiter!*) Das ist ja kein Verfassungsgesetz, Herr Staatssekretär.

Wir haben dafür gesorgt, daß diese Finanzquelle auch weiter fließt, und nur auf Grund dieser Finanzquelle sind diese Mittel von 3,3 auf 3,9 Milliarden gestiegen. Aber der Herr Finanzminister sagt ja: „auch angesichts der Steigerung der hiefür zweckgebundenen Einnahmen“. Was soll denn das Wörtchen „auch“ hier? Wo sind denn die anderen Mittel, die noch zusätzlich für den Wohnbau da sind? Das sind nämlich die einzigen Mittel. Dieses „auch“, das er hier als eine schmückende Beifügung gebracht hat, hätte er sich ruhig schenken können. Dieses Wörtchen ist nämlich eine glatte Irreführung der Öffentlichkeit. So schaut die Sache in Wirklichkeit aus.

Nun aber auch noch zu einer grundsätzlichen Frage. Im Wirtschaftsprogramm der SPÖ aus dem Jahre 1968 lese ich, daß ein langfristiges Finanzierungskonzept notwendig sei. Übrigens stehen da eine Reihe vernünftiger Dinge drinnen, nur haben es wir schon vorher verwirklicht, wie etwa die Sicherung der Althäuser; Sie haben es ins Programm geschrieben, tun aber nichts dafür.

Nun, langfristiges Finanzierungskonzept. Frage: Wo ist dieses langfristige Finanzierungskonzept, von dem noch 1968 die Rede war? (Abg. Machanze: *In Kreiskys Schub-*

2184

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Dr. Gruber

lade!) Ist es vielleicht das, was Sie uns jetzt des langen und breiten auseinandergesetzt haben? Das ist kein Finanzierungskonzept. Ich wüßte nicht, mit welchen Worten Sie uns gesagt haben, wo die Geldmittel dafür herkommen sollen. Unter Finanzierungskonzept verstehe ich nur, daß Sie uns angeben können, wie diese Geldmittel, die zweifellos gebraucht würden, auch zur Verfügung gestellt werden können.

Die Wohnbauförderungsgesetz-Novelle, die Sie vorlegen, sagt lakonisch dazu: Und für diese Maßnahmen wird im jeweiligen Bundesfinanzgesetz vorzusorgen sein. — Und jetzt bin ich wieder dort, Herr Staatssekretär. Sie haben gesagt, es sei unmöglich, jetzt etwas bei dieser miesen Wirtschaft der ÖVP aus dem Budget herauszuholen. Und dann schreiben Sie selbst in Ihre Gesetzesvorlage hinein: Für diese Maßnahmen wird im jeweiligen Bundesfinanzgesetz vorzusorgen sein.

Jetzt zur Frage Kapitalmarkt. Sie haben seinerzeit im Jahre 1967 heftig bestritten, daß der Kapitalmarkt überhaupt in der Lage sei, die Mittel, die wir von ihm indirekt verlangt haben, aufzubringen. Inzwischen hat sich hier keine Schwierigkeit ergeben. Nun kommen Sie und sagen: Nicht nur 30 Prozent der Wohnbaufinanzierung vom Kapitalmarkt, sondern 45 Prozent vom Kapitalmarkt! Ich möchte gar nicht untersuchen, ob der Kapitalmarkt in der Lage ist, diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Nehmen wir einmal an, er sei es. Dann ist immer noch die Frage offen, woher das Geld für die öffentlichen Darlehen und die Annuitätenzuschüsse kommt.

Und nun, Herr Staatssekretär, haben Sie mir oder uns allen eine Ziffer genannt, von der Sie annehmen, wir würden Sie Ihnen abnehmen, nämlich 20 Millionen Schilling Finanzierungslücke bis zum Jahre 1975. Ich würde Sie herzlich bitten, mir einmal bei Gelegenheit Einsicht in diese Berechnungen zu gewähren. Das würde mich nämlich ungemein interessieren. Ich habe nämlich hier ein Papier, das aus SPO-Kreisen stammt. Aber wenn Sie mich jetzt fragen, von wem, kann ich Ihnen den Namen nicht nennen. Wenn Sie Ihr eigenes Kind verleugnen, bin ich deshalb auch nicht traurig. Es ist eine solide Berechnung, aber es ist kein Finanzierungskonzept, weil nicht drinnen steht, woher das Geld zu nehmen ist. Aber es ist eine solide Berechnung, und mit dieser Berechnung möchte ich mich jetzt etwas näher befassen.

Hier werden also, wie Sie selbst gesagt haben, 30.000 Wohnungen zunächst als Ausgangsbasis angenommen. (Abg. Weikhardt: Das hat Ihnen der Jonak aufgeschrieben!)

Nein, das habe ich nicht vom Jonak, das habe ich dem Jonak gegeben. Fragen Sie einmal, Herr Staatssekretär, bei den Herren Doktor Muchna, Dr. Zeitlhofer und Genossen nach, ob denen so ein Papier bekannt sei. (Abg. Machanze: Kollege Gruber, die kennt er ja nicht!) Die kennt er nicht. Nein. Darf ich also noch sagen — Sie können mir Ihre Einwände dagegen dann sagen; ich bin gerne bereit, die alle aufzunehmen —: 30.000 geförderte Wohnungen pro Jahr als Ausgangsbasis. Sie haben dieselbe Ziffer genannt, also sind Sie damit einverstanden. Fläche pro Wohnung: 70 m² als Berechnungsgrundlage. Hier wird die Sache natürlich schon problematisch. Denn die letzte Statistik sagt uns, daß 77 m² österreichischer Schnitt im Jahre 1969 waren. Wenn Sie sagen 70 m², kann ich nur annehmen, daß Sie die Wohnungsgröße wieder auf diese 70 m² im Schnitt reduzieren möchten. (Abg. Dr. Witzel: Rückschnitt!) Aber Sie haben diese 70 m² im Schnitt sowohl im Jahre 1971 wie auch noch im Jahre 1980 als Berechnungsgrundlage. Es wird also von diesen Gewährsmännern ein Fortschritt in der Wohnungsgröße von vornherein negiert. (Abg. Doktor Kohlmaier: Das „moderne Österreich“!)

Dann steht hier: Baukosten pro Quadratmeter 3969 S für das Jahr 1971. Das kann man akzeptieren. Obwohl ich sagen muß, daß in den westlichen Bundesländern mit diesem Satz das Auslangen nicht mehr gefunden wird. (Abg. Wielandner: Die Landesregierung Salzburg hat 3500 S!) Reden Sie doch nicht! Da stehen für die Eigenheimbauer schon 5000 S. (Abg. Wielandner: 3500 S, Herr Kollegel) Ich werde Ihnen den Beweis noch liefern. Die Salzburger sind nämlich von Anfang an nicht unter 4000 S gewesen.

Gesamtbaukosten, heißt es dann — nach dieser Berechnungsart —: 8335 Millionen, öffentliche Darlehen 42,5 Prozent. Hier ist eine Mischziffer genommen worden zwischen den 45 und den 40, und die Verfasser schreiben, daß sie hier je die Hälfte angenommen haben. Das konzediere ich. Also öffentliche Darlehen 3543 Millionen, Annuitätenzuschuß — auch hier angegeben, wie berechnet — 92 Millionen, Bedarf an öffentlichen Mitteln 3635 Millionen. Es sind dann noch die Kapitalmarktmittel ausgerechnet, die Eigennittel ausgerechnet — von 15 Prozent im Schnitt —, und dann heißt es: Aufbringung an öffentlichen Mitteln für die Wohnbauförderung für das Jahr 1971 4100 Millionen. Das ist schon eine Ziffer, die nicht mehr stimmt, weil wir im Budget nur 3929 Millionen stehen haben. Es fehlen also hier schon 170 Millionen Schilling. Und dann kommt die Post Rückflüsse aus WWF und BWSF: 500 Millionen Schil-

Dr. Gruber

ling. Ergibt also öffentliche Mittel von insgesamt 4600 Millionen Schilling.

Herr Bundesminister! Sie werden jetzt verstehen, warum ich in einer mündlichen kurzen Anfrage Sie gefragt habe, wieviel Mittel aus diesen beiden Bundesfonds in den nächsten Jahren zu erwarten sein werden. Sie haben mir das freundlicherweise mitgeteilt und sogar noch in einem Brief nachträglich aufgeschlüsselt, obwohl sich hier gewisse Unstimmigkeiten ergeben haben. Sie haben das aufgeklärt.

Aber das entscheidende dabei ist ja, daß Sie zugegeben haben, daß bis einschließlich 1973 aus den Rückflüssen des BWSF und des WWF gar keine Mittel zur Verfügung stehen, um auf die Länder verteilt zu werden. Da fehlen also 500 Millionen Schilling in dieser Berechnung. Nachdem schon 170 Millionen aus dem Budget 1971 gefehlt haben, ergibt sich leider hier ein Fehler. Wenn ich noch hergehe — und ich habe mir das sehr gut ausgerechnet — und ich nicht 70 m² im Durchschnitt pro Wohnung nehme, sondern 75 m² und unter dem Schnitt von 1969 bleibe, dann ergibt sich nicht ein Plus oder ein Überschuß von 965 Millionen, wie hier die Autoren errechnet haben, sondern dann ergibt sich nur mehr ein Überschuß von sage und schreibe 4 Millionen Schilling für das Jahr 1971.

Sie können also sagen, das gesteckte Ziel können Sie im Jahre 1971 ohne weiteres erreichen. Aber Sie haben ja das gloriose System der Annuitätenzuschüsse in Ihrer Vorlage, und Sie wissen ganz genau, was diese Annuitätenzuschüsse für eine Tendenz in sich haben, nämlich eine explosive Tendenz. Von Jahr zu Jahr steigen diese Gelder, und so ist es nicht verwunderlich, daß bereits 9158 Millionen Schilling an Annuitätenzuschüssen von 1971 bis 1978 entstehen laut dieser Berechnung, die nicht von mir stammt. Aber ich muß noch einmal sagen: Außer den Prämisen ist an dieser Berechnung nichts auszusetzen.

Es werden also nahezu 10 Milliarden Schilling für Annuitätenzuschüsse in einem Zeitraum von zehn Jahren verbraucht. Uns werfen Sie vor, daß wir für fünf Jahre eine zusätzliche Milliarde haben wollen. Sie sagen mit keinem Wort, wo diese zusätzlichen 10 Milliarden herkommen sollen. Aber es sind ja nicht bloß 10 Milliarden, Herr Staatssekretär, sondern die Berechnungen, so wie sie hier sind, weisen eine Finanzierungslücke von 25,7 Milliarden Schilling in diesen zehn Jahren aus, nur an öffentlichen Mitteln! 25,7 Milliarden Schilling! (Abg. *O f e n b ö c k*: *Er rechnet, daß dann der Kreisky nicht mehr da ist!*)

Sie haben gesagt, in dem Zeitraum von fünf Jahren würde das nur eine Finanzierungs-

lücke von 20 Millionen Schilling ergeben. Wissen Sie, was Ihre Herren ausgerechnet haben, trotz der falschen Ansätze, die sie genommen haben? 1763 Millionen Schilling! Ich gebe Ihnen das alles, ich habe es ja abgelichtet. (Abg. *W e i k h a r t*: *Ich kenne es ja eh!*) Ach, Sie kennen eh? Na umso besser! (Heiterkeit bei der ÖVP.) Und da bemühe ich mich die ganze Zeit. (Abg. *W e i k h a r t*: *Sie haben ja die falschen Ziffern!* — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Der Herr Staatssekretär Weikhart wird uns nämlich nachzuweisen haben, warum diese Ziffern falsch sind. (Abg. *S o r o n i c s*: *Da ist er ja nimmer da! Er muß ja heuer in Pension gehen!*)

Und mit diesem gigantischen Defizit in der öffentlichen Wohnbaufinanzierung trauen Sie sich an die Öffentlichkeit! (Abg. *D e u t s c h m a n n*: *Hilft's nichts, schadet's nichts!*) Uns werfen Sie vor, daß wir 5 Prozent der zweckgebundenen Einnahmen aus dem Budget verlangen, und Sie gehen über Milliardendefizite mit einem Lächeln hinweg, das geradezu beängstigend ist.

Die 500 Millionen Schilling Rückflüsse setzen Sie ein, obwohl sie nicht zur Verfügung stehen, Sie verzichten zwanzig Jahre hindurch auf sämtliche Rückflüsse bei künftigen Vergaben, ohne sich Gedanken zu machen, wieviel das ausmacht. Das alles wird von Ihnen als absolut seriös bezeichnet. Von uns jedenfalls nicht! (Ruf bei der ÖVP: *Sie glauben ja selber nicht, daß sie lange an der Regierung bleiben!* — Abg. *B e n y a*: *Das habt ihr gemacht, die Schulden verdoppelt!*) Nein, das haben wir nicht gemacht, sondern das ist das Katastrophalste, was an Finanzierung hier in diesem Haus überhaupt vorgelegt worden ist! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich stelle also erstens fest: Die Sozialistische Partei ist dagegen, daß Budgetmittel für den Wohnbau verwendet werden, obwohl sie vor drei Jahren, ja sogar vor zwei Jahren noch absolut der Meinung war, daß solche Budgetmittel für den Wohnbau verwendet werden sollen.

Zweitens: Ein langfristiges Finanzierungskonzept liegt nicht vor, obwohl im sozialistischen Wirtschaftsprogramm ein langfristiges Finanzierungskonzept als Voraussetzung für die Steigerung der Wohnbauleistung bezeichnet wurde. (Abg. *M a c h u n z e*: *Das Programm war Nebel!*)

Drittens stelle ich fest, daß das Programm, das Sie plakatieren, lediglich ein Programm für einen Augenblick ist, für das Jahr 1971, mit dem Gedanken: „Hinter uns die Sintflut!“ — nachher soll sich wer anderer darum kümmern, wie diese Defizite abgebaut werden sollen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dr. Gruber

Das Finanzierungssystem der Annuitätenzuschüsse in der Form, wie Sie es vorgelegt haben, und der Verzicht auf die Rückflüsse zehrt die Wohnbaumittel innerhalb kurzer Zeit völlig auf. Dieses System ist als ruinös zu bezeichnen und führt zum totalen Zusammenbruch unserer bisherigen Wohnbaufinanzierung. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Soronics: Das ist Kreisky und seinem Team vollkommen Wurscht!)

Oder, Herr Staatssekretär, soll der Ausweg etwa darin bestehen, daß Sie den § 15 a Ihrer Regierungsvorlage aktivieren wollen, wo im Absatz 4 davon die Rede ist, daß in einem Notfall die Bundesregierung die Annuitätenzuschüsse in der bisherigen Höhe einfach vom Tisch fegen kann? Ja wenn man das in Betracht zieht, daß Sie vielleicht nach drei Jahren sagen: Wir sehen nicht mehr hinaus, die Annuitätenzuschüsse kassieren wir!, dann allerdings haben Sie das Ei des Kolumbus gefunden. (Ruf bei der ÖVP: Das ist aber ein faules Ei!) Da muß ich aber sagen: Dann ist das ein Täuschungsmanöver, wie es größer und ärger in der letzten Zeit nicht vorgebracht worden ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Staatssekretär! Ich erwarte mir keine momentane Wirkung meines Diskussionsbeitrages, aber — ich sage noch einmal — vielleicht doch eine Fernwirkung, daß Sie bis zum Jänner oder Februar, wenn wir über die Wohnbaugesetznovelle im Ausschuß beraten, doch noch einmal nachdenken.

Wir haben Ihnen unsere Vorschläge unterbreitet. Wir sagen nicht, daß wir über Ihre Vorschläge absolut nicht diskutieren wollen, sondern ich sage, daß wir mit allen Parteien ein Gespräch darüber aufzunehmen bereit sind. Wir möchten ein System, mit dem die Wohnbaufinanzierung gesichert ist, wir möchten, daß dieses System es ermöglicht, mehr und bessere Wohnungen zu bauen.

Wir sind aber nicht bereit, Vorschlägen zuzustimmen, die den Bankrott unserer Wohnbaufinanzierung bedeuten! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Babanitz. Ich ertheile es ihm. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Abgeordneter Babanitz (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gruber hat sich bemüßigt gefühlt, hier im Hohen Haus den Herrn Landeshauptmann vom Burgenland anzugreifen, der sich hier nicht verteidigen kann. (Abg. Dr. Gruber: Haben wir uns im Burgenländischen Landtag verteidigen können?) Lassen Sie mich ausreden! Ich möchte hier eines feststellen: Die

Erklärung, die der Herr Abgeordnete Gruber hier abgegeben hat, stammt aus der ÖVP-Zeitung der vergangenen Woche. (Abg. Soronics: Nein, aus dem stenographischen Protokoll!) Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Soronics, das stenographische Protokoll ist noch nicht fertig. (Abg. Soronics: Aber man kann es durchlesen!) Ich möchte dazu erklären: Ich selbst habe die Worte des Herrn Landeshauptmannes nicht gehört. (Abg. Doktor Mussi: Das ist Ihr Fehler!) Ich bin nicht verpflichtet, den ganzen Tag im Landtag bei der Budgetverhandlung zu sein. Wenn Sie Zeit dazu haben, ist das Ihre Sache, aber ich möchte hier erklären, daß ich mir das stenographische Protokoll ansehen werde. Ich werde auch mit dem Herrn Landeshauptmann reden, denn ich kann mir nur vorstellen: wenn diese Worte gefallen sein sollten, dann in einem vollkommen anderen Zusammenhang (Abg. Soronics: Nein, leider nicht!) als hier in der ÖVP-Zeitung, wo sie, was wir in letzter Zeit sehr oft erlebt haben, aus dem ganzen Konzept herausgerissen wurden. (Abg. Soronics: Bei euch! Bei uns nicht! Stimmt Wort für Wort!) Mehr möchte ich im Augenblick hier nicht sagen. Wir werden sehen, ob es stimmt, Kollege Soronics. Ich nehme an, daß ich genauso Gelegenheit haben werde, das Protokoll des Landtages zu sehen, wie Sie es angeblich schon gesehen haben. (Abg. Soronics: Nur die Aufnahme wie bei uns im Parlament!)

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich nach den Ausführungen meiner Herren Vorredner (Abg. Soronics: Das war schwach, Babanitz! Aber Ihr Bemühen sehe ich ein!), die sich mit dem Wohnbau und verschiedenen anderen Bauvorhaben und Bauangelegenheiten befaßt haben, doch auch als Vertreter der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, der Interessenvertretung der Bauarbeiter, die letzten Endes an einem Zustandekommen und an der Durchführung eines Bautenbudgets interessiert ist, doch auch einige Bemerkungen hier in diesem Hohen Haus machen.

Ich hatte schon in den letzten Jahren mehrmals die Gelegenheit, einige dieser die Bauwirtschaft betreffenden Probleme aufzuzeigen, und ich darf daher heute neuerlich feststellen, daß die gesamte Bauwirtschaft zum Großteil davon abhängig ist, welche Mittel vom Bautenbudget des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die Errichtung von Hochbauten, Straßen- und Kraftwerksbauten aufgebracht werden. Es ist auch — und es wurde in letzter Zeit des öfteren darüber auch in diesem Hohen Haus gesprochen — kein Geheimnis, daß gerade die Bauwirtschaft in den Jahren 1967,

Babanitz

1968, also zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, und zum Teil auch noch 1969 in Österreich eine Krise durchmachen mußte, die zu einer wesentlichen Senkung der Gesamtbeschäftigung in dieser Berufsgruppe geführt hat.

Wenn das Budget 1971 für Bauzwecke auf Bundesebene Ausgaben in der Höhe von rund 14,3 Milliarden Schilling vorsieht, so sind das um 14 Prozent mehr als im Voranschlag 1970 und um 30 Prozent mehr als im Bundesrechnungsabschluß 1969. Es ist meiner Meinung nach jedoch erforderlich, dafür Vorsorge zu treffen, daß diese Summen auch so produktiv wie möglich verwendet werden. Denn es kommen zu diesen von mir aufgezeigten Zahlen noch die Budgets beziehungsweise die Ausgaben der Länder und der Gemeinden dazu, und es hat sich gerade in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß es bei nicht zeitgerechter Vergabe der Aufträge beziehungsweise bei nicht zeitgerechter Planung der Bauvorhaben immer wieder zu Saisonschwankungen und zu überhitzten Konjunkturspitzen kommt.

Als Vertreter der Bauarbeiter darf ich aber hier mit allem Nachdruck feststellen, daß gerade die Bauarbeiter nicht daran interessiert sind, in den Wintermonaten wochenlang arbeitslos zu sein, während in den Sommermonaten durch Konjunkturüberhitzung die normalen Arbeitsstunden mit einem Vielfachen an Überstunden nicht ausreichen, um das Baugetriebe durchzuführen. Diese Planlosigkeit führt naturgemäß auch dazu, daß die Bauvorhaben, die in dieser Art und Weise durchgeführt werden müssen, sich unnötigerweise verteuern.

Ohne jetzt im einzelnen auf Details eingehen zu wollen, möchte ich doch feststellen und verlangen, daß gerade in der Frage der Koordinierung in der Bauwirtschaft raschest Schritte unternommen werden sollen.

Als im Jahre 1966 ein Bautenministerium geschaffen wurde, wurde damit, und ich habe das bereits bei meiner Budgetrede 1966/1967 zum Ausdruck gebracht, ein Verlangen der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter erfüllt. Die Baugewerkschaft hat daher auch dem damaligen ÖVP-Bautenminister gerne Vorschläge für eine Änderung der traditionellen Saisonschwankungen in der Bauwirtschaft unterbreitet. Ich darf bei dieser Gelegenheit auf die 1965/66 fertiggestellte beziehungsweise herausgegebene Broschüre der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter unter dem Titel „Neuordnung der Bauwirtschaft“ im besonderen verweisen.

Auch im Beirat für Bauwirtschaft, der im Bautenministerium errichtet wurde, haben die

Vertreter der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter mitgearbeitet. Die Herausgabe eines Terminplanes, der immer wieder von uns verlangt wurde und der erstmalig für Bauvorhaben im Jahre 1969 zur Anwendung kommen sollte, aber auch die Erstellung einer Prognose für die Bauwirtschaft ist mit ein Beweis für die Mitarbeit und das Interesse an einem reibungslosen Ablauf des Baugeschehens.

Ich muß aber heute neuerlich feststellen, daß gerade die Frage der Baukoordinierung meiner Meinung nach in den letzten Jahren zuwenig beachtet worden ist. Ich darf dies durch einige baustatistische Tabellen beziehungsweise Daten untermauern und darf feststellen, daß sich auch hier die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter in den Jahren 1968 und 1969 und auch noch 1970 bemüht hat, baustatistische Unterlagen zu beschaffen, die sowohl der Vertretung der Bauunternehmer als auch den zuständigen Stellen in Bund, Land und Gemeinden zur Verfügung gestellt wurden, um auch diese Stellen für die Notwendigkeit einer Koordinierung in der Bauwirtschaft und für ein kontinuierliches Ablauen des Baugeschehens zu gewinnen.

Daß dies leider noch nicht gelungen ist, möchte ich, wie schon erwähnt, an einigen Tabellen, die ich hier kurz zitieren darf, beweisen:

Der Anteil des Bauvolumens am Bruttonationalprodukt betrug 1966 insgesamt 39,1 Milliarden Schilling, das sind 14,9 Prozent. Bis 1969, also in einem Zeitraum, in dem die ÖVP-Alleinregierung für die Budgeterstellung und für das Bautenbudget zuständig war, ist dieser Anteil zwar auf 41,6 Milliarden gestiegen, jedoch der Gesamtanteil des Bauvolumens am Bruttonationalprodukt auf 12,9 Prozent gesunken; also eine Senkung von 14 auf 12,9 Prozent.

Oder die Entwicklung der Produktion in der Bauwirtschaft, im besonderen im Bauhauptgewerbe. Hier müssen wir ebenfalls feststellen, daß die Entwicklung sehr negativ ist. Sie ist also von 1966 bis 1968 zurückgegangen und ist auch weiterhin noch im Zurückgehen.

Auch wenn wir die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft, im Bauhauptgewerbe vergleichen, darf ich feststellen, daß 1968, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt schon ein Rückgang der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zu verzeichnen war, 110.960 Bauarbeiter im Jahresdurchschnitt beschäftigt gewesen sind, während es 1969 nur mehr 107.000 und auf Grund des Budgets 1970 nur mehr 105.000 gewesen sind.

Aber ich glaube, sehr entscheidend bei der Betrachtung dieser statistischen Unterlagen ist

Babanitz

die Verteilung der Bauproduktion auf die einzelnen Quartale des Jahres. Im Jahre 1968 ist in allen Bausparten: Hochbau, Tiefbau und Adaptierungen, der Anteil des Baugeschehens oder die Bauproduktion in den einzelnen Quartalen folgendermaßen festzustellen gewesen: 1968 im ersten Quartal 15,6 Prozent Anteil, im zweiten Quartal 27,3, im dritten 30,3 Prozent und im vierten Quartal bereits wieder ein Absinken auf 26,8 Prozent. 1969 in den Wintermonaten im ersten Quartal noch ungünstiger, 14,2 Prozent, im zweiten Quartal 26,1 Prozent, im dritten Quartal 31 und im vierten Quartal wieder ein Absinken der Bauproduktion vom dritten auf das vierte Quartal.

Und nun die Auslastung der Kapazität der Arbeiter im Bauhauptgewerbe. Auch hier müssen wir feststellen, daß im dritten Quartal die Auslastung zu 100 Prozent angenommen werden kann, daß sie 1968 im ersten Quartal 66 Prozent war, im zweiten Quartal knapp 100 Prozent erreichte und im vierten Quartal 87 Prozent war. Jedoch war im Jahresdurchschnitt die Auslastung der Kapazität des Bauhauptgewerbes mit nur etwa 88 Prozent gegeben.

1969 ist diese Auslastung weiter zurückgegangen. Sie war im Jahresdurchschnitt nur mehr 86 Prozent.

Ich darf noch ganz kurz die Frage der Winterarbeitslosigkeit und die Dauer der Winterarbeitslosigkeit anführen. Die Bauarbeiter waren im Winter folgendermaßen arbeitslos: Mehr als 35.000 Bauarbeiter waren im Winter 1965/66 sieben Wochen arbeitslos, mehr als 30.000 neun Wochen, mehr als 25.000 zehn Wochen und mehr als 15.000 13 Wochen.

Im Winter 1966/67 ist diese Ziffer ziemlich gleich.

Im Winter 1968/69, im besonderen aber im Winter 1969 auf 1970 ergeben sich Zahlen, die sehr bedenklich sind. (Abg. *Suppan: Jetzt kommt der Winter 1970/71!*) Ja, darauf werden wir warten, Herr Kollege Suppan. (Abg. *Suppan: Das wird ein Bumerang werden!*) Ich hoffe, daß es besser wird. Wir werden das auch feststellen. Auch wenn ein sozialistischer Minister im Amt ist, werden wir seitens der Bauarbeiter unsere Meinung dazu sagen, ob diese Maßnahmen gut oder schlecht gewesen sind. (Abg. *Suppan: Sie werden doch diese Ziffer nicht öffentlich sagen!*) Diese Ziffern sind öffentlich bekannt. Sie stehen in den statistischen Unterlagen jederzeit zur Verfügung.

Wir haben bis jetzt jedesmal in diesem Hohen Haus unsere Wünsche und Meinungen dazu gesagt. Ich darf sagen, daß nicht nur die

Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, sondern auch der Gewerkschaftsbund die Arbeitnehmer auch gegen die Regierung vertreten und gesagt hat, was er sich von der Regierung erwartet. Wir Bau- und Holzarbeiter werden es genauso halten.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß ich Ihnen mit diesen Zahlen, die sicherlich in einem größeren Ausmaß hier bekanntgegeben werden könnten, aufgezeigt habe, wie notwendig und wichtig die Koordinierung des Baugeschehens in Österreich durch das Bundesministerium für Bauten und Technik für die gesamte Bauwirtschaft ist. Ich hoffe, daß das auch durchgeführt werden kann.

Ich möchte daher hier noch einmal mein Ersuchen aus dem Finanz- und Budgetausschuß an den Herrn Bautenminister wiederholen, daß seitens des Ministeriums alle nur erdenklichen Möglichkeiten und Maßnahmen aufgegriffen werden, um eine rechtzeitige Auftragsvergabe und damit auch einen kontinuierlichen Ablauf des Baugeschehens für die Bauwirtschaft zu erreichen.

Ich darf auch hier feststellen, daß Herr Bundesminister Moser bereits in den Ausschußberatungen auf Grund meiner Anfrage, aber auch auf Grund der Anfragen einiger anderer Herren zugesagt und sich bereit erklärt hat — ich hoffe nur, daß es ihm auch gelingt —, diese Maßnahmen ehestens in Angriff zu nehmen, und daß er sich auch dazu bereit erklärt hat, bei den Ländern und bei den Gemeinden zu versuchen, ebenfalls eine Koordinierung zu erreichen.

Wenn es so, wie im Ausschuß angekündigt, gelingen sollte, daß uns, den Interessensvertretungen der Bauwirtschaft und allen anderen zuständigen Stellen, rechtzeitig die Bauvorstudie für das Jahr 1971 zur Verfügung gestellt wird, dann, glaube ich, kann bei einigermaßen gutem Willen aller betroffenen Stellen eine bessere Situation im Ablauf des Baugeschehens bereits für 1971 erreicht werden. Die Bauarbeiter und die gesamte Bauwirtschaft sind jedenfalls an einer derartigen kontinuierlichen Auslastung der Bauwirtschaft stärkstens interessiert.

Nun, Hohes Haus, meine Damen und Herren, darf ich noch zu einigen Bemerkungen zu diesem Kapitel kommen, die von einigen Herren auf Seite der Österreichischen Volkspartei im Ausschuß, aber auch in der Presse gegen den Herrn Bundesminister und gegen das Bautenministerium im besonderen gemacht worden sind. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er seine Stellung im Ministerium zu Propagandazwecken benutzt. Ich glaube, daß ich als Vertreter der Bauarbeiter, aber auch als

Babanitz

Vertreter eines Landes, aus dem der größte Teil der Menschen in andere Bundesländer zu Arbeiten vor allen Dingen der Bauwirtschaft gehen muß, doch hier auch einiges dazu sagen darf. Es ist so, daß gerade die Bauarbeiter des Burgenlandes, die als Wanderarbeiter in anderen Bundesländern sind, bei Freisetzung von Arbeitskräften als erste betroffen sind, daß sie aber auch im Frühjahr, wenn die Bausaison wieder anfängt, die letzten sind oder daß sie zumindest später aufgenommen werden als die übrigen und damit auch nicht gleich zu arbeiten beginnen können.

Es ist daher seitens der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, aber, wie ich glaube, auch seitens der Bundesinnung für das Bauhandwerk begrüßt worden, daß zu Beginn des Winters 1970 seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik eine Broschüre herausgegeben wurde, die sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber auf die Möglichkeiten des Winterbaus aufmerksam machen soll.

Diese Broschüre „Den Winter nützen und im Winter bauen“ wurde von einigen Herren, aber auch, wie ich schon erwähnte, von der Presse zum Anlaß genommen, um dem Herrn Bundesminister, weil er, wie es halt üblich ist, in dieser Broschüre ein Vorwort geschrieben hat, Propaganda vorzuwerfen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß in der Vergangenheit seitens der ÖVP-Bundesminister vor allen Dingen von 1966 bis 1970 wesentlich mehr und unnötige Propaganda betrieben wurde. Ich darf hier nur daran erinnern, daß beispielsweise ein Buch über den Autobahnbau in Österreich in einer Anzahl von 5000 Exemplaren für Geschenkzwecke um etwa 400.000 S angekauft oder angefertigt wurde. (Abg. Dr. Kotzina: *Es wurde auch Ihnen eins geschenkt!*) Sicherlich, Herr Minister. Nur glaube ich, wenn man auf der einen Seite von Propaganda redet, dann soll man sich das selbst einmal anschauen. Wenn ich auf die zweite Seite schaue, frage ich mich, ob die Verdienste des Herrn Bundeskanzlers Klaus im Autobahnbau gar so groß waren. Ich lasse das dahingestellt. Letzten Endes möchte ich sagen, daß nicht nur die ÖVP, sondern auch das ganze österreichische Volk durch Aufbringung der Steuermittel dazu beigetragen hat, um diesen Autobahnbau beginnen zu können. (Abg. Dr. Kotzina: *Ich habe den Auftrag gegeben in der alten Koalitionszeit!*) Das steht herinnen, Herr Minister, ich habe es gelesen. Es sind sowohl der Herr Dr. Klaus als auch Sie selbstverständlich verewigt, nur auf die Bauarbeiter und auf die Firmen hat man bei dieser Gelegenheit ein bißchen weniger Rücksicht genommen.

Oder wenn ich die Broschüren vergleiche, die „Bunte Österreich-Illustrierte“, wo es heißt: „Bautenminister Dr. Kotzina — Straßen auch unter extremen Witterungsbedingungen“. Ob dieser Bericht ganz freiwillig zu standegekommen ist? (Abg. Dr. Kotzina: *Aber wahr war er!*) Mehr möchte ich nicht sagen.

Wenn man den „Kurier“ nimmt und die Bildbeilage anschaut, wo es unter anderem heißt: „Dr. Kotzina — Oberstkommandierender in diesem Kampf gegen den Winter“, dann möchte ich Ihnen, Herr Minister, ganz offen sagen (Abg. Dr. Kotzina: *Ich war damals Bautenminister, das ist nicht wegzuleugnen!*), daß es bei den Winterarbeiten draußen am wenigsten der Herr Bautenminister ist, der dafür verantwortlich ist. (Abg. Doktor Kotzina: *Verantwortlich ist er fürs ganze Bauen!*) Sicherlich, aber hier ist speziell auf den Winterdienst Bezug genommen, Herr Minister. Ich glaube, daß weniger der Bautenminister diese Dinge geleistet beziehungsweise durchgeführt hat. (Abg. Dr. Kotzina: *Aber angeordnet hat er! Verantwortlich war er!*) Auch darüber könnte man reden. (Abg. Doktor Kotzina: *Sie haben seinerzeit sehr lebhaft darüber geredet!*) Wenn die Verantwortlichen in den einzelnen Baubezirksämtern nicht gewesen wären und nicht immer wieder rechtzeitig die Aufträge zur Räumung gegeben hätten ... (Abg. Dr. Mussil: *Aber dem Parlament gegenüber war der Minister verantwortlich!*)

Ob es für die Leute, die draußen mit den Autos fahren und steckenbleiben oder nicht steckenbleiben, interessant ist, ob der Herr Minister oder das Parlament verantwortlich sei, das sei dahingestellt, denn die wollen fahren. Ich rede in diesem Zusammenhang nur von der Propaganda.

Es wäre viel besser gewesen, wenn man in dieser Zeitschrift auch einige Worte des Dankes gefunden hätte für die Zehntausende von Bauarbeitern, die diese Straßen gebaut haben (Abg. Dr. Kotzina: *Lesen Sie die anderen Zeitungen, die darüber geschrieben haben!*) und die vor allen Dingen für einen reibungslosen Ablauf des Winterverkehrs sorgen. Ich darf diesen Arbeitnehmern recht herzlich für diese Bemühungen danken. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Herr Kollege! Auf jeden Fall haben wir bereits eine Kery-Straße, aber noch keine Kotzina-Straße!*) Ich kann natürlich nicht überprüfen, ob es in Österreich irgendwo eine Kotzina-Straße gibt. Vielleicht gibt es sie. (Abg. Doktor Kotzina: *Nein! Es gibt keine Kotzina-Straße!*) Ich glaube Ihnen gern, Herr Bundesminister, wenn Sie das sagen.

2190

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. Dezember 1970

Babanitz

Ich kann aber nur feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sogar jetzt noch mit Herrn Bautenminister Kotzina Reklame gemacht wird. Ich darf Ihnen Zündhölzer zeigen, die noch verkauft werden, wo die „Schicksalsworte“ darauf stehen: „Gute Straßen dienen allen Österreichern — Dr. V.“ — Vinzenz oder Viktor — „Kotzina“. (Heiterkeit. — Rufe: Vinzenz!) Bitte, Vinzenz, entschuldigen Sie. (Abg. L a n c: Viktor war ihm nicht vergönnt, nur Vinzenz!)

Ich glaube, diese Propaganda zeigt sehr deutlich, daß man sich auf der Seite der Österreichischen Volkspartei wesentlich mehr mit Fragen der eigenen Propaganda befaßt hat als mit den Fragen der Baukoordinierung. Denn sonst hätte es nicht vorkommen können, daß verschiedene Aufträge nicht rechtzeitig ausgeführt sind. (Abg. Dipl.-Ing. T s c h i d a: Ich bringe dir morgen Zündhölzer, wo unser Landeshauptmann drauf ist!) Sicherlich, wir haben sie aber ausgegeben und bezahlt ähnlich der Wahlpropaganda der Sozialistischen Partei. Hier geht es aber vom Bautenministerium aus, und das ist der Unterschied dabei.

Meine Damen und Herren! Wenn zu der Winterbau-Broschüre, die im Gegensatz zu dem teuer ausgestatteten Band, wo über die Frage Baukoordinierung, Winterbauen und dergleichen nichts drinnen steht, nicht 80 S, sondern nur 10 S kostet, die Bauunternehmer, die Bauarbeitergewerkschaft und Bauvereinigungen finanzielle Beiträge geleistet haben, damit sie herausgegeben werden kann, dann, glaube ich, ist es verfehlt, in diesem Zusammenhang von Propaganda zu sprechen.

Ich glaube hier ganz offen sagen zu dürfen, daß es weder die sozialistische Regierung seit 1970, vom April bis jetzt, noch Bautenminister Moser notwendig hat, für seine Arbeit und die Arbeit der Regierung Propaganda zu machen. Ich glaube, die Wähler am 4. Oktober haben schon eine Teilrechnung in dieser Richtung beglichen.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich als burgenländischer Abgeordneter doch auch auf einige Probleme des Burgenlandes im Rahmen des Bautenbudgets zu sprechen kommen. Es ist bekannt, daß das Burgenland im Jahre 1971 die 50jährige Zugehörigkeit zu Österreich feiern wird. Ich habe bereits bei der Behandlung der Jubiläumsspende für das Burgenland auf die besonderen Probleme dieses Landes verwiesen. Ich habe auch erwähnt, daß sich das Land und seine Bevölkerung in diesen 50 Jahren bemüht hat, soweit als möglich den Anschluß an das übrige Österreich zu finden.

Wenn ich daher aus Anlaß der heutigen Budgetdebatte im Kapitel Bauten und Technik wieder einige besondere Wünsche des Landes an den Bund wiederholen darf, hoffe ich, daß diesen Wünschen auch weitestgehend Rechnung getragen wird.

Auf dem Schulbausektor — soweit dafür der Bund zuständig ist — darf ich neuerdings den Wunsch der Burgenländer, der Eisenstädter im besonderen, vorbringen, daß die Errichtung eines zweiten Gymnasiums notwendig wäre, da in den letzten Jahren die Schülerzahl sehr stark angestiegen ist und das eine vorhandene Gymnasium infolge Raummangels nicht mehr ausreicht.

Ich darf aber auch hier deponieren, daß es notwendig und erforderlich ist, dem Wunsche der Bevölkerung des Bezirkes Jennersdorf nachzukommen und in diesem ehestens ein Aufbaugymnasium zu errichten, um auch hier den klaglosen Ablauf des Schulgeschehens zu erreichen.

Ich darf an den Herrn Bautenminister die Bitte richten, daß er im Schulbauprogramm unseren Wunsch berücksichtigt und dafür sorgt, daß die derzeit in Bau befindlichen höheren Schulen — das ist im besonderen das Gymnasium in Oberpullendorf, die Höhere Technische Lehranstalt in Pinkafeld und das Bundesrealgymnasium Neusiedl am See — im Jahre 1971 abfinanziert werden, das heißt also, daß, wenn die vorhandenen Mittel im Budget nicht ausreichen sollten, Vorgriffe gemacht werden, um gerade diese Objekte fertigstellen zu können, denn hier ist eine vordringliche Notwendigkeit gegeben.

Ich darf nur darauf verweisen, daß zum Beispiel in Neusiedl am See im Amtszimmer des Bürgermeisters eine Schulkasse arbeiten muß — Zustände, die sicher nicht von Dauer sind. Ich glaube, hier sind wir uns einig, Herr Kollege, daß da die Möglichkeit einer eventuellen Vorfinanzierung oder eines Vorgriffes ausgenutzt wird.

Ich habe in der Budgetdebatte im Ausschuß die Frage eines eigenen Zentralgebäudes für die Exekutivorgane angeschnitten, und es wurde mir dort mitgeteilt, daß das Burgenland mit diesem Gebäude noch nicht an der Reihe ist. Ich würde Sie aber, Herr Minister, darum ersuchen, gerade die 50jährige Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich zum Anlaß zu nehmen, dem Burgenland ein Präsent in der Form zu machen, daß man ein derartiges Gebäude früher errichtet.

Ich darf abschließend zu meinen Ausführungen feststellen: Die Bauarbeiter erwarten, daß das Budget 1971 ihre Beschäftigungsmöglichkeiten ausdehnt und daß sie eine durch-

Babanitz

gehende Beschäftigung erreichen können. Wir wissen, daß derzeit die Koordinierung des Baugeschehens in erster Linie nur auf freiwilliger Basis erfolgen kann. Wenn keine Koordinierung erfolgt, wenn es nicht gelingt, den Ablauf des Baugeschehens straffer zu organisieren, werden Verlustquellen sowohl auf Seiten des Auftraggebers als auch beim Auftragnehmer entstehen. Die Rechnung wird aber letzten Endes immer die Bevölkerung zu bezahlen haben. Dies zu verhindern, wird die wichtigste Aufgabe aller zuständigen Stellen sein. Ich glaube, daß die 85prozentige Auslastung der Bauwirtschaft dann weitaus mehr erhöht werden kann, um, wie schon erwähnt, eine möglichst 100prozentige Auslastung zu erreichen.

Wir Sozialisten werden, weil wir glauben, daß das Baubudget 1971 diese Voraussetzungen mit sich bringt, diesem Budget die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Bauten und Technik Moser: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gruber hat im Laufe seines Beitrages zur Diskussion um das Kapitel Bauten mit Ziffern operiert, auf Grund deren er zum Ergebnis gekommen ist, daß die Regierungsvorlage, betreffend die Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, undurchführbar sei.

Ich möchte, um diese Behauptung nicht im Raum stehen zu lassen, auf einige Irrtümer des Abgeordneten Gruber aufmerksam machen. Er hat mit Ziffern operiert, die, wie er selber sagte, seiner Kenntnis nach aus dem Jahre 1968 stammen, und er hat dabei wohl vielleicht die Entwicklung, die seither eingetreten ist, nicht in seinen Debattenbeitrag aufgenommen.

Wenn ich der Prognose des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, und zwar der jüngsten Prognose dieses Beirates, folge und wenn ich anerkenne, daß diese Prognose außerordentlich sachlich, ernst und genau — soweit Prognosen an sich überhaupt Anspruch auf Genauigkeit haben können — erstellt wurde, so ergibt sich daraus, daß nach der Vorlage, die derzeit im Bautenausschuß zur näheren Behandlung liegt — und ich bin auch der Meinung, daß über die Detailfragen und über die Sachfragen im Ausschuß beraten werden sollte —, bis zum Jahre 1975 weder die vom Abgeordneten Dr. Gruber genannten noch die vom Herrn Abgeordneten Weikart genannten Abgänge — von einigen Milliarden nach dem Herrn Abgeordneten Dr. Gruber

und 20 Millionen nach Herrn Abgeordneten Weikart — stimmen, sondern daß der erwartete Abgang bis einschließlich 1975 13 Millionen Schilling betragen wird, gestützt auf die Prognose des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Gruber hat auch gemeint, daß diese Schätzungen und Prognosen deshalb schon a priori unrichtig seien, weil für das Jahr 1971 nach seiner Rechnung 4,1 Milliarden erforderlich wären, während im Budget nur 3,9 Milliarden enthalten sind. Es wurde dabei offensichtlich übersehen, daß im Bundesbudget ja nur die beim Bund einfließenden zweckgebundenen Mittel veranschlagt werden können, während auf der Vergabeseite in den Ländern auf Grund der gesetzlichen Vorschriften auch noch Teilbeträge, die die Länder aus eigenem zu leisten haben, hinzutreten, sodaß der Betrag von 4,1 Milliarden durchaus finanziert erscheint.

Der Herr Abgeordnete Dr. Gruber hat dann auf den § 15 a der Regierungsvorlage hingewiesen und hat gemeint, daß dieser Paragraph der Möglichkeit zur Beseitigung von Annuitätenzuschüssen, und zwar nicht nur von künftig erst zu gewährenden, sondern offenbar schon gewährten Annuitätenzusicherungen, dienen sollte. Auch da möchte ich in aller Kürze nur einen Irrtum aufklären. Der § 15 a gibt niemandem, weder der Bundesregierung noch dem Hauptausschuß des Nationalrates, die Möglichkeit, Annuitätenzuschüsse zu beseitigen, sondern der § 15 a beinhaltet folgende Konstruktion: Nach der Regierungsvorlage sollen ja die Annuitätenzuschüsse nicht bis zum Auslaufen des Darlehens in gleicher Höhe weitergewährt werden, sondern in gewissen Zeitabständen soll eine Verringerung der dem einzelnen zugesicherten Annuitätenzuschüsse vorgenommen werden. Es könnte aber zu irgendeiner Zeit einmal eine Situation auftreten, wo die Bundesregierung und auch das Parlament der Meinung sind, daß es gerade in diesem Jahr nicht tunlich wäre, eine weitere Absenkung des gewährten Annuitätenzuschusses in Form einer automatischen Absenkung herbeizuführen. Der § 15 a soll nun der Bundesregierung im Verein mit dem Hauptausschuß des Nationalrates die Möglichkeit eröffnen, in solchen besonderen Fällen das automatische Geringerwerden des gewährten Annuitätenzuschusses auf jeweils ein Jahr zu verschieben. Es besteht also nach § 15 a der Vorlage weder die Absicht noch die Möglichkeit, Annuitätenzuschüsse völlig zu beseitigen oder in Zukunft nicht mehr gewähren zu müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Letmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Letmaier (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Rahmen der parlamentarischen Behandlung des Kapitels Bauten und Technik als neuer Parlamentarier das Wort ergreife, so tue ich dies, weil ich im Bereich meines beruflichen Daseins als ausführender Bauunternehmer eng mit der Bauwirtschaft verbunden bin. Gestatten Sie mir deshalb, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß ich Ihnen allgemein die Sorgen und die berechtigten Wünsche der Bauwirtschaft hier im Parlament darlege und Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitte.

Es ist wohl unbestritten, daß der österreichischen Bauwirtschaft im Rahmen unserer Volkswirtschaft eine wesentliche Vorrangstellung zukommt. Sie ist mit einem Beschäftigtenstand von rund 240.000 Mitarbeitern im Bauhaupt- und Baunebengewerbe und mit einem Anteil von rund 13 Prozent des Bruttonationalproduktes der größte Wirtschaftszweig nach der Eisen- und Stahlindustrie in unserem Lande. Gerade deshalb ist es bedauerlich, feststellen zu müssen, daß der Bauwirtschaft in unserem Lande noch immer nicht jener Rang eingeräumt wird, der ihr eigentlich auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung zukommen müßte.

Auch das vorliegende Budget hat die Hoffnungen der Bauwirtschaft nicht erfüllt, da die Höherdotierung des Kapitels Bauten von den im kommenden Jahr zum Teil schon heute fixierten und noch zu erwartenden Erhöhungen auf dem Lohn- und Materialsektor wieder kompensiert wird.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß der Herr Bundesminister im Finanz- und Budgetausschuß ausreichende Erklärungen zum Problemkreis Bauten und Technik abgegeben hat und insbesondere erfreulicherweise die Meinung der Bauwirtschaft teilt, daß der Baukoordinierung eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Es muß das Ziel jeder Bundesregierung sein, eine kontinuierliche Auftragslage und damit einen ausgeglichenen Auftragsstand in der Bauwirtschaft herbeizuführen. Die Bauwirtschaft erwartet von Ihnen, Herr Bundesminister, die Erfüllung der an Sie in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses herangetragenen und von Ihnen auch zugesagten Wünsche.

Dabei ist mir klar, daß nicht alle geäußerten Wünsche in einem Budgetjahr ihrer Realisierung zugeführt werden können. Dennoch bin

ich der Meinung, daß die Lösung einer Reihe für die Bauwirtschaft lebenswichtiger Probleme in Angriff genommen werden muß. Gestatten Sie mir daher, auf einige besonders brennende Fragen unseres Berufsstandes hinzuweisen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, als erstes die Frage der Koordination behandeln. Der Herr Bautenminister hat sehr viel und sehr dringend von der notwendigen Koordination des Bauwesens gesprochen und hat wiederholt in Pressekonferenzen und Zeitungsaussendungen darauf hingewiesen, daß es für die Bauwirtschaft höchste Zeit sei, sich schlagkräftig zu formieren. Die Bauwirtschaft, Herr Bundesminister, ist dazu bereit. Sie erwartet allerdings, daß die notwendigen und rechtzeitigen Ausschreibungen der öffentlichen Hand auch in Kontinuität vorgenommen werden.

Noch ist ein Hauch von Hochkonjunktur in den Betrieben zu verspüren und eine entsprechende Auslastung, zum Teil noch vom Vorjahr her, vorhanden. Die ersten Wolken am Himmel der Konjunktur zeichnen sich jedoch schon deutlich in der Bundesrepublik Deutschland am Bausektor ab. Gerade deshalb ist die derzeit noch herrschende Konjunktur keine Freifahrkarte für die Zukunft. Sehr bald schon, meine Damen und Herren, kann sich diese Situation ändern. Halten wir uns doch vor Augen, daß im Bereich des Bauwesens und der Bauhilfsbetriebe rund 13.000 Unternehmen bestehen, die mit der Bauwirtschaft direkt oder indirekt auf Gedeih und Verderb verbunden sind.

Die Beschäftigtenseite bietet ein noch viel anschaulicheres Bild von der zentralen Stellung unserer Bauwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft. Fast eine Viertelmillion Mitarbeiter werden in der Bauwirtschaft und in den Baunebenbetrieben beschäftigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Einem Wirtschaftszweig, der im Beschäftigtenbereich, in der Unternehmenszahl und in der Beitragsleistung von rund 13 Prozent zum Bruttonationalprodukt eine derart zentrale Position einnimmt, gebührt mehr Beachtung und mehr Verständnis. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Eine florierende Bauwirtschaft garantiert in Ableitung von dem Dargestellten auch eine florierende Volkswirtschaft. Es sei festgestellt, daß Bund, Länder und Gemeinden an der direkten Finanzierung des gesamten österreichischen Bauvolumens mit mehr als 60 Prozent beteiligt sind. Berücksichtigt man darüber hinaus noch die Investitionsförderung der öffentlichen Hand in Form von Darlehen und

Ing. Letmaier

Zuschüssen, so kann man feststellen, daß der Einfluß der öffentlichen Hand auf die Finanzierung des gesamtösterreichischen Bauvolumens nahezu 80 Prozent beträgt.

Als größter Bauträger im Lande hat sich daher die Bundesregierung ihrer Aufgabe, eine zielbewußte und ausgewogene Baupolitik zu betreiben, stets bewußt zu sein. Gezielte Rangordnungen in allen Bereichen des Baugethens sind für die gesamte Bauwirtschaft von integrierender Bedeutung.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist es von der öffentlichen Hand aus unerlässlich, daß die Erarbeitung eines langfristigen Bau-, aber auch Finanzierungskonzeptes ehestens vorgenommen wird. Nur so kann man auch von der Bauwirtschaft ein langfristiges und vor allem sinnvolles und vorausschauendes Investitionskonzept erwarten. So und nur so, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, wird die Bauwirtschaft in die Lage versetzt, ihre Kapazität zu nützen und die Arbeitsplätze für ihre Mitarbeiter in Zukunft zu sichern. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun, meine Damen und Herren, ein Wort zu den derzeit gehandhabten Ausschreibungs- und Vergabebedingungen der öffentlichen Hand. Immer wieder führt die Bauwirtschaft berechtigt Klage über die Mißstände der derzeitigen Ausschreibungs- und Vergabebedingungen der öffentlichen Bauträger. So muß fortgesetzt festgestellt werden, daß bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand, sei es bei Bund, Ländern oder bei den Gemeinden, seitenweise in den Vorbemerkungen der Angebote auf die geltenden Ö-Normen und Vertragsbedingungen hingewiesen wird, um diese sodann in der späteren Folge durch zusätzlich angeführte Sonderwünsche, die sehr spezifisch sein können, wieder völlig außer Kraft zu setzen. (Andauernde Unruhe. — Abg. Dr. Mussil: Herr Weikart, sorgen Sie für Ruhe in Ihrem Klub! — Abg. Weikart: Lassen Sie das meine Sorge sein! — Präsident Dr. Mälter gibt das Glockenzeichen.) Der österreichische Normenausschuß, bestehend aus Vertretern der öffentlichen Bauträger und der Bauwirtschaft, hat in langer intensiver Arbeit Richtlinien für eine einheitliche Qualitätsvorschreibung diverser Bauprodukte ausgearbeitet, und es ist unmöglich, daß nun die Ämter und Behörden sich in Sonderwünschen ergehen. Hier Abhilfe durch entsprechende Erlässe zu schaffen, wäre eine vordringliche Aufgabe des Herrn Bautenministers und für die Bauwirtschaft ein Gebot der Stunde.

Weiters führt die Bauwirtschaft berechtigt darüber Klage, daß es immer wieder bei Bauvergaben der öffentlichen Hand zu inkonse-

quenten Verhaltensweisen kommt. Hierbei ist festzustellen, daß Glück und Gewogenheit bei den Auftragsvergaben eine nicht unbedeutende Rolle spielen. (Zwischenruf bei der SPÖ: Gilt das auch für die Vergangenheit?) Das gilt auch für derzeit, wenn Sie gestatten. Ich möchte deponieren, daß es sich bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen auch um öffentliche Gelder handelt, die nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit einzusetzen sind. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dr. Mälter gibt neuerlich das Glockenzeichen.)

Gerade hier, meine Damen und Herren, kämpft die Bauwirtschaft oft genug und oft vergeblich gegen die Unvernunft lizenziierter öffentlicher Auftragsvergeber an. Von der Bauwirtschaft erwartet man ein ständiges Ansteigen der Produktivität bei größter Preisdisziplin. Es ist aber für die Bauwirtschaft völlig unmöglich, nach der derzeit geltenden Best- oder Billigstbietерermittlung zu Niedrigstpreisen, in vollkommener Auftragsabhängigkeit vom Staate her, beste und vollwertige Arbeit zu leisten.

Diese für alle Partner unbefriedigende Ermittlung des Bestbieters bedarf einer ehesten Revision beziehungsweise einer Neuvorlage der Vergabebedingungen für die Bauwirtschaft im Hohen Hause. Diese Vorlage muß auch enthalten, daß nicht alle Risiken, die sich aus einer Vertragsschließung ergeben, exklusiv zu Lasten der auftragnehmenden Bauwirtschaft gehen. Immer wieder vergibt die öffentliche Hand im vollen Bewußtsein Bauaufträge zu Schleuderpreisen, die nicht in seltenen Fällen zum Zusammenbruch der Unternehmungen führen.

Es ist aber auch darüber hinaus beispielsweise nicht einzusehen, daß entgegen allen kaufmännischen Gepflogenheiten und allen Verträgen die Bauwirtschaft oft jahrelang auf die Durchrechnung von Bauabrechnungen durch die Bauleitungen warten muß. Niemand, meine Damen und Herren, in der übrigen Wirtschaft wäre bereit, auf Rechnungsklarstellungen jahrelang zu warten.

Mir sind die Schwierigkeiten und der Mangel an technischen Fachkräften der Bauämter und Behörden durchaus bewußt. Aber die öffentlichen Bauträger haben Sorge zu tragen, daß diese Probleme gelöst werden. Ein Ausweg aus dieser Situation wäre künftig zweifellos — ich bitte Sie, Herr Bundesminister, das vielleicht zu überlegen —, mit der Überprüfung von Bauabrechnungen auch Zivilingenieurbüros zu betrauen. Ich bin überzeugt, daß dann die Beamenschaft des öffentlichen Baudienstes sich mehr ihrer ureigen-

2194

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 15. und 16. Dezember 1970

Ing. Letmaier

sten Aufgabe, nämlich der Überwachung von Baustellen, widmen könnte. Die Gefahr nachträglich festgestellter Mängel, oft nicht mehr reparabel, würde dadurch auf ein Minimum herabsinken, und dies wäre sicherlich für beide Teile eine befriedigende Lösung. Auch diesem Umstand müßte im Rahmen einer Beschußfassung einer neuen Vergabeordnung Rechnung getragen werden.

Ein besonderes Kapitel der Bauwirtschaft stellt gerade der in letzter Zeit viel zitierte Winterbau dar. Obwohl die von der Produktiven Arbeitslosenfürsorge für den Winterbau bereitgestellten Mittel keinesfalls kostendeckend sind oder waren, ist die Bauwirtschaft mit großen finanziellen Opfern bereit, den Winterbau zu forcieren. Ich selbst komme aus einem klimatisch extremen Gebiet und darf feststellen, daß gerade in meinem Heimatbezirk Liezen die Winterarbeit von der Bauwirtschaft sehr ernst genommen und sehr groß geschrieben wird.

Schon unter Bautenminister Kotzina wurden in klarer Erkenntnis der schwierigen Winterbausituation im Verein mit dem Beirat für die Bauwirtschaft diesbezügliche Richtlinien ausgearbeitet. Sie, Herr Bundesminister, haben diesen Richtlinien ein neues äußeres Kleid gegeben und sie dem Kreis der Interessierten zugeführt. Darüber hinaus haben aber sowohl das Bauten- als auch das Sozialministerium hinsichtlich der Förderungsmöglichkeiten des Winterbaus zahlreiche Erlässe hinausgegeben. So begrüßenswert der Erlaß des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 22. September 1970, betreffend den Beitrag zur Verminderung der Winterarbeitslosigkeit beim Wohnhauswiederaufbau, ist, so betrüblich ist es, feststellen zu müssen, daß hier Privilegien geschaffen wurden, die für jene in der Bauwirtschaft tätigen Unternehmungen, die nicht das Glück haben, Aufträge des

Wiederaufbaufonds zu erhalten, zumindest als ungerecht und mit zweierlei Maßstäben gemessen betrachtet werden müssen. Gerade der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky spricht stets und überall vom Abbau der Privilegien. Hier wäre dies am Platz, nämlich gleiche Behandlung für alle Bauunternehmungen in ganz Österreich, egal, in welchen Sparten sie tätig sind. Denn eines darf ich in aller Klarheit feststellen: daß die Winterbaumehrkosten im übrigen Hochbau und in den anderen Sparten des Baugeschehens keinesfalls niedriger sein können als im Wohnhauswiederaufbau. Hier Gleichheit zu schaffen, wäre sicherlich eine maßvolle Forderung der Bauwirtschaft.

Eng verbunden mit dem Problemkreis der Konjunktur im Baugewerbe ist die Beschäftigung von Fremdarbeitern in den Betrieben. Mir ist bewußt, meine Damen und Herren, daß diese Frage eigentlich in das Kapitel Soziales hineinragt. Dennoch gestatten Sie mir heute im Kapitel Bauten und Technik eine kurze Behandlung, da der Komplex der Fremdarbeiter untrennbar mit der Bauwirtschaft verbunden ist, beschäftigt doch die Bauwirtschaft den überwiegenden Teil der Fremdarbeiter in unserem Land.

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, Sie sind morgen weiter am Wort.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen, Mittwoch, 16. Dezember 1970, 9 Uhr. (Beifall.) Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die heutige Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahrene werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Mittwoch, dem 16. Dezember 1970, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 16. Dezember 1970

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIII, Kapitel 64: Bauten und Technik.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Ing. Letmaier. Ich bitte.

Abgeordneter Ing. Letmaier (fortsetzend): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe im ersten Teil meiner gestrigen Ausführungen auf die Probleme der Bauwirtschaft im allgemeinen hingewiesen und insbesondere die Kapitel der Koordination, der Auftragsvergabe, des Winterbauens und der Baukonjunktur behandelt. Ich habe darüber hinaus auf die zentrale Bedeutung der Bauwirtschaft hingewiesen und die Bedeutung im Rahmen unserer Volkswirt-

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

2195

Ing. Letmaier

schaft dargelegt. Ich darf nun fortsetzen und mich mit nachstehenden Schwierigkeiten aus-einandersetzen:

Eng mit dem Problemkreis der Konjunktur im Baugewerbe ist die Beschäftigung von Fremdarbeitern in den Betrieben verbunden. Mir ist bewußt, daß diese Frage eigentlich in das Kapitel Soziales hineinragt. Dennoch gestatten Sie mir heute im Kapitel Bauten und Technik eine kurze Behandlung, da der Komplex der Fremdarbeiter oder Gastarbeiter untrennbar mit der Bauwirtschaft verbunden ist, beschäftigt doch gerade die Bauwirtschaft den überwiegenden Teil der Gastarbeiter in unserem Land.

Durch die in Westeuropa in den letzten Jahren herrschende Konjunktur einerseits und die dadurch verbundene Kapazitätsausweitung der Unternehmungen andererseits ist auch in Österreich eine Verknappung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. So wie alle westlichen Länder sind auch wir gezwungen, Gastarbeiter in unser Land zu nehmen und sie großteils in der Bauwirtschaft zu beschäftigen. Leider ist die Einstellung von Fremd- oder Gastarbeitern immer wieder auf Seiten der Sozialpartner auf Schwierigkeiten in der Weise gestoßen, als die Zustimmung zur Hereinnahme von Gastarbeitern sehr schleppend und oftmals erst dann erteilt wurde, wenn es in den Anwerbeländern kaum noch geeignete Arbeitskräfte gab. Es hat auch gestern Herr Präsident Sallinger im Kapitel Gewerbe, Handel und Industrie dieses Problem dargelegt und darauf hingewiesen.

Ich bitte Sie, Herr Bundesminister: Sorgen Sie im Verein mit dem Herrn Sozialminister dafür, daß dem Hohen Haus ein modernes, der Wirtschaft Rechnung tragendes Fremdarbeiterbeschäftigungsgesetz ehestens vorgelegt und dieses auch beschlossen wird. Nur so werden wir auch künftig in der Lage sein, der tatsächlichen Kapazität der Bauwirtschaft wirklich Rechnung tragen zu können. Die rechtzeitige Hereinnahme der Fremdarbeiter würde auch dazu beitragen, dem durch die Arbeitskräfteverknappung ständig anhaltenden Preisauftrieb entgegenzuwirken, und wäre so gesehen eine sehr bedeutsame preisdämpfende Maßnahme, an der alle Verantwortlichen interessiert sein müßten.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die laufend auftretenden Schwierigkeiten in den Anwerbeländern. Wenn hier nicht vorgesorgt wird, werden wir in Kürze zum Durchgangslager für Fremdarbeiter der Bundesrepublik Deutschland abgesunken sein.

Derzeit ist es so, daß Österreich die Fremdarbeiter im allergrößten Ausmaß in

Jugoslawien anwirbt. Neuerdings stellt der jugoslawische Staat auf Grund der in der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Arbeitsmöglichkeiten für Facharbeiter so hohe Anforderungen — nämlich 10.000 S Ausbildungsbeitrag je Arbeitskraft —, daß es für die österreichische Bauwirtschaft nur sehr schwer möglich sein wird, diese Forderungen auch zu erfüllen. Es wird daher unbedingt notwendig sein, künftig auf andere Länder, zum Beispiel auf Bulgarien oder verstärkt auf die Türkei, bei der Anwerbung von Arbeitskräften auszuweichen.

Herr Bundesminister! Ich ersuche Sie daher im Namen der Bauwirtschaft, die notwendigen Schritte und Überlegungen auf Regierungsebene im Interesse der Bauwirtschaft veranlassen zu wollen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich mich den Eigenregiearbeiten der öffentlichen Hand widmen.

Mit voller Berechtigung beklagt sich die Bauwirtschaft darüber, daß die Eigenregiearbeiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden auf den Sektoren des Wasser-, Straßen- und Lawinenbaues, vor allem aber der Meliorationen und der Wildbachverbauung eine ständige Ausweitung erfahren und so die steuerzahlenden Betriebe in einem nicht mehr zu verantwortenden Maße konkurrenzieren. Die Bauwirtschaft ist jederzeit in der Lage, die von ihr geforderten Arbeiten auszuführen, und sie ist vor allen Dingen jederzeit in der Lage, Beweise zu liefern, daß die Eigenregiearbeiten der öffentlichen Hand in der Regel unwirtschaftlicher sind, als wenn diese im Konkurrenzwege an Firmen vergeben werden. Blicken Sie selbst, meine Damen und Herren, hinaus auf die Baustellen des Bundes und der Länder, und Sie werden meine Äußerungen bestätigt finden.

Auch hier, Herr Bundesminister, bittet Sie die Bauwirtschaft, einem seit langem vorgebrachten Wunsch Rechnung tragen zu wollen.

Ein letztes, aber besonders wichtiges Element in der Bauwirtschaft scheint mir die Erwachsenenweiterbildung zu sein. Der immer größer werdende Mangel an Facharbeitern zwingt die Bauwirtschaft zur Errichtung von Ausbildungslehrbauhöfen. Gerade hier sind schon einige Projekte durch die Bauwirtschaft in Angriff genommen worden.

Ich bin der Meinung, daß dieser Weiterbildung vom Hilfsarbeiter zum Facharbeiter eine zentrale Bedeutung in der nahen Zukunft zu kommt. Hier alles im Interesse der beiden Wirtschaftspartner zu tun, ist mehr als geboten und für viele und weite Kreise unserer

2196

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Ing. Letmaier

Mitarbeiter eine echte Aufstiegschance für die Zukunft.

Von der öffentlichen Hand wären daher der Bauwirtschaft alle Möglichkeiten im Rahmen der Arbeitsmarktförderung beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, aber auch alle Möglichkeiten im Rahmen des Wirtschaftsförderungsfonds beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie einzuräumen und zur Verfügung zu stellen, um so einem großen Kreis ungelernter Arbeitskräfte den Aufstieg zum Facharbeiter zu ermöglichen.

Es gäbe noch eine ganze Reihe von Problemen, und ich bin überzeugt davon, daß im Laufe dieser Legislaturperiode noch viele beleuchtenswerte Problemkreise im Hohen Hause zur Behandlung stehen werden. Denken Sie, meine Damen und Herren, bei Ihren Entscheidungen im Hohen Hause vorwiegend an die Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig tätig sind und die härter als in anderen Berufen den Unbilden des Wetters und der Umwelt ausgesetzt sind. Tragen Sie eingedenk Ihres hohen politischen Auftrages hier im Hohen Hause dazu bei, daß durch die Kontinuität der Beschäftigung in der Bauwirtschaft auch das Image des Bauarbeiters gehoben wird. Gerade auf die derzeitige und künftige Stellung des Facharbeiters hat auch Kollege Ing. Scheibengraf in der Sozialdebatte überzeugend hingewiesen.

Meine Damen und Herren! Nun darf ich Sie einladen, mitzuhelfen, daß der Bauwirtschaft in der Öffentlichkeit jener Rang zukommt, den sie auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung verdient.

Denn nicht ohne Grund zählt sich die Bauwirtschaft, wenn es um die Anerkennung ihrer Leistung und ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung geht, auch heute noch zu den zumindest unverstandenen Kindern der Konjunktur.

Ich habe mir gestattet, Ihnen in einigen Kapiteln die Sorgen der Bauwirtschaft vorzutragen und Sie mit ihnen zu konfrontieren. Tragen Sie, meine Damen und Herren, Sorge, daß von der Legislative her in jenen fundamentalen Bereichen Abhilfe geschaffen wird, wo es um den Lebensraum, den Bestand, den Austau und die Fortentwicklung unserer österreichischen Bauwirtschaft geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Adam Pichler das Wort.

Abgeordneter Adam Pichler (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon im vorhergehenden

Kapitel Handel wurde sehr viel über Fremdenverkehr und Fremdenverkehrswirtschaft gesprochen. Doch ich hatte so den Eindruck, als ob es etwas zuwenig betont worden wäre: Für eine gut florierende Fremdenverkehrswirtschaft müssen auch gute Straßen vorhanden sein. Daher würde ich es als eine grobe Fahrlässigkeit betrachten, wenn ich mich heute nicht zu Worte melden würde. (Abg. Landmann: *Gar so grob wäre die Fahrlässigkeit nicht!*) Kollege Landmann hat es ja auch gemacht. Er hat sich ja für sein Kitzbühler Uranbergwerk auch so verwendet. Es wird daher auch mir gestattet sein, sich für die Straßen in Salzburg zu verwenden. (Abg. Wielandner: *Er hat keine Ahnung von Bergbau und redete dazu!*)

Wenn ich der Meinung bin, daß es eine grobe Fahrlässigkeit wäre, und zwar von uns als Salzburger Vertreter aus gesehen, dann darf ich von vornherein, ohne zu übertreiben, feststellen, daß das Land Salzburg in bezug auf den Straßenbau in den letzten Jahren sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Es wurde wohl alle Jahre wieder so um Weihnachten herum versprochen, daß der eine oder andere Straßenzug fertiggestellt werden würde. Ich darf hier nur auf die Gasteiner Straße, auf die Zufahrt nach Gastein hinweisen. Der frühere Bautenminister hatte wiederholt Gelegenheit, dazu Versprechungen abzugeben. Aber siehe da: Der neue Minister im Amte, dort hingeführt und von der ÖVP im Parlament angesprochen, was er zu tun gedenke, um die notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu treffen, mußte an Ort und Stelle feststellen, daß nicht einmal ein fertiger Plan vorhanden ist. Jahre hindurch versprach man aber die Dinge in Angriff zu nehmen und sie auch fertigzustellen.

Ich bin der Meinung: Wenn das an einem Beispiel schon festzustellen ist, daß wir sehr stiefmütterlich behandelt wurden, dann habe ich mit meiner vorigen Behauptung umso mehr recht, wenn ich von meinem engeren Bezirk spreche. Geographisch wird dieser Bezirk als Pinzgau bezeichnet. Im Inland und im Ausland ist er aber noch viel mehr als der sogenannte Mautgau bekannt. Wir haben nämlich drei wichtige Straßen, die man wirklich als wichtige Verkehrsadern bezeichnen kann. Es handelt sich um die Glocknerstraße — eine Mautstraße —, dann um die Felbertauernstraße — da muß man wieder Maut zahlen — und um die Gerlosstraße — dort dürfen wir erst recht Maut zahlen. Ich habe nichts dagegen und habe dafür Verständnis, daß für solche gewaltige Straßenbauten auch die Privatwirtschaft und die Benutzer etwas beizutragen haben.

Adam Pichler

Aber besonders im oberen Pinzgau, in Krimml und in Wald, also gerade in Orten, die an der Gerlosstraße gelegen sind, wirken sich diese Mautgebühren nicht nur für den Fremden als eine unangenehme Unterbrechung aus, sondern sie stellen auch für die Bewohner dieses Bezirkes eine zusätzliche Belastung dar. Diese Belastung wird von den Leuten kaum verstanden, und zwar deswegen, weil sie ja nichts dafür können, daß sie gerade Anrainer einer solchen Straße sind. Früher konnten sie Fahrten von und zu der Arbeit auf bereits bestehenden Straßen abwickeln. Wenn sich aber nun für sie die Notwendigkeit ergibt, diese Straße benützen zu müssen, haben sie Mautgebühren zu bezahlen.

Wenn ich davon spreche, so nicht deswegen, weil ich heute neuerlich das Ansuchen an den Herrn Bundesminister zu stellen habe, hier Vorsorge zu treffen oder das möglichste oder notwendigste zu unternehmen, um diesen Leuten diese zusätzlichen Belastungen zu ersparen, sondern weil voriges Jahr so um dieselbe Zeit der Budgetberatungen vom ehemaligen Bautenminister — so recht freundlich, wie er manchmal sein konnte — gesagt wurde, er hätte für mich eine besonders nette Überraschung hinsichtlich der Übernahme der Gerlosstraße und dadurch bedingt hinsichtlich des Wegfalles der Mautgebühren. Ich warte noch heute darauf. Ich halte ihm sehr zugute, daß er wenigstens diese Absicht gehabt hat. Ich kann aber nicht verstehen, daß ein Minister nicht in der Lage sein sollte, solche — sagen wir unsoziale — Belastungen wegzubringen. Denn ich könnte mir vorstellen, wenn das schon nachher nicht mehr gut möglich ist, weil bestimmte Bedingungen und Vereinbarungen eingehalten werden müssen — der Bund wird auch zur Kasse gebeten werden, denn auch er hat seine Leistungen bei solchen Bauten zu erbringen —, daß der Bund durch Aufnahme von Bedingungen von vornherein dafür sorgen könnte, für die Anrainer und für diejenigen Leute, die diese Straßen aus beruflichen Gründen benützen müssen, wenigstens Ausnahmen vorzusehen, damit nicht die volle Belastung diese Leute jahrzehntelang trifft.

Nun haben sich diese Leute von Krimml und Wald und aus der näheren Umgebung der Gerlosstraße an mich gewendet. Ich darf heute, Herr Bundesminister, die Bitte und das Ersuchen an Sie weitergeben, wenigstens dafür zu sorgen beziehungsweise uns dabei zu helfen, damit man diese Mautbelastungen auf irgendeine Art und Weise für diejenigen Leute, die diese Straße beruflich benützen müssen, wegbringt. Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns gelegentlich

oder vielleicht schon heute dazu etwas sagen könnten.

Gerade auf Grund der Situation im Lande Salzburg glaube ich auch, Herr Minister, daß ich ein Ersuchen an Sie richten muß, und zwar deswegen, weil wir nun doch endlich auch hoffen, mit anderen Ländern und anderen Bezirken gleich eingestuft zu werden. Das Gefühl, daß wir seit Jahren schon dadurch benachteiligt werden, weil bei uns in Gebirgsgegenden 1 km Straße logischerweise mehr kostet als im Flachland, werden wir nicht los, obwohl von verschiedenen Seiten versucht wurde, uns eines Besseren zu belehren. Wir können aber nicht verstehen, daß wir so sehr in Vergessenheit geraten.

Wenn zur Zeit in Taxenbach nun die Salzachtal-Bundesstraße ausgebaut wird, dann ist das kein besonderes Glück, sondern es ist geradezu eine zwingende Notwendigkeit geworden. Denn was sich dem Fremden und dem Straßenbenutzer als Straße dargeboten hat, das war keine Straße mehr, das war ein Pfad. Man hätte dort von der Straßenverwaltung eine Tafel anbringen müssen: „Achtung, Benützung auf eigene Gefahr!“ So tragisch ist die Situation auf diesem Straßenstück, das letzten Endes eine der wichtigsten Verbindungen von Salzburg, Golling und Paß Lueg bis Zell am See und weiter darstellt.

Die neue Baustelle in Taxenbach: Da haben Sie sich selbst ein Zeugnis ausgestellt. Ich weiß nicht, ob ich das weitergeben soll. Man sollte nicht einmal einem Minister etwas Angehemes sagen, da man Gefahr läuft, daß er dann mit dem Angenehmsein etwas nachläßt. Jedenfalls sind die Taxenbacher sehr froh, daß diese Brücke nun endlich gebaut wird.

Nur eines, Herr Bundesminister, soll ich und muß ich noch in bezug auf Straßen, im besonderen im Pinzgau, sagen, und zwar etwas, was wirklich endlich einmal ernst genommen werden sollte.

Seit Jahren spüren wir und hören es von der Landesstraßenmeisterei, daß Pläne geschmiedet werden, daß Trassen besichtigt werden sollen. Man erfährt nichts Ganzes und nichts Halbes. Man bleibt im Ungewissen, obwohl auf Grund der letzten Erhebungen die Gemeinden angeschrieben worden sind, sie mögen zu einer neuen Trasse Stellung nehmen, zu einer Trasse, die wir gar nicht kennen.

Trotzdem wäre es gerade für den Pinzgau hoch an der Zeit. Ich möchte wirklich nicht übertreiben, aber das ist ein Fremdenverkehrsgebiet, das nicht nur im Sommer, sondern gerade im Winter gute Straßen braucht, und

2198

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Adam Pichler

dort läuft ein Straßenzug durch, den man von der deutschen Grenze, von Unken weg bis Zell am See kaum mehr als Straße bezeichnen kann. Der Zustand vor dem Winter einbruch und besonders im Frühjahr in der Tauperiode ist so, daß man das als Straße nicht mehr bezeichnen kann. Als ich mich voriges Jahr dazu gezwungen sah, in die Presse zu gehen und diese Verkehrsfläche, die unter Umständen auch befahren werden kann, als Panzerübungsstrecke zu bezeichnen, hat man mir bestätigt, daß keine Übertreibung vorliegt.

Ich darf noch einmal auf das zurückblenden, was in bezug auf den Fremdenverkehr zu sagen war. Wenn wir auf den Fremdenverkehr Wert legen und wenn wir für jene Gebiete, die geradezu prädestiniert sind, im Fremdenverkehr eine besondere Rolle zu spielen, nicht die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Gegenden auch zu jeder Zeit gefahrlos besucht und befahren werden können, so haben wir es uns selbst zuzuschreiben, wenn wir die Konsequenzen aus diesem Versäumnis ziehen müssen.

Herr Bundesminister! Ich darf daher anmerken, daß es für Salzburg und besonders für den Pinzgau eine Notwendigkeit ist, die Straße von der Grenze weg bis Zell am See und Mittersill endlich einmal so auszubauen und so zu sanieren, daß sie den Ansprüchen entspricht, die an sie gestellt werden. Bedenken Sie dabei, daß das ganze Gebiet wirklich für den Winter und für den Sommer eine Frequenz zu erwarten hat, die die Straßen in diesem Zustand einfach nicht mehr zu bewältigen vermögen. Wenn die Prognosen stimmen, die jetzt von Fachleuten aufgestellt werden, nach denen in den nächsten zehn Jahren eine vielfache Anzahl — man spricht von einer 50prozentigen Steigerung des Fremdenverkehrs — von Menschen Urlaub machen, wenn prognostiziert wird, daß wir mit einer Verdoppelung unseres Fahrzeugparks rechnen müssen, dann ist es, glaube ich, hoch an der Zeit, sich daran zu erinnern, was einfach notwendig ist.

Ich nehme an, daß Sie, Herr Bundesminister, für das, was ich Ihnen heute über diese Dinge sagen mußte, Verständnis haben. Gerade die Leute, die in diesem Raum wohnen, haben in der letzten Zeit von Ihnen eine so gute Meinung bekommen, weil Sie Projekte aufgegriffen haben, die seit Jahren brachlagen oder vorbereitet waren, aber nicht in Angriff genommen worden sind. Es ist so, wie der Herr Kollege Melter schon gesagt hat: Man spürt geradezu Ihre Bereitschaft, die Mittel richtig einzusetzen. Die Leute, gerade jene

vom Fach, haben nun doch schon einiges von Ihnen gehört, und die glauben jetzt daran, daß wir in den nächsten Jahren eine strengere und intensivere Bearbeitung des Problems Straßenbau durch Sie erleben werden.

Lassen Sie mich nun von der Straße weg zu einem weiteren Problem übergehen, das aber ebenso wichtig ist. Ich weiß schon, daß das nicht gerade Ihre Aufgabe allein ist, aber ich wünschte, es wäre so, daß Sie mir zum Schluß dann sagen, daß Sie mit jenen Ministern, die mit Ihnen zusammenarbeiten müssen, ein Team bilden, daß Sie so sagen, wie Minister Staribacher unlängst: Wir sprechen nichts miteinander ab, sondern wir sind ein Team! Wenn es Ihnen gelänge, auf diesem Gebiet, das ich Ihnen noch vorzutragen die Absicht habe, auch ein solches Team mit Ihren Kollegen zu schaffen, dann zweifle ich nicht daran, daß Ihre Arbeit bald spürbar wäre.

Was ich Ihnen noch sagen möchte, das ist die Reinhaltung der Gewässer. Diese ist in jenen Gebieten, die vom Fremdenverkehr abhängig sind, geradezu eine Existenzfrage. Daher ist es höchste Zeit, auch im Bereich der Wasserreinhaltung die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen oder uns wenigstens Gesetze in die Hand zu geben, mit denen wir draußen als Funktionäre in den Gemeinden oder in den Bezirkshauptmannschaften eine Möglichkeit haben, von kleinsten Dingen heraus anzufangen.

Wir haben wohl ein Wasserrechtsgesetz. Da gibt es verschiedenes, was uns dabei helfen kann, den Aufgaben, die uns als Gemeinden zufallen, zu steuern. Aber wir haben viel zuwenig Möglichkeiten, zwingend vorzugehen, besonders gegen jene Menschen, die nicht bereit sind, die Folgen zu erkennen, die eintreten werden, wenn wir nicht sofort eingreifen. Darum hätte ich Sie auch diesbezüglich gebeten, sich mit Ihren Herren Kollegen ein Konzept zu erarbeiten und uns Möglichkeiten in die Hand zu geben, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um hier eingreifen zu können. Sie tun das nicht nur, weil es eine Aufgabe von Ihnen ist, Sie tun das nicht nur für einen bestimmten Bezirk, sondern Sie tun das für die Menschen, die in diesem Staat, in diesem Land leben müssen, und Sie tun der ganzen Menschheit damit etwas Gutes. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schrotter das Wort.

Abgeordneter Schrotter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich heute beim Kapitel Bauten mit den Bundes-

Schrotter

straßen und deren Bedeutung in der Steiermark befassen. Ein gut ausgebautes Straßennetz dient nämlich nicht nur einem reibungslosen Ablauf des motorisierten Verkehrs, sondern ist gesamtwirtschaftlich gesehen von besonderer Bedeutung. Gerade wir in der Steiermark erwarten uns von einem zügigen Ausbau der Bundesstraßen eine Stabilisierung und einen weiteren Aufschwung in Industrie und Gewerbe, aber auch für den Fremdenverkehr ist die Verkehrsaufschließung von besonderem Wert.

Es hängt also die Gesamtwirtschaft von einem guten Verkehrsnetz ab. Obwohl für den Ausbau der Bundesstraßen in der Steiermark schon sehr viel getan wurde, fühlen wir uns im Vergleich zu den westlichen Bundesländern noch immer im Hintertreffen. Willen wir also mit der allgemeinen Entwicklung Schritt halten, müssen alle Anstrengungen getroffen werden, den Ausbau der Bundesstraßen voranzutreiben, damit wir vor allem in der Industrialisierung nicht auf der Strecke bleiben.

Ich will nun versuchen, die Dringlichkeit des Ausbaues unserer Straßen der Reihe nach zu behandeln und deren Bedeutung für die Wirtschaft zu begründen. Obwohl meine Ausführungen bei weitem nicht erschöpfend sein werden und keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, will ich doch die wichtigsten Fakten aufzeigen. Betont sei noch, daß die Reihenfolge meiner Aufzählung nicht nach der Dringlichkeit des Ausbaues erfolgen wird, denn dies stünde mir gar nicht zu, sondern darüber entscheidet sicherlich der Straßenbaureferent der Steiermark, Landeshauptmann Krainer, im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister.

Ohne polemisch zu werden oder jemandem einen Vorwurf machen zu wollen, stelle ich aber hier fest, daß wir in der Steiermark noch keine einzige Bundesstraße, die dem überregionalen Verkehr dient, voll ausgebaut haben. (Abg. J. Schlager: Warum?) Weil wir noch nicht so weit sind, Herr Kollege Schlager! (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Steinhuber: Wer ist verantwortlich gewesen die ganze Zeit?) Moment! Ich bin gleich so weit! Regen Sie sich nur nicht auf! Sie können heruntergehen, wenn Sie wollen!

Was ich angeführt habe, ist auch ein Teil der Ursachen der vielen Verkehrsunfälle. Bei Verkehrsspitzen, vor allem im Sommer, bei dem starken Reiseverkehr führt dies zu Verkehrsstauungen, die stundenlang andauern. Obwohl ich dafür Verständnis habe, daß der Autobahnbau und dessen Fertigstellung vom Westen her über Salzburg—Linz—Wien Vorrang hatte und daß auch die Inntalautobahn

nach dem Süden in Tirol dringlich war, glaube ich kein unbilliges Verlangen vorzubringen, wenn ich sage, daß jetzt der Ausbau der Südautobahn von Wr. Neustadt nach Graz und weiter über die Pack nach Kärnten Vorrang haben muß. Umso berechtigter glaube ich dies sagen zu können, nachdem der Ausbau der Tauernautobahn auch zum größten Teil finanziell gesichert ist.

Bei uns in der Steiermark ist bis jetzt ein einziges Teilstück von zirka 20 Kilometer der Autobahn Gleisdorf—Graz dem Verkehr übergeben. Das Teilstück Raaba—Mooskirchen ist im Bau, aber es wird immerhin nach dem derzeitigen Finanzierungsplan bis 1977 dauern, bis der Ausbau bis an die Kärntner Grenze von Graz aus erreicht ist. Dabei ist noch offen, bis wann mit dem Bau der Autobahn Wr. Neustadt—Gleisdorf und deren Vollsiedlung zu rechnen ist.

Es wäre daher notwendig, daß vom Baudenministerium alle Anstrengungen unternommen werden, gerade diese vordringliche Verkehrsader so rasch als möglich zu verwirklichen. Denn eine strukturelle Weiterentwicklung im ost- und südsteirischen Raum ist nur dann möglich, wenn eine gut ausgebaute Verkehrsstraße dieses Gebiet mit dem westlichen Wirtschaftsraum verbindet und auch ein zügiger Güterverkehr damit gewährleistet wird. Dasselbe gilt natürlich auch für die Weststeiermark im Raum Deutschlandsberg und Voitsberg. Dabei darf natürlich auch der internationale Verkehr nicht übersehen werden, der über die Autobahn Süd vom Westen her in den Südosten Europas führt.

Natürlich ist eine gute Verkehrsinfrastruktur auch das Um und Auf, kleinere und mittlere Industriebetriebe in diesen Räumen anzusiedeln. Denn gerade in den vorerwähnten Gebieten gibt es zum größten Teil kleinbäuerliche Struktur, es wäre gerade für diese noch nicht vollausgeschöpft Arbeitsreserve ein Zuerwerb von großem Interesse. Damit könnte für die Kleinbauern ein zusätzliches Einkommen geschaffen werden und wäre auch das jetzige Pendlerproblem aus diesem Raum dadurch wesentlich zu vermindern. Dasselbe gilt natürlich auch für den Fremdenverkehr, denn auch hier können die Zuerwerbsmöglichkeiten für bäuerliche Betriebe neben den bereits bestehenden Fremdenverkehrs- und Gastbetrieben weiter ausgebaut werden.

Dasselbe gilt natürlich auch für die bereits geplante Pyhrnautobahn von Linz über den Pyhrnpaß nach dem Raum Liezen, dann durchs Palten- und Liesingtal nach St. Michael—Deutschfeistritz nach Graz und Staatsgrenze Richtung nach Marburg. Dieser Auto-

2200

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Schrotter

bahn wird einmal nicht nur große internationale Bedeutung zukommen, sondern sie wird innerösterreichisch von großer Bedeutung sein. Die Pyhrnautobahn wird vor allem unsere Schwerindustrie einander näherbringen und unseren Eisen- und Stahlwerken von Linz und Liezen mit den Hochöfen in Donawitz, verbunden mit dem steirischen Erzberg, als gute Verkehrsstraße dienen. Hoffen wir, daß es auch ein Beitrag sein wird, endlich einmal den Fortbestand unserer Eisenindustrie im Mürz- und Murtal außer Zweifel zu stellen, der für die dort arbeitenden Menschen sowie für die Gesamtwirtschaft im ganzen obersteirischen Raum von so großer Bedeutung ist.

Nachdem der Ausbau beziehungsweise Baubeginn der vorerwähnten Autobahn Süd sowie der Pyhrnautobahn noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, ist vor allen Dingen der erforderlichen Verbreiterung und Anpassung der bestehenden Bundesstraßen dem heutigen Verkehr entsprechend größtes Augenmerk zu schenken. Obwohl in den letzten Jahren die Bundesstraße 17, verlaufend von Wien über den Semmering durch das Mürz- und Murtal in Richtung Klagenfurt, viele Verbesserungen erfahren hat und erst vor einigen Tagen die so wichtige Überführung in Bruck an der Mur dem Verkehr übergeben werden konnte, sind noch eine Menge Engstellen vorhanden, die einer dringenden Sanierung bedürfen. So ist die Umfahrung von Mürzzuschlag und Kindberg im Mürztal sowie die Umfahrung von Judenburg und Knittelfeld im oberen Murtal unumgänglich notwendig. Der Verkehr hat auf dieser Straße derart zugenommen, daß vor allem bei Verkehrsspitzen, die während der Sommermonate durch den zusätzlichen Reiseverkehr auftreten, und vor allem aber auch durch den sehr starken Lastentransport mit Lastkraftwagen und Anhängern Verkehrsstockungen eintreten, die für die Verkehrsteilnehmer kaum noch zumutbar sind. Auch die Unfallsziffer steigt dadurch ständig. Es ist schon aus diesen beiden Gründen eine rasche Sanierung notwendig. Dasselbe gilt auch für die Bundesstraße 67, Bruck—Graz, wo der vierbahnige Ausbau ebenso unumgänglich notwendig ist.

Erwähnt sei noch die Ennstalbundesstraße, die noch nicht fertig ausgebaut ist, und die Bundesstraße nach Murau im oberen Murtal, die einen Anschluß an die Tauernschnellstraße braucht.

Ihnen, Herr Minister, sind die Straßenverhältnisse in der Steiermark zur Genüge bekannt, und ich hoffe, daß Sie auch hiefür Verständnis haben. Soweit mir bekannt ist, reichen die vom Bautenministerium zur Verfügung gestellten Beträge für das Jahr 1971

nicht aus, einen zügigen Ausbau im kommenden Jahr voranzutreiben. Ich ersuche Sie daher, Herr Minister, ein zusätzliches Sonderfinanzierungsprogramm für die Steiermark für das Jahr 1971 zu erstellen, damit wenigstens die wichtigsten Straßenbauvorhaben rascher durchgeführt werden können.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß eine Aufwärtsentwicklung der gesamten Wirtschaft und eine Strukturverbesserung auch im ländlichen Raum eine gute Verkehrslage voraussetzt. In der Steiermark sind die Reserven, soweit sie Industriegründungen und den Ausbau der gewerblichen Wirtschaft betreffen, bei weitem noch nicht ausgeschöpft, und vor allem was den Fremdenverkehr betrifft, bestehen noch viele Möglichkeiten. Hier könnte sich, wie schon erwähnt, auch die bäuerliche Bevölkerung noch ein zusätzliches Einkommen schaffen.

Abschließend darf ich nochmals an den Herrn Bundesminister für Bauten den Appell richten, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit ein zügiger Ausbau der Bundesstraßen in der Steiermark in der nächsten Zeit ermöglicht wird. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Hofsatter: Da muß eine sozialistische Regierung kommen, damit etwas geschieht in der Steiermark!)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem wir uns in absehbarer Zeit der Vollmotorisierung nähern, ist die Gesamtreform der Straßenbaupolitik eine sich daraus ergebende zwingende Notwendigkeit. Wir Freiheitlichen möchten die parlamentarische Diskussion über die Reform der Straßenbaupolitik eröffnen. Wir tun es in der Erwartung, daß der zuständige Ressortminister für dieses Anliegen ein offenes Ohr hat.

Eine der Überlegungen, die Fachleute im Zusammenhang mit der Gesamtreform der Straßenbaupolitik anstellten, gipfelt in der Forderung nach Errichtung eines Straßenfonds, der in der weiteren Entwicklung zu einer Straßenholding ausgebaut werden soll. Nun würde uns, Herr Bundesminister, Ihre persönliche Ansicht zu diesem Reformvorschlag interessieren. Die Überleitung in eine bundesmittelbare Gesellschaft soll das Ziel sein und der Ausbau zu einem Straßenfonds möglichst bald in die Wege geleitet werden.

Wir Freiheitlichen stellen uns im Rahmen einer Straßenholding auch das Mitspracherecht der Gebietskörperschaften, der Kraftfahrzeugorganisationen und der Wirtschaft vor. Wir

Peter

sind darüber hinaus der Meinung, daß die Errichtung einer Straßenholding eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Intensivierung des Straßenbaues in unserem Land ist. Die Holding soll unter anderem auch die Dachgesellschaft aller auf Mautbasis errichteten Sonderstraßen sein. Sie soll, wenn sie errichtet ist und funktioniert, den Ländern und Gemeinden Finanzierungshilfen für spezielle Bauaufgaben ermöglichen. Der Straßenfonds soll aus den zweckgebundenen Zuschlägen der Mineralölsteuer ebenso gespeist werden wie aus den Mitteln, die sich aus der Dieselpreiserhöhung ergeben. An eine Verbreiterung der finanziellen Basis wird im Zuge der weiteren Entwicklung zu denken sein.

Ich glaube aber auch, daß zu diesem Problemkreis auch die Reform der Kfz-Besteuerung in unserem Land gezählt werden muß.

Wir Freiheitlichen sehen das oberste Ziel der Straßenbaupolitik und ihrer Reorganisation auch in einer solchen der Bundesstraßenverwaltung. Wir Freiheitlichen, Herr Bundesminister, sind der Meinung, daß die Bauherrntätigkeit der Hoheitsverwaltung in Zukunft besser erfüllt werden soll, als dies in der Vergangenheit möglich war.

In die Reorganisation der Bundesstraßenverwaltung ist auch das Koordinationsprinzip einzubauen, um in Zukunft die Koordination Finanzverwaltung, Bauwirtschaft und Bundesstraßenverwaltung in einem effizienteren Ausmaß zu gewährleisten.

Die Kostenberechnung muß auf eine rationellere Grundlage gestellt werden, als dies bisher der Fall war. Wir werden um den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung nicht herumkommen. Die Datenbank ist gerade für Ihr Ministerium ein entscheidendes und nicht mehr wegzudenkendes Hilfsmittel.

Die Rangordnung für den Ausbau unseres Straßensystems wird einer neuerlichen Diskussion bedürfen. Nicht allein die Frequenzhöhe kann für den Qualifikationsausbau ausschlaggebend sein, sondern — der Abgeordnete Adam Pichler hat in seinen Ausführungen auf dieses wesentliche Kriterium bereits verwiesen — auch der Fremdenverkehr wird bei der Straßenplanung mehr berücksichtigt werden müssen, als dies bisher der Fall war.

Die Regionalpolitik ist bei der Straßenplanung zu kurz gekommen. Aber auch die Interessen der Bauwirtschaft sollen in diesem Zusammenhang eine bessere Berücksichtigung finden.

Wir erteilen, Herr Bundesminister für Bauten und Technik, unser freiheitliches Ja zu diesem Budgetkapitel in der Erwartung, daß

Sie vor allem ein Minister der Reformen sein mögen. Ein Minister dringend gebotener Reformen, damit wir die Straßenpolitischen Voraussetzungen für jenen Zeitpunkt rechtzeitig schaffen, zu dem die Vollmotorisierung erreicht werden soll. Wenn ich den Ausführungen des Abgeordneten Helbich folge, wird diese um das Jahr 1990 erreicht sein. Allzu viel Zeit bleibt uns nicht mehr, um diese dringend gebotenen Voraussetzungen auf eine bessere Straßengrundlage zu stellen.

Sind Sie, Herr Bundesminister, in der Lage, in absehbarer Zeit die Thematik des Straßenfonds mit dem Ziel des Ausbaues zu einer Straßenholding im Parlament zur Diskussion zu stellen und dem zuständigen Ausschuß eine entsprechende Regierungsvorlage zu unterbreiten?

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß eine Straßenholding einer präzisen gesetzlichen Verankerung bedarf.

Die Dauer dieser Gesellschaft spielt eine besondere Rolle. Wir sehen einen Mindestzeitraum von 15 Jahren als geboten an. Das Ziel soll darin bestehen, den Straßenfonds mit einer reformierten Bundesstraßenverwaltung zu verschmelzen. Die Umstellungsarbeiten würden in erster Linie Ihrem Ministerium zufallen.

Wir sehen nach den bisher vorliegenden Meinungen der Fachleute folgende Organisationsgliederung und Aufgabenverteilung als richtig an: Die technische Geschäftsführung der Straßenholding soll dem Amtsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik zugeordnet werden, während die kaufmännische Geschäftsführung dem Finanzministerium zuzuweisen wäre. Der zuständige Ressortminister für Bauten und Technik müßte, um einen Arbeitstitel zu verwenden, der Generaldirektor der Straßenholding sein, um die Koordination in vollem Maße zu gewährleisten.

Wir Freiheitlichen haben unser Ja zur grundsätzlichen Budgeteinigung mit der sozialistischen Minderheitsregierung in der Erkenntnis gegeben, daß diese mittel- und langfristigen Aufgaben von der Regierung zielführend in Angriff genommen werden. Wir freiheitlichen Abgeordneten sind bereit, Reformen dieser Art zu unterstützen.

Ich darf mir noch erlauben, auf einige Detailprobleme einzugehen: Sosehr das Land Oberösterreich der einen oder anderen Initiative des früheren Bundesministers für Bauten und Technik Dr. Kotzina Verständnis entgegengebracht hat, sind wir in einem Punkt mit dem früheren Bundesminister für Bauten und Tech-

Peter

nik nicht zufrieden ... (Abg. Dr. Kotzina: Wieso?) Ich meine den zügigen Ausbau der Eisenbundesstraße. Das trifft nicht nur Sie, Herr Dr. Kotzina, das wird auch Ihren Nachfolger in absehbarer Zeit ebenso treffen, weil die Finanzdecke für alle Haushaltsgruppen, im besonderen aber für den Straßenbau, zu kurz ist.

Der Ausbau der Eisenbundesstraße — Kollege Radinger wird mir da beipflichten — ist ein Anliegen, das ich alljährlich zur Diskussion stelle und auch heuer mit dem Bemerkern versehen muß, daß dieser Fleckerlteppich allzu langsam fortschreitet.

Es ist ein besonderes Anliegen des oberösterreichischen Ennstales, daß Sie, Herr Bundesminister, diesem Problem Ihr besonderes Augenmerk zuwenden. Als Steirer können Sie ja Ihre Augen nicht von diesem Straßenbau-projekt abwenden.

Allerdings sind wir Oberösterreicher gegenüber den Steirern gebrannte Kinder, die das Feuer scheuen. Wir haben sehr trübe Erfahrungen auf dem Gebiet der Energiewirtschaft gesammelt, die sich auf dem Gebiet des Straßenbaues nicht wiederholen sollen. Die Steirer sind zielstrebige Menschen. Wir kennen besonders ihren Landeshauptmann Krainer als zielstrebigen Politiker, der seinerzeit, als die Kraftwerksproblematik: Kastenreith oder Altenmarkt, Oberösterreich oder Steiermark?, zur Diskussion stand, nicht so sehr von einer rechtlichen Voraussetzung als vielmehr von einer sehr realpolitischen Grundlage ausgegangen ist, indem er sich dazu entschlossen hat, etliche Steuermillionen in Form von Stahl-Beton-Fundamenten in die Enns zu versenken. Dies ungeachtet des Umstandes, ob das Bundesministerium für Landwirtschaft in der weiteren Folge für oder gegen Altenmarkt beziehungsweise für oder gegen Kastenreith entscheiden würde.

Der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Gleißner hat, sehr auf den Rechtsstandpunkt bedacht, gehofft, Oberösterreichs Recht vom Landwirtschaftsministerium zu bekommen. Inzwischen ist viel Wasser die Enns hinuntergeflossen. Kastenreith ist ins Wasser gefallen, Altenmarkt hat sich durchgesetzt.

So soll es uns Oberösterreichern, Herr Bundesminister, gerade bei der Eisenbundesstraße nicht ergehen. Ich wäre Ihnen, Herr Bundesminister, dankbar, wenn Sie die leidvolle Geschichte dieses Zehnjahresprojektes so rasch wie möglich zu einem befriedigenden Abschluß bringen könnten.

Nun bitte ich den Fachmann um eine Auskunft. Immer wieder, wenn man als Politiker

nach Tirol kommt, stellt man sich auf dem Gebiete des Straßenbaues folgende Frage: Warum hat man zuerst das Teilstück der Brennerautobahn von Innsbruck bis zum Brenner gebaut, um den Flaschenhals Kufstein — Innsbruck so lange wie nur möglich — hätte ich beinahe gesagt — aufrechtzuerhalten? Nun erst geht man kilometerweise daran, diesen drückenden Flaschenhals im Streckenabschnitt Kufstein — Innsbruck zu bewältigen.

Was kann die Verantwortlichen veranlaßt haben, zuerst die Ausfahrt Innsbruck — Brenner verkehrstechnisch auf eine zeitgemäße Grundlage zu stellen? Ohne Zug um Zug die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, den Fremdenstrom aus der Bundesrepublik auf einem so breiten Straßenband nach Tirol hereinzuführen, wie es im Interesse des österreichischen Fremdenverkehrs geboten wäre. Man bekommt, wenn man mit Tiroler Regierungspolitikern spricht, darauf nie eine befriedigende Antwort. Ich bin aber so neugierig und möchte auf diese Frage eine Antwort haben, weil ich persönlich der Meinung bin, daß hier eine eklatante Fehlplanung zugrunde liegt.

Von meinem Vorredner wurde bereits das Problem einer der österreichischen Nord-Süd-Achsen angeschnitten. Es ist die Pyhrnautobahn, von der wir freiheitlichen Abgeordneten der Meinung sind, daß sie eine ebenso bedeutende Zubringerfunktion aus dem deutschen Grenzgebiet her zu erfüllen habe wie etwa der Streckenabschnitt Kufstein — Innsbruck. Die Frage Pyhrnautobahn ist mit einer zweiten Straßenfrage verbunden, nämlich mit dem Anschluß von der bundesdeutschen Grenze bei Passau bis zur Autobahnauffahrt Sattledt. Denn meines Erachtens hat es nicht allzuviel Sinn, wenn wir zwischen dem oberösterreichischen Zentralraum und Graz die Verbindung herstellen, aber andererseits nicht Sorge dafür tragen, den bundesdeutschen Fremdenstrom so rasch wie möglich an die Pyhrnautobahn heranzubringen.

Der Ablauf des Baues der einzelnen Teilstrecken und die Inangriffnahme ist von besonderer Bedeutung. Ich habe die Strecke Innsbruck — Kufstein und die Brennerautobahn vor allem deswegen erwähnt, damit gerade bei der Errichtung der Pyhrnautobahn und bei der Bewältigung des Urlauberstromes aus dem Raum Passau in den Raum Wels nicht dieselbe Fehler gemacht wird, der seinerzeit bei der Brennerautobahn gemacht wurde.

Herr Bundesminister! Ein Kassandraruf klingt alle Jahre bei diesem Kapitel an: die Sorge der Baufirmen, daß die Zahlungsmoral der Republik Österreich gerade auf dem Ge-

Peter

biete des Straßenbaues eine so triste ist. Der beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Linz anhängige Prozeß einiger Baufirmen gegen die Republik Österreich unterstreicht nachdrücklich die Sorgen der österreichischen Bauwirtschaft ob der Zahlungsmoral der Republik Österreich. Was kann unter Ihrer Amtsführung getan werden, um den berechtigten Bedenken der Bauwirtschaft Rechnung zu tragen und um diese Mängel der staatlichen Verwaltung zu beheben?

Wir Freiheitlichen erwarten also von Ihnen die Inangriffnahme der Reform der österreichischen Straßenbaupolitik. Unseres Erachtens ist eine Entscheidung in absehbarer Zeit fällig. Wir sind der Meinung, daß die Errichtung einer Straßenholding ein erster entscheidender Schritt auf dem Gebiet der Reform der Straßenbaupolitik ist. Wir sind weiter der Meinung, daß die Straßenholding darüber hinaus einen Beitrag zur Kostensenkung auf dem Wege des einfacheren Bauens leisten kann, aber auch durch Rationalisierung des Bau geschehens zur Einsparung öffentlicher Mittel führen wird.

Wenn wir freiheitlichen Abgeordneten ja zu dieser Haushaltsgruppe sagen, so, Herr Bundesminister für Bauten und Technik, ist es in erster Linie ein Ja zu dringend gebotenen Reformen auf dem Gebiete der österreichischen Straßenbaupolitik. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein gut ausgebautes Straßennetz ist sicherlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Das war der rote Faden, der sich durch die ganze Diskussion über das Kapitel Bauten und Technik zog. Ein geradezu klassisches Beispiel hiefür ist das Bundesland Burgenland. Mit dem Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes begann nach 1945 das Land erst richtig aufzublühen.

Gestatten Sie daher, daß ich in bezug auf den burgenländischen Straßenbau ein wenig zurückblende und dann auch eine kleine Vorschau halten werde. Das Straßen- und Eisenbahnnetz des ehemaligen Deutschwestungarns beziehungsweise des jetzigen Burgenlandes war nach Budapest orientiert, also von West nach Ost ausgebaut, und garantierte keinerlei Verbindungsmöglichkeiten innerhalb der beiden Landesteile Nord und Süd.

Durch die Grenzziehung im Jahre 1921 wurde dieses Netz vollkommen zerstückelt, und so bestand ursprünglich überhaupt keine

fahrbare Verbindung — wie ich schon eingangs erwähnte — zwischen den nördlichen und südlichen Landesteilen. Ebenso ließ die Straßenbeschaffenheit sehr viel zu wünschen übrig. Noch als Kinder kannten wir Straßen ohne Unterbau, einfache Sand- und Fahrwege, und von harten Straßendecken war überhaupt keine Rede.

In der Ersten Republik galt es zunächst, mit den wenigen vorhandenen Mitteln die bestehenden Verbindungs- und Fahrwege so weit auszubauen und zu ergänzen, daß die Landesteile zwischen Nord und Süd wenigstens auf landeseigenen Straßen erreicht werden konnten.

Erst nach 1945 begann man dank des großen Verständnisses von seiten des Bundes, insbesondere der damals zuständigen Handels- und Bautenminister, und der guten Zusammenarbeit — das möchte ich hier betonen — zwischen Bund und Land einerseits und der beiden großen Parteien im Burgenländischen Landtag andererseits, ein wohldurchdachtes, regionales Straßennetz auszubauen.

Als Hauptleistung des burgenländischen Straßenbaues ist die Schaffung der Nord-Süd-Straße von Kittsee bis Kalch anzusehen, die streckenweise eine völlige Neuanlage darstellt. Dieser wichtige Lebensnerv trug zunächst den regionalen Erfordernissen Rechnung und schuf die Voraussetzung für einen klaglosen Verkehr innerhalb des Landes.

Die rapid zunehmende Motorisierung, die weitere Erschließung des eigenen Landes und der für das Burgenland so wichtige Anschluß an die drei Wirtschaftszentren — im Süden der Raum Graz, in der Mitte Wiener Neustadt, im Norden Wien — machten neue Planungen nötig.

So begann die zweite große Phase im burgenländischen Straßenbau:

1. Ausbau und Verstärkung des bestehenden regionalen Straßennetzes, und
2. Anschluß und Koordinierung mit dem überregionalen Straßennetz.

In diesem Zusammenhang haben die Burgenländische Landesregierung und der Burgenländische Landtag einstimmig die Führung der Autobahntrasse Süd durch das Burgenland gefordert. Die Burgenländische Landesregierung hat jedoch in einer Denkschrift festgelegt, daß die Entscheidung hierüber nach Einholen von Fachgutachten erfolgen soll. Diese sprachen sich gegen diese Trassenführung aus. Ebenso lauteten auch die von der Burgenländischen Landesregierung eingeholten ausländischen Gutachten, schlugen aber inter-

Dipl.-Ing. Tschida

essanterweise eine ganz neue Trassenführung im Rahmen der Südostautobahn vor. Der Burgenländische Landtag beschloß daraufhin, die Landesregierung zu beauftragen, in neuerliche Verhandlungen mit der Bundesregierung einzutreten.

Die damalige ÖVP-Alleinregierung mit Bauenminister Dr. Kotzina hat diesem Verlangen auch Rechnung getragen. Wie bekannt, konnte dann auf Grund einer Aussprache am 14. Mai 1969 mit einer burgenländischen Delegation, bestehend aus dem Landeshauptmann, dem Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesstraßenreferent Dr. Vogl in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus, des Bundesministers Soronics und des Bauenministers Dr. Kotzina, folgendes Ergebnis erzielt werden: Burgenland erhält unter anderem die Schnellstraßensysteme Wien—Eisenstadt, Wiener Neustadt—Eisenstadt und Oberwart—Hartberg und unter Berücksichtigung der Verkehrsbedürfnisse des Raumes Parndorf hinsichtlich des Bezirkes Neusiedl am See die Ostatobahn.

In den anschließenden Verhandlungen mit der Burgenländischen Landesregierung hat Dr. Kotzina auch der Verlängerung der Schnellstraße Wien—Eisenstadt über die Bezirke Mattersburg, Oberpullendorf und Oberwart mit Anschluß an die Südautobahn bei Hartberg in Aussicht gestellt. Ebenso konnte die zusätzliche Finanzierung des Baues dieses übergeordneten Straßennetzes sichergestellt werden.

Dieses positive Ergebnis hat der Baureferent in der Sitzung vom 28. Mai 1969 dem Burgenländischen Landtag mitgeteilt. Es wurde vom Landtag einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dieses Verhandlungsergebnis fand auch ein sehr lebhaftes Echo in der Presse. Die damaligen sozialistischen Presseaussendungen, die oftmals sogar übertrieben schienen, versuchten die Erfolge nur für die SPO gutzubuchen. Unter anderem hieß es: „Erfolg Kerys. Burgenland bekommt die Autobahn.“

Oder: „Der Bau dieser autbahngleichen Schnellstraße — und das ist ein entscheidender Punkt, auf den ich mit aller Entschiedenheit verweise — wird zusätzlich finanziert, das heißt, daß dafür nicht die normalen dem Burgenland zustehenden Bundesstraßenmittel verwendet werden müßten.“

Oder in einer Rundfunkansprache des Herrn Landeshauptmannes:

„Sie wissen, liebe Hörerinnen und Hörer, daß es uns gelungen ist, eine für das Burgenland zweckmäßige und unseren Vorstellun-

gen entsprechende Lösung dieser Lebensfrage unserer Heimat zu erwirken. Die nunmehr in Aussicht gestellte Schnellstraßenverbindung von Wien über die Bezirke Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf und Oberwart bis zur Einbindung in die Südautobahn sichert eine moderne Verkehrserschließung des Burgenlandes und wird zweifellos dazu beitragen, die volle Integration unseres Landes zu beschleunigen.“

Auch der Herr Kollege Babanitz hat im Vorjahr in seinem Beitrag zum Kapitel Bauten Stellung genommen. Ich darf diese Stellungnahme zitieren. Er sagte:

„Wir erwarten, daß die Schnellstraße Wien—Eisenstadt—Mattersburg, die ja zugesagt wurde, nicht nur bis Mattersburg, sondern autbahnhähnlich bis Oberpullendorf und Oberwart ausgebaut wird. Die Zusage, daß diese Straße als vierspurige kreuzungsfreie Autostraße fixiert werden möge, haben Sie und der Herr Bundeskanzler bereits gemacht. Wir werden“ — auch das wurde heute bereits gesagt — „bei der Behandlung der Neubewertung der Bundesstraßen Gelegenheit haben, festzustellen, ob diese Zusagen tatsächlich eingehalten werden.“

Meine Damen und Herren! Aus all diesen Aussagen kommt doch eindeutig zum Ausdruck, welche Haltung sowohl der Bund als auch das Land in der Angelegenheit der Schnellstraße Wien—Oberwart an den Tag gelegt haben.

In den letzten Tagen hat nun der Herr Bautenminister Moser das Bundesstraßengesetz 1970 zur Begutachtung ausgesandt und das hiezu gehörige Straßenverzeichnis angeschlossen. Der Entwurf des Bundesstraßengesetzes sieht die Gliederung desselben in Bundesstraßen A — das sind die Bundesautobahnen —, Bundesstraßen S — Bundesschnellstraßen — und Bundesstraßen B vor.

Nach gründlichem Studium der Straßenverzeichnisse mußten die Burgenländer überrascht feststellen, daß die „Große Burgenlandstraße“ — wie sie vom Herrn Landeshauptmann Kery mit Vorliebe genannt wurde — nicht mehr aufscheint. Vergeblich sucht man nach einem einheitlichen Straßenzug, der den Norden mit dem Süden und weiterhin mit der Südautobahn bei Hartberg mit der so oft genannten „Burgenländischen Autobahnstraße“ zu einer Einheit verbinden soll.

Von Wien bis zum Knotenpunkt Wulkaprodersdorf soll dem Verzeichnis nach die Südostautobahn A 4 geführt werden, die beim Wulkaprodersdorfer Knoten auf die Eisenstädter Schnellstraße S 4 stößt.

Dipl.-Ing. Tschida

Anstatt der von Dr. Kotzina in Aussicht genommenen Schnellstraße Eisenstadt—Oberwart ist diese unter der Bezeichnung S 31, Burgenland Schnellstraße, nur als Teilstück von Eisenstadt bis Lockenhaus geführt. Das Reststück von Lockenhaus bis zur Landesgrenze von Markt Allhau ist als Bundesstraße B, also als dritte Kategorie klassifiziert.

Der Anschluß des südlichen Burgenlandes, insbesondere des Wirtschaftsraumes Pinkafeld—Oberwart—Großpetersdorf, an die Südautobahn und damit an das Wirtschaftszentrum Graz scheint damit hinfällig zu sein und stellt meiner Ansicht nach eine Benachteiligung des Burgenlandes dar.

Wie aus den Erläuterungen zu den Straßenverzeichnissen hervorgeht, sollen diese Änderungen gegenüber der Zusage des ÖVP-Ministers Kotzina nach einer Besprechung zwischen Ihnen, Herr Bautenminister, und dem Landeshauptmann des Burgenlandes festgelegt worden sein. Tatsächlich hat auch vor einiger Zeit so eine Aussprache zwischen Bautenminister Moser und den sozialistischen Landesregierungsmitgliedern im Eisenstädter Landhaus stattgefunden.

Erst nach massivem Druck von seiten der ÖVP hat der Baureferent der Burgenländischen Landesregierung, Landesrat Dr. Vogl, anlässlich der Budgetdebatte im Burgenländischen Landtag am 5. Dezember 1970 vage Aussagen über diese Unterredung gemacht. Der Herr Landeshauptmann schwieg allerdings bis heute.

Geschieht dies vielleicht deshalb, weil der Herr Landeshauptmann nunmehr wegen dieser Fehlentscheidung gegen das Burgenland gegen die sozialistische Bundesregierung und gegen den Bautenminister im speziellen auftreten müßte? War es nicht wesentlich einfacher und leichter, als Sozialist die ÖVP-Alleinregierung ständig — ich betone das — der Benachteiligung des Burgenlandes zu bezichtigen, gegen die ÖVP-Minister eine Verfassungsgerichtshofklage zu beantragen und die burgenländischen ÖVP-Abgeordneten zum Nationalrat als Landesverräter hinzustellen?

Offenbar haben Sie, Herr Minister, gegen die vom Burgenland nachdrücklichst geforderte Schnellstraße Eisenstadt—Oberwart—Hartberg entschieden und dadurch verhindert, daß

1. die Verbindung der beiden großen Wirtschaftsräume des Nordens und Südens, nämlich Eisenstadt—Mattersburg mit Oberwart—Pinkafeld—Großpetersdorf, nicht entsprechend gesichert ist;

2. durch den Ausfall der von Dr. Kotzina zugesagten, von der Landesregierung bereits vergebenen Projektierung der Schnellstraße Oberwart—Hartberg die Wirtschaftsregion Oberwart—Großpetersdorf ohne geeigneten Anschluß an das überregionale Verkehrsnetz steht;

3. das Burgenland durch die Zusage, daß die Schnellstraße aus Sondermitteln finanziert würde, auch finanzielle Nachteile zu erwarten hat.

Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die burgenländische Landwirtschaftskammer haben gegen diese Neuregelung entschieden negative Stellungnahmen abgegeben. Die Arbeiterkammer dagegen hat entgegen ihren bisherigen Aussagen — wie könnte es anders sein — diese Neuregelung erstaunlicherweise begrüßt.

Herr Bundesminister! Sie haben vorläufig gegen das Burgenland entschieden. Als Beweis hierfür will ich nochmals den Herrn Landeshauptmann des Burgenlandes sprechen lassen, der in seiner Rundfunkansprache vom 18. Mai 1969 nach dem positiven Verhandlungsergebnis mit Dr. Kotzina folgendes ausführte:

„Mit diesem Ergebnis findet nunmehr unser Ringen um den Anschluß des Burgenlandes an das überregionale Verkehrsnetz seinen erfolgreichen Abschluß. Unser unentwegtes Bemühen gipfelt darin, daß die Benachteiligung des Burgenlandes vermieden wurde und gleichzeitig die Gefahr gebannt worden ist, daß die kaum errungene Integration der beiden historischen Landesteile im Norden und Süden unserer Heimat abermals zerschlagen worden wäre.“ (Abg. B a b a n i t z: *Herr Kollege! Sie kommen reichlich spät darauf! In den vier Jahren unter Minister Kotzina haben Sie kein Wort dazu gesagt! Da haben Sie nie dazu geredet!*) Herr Kollege Babanitz! Sie wissen, wie Sie über uns gesprochen haben, vor allem über die Nationalräte des Burgenlandes, was Sie uns alles geheißen haben. Sie hätten ja jetzt die Möglichkeit, es anders zu machen, so zu machen, wie Sie damals gepredigt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Die Chance ist da, handeln Sie! Wir können es ja gemeinsam versuchen. Ich bin nur neugierig, was jetzt die Sozialisten des Burgenlandes dazu sagen werden. (Abg. Dr. G r u b e r: *Zuerst große Sprüche, dann sind sie ganz still!*) Vier Jahre verteufelt, vier Jahre hieß es ständig, das Burgenland werde durch die ÖVP-Alleinregierung vernachlässigt. Vier Jahre hat es so geheißen. (Abg. B a b a n i t z: *Die ÖVP, da haben Sie recht!* — Abg. Dr. P i t t e r m a n n: *Das ist die Festsitzung in Wien!* — Abg. O f e n b ö c k: *Das glaubt Ihnen niemand*)

2206

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Dipl.-Ing. Tschida*im Burgenland! — Abg. H o r r: In Katzelsdorf auch nicht, wo Sie daheim sind!)*

Herr Kollege Babanitz! Denken Sie einmal nach, was Sie über uns gesagt haben. Ich kann Ihnen die Zeitung bringen, wo Sie uns alle drei drinnen haben als Verräter am Burgenland. (Abg. Babanitz: Das müssen Sie uns erst beweisen!) Ich will dieses Wort gar nicht in den Mund nehmen.

Herr Bundesminister! Die burgenländische Öffentlichkeit hat die Vorgänge in der Frage der Autobahn beziehungsweise der burgenländischen Schnellstraße mit hohem Interesse verfolgt. Sie konnten aus meinen Ausführungen und den Aussagen aller hiezu kompetenten Persönlichkeiten und Stellen entnehmen, daß nach wie vor höchstes Interesse besteht, die Autoschnellstraße von Eisenstadt über Oberwart bis zur Einbindung in die Südautobahn durchzuziehen. (Abg. Tödling: Bis Gleisdorf!)

Die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen. Es liegt noch in Ihrem Machtbereich, Herr Minister, Maßnahmen zur Abwehr dieser Benachteiligung zu treffen, worum ich Sie von dieser Stelle aus dringend ersuche. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ortner das Wort.

Abgeordneter Ortner (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich mich eingangs und sachbezogen mit einer, wie mir scheint, doch regional bedeutenden Straßenfrage beschäftige, darf ich einbegleitend einige Sätze sagen.

Als sogenannter Hinterbänkler und Neuling dieses Hohen Hauses habe ich mir nun durch 14 Tage hindurch diese mehr oder weniger starke Rede- und Budgetschlacht angehört und angesehen und habe dabei, das darf ich auch sagen, doch viel gelernt, viele positive Eindrücke gewonnen, aber — das muß ich auch sagen — auch sehr, sehr viele negative. Ich möchte sie jetzt gar nicht im Detail erörtern, sondern ich möchte mich der Auffassung der Herren Kollegen Dr. Pittermann, Dr. Gruber und Dr. Broesigke anschließen, daß es außerordentlich hoch an der Zeit und wichtig sei, daß die Geschäftsordnung reformiert wird. Ich glaube, das Procedere hier durch 14 Tage hindurch berechtigt dazu und fordert geradezu eine Reform heraus.

Jetzt habe ich mir überlegt, was man als Neuling praktisch zur Belebung, wenn man es so nennen kann, beitragen könnte. Ich bin daraufgekommen: momentan eigentlich nur in der Richtung hin, daß man sich selbst beschreit, daß man konkret und sachbezogen spricht und sich vor allem in den Äußerungen kurz hält.

Das bringt, glaube ich, dreierlei Vorteile mit sich. Erstens: Die Bevölkerung, die einen hierher entsandt hat, versteht gerade diese Sprache, die man mit ihr immer gepflogen hat, am besten. Zweitens wird das Zuhören für Sie, meine Damen und Herren, doch auch etwas leichter und angenehmer. Und drittens kann sich der Redner hier das Polemisieren, das nicht immer objektiv, sondern vielfach subjektiv geübt wird, das Replizieren und das Zitieren weitestmöglich ersparen. — Das hätte ich sagen wollen.

Nun darf ich mich der Sache, der Innviertler Bundesstraße mit der Bezeichnung Nr. 141 zuwenden. Ich sage gleich: Kein Mensch kennt diese Straße unter dieser Bezeichnung, sondern sie ist — das werden mir die Kollegen bestätigen — nur unter der Fernstraße schlechthin bekannt. (Abg. Dr. Gruber: Doch! Ich schon!)

Ich muß nun die Strecke einer genauen Analyse unterziehen. Als Ende der vierziger Jahre, Anfang der fünfziger Jahre diese Straße geplant, trassiert und gebaut wurde, hat sie sicherlich für damalige Verkehrsverhältnisse den Anforderungen restlos entsprochen. Sie wurde auch in großen Teilen ihrer Trassierung vollkommen richtig angelegt. Aber in etlichen Bereichen — und darauf komme ich noch zurück —, im Bereich der Gemeinde Grieskirchen ist sie vollkommen verfehlt geplant und angelegt worden. Ich werde den Beweis dafür dann schon erbringen.

Ich darf vielleicht zur besseren Illustration die Trassenführung, beginnend von Wels über Schallerbach—Grieskirchen, beschreiben. Vier Kilometer westlich von Grieskirchen teilt sich nun diese Innviertler Bundesstraße in einen Straßenzug, der über Riedau nach Schärding geht, und in einen, der nach Ried—Braunau geht. Es werden praktisch fünf Bezirke damit umschlossen: Wels, Grieskirchen, Schärding, Ried und Braunau.

Wenn ich ganz grob schätze, sind das mindestens 250.000 Personen, die mittelbar oder unmittelbar Interesse an dieser Straße bekommen.

Nun ist dieser Ast, der nach Schärding geht, in Teufenbach praktisch schon zwei Jahre stillgelegt. Es wird notwendig sein, daß die Pram in Pramerdorf reguliert wird, daß die Fernstraße bis an die Landesgrenze, also nach Schärding, führt und die Innbrücke errichtet wird, Herr Bundesminister, damit wir auf der anderen Seite die Möglichkeit erhalten, der Forderung nachzukommen, daß die Straße B 12, die nach München—Passau führt, Anschluß findet.

Ortner

Ich sage das auch deswegen, weil wir nicht nur den Fremdenverkehr in das Salzkammergut möglichst fließend leiten wollen und sollen, sondern weil wir auch in Oberösterreich in dieser Region heute schon etliche Gemeinden haben, die sehr an diesem Fremdenverkehr interessiert sind. Denken wir beispielsweise an das Gebiet Natternbach—Neukirchen, das sich gerade in den letzten Jahren als Fremdenverkehrsgebiet außerordentlich angeboten und gut entwickelt hat, weil es ein industrieloses Gebiet ist.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite ist der Bau bis Ried hinein, und zwar in Hohenzell und Grausgrub, zum Erliegen gekommen. Wir wissen nun aus dem Bundesstraßengesetz, daß man die Strecke Ried—Braunau als Schnellstraße ausbauen möchte. Hier sind noch keinerlei Voraussetzungen — das wissen die Kollegen aus Oberösterreich — geschaffen, außer der vielleicht, daß in Braunau die Umfahrung fertig ist. Sonst aber — würde dieses Straßenstück Braunau—Ried, oder umgekehrt, zur Schnellstraße — ist uns klar und jedem bewußt, daß das ungeheure Summen erfordern wird.

Nun darf ich mich dem neuralgischen Stück dieser Fernstraße zuwenden: das ist im Bereich des Gemeindegebiets Grieskirchen bis Schallerbach. Vielleicht wird uns bewußt, wenn ich zwei, drei Zahlen nenne, welche Verkehrsfrequenz dort liegt. Täglich verkehren durchschnittlich zwischen 5500 und 9000 Fahrzeuge in beiden Richtungen. Diese Straße ist also fast mehr frequentiert als die Strecke Linz—Wels.

Nun können wir uns vorstellen, wenn wir bedenken und wissen, daß sich die Zahl der Kraftfahrzeuge bis zum Jahre 1980 mindestens verdoppelt, welche unerträgliche Situation hier entsteht. Dazu kommt noch, daß ja diese Fernstraße vielfach zu überqueren ist. Das müssen wir auch berücksichtigen.

Nun komme ich zu dem, was ich zuerst deponiert habe, nämlich, daß die Straße in gewissen Bereichen vollkommen falsch trassiert ist. Das gilt ganz besonders für Grieskirchen. In Grieskirchen wurde die Stadt direkt durchschnitten in einen Altstadtteil und in das Siedlungsgebiet auf der anderen Seite.

Und jetzt müssen wir uns vorstellen — und das kommt noch dazu —, wie hoch die Zahl der Unfälle ist. Ich möchte die Unfallstatistik interessehalber hier auch anführen. 1968 hat es auf einer Strecke von nicht einmal drei Kilometern im Gemeindegebiet Grieskirchen 64 Unfälle mit 2 Todesopfern und 15 Schwerverletzten gegeben. 1969 — wie das auch steigt! — gab es bereits 92 Unfälle mit

1 Todesopfer und 18 Schwerverletzten. 1970 gab es bis November im Gemeindegebiet Grieskirchen allein schon wieder 63 Unfälle.

Nun ist interessant — ich habe darüber schon im Gemeindevorstand, im Gemeinderat, aber auch im oberösterreichischen Landtag gesprochen —: Kompetent für die Sanierung dieser Stelle ist eigentlich niemand. Das ist eine Gemeindestraße. Ich darf hier in Parenthese anmerken: Die Gemeinde Grieskirchen mit einem Budget von 10 Millionen Schilling ist nicht in der Lage, eine Schule um 25 Millionen Schilling zu errichten, die wir jetzt gebaut haben, und gleichzeitig Unterführungen zu bauen, die auch in die Millionen gehen. Das Land ist nicht kompetent, und der Bund ist auch nicht kompetent.

Und jetzt sage ich mit aller Deutlichkeit: Die Eltern der Kinder, die dort zu Tode gerädert werden, interessiert die Kompetenzfrage überhaupt nicht. Das sind menschliche Schicksale. Man kann die Leute nicht damit trösten, daß nicht geklärt ist, wer zuständig ist. Wir wissen schon, daß die Gemeinde zuständig ist, aber wir können es nicht leisten.

Ich darf auch anmerken, daß sich bei diesen neuralgischen Punkten beispielsweise der größte Grünlandmaschinenerzeuger Österreichs, die Firma Pöttinger, mit 800 Beschäftigten befindet. Kollege Dr. Gruber wird mir recht geben. Dort befindet sich auch die Abzweigung nach Gallspach, einem weltbekannten Kurort. Wenn Schichtwechsel ist, dann können Sie sich vorstellen, daß Hunderte von Fahrzeugen einerseits nach Gallspach fahren und andererseits direkt in die Fernstraße einbiegen. Auf der anderen Seite sind dort die Wohngebiete, Hunderte von Kindern, die in das Schulzentrum gehen, müssen die Fernstraße überqueren. So erklärt sich auch diese hohe Unfallzahl.

Ich glaube, hier muß etwas geschehen. Ich deponiere: Hier muß uns der Bund, und er wird es sicherlich auch tun, zur Seite stehen. Die dritte Spur wird sich nicht vermeiden lassen, wenn man überhaupt noch in der Lage ist, im Stadtgebiet das so zu lösen und zu regeln.

Und nun darf ich auch zum Bautenbudget noch einige Bemerkungen machen. Das Bautenbudget ist von 5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 auf 9,1 Milliarden Schilling im Jahre 1971 gestiegen, das ist eine ganz bedeutende Steigerung um mehr als 80 Prozent. Die für Straßenbauten reservierte Budgetsumme wurde um 1006 Millionen Schilling auf 6081 Millionen Schilling erhöht, das ist eine Steigerung um 19,8 Prozent. Trotzdem ist mir bewußt, daß natürlich die Erfordernisse, die

Ortner

Wünsche und die Notwendigkeiten viel, viel größer sind als die finanziellen Möglichkeiten.

Wir verstehen es, Herr Bundesminister, daß Sie natürlich die aufgezeigten Probleme mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht überall schnellstens lösen können. Wir müssen aber doch darauf hinweisen, daß solchen Problemen, wie ich sie aufgezeigt habe, ein besonderes Augenmerk zugewendet werden muß. Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung auch versprochen, gerade für den Straßenbau mehr zu tun. Ich darf hier feststellen: Sie hat dieses ihr Versprechen eingelöst, denn eine Steigerung um 19,8 Prozent von 1970 auf 1971 ist doch ganz bedeutend.

Ich glaube auch, daß bei den Straßenfragen — das haben wir ja, wenn man das heute auch ein bißchen heiter sagen darf, beim Straßentag selbst gesehen — oft wenige oder überhaupt keine politischen Gegensätze vorhanden sind, sondern die sachlichen Argumente und Notwendigkeiten überwiegen.

Ich würde Sie, Herr Bundesminister, im Interesse der Sanierung dieser neuralgischen Punkte, im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der gesamten Verkehrswirtschaft in diesen fünf Bezirken des Innviertels ersuchen, dem Ausbau und der Fertigstellung der sogenannten Fernstraße im Jahre 1971 größtmöglichen Augenmerk zuzuwenden. Ich weiß, daß Sie nicht alle Mittel hier einsetzen können. Ich glaube aber auch, daß in bezug auf den Anschluß an die Innkreisautobahn, die ja dann über den Pyhrn geführt werden soll, die Trassierung so angelegt werden soll, daß sie von den Städten mit möglichst nahen Zubringerstraßen zu erreichen ist. In Anbetracht dessen, daß fast aus dem gesamten süddeutschen Raum der Fremdenverkehrsstrom über das Innviertel geht, sollte dem Ausbau und dem Neubau einerseits der Innviertler Straße und andererseits der Innkreisautobahn größtmögliches Augenmerk geschenkt werden.

Dieses regionale Problem wollte ich heute hier behandeln, auch deswegen, weil ich glaube, daß die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes und somit auch die Wähler ein Anrecht darauf haben, ihre persönlichen Probleme — und das sind gerade im Bereich von Grieskirchen Probleme der persönlichen Sicherheit — in diesem Hohen Haus behandelt zu wissen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Josef Schlager das Wort.

Abgeordneter Josef **Schlager** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich in den Chor

der Straßen-Sänger nicht einreihen (*allgemeine Heiterkeit*), nicht einreihen deshalb, weil diese Budgetdebatte ohnehin schon sehr lange dauert. Aber nicht einreihen auch aus einem anderen Grund. Aus dem Grund, weil wegen des dringenden Ausbaues der steirischen Bundesstraßen zwischen dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Bautenminister volle Übereinstimmung besteht und weil ich überzeugt bin, daß der Herr Bautenminister die Probleme der Bundesstraßen besser lösen wird, als sie bisher gelöst wurden. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schrotter veranlassen mich, in aller Kürze einige Dinge dazu zu sagen. Der Herr Abgeordnete Schrotter hat sicherlich sehr sachlich die Probleme der steirischen Bundesstraßen aufgezeigt, er hat aufgezeigt, daß es für die Steiermark lebensnotwendig ist, daß die Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen ausgebaut werden; er hat aber dabei vergessen, daß ich schon im Jahre 1966 in meiner ersten Rede hier im Hohen Hause den damaligen Herrn Bautenminister gebeten habe, diesen Problemen der Steiermark höhere Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Abg. Doktor Kotzina: Und das ist nicht geschehen?) Und das ist nicht geschehen, leider.

Ich weiß, in der Steiermark besteht betreffend den Straßenbau ein gewisses Unbehagen, weil man einfach keine Schwerpunkte feststellen kann und weil man das Gefühl hat, daß dort die Straßen nicht sehr planmäßig ausgebaut werden. Und warum hat man das Gefühl? Weil die Hauptverkehrsader, die Bundesstraße 17, nur sehr langsam ausgebaut wird, weil die Verkehrsadern in den obersteirischen Industriegebieten bisher überhaupt nicht ausgebaut wurden, obwohl der Herr Bautenminister Dr. Kotzina schon damals hier im Hohen Hause versprochen hat, daß zum Beispiel die Umfahrung Judenburg im Jahre 1968 in Angriff genommen wird, daß die Umfahrung Knittelfeld geplant wird — also lauter Versprechen, Herr Dr. Kotzina, die Sie leider nicht gehalten haben.

Und wenn ich sage, daß wir das Gefühl des Unbehagens haben, weil kein Schwerpunktprogramm besteht, dann möchte ich das nur an einigen Beispielen beweisen. Man hat zum Beispiel die Straße Bruck—Graz noch immer nicht ausgebaut, obwohl man seit zehn Jahren weiß, daß dort ein Verkehr herrscht, der einen vierbahnigen Ausbau einfach dringend erfordert.

Man hat die Bundesstraße 17 im obersteirischen Raum nicht ausgebaut. Man baute wohl ein drei Kilometer langes Stück bei Kaisers-

Josef Schlager

berg, um dort den Bahnübergang auszugleichen, die Forderung war aber, man möge doch dieses Stück vierbahnig ausbauen. Nein, wiederum hat man dieses Stück nur zweibahnig ausgebaut.

Aber man baut auf der anderen Seite eine schöne Straße durch die Soboth, mit vielen, vielen Millionen. Ich bin überzeugt, daß die Soboth-Straße auch ihre Berechtigung hat — erstens einmal, um das Grenzland zu erschließen, und zweitens einmal auch den Fremdenverkehr anzuheben —, aber es kann doch nur ein Schwerpunktprogramm geben. Zuerst Ausbau der notwendigen Bundesstraßen und dann Ausbau der sicherlich auch notwendigen Straßen an der Grenze und der dem Fremdenverkehr an der Grenze dienenden Straßen.

Und noch ein Problem bewegt uns in der Steiermark sehr. Jedenfalls beobachten wir auch sehr genau die Unfallstatistik. Es ist bedauerlich, daß es im Jahre 1969 in Österreich 115.192 Straßenverkehrsunfälle gegeben hat; von diesen 115.000 Unfällen waren 65.003 mit Sachschaden, während bei 50.189 Unfällen auch Personen verletzt oder getötet wurden. Und hier die Relation zu den Straßenverkehrsunfällen in der Steiermark. In der Steiermark hatten wir im Jahre 1969 12.099 Unfälle; dabei waren zu beklagen 423 Tote, 2807 Schwerverletzte, 7833 Leichtverletzte und 1036 sonstige Schäden.

Wenn man nun nachforscht, aus welchem Grund diese Unfälle vor allen Dingen verursacht wurden, dann kommt man auf folgendes darauf: Die besonderen Gefahrenstellen sind in der Steiermark besonders häufig. Und zwar sieht die Relation folgendermaßen aus: In Niederösterreich gibt es 10 besondere Gefahrenstellen, in Vorarlberg 12, in Salzburg 20, in Tirol 23, aber 36 solche Gefahrenstellen sind in der Steiermark.

Und wenn man meint, daß viele Unfälle — und das ist sicherlich nicht unrichtig — durch die Kraftfahrer selbst verursacht werden, ist es doch sehr interessant, daß die Gendarmerie zu diesen Unfällen auch folgendes festgestellt hat: Die Gendarmerie weist auf Unfallursachen hin wie etwa: Schleuderstrecken, starkes Gefälle, zu geringes Quergefälle in Kurven, schlecht angelegte Kurven, Engstellen, Sichtbehinderungen, zu schmale Ortsdurchfahrten, fehlende Leiteinrichtungen, Bahnübergänge, ungesicherte Bahnkörper, zu hohe Straßenböschungen, unebener Belag, und dergleichen Unfallsursachen mehr.

Ich bin deshalb der Meinung, es ist dringend notwendig, daß wir in der Steiermark diesem Problem erhöhtes Augenmerk zuwen-

den. Mir ist bekannt, daß der Herr Bundesminister bereits Maßnahmen ergriffen hat, damit auch auf diesem Gebiet etwas geschieht.

Denn eines wurde in aller Deutlichkeit festgestellt: Überall dort, wo man diese Verkehrsfallen verringert hat, die Straßen besser hergerichtet hat, überall dort ist die Unfallsziffer zurückgegangen. Es ist besonders notwendig, gerade dies in der Steiermark zu beachten.

Und abschließend möchte ich sagen: Wenn der Herr Kollege Schrotter hier sagt, es ist dringend notwendig, die Straßen in der Steiermark auszubauen, und im gleichen Atemzug, am gleichen Rednerpult dagegen gesprochen hat, daß der Dieselpreis erhöht werden soll, daß wir dadurch weniger Mittel für den Straßenbau haben sollen, dann nenne ich das demagogisch. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steinhuber das Wort.

Abgeordneter Steinhuber (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern hat der erste Redner der ÖVP, der Herr Ing. Helbich, zum Kapitel Straßenbau unter anderem folgendes gesagt: Wir müssen heute etwas tun, um morgen nicht im Verkehr zu ersticken. Der Straßenbau muß dynamisiert werden und soll Vorrang haben.

Einverstanden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber ich frage: Warum sind Sie dann gegen einen Ausbau der Straße, ich meine damit, gegen die Beschaffung der finanziellen Mittel, also gegen eine Dieselpreiserhöhung? Und wie macht man das hier? Man spricht von der Dynamisierung und Forcierung des Straßenbaues im Parlament, und außerparlamentarisch wird anders gehandelt.

Am Montag — ich war selbst dabei, ich habe mir das angeschaut —, den 7. Dezember ist in Graz für einige Stunden der Verkehr vollkommen stillgelegt worden. Das Transportgewerbe demonstrierte mit rund 700 Autobussen und Lastwagen gegen eine Dieselpreiserhöhung und ist sich dabei anscheinend nicht im klaren — und darauf kommt es an —, welche Vorteile durch die geplante Erhöhung um 70 Groschen pro Liter für das Transportgewerbe entstehen. (Abg. Mitterer: Das ist ein starkes Stück!) Herr Minister! Ich werde noch genau darauf eingehen. Sie müssen doch verstehen, es ist wie in einem Betrieb: Ich muß investieren; es ist genauso, wie wenn ich eine Werkstatt habe, die ich modernisiere, die ich ausbaue, die ich also vergrößere, damit ich rationell arbeiten kann. Genauso ist es im Straßenbau: Ich muß forciert aus-

2210

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Steinhuber

bauen, damit die Transportfahrzeuge schneller weiterkommen. Das sind Rationalisierungsmaßnahmen, die sich amortisieren. (Abg. Mitterer: *Er kann das doch im Preis nie unterbringen!*) Wer soll es finanzieren? Die Industrie muß sich auch selbst finanzieren.

Aber heute, knapp zwei Jahrzehnte — und das ist das Unverständliche — vor der Vollmotorisierung Österreichs wäre es unserer Meinung nach eine wirtschaftliche Selbstverständlichkeit, daß gerade das Transportgewerbe für eine Forcierung des Straßenbaues eintritt und nicht dagegen demonstriert.

Denn wer gegen die Dieselpreiserhöhung ist, ist auch unserer Meinung nach gegen den beschleunigten Ausbau unserer Bundesstraßen und Autobahnen, weil ja die Mehreinnahmen zweckgebunden sind und einzige und allein dem Straßenbau zugeführt werden.

Ich darf daran erinnern, Herr Minister Kotzina, daß auch Sie für eine Dieselpreiserhöhung um 1 S pro Liter eingetreten sind, Sie sind nur bei Ihren Verhandlungen mit den Bünden nicht durchgekommen. Aber Sie haben eingesehen, wie notwendig es war, diese Erhöhung durchzuführen, um eben den Straßenbau forciert in Angriff nehmen zu können. (Abg. Mitterer: *Diejenigen, die zahlen, sollen sich auch noch freuen, daß sie zahlen müssen!*) Herr Minister! Ich werde darauf eingehen, und ich werde Ihnen die Zahlen bringen, die zeigen, wie sich das amortisiert und daß gerade das Transportgewerbe dadurch einen Vorteil hat.

Ich möchte festhalten, daß sicherlich allein aus Gruppeninteressen gegen jede gesamtwirtschaftliche Vernunft und Verantwortung Argumente vorgebracht wurden, die zeigen, daß man diese Transportunternehmer bewußt falsch informiert hat und weil man damit ganz sicher auch — und davon bin ich überzeugt — diese Bundesregierung an der Grundsteinlegung eines modernen Österreich hindern will.

Denn solche Demonstrationen sind doch vollkommen unverständlich, weil doch gerade das Verkehrsgewerbe der Hauptnutznießer jeder Straßenverbesserung ist. Ich darf ein Beispiel bringen: Das wäre genauso, wie wenn die Arbeiter dagegen demonstrierten würden, daß die Höchstbemessungsgrundlage erhöht wird. Wenn sie unversichert sind, müssen sie mehr bezahlen; sie bekommen aber das von den Sozialversicherungsträgern wieder zurück. (Abg. Mitterer: *Haben Sie schon gehört, daß sie sich dafür bedanken? Wir nicht!*) Bedanken nicht. Aber wir sind in die Betriebe hinausgegangen und haben argumentiert und haben die Kollegenschaft

davon überzeugen können, Herr Minister. Sie machen das nicht.

Für jeden Autofahrer, aber darüber hinaus für jeden, der nur einigermaßen mit dem Straßenverkehr vertraut ist, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die schweren Lastkraftwagen und ihre Anhängerfahrzeuge durch sehr hohe Achslasten dem Straßenbau weit höhere Kosten verursachen als die Pkw-Fahrer.

Ich möchte es klar und unmißverständlich zum Ausdruck bringen: Der schwere Lkw-Verkehr verteuert den Straßenbau erheblich, da die Konstruktionsstärken der Straßen und Brücken bei hohen Achsdrücken ungleich höher sein müssen als bei Verkehrswegen, die nur dem Pkw-Verkehr dienen müßten.

Dazu muß gesagt werden, daß es durch die schlechte Manövriertfähigkeit und das niedrige Beschleunigungsvermögen dieser schweren Lkw zu sehr hohen Verkehrsverzögerungen kommt. Diese Verkehrsverzögerungen verursachen wiederum Behinderungskosten, was zwangsläufig dazu führt, daß zusätzliche Langsamfahr- und Kriechspuren ausgebaut werden müssen. Die Kosten für den Ausbau dieser Langsam- und Kriechspuren tragen aber zum größten Teil nicht die Lastkraftwagenfahrer, sondern die Pkw-Fahrer.

Dazu kommt noch, daß nirgends in den vergleichbaren Ländern die Kraftfahrzeugsteuer so niedrig ist wie in Österreich. In der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Italien, in Großbritannien, in Schweden und auch in der Schweiz liegt die Mineralölsteuer je 100 Liter zwischen 370 und 173 S. In Österreich, Herr Minister, derzeit bei 114 S.

Die Kraftfahrzeugsteuer ist in Österreich mit 900 S je Lkw festgesetzt, und die Anhänger sind ja bekanntlich überhaupt steuerfrei.

Die Kraftfahrzeugsteuersätze in den genannten Ländern liegen bei einem Lkw von 12,5 Tonnen Nutzlast zwischen 7104 S und 23.087 S. (Abg. Mitterer: *Die haben doch das Mindesttarifsystem! Das ist doch ganz etwas anderes!*) Aber sie zahlen trotzdem weit weniger als das Verkehrsgewerbe bei uns. (Abg. Mitterer: *Dann müssen sie es über den Tarif ausgleichen! Das ist doch ganz logisch!*) Und, Herr Minister, es werden gezahlt zwischen 4112 S und 10.393 S bei 6,5 Tonnen Nutzlast.

Ich frage nun ernsthaft: Ist das ein Grund zu demonstrieren? Hat man in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Verkehr, das Transportgewerbe nicht auf die wirtschaftlichen Vorteile eines forcierten Ausbaues der Bundesstraßen aufmerksam ge-

Steinhuber

macht ... (Abg. Graf: Hören Sie! Es kann sein, daß Ihnen die Demonstration nicht paßt, aber es geht Sie nichts an, wenn jemand demonstriert!)

Herr Kollege Graf! Ich bin 20 Jahre Betriebsratsobmann, und ich sage Ihnen etwas: Wir haben Demonstrationen mitgemacht, wir sind als Sozialisten dagestanden, als die Kommunisten im Jahre 1950 demonstriert hatten. Und wir haben überall unseren Mann gestellt. Wir haben vor solchen Demonstrationen keine Angst, da können Sie sicher sein! (Abg. Graf: Ich habe nicht gesagt, daß Sie Angst haben, ich habe nur festgestellt, daß das Verkehrsgewerbe das Recht zur Demonstration hat!) Dieses Recht habe ich ihnen nicht abgesprochen. Ich habe nur gefragt, ob es einen Grund dafür gibt. (Abg. Graf: Sicher gibt es einen!) Zum Demonstrieren hat jeder in Österreich das Recht. Das ist meine Einstellung als Gewerkschafter. Das möchte ich richtigstellen. (Ruf bei der ÖVP: Nicht jeder hat das Recht zu demonstrieren! — Abg. Graf: Ob Ihnen die Gründe einleuchten oder nicht, ist irrelevant für die Demonstrationen!) Ich glaube vielmehr, Herr Kollege Graf, daß das Transportgewerbe von gewissen Gruppen aufgehetzt wurde. Das ist meine Einstellung dazu.

Herr Kollege! Ich habe am Montag, den 7. mit Unternehmern diskutiert. Und da hat mir einer, als ich ihn fragte: Na glaubt ihr, daß ihr das nicht mehr verkraften könnt?, gesagt: Na ja, verkraften — aber schau, wir sind doch irgendwie animiert worden dazu, du mußt ja direkt mitmachen! — Und der Mann war ein Mitglied von uns. (Abg. Mitterer: Sie hätten sehen sollen, was in der Bundeskammer los war. Die haben uns beinahe die Tür eingedrückt!) Bitte, ich hatte den Eindruck, daß sie animiert worden sind. (Abg. Mitterer: Ich hätte Ihnen vergönnt zu erleben, was wir mitgemacht haben!) Das ist mir gesagt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich nun zur Wirtschaftlichkeitsberechnung kommen, weil schon so viel darüber gesprochen wurde. Laut Wirtschaftlichkeitsberechnung werden je Lkw-Kilometer 2,11 S eingespart, wenn man einen forcierten Ausbau der Straßen vornimmt, was ein Mehrfaches der geplanten Erhöhung um 70 Groschen pro Liter bei einem Normalverbrauch zwischen 15 und 40 Litern ausmacht.

Der Straßenbau wird von der SPÖ-Regierung trotz aller Schwierigkeiten — darauf können Sie sich verlassen —, die man uns bewußt macht — und der Herr Bautenminister ist eine Garantie dafür —, verstärkt weitergeführt werden.

Die Bundesländer haben ihre Wünsche beim Herrn Bautenminister angemeldet. Auch die Landeshauptstadt der Steiermark, Graz, hat ihre Wünsche vorgetragen. Das sind Forderungen, die ich mit allem Nachdruck unterstützen möchte, weil ja gerade die Steiermark unter den ÖVP-Bautenministern stets ein Stiefkind war. (Abg. Steiner: Schon wieder einmal!) Ich begründe alles, was ich hier zum Ausdruck bringe. Die Steiermark — ein Fünftel des Gesamtflächenausmaßes Österreichs — besitzt nur ein Zweiundzwanzigstel des gesamten Autobahnnetzes.

Dieser Vergleich zeigt doch ganz klar, daß Wünsche der Steiermark beim Ausbau der Autobahn seitens der früheren ÖVP-Regierung nicht berücksichtigt wurden. Der Herr Abgeordnete Schrotter hat ja hier das ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida hat eine Anklage erhoben und gesagt: Diese Regierung hat jetzt die Möglichkeit, Sie sind ja jetzt an der Macht — so hat er es sinngemäß gesagt —, zeigen Sie jetzt, was Sie können! — Ich frage Sie nur: Acht Monate ist diese Regierung im Amt — acht Monate! —, und sie soll das zeigen und das aufholen können, was Sie in 25 Jahren versäumt haben! (Beifall bei der SPÖ.)

Ein zweites Problem, das die Grazer sehr bewegt, ist der Ausbau der Nordeinfahrt zwischen Weinzettelbrücke und Bahnhofsgürtel in die Landeshauptstadt.

Seit Jahren ist diese Einfahrt in das Stadtzentrum in einem derart schlechten Zustand, daß man ohne Übertreibung sagen kann — ich habe das schon im Finanz- und Budgetausschuß gesagt —: Da stehen die Schlaglöcher buchstäblich unter Denkmalschutz!

Unbestritten ist, daß die Stadt Graz hinsichtlich der Erschließung ihrer Verkehrsverbindungen durch Bundesstraßen — im Vergleich mit anderen Landeshauptstädten — absolut benachteiligt wurde. Darauf werde ich bei der Behandlung des Bundesstraßengesetzes noch ausführlich eingehen.

Wie sehr Graz bei den Anschlüssen an das Bundesstraßennetz bisher unberücksichtigt blieb, geht aus einer Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung hervor.

Diese Studie beinhaltet eine Tabelle über den Entwicklungsstand des Fremdenverkehrs, und zwar gemessen an den Nächtigungen je Einwohner. Auf dieser Tabelle ist das ganze Bundesgebiet aufgezeichnet und in politische und Gerichtsbezirke unterteilt. Die einzelnen Bezirke sind wieder unterteilt, und zwar beginnend von 0 bis unter 3 Nächtigungen,

2212

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Steinhuber

3 bis unter 10 Nächtigungen, bis zu 100 und mehr Nächtigungen.

Ich werde das also begründen: Österreich hat ein Flächenausmaß von 83.868 Quadratkilometer. Die Steiermark hat ein Flächenausmaß von 16.384 Quadratkilometer. Die Steiermark ist das zweitgrößte Bundesland und hat mit rund 16.000 Quadratkilometer Flächenausmaß innerhalb des Bundesgebietes einen Flächenmaßanteil von einem Fünftel.

Und wie schaut es mit dem Anteil der fertiggestellten Autobahnstrecke in der Steiermark gemessen an der im gesamten Bundesgebiet aus? Darauf hat auch Herr Schrotter hingewiesen. Im ganzen Bundesgebiet sind 457 Kilometer Autobahnstrecken ausgebaut. In der Steiermark sind derzeit im Raum Graz 19 Kilometer Autobahnbau fertiggestellt, und das nur mit einer provisorischen Fahrbahndecke. Der Anteil dieser 19 Kilometer Autobahnstrecke der Steiermark am gesamten Autobahnnetz des Bundesgebietes beträgt ganze 4,5 Prozent.

Und wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo die zweitgrößte Stadt Österreichs in der Tabelle, die vom Österreichischen Institut für Raumplanung erstellt wurde, aufscheint? — An letzter Stelle, nämlich bei 0 bis unter 3 Nächtigungen je Einwohner.

Ein Grund dafür ist sicherlich, daß Graz geographisch ungünstig liegt. Das kann man nicht ändern. Aber ein zweiter Grund dafür ist, daß nach Graz noch immer keine Nordautobahn führt, daß es keine Verbindung zum Westen hat. Und das ist eindeutig die Schuld der ÖVP-Regierung und ist auf das Versagen der ÖVP-Regierung zurückzuführen.

Die Entwicklung zeigt uns, daß eine enge Verknüpfung von Motorisierung und Tourismus besteht. Der Fremdenverkehr wird in sehr starkem Maße durch das Fortschreiten der Motorisierung beeinflußt und geprägt werden. Deshalb braucht die Landeshauptstadt Graz gute Verkehrsbedingungen durch Autobahnen und Bundesstraßen zu den größeren Städten und Ballungszentren Österreichs.

Die Stadt Graz wurde in bezug auf den Straßenbau durch die am 1. März 1970 von den Österreicherinnen und Österreichern abgewählte ÖVP-Regierung stark benachteiligt.

Der Herr Bautenminister Moser wird das Versäumte nachholen und dafür Sorge tragen, daß die Stadt Graz, wie aus der Neubewertung des Bundesstraßennetzes hervorgeht, nicht weiterhin das Stiefkind unter den Landeshauptstädten Österreichs sein wird.

Deshalb werden wir Sozialisten diesem Budget gerne die Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kotzina das Wort.

Abgeordneter Dr. Kotzina (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich pflichte dem Herrn Abgeordneten Ortner bei, daß es nicht auf die Dauer einer Rede ankommt und die Dauer einer Rede nicht ihre Qualität bestimmt. Aber es sollte auch nicht der Terminkalender allein bestimmt sein, die Budgetkapitel, die das Pech haben, erst in der zweiten Halbzeit behandelt zu werden, mit geringerer Gründlichkeit zu behandeln.

Wir haben beim Kapitel Bauten und Technik wohl festzustellen, daß die Dinge sehr, sehr gründlich behandelt werden. Sie gehen hier bereits in das lokalpolitische Kolorit.

Ich bekenne mich dazu, daß die Probleme unseres Staates nicht in Konventikeln und in Stübchen und hinter verschlossenen Türen behandelt werden sollen, sondern hier im Plenum in offener und freier Rede und Gegenrede. Da sollen die Argumente der Parteien klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, und jeder einzelne soll sich seinem eigenen Gewissen und der Verantwortung gegenüber seinen Wählern entsprechend auch hier im Parlament aufführen.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Problemen des vorliegenden Budgets, zum Kapitel Bauten und Technik.

Ich möchte darauf hinweisen, daß nahezu jedes Ressort sich glücklich preisen würde, über sehr lange Zeiträume, also über ein Jahr hinaus seinen Finanzplan sichergestellt zu wissen und nicht von Jahr zu Jahr immer wieder mit den Schwierigkeiten der Bedeckung der Bedürfnisse des eigenen Ressorts konfrontiert zu werden.

Aber für ein Ressort, und zwar das Bundesministerium für Bauten und Technik, scheint es weitgehend lebensnotwendig zu sein, über längere Zeiträume hinaus disponieren zu können und damit die finanziellen Sicherheiten zu haben, nicht nur planen, sondern auch bauen zu können.

Darum war es ein guter erster Schritt in dieser Richtung, daß mit dem Bundesgesetz vom 8. März 1950 und insbesondere den Folgegesetzen mit der Einhebung eines Zuschlages zur Mineralölsteuer — der Bundesmineralölsteuer — im wesentlichen die Kontinuität des Baues von Bundesstraßen und Autobahnen sichergestellt werden konnte.

Dr. Kotzina

Damit kann und soll es aber nicht getan bleiben; schon gar nicht, wenn demnächst das Hohe Haus auf Grund der Neubewertung des Bundesstraßennetzes ein neues Bundesstraßengesetz beschlossen haben wird.

Das Autobahnkonzept wird um weitere 104 km, somit auf 1884 km ausgeweitet werden. Es werden zu den bestehenden beziehungsweise bleibenden Bundesstraßen von insgesamt 9220 km zusätzlich 1270 km Bundeschnellstraßen neu zu bauen sein. Diese gigantische Aufgabe wird der Bund — wenn auch im Laufe von vielen Jahren — mit einem Finanzbedarf von rund 150 Milliarden Schilling bewältigen müssen.

Es steht fest, daß trotz der jährlichen Zuwachsrate bei den Eingängen aus der Bundesmineralölsteuer mit dieser allein das Auslangen nicht gefunden werden kann.

Es wird unumgänglich notwendig werden, mit dem neuen Bundesstraßengesetz — sozusagen mit einem begleitenden oder zumindest kurzfristig folgenden Bundesstraßen-Finanzierungsgesetz — zusätzliche Finanzquellen für den Straßenbau zu erschließen und allenfalls mit Hilfe von Kreditoperationen die Mittel für das zu erstellende Finanzierungskonzept auch sicherzustellen. Hier möchte ich an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Peter anknüpfen, der sich dazu bekannte, in der Zusammenfassung aller Mittel für den Bundesstraßenbau im besonderen und in der Möglichkeit mit Hilfe von Kreditoperationen unter Umständen über den Weg eines Fonds die notwendige Beweglichkeit in der Finanzierung der Bundesstraßen in Hinkunft zu finden. (Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz.)

Wenn auch für ein so umfassendes Finanzierungskonzept sehr wertvolle Vorarbeiten im Bundesministerium für Bauten und Technik und bei der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen vorliegen, glaube ich, daß Sie, Herr Bundesminister, und die Bundesregierung gut daran tun, den zu beschreitenden Weg mit Hilfe einer Enquete einzuleiten, an welcher alle an dieser für das Straßenwesen Österreichs so eminent wichtigen Frage interessierten und kompetenten Ministerien, Verwaltungsstellen, Organisationen, Fachleute und natürlich auch die im Parlament vertretenen Parteien mitwirken sollten. Es sollte die Frage dieser gewaltigen und notwendigen Finanzierung des Bundesstraßennetzes und seiner gesamten Aufgaben auch parteipolitisch gesehen außer Streit gestellt werden.

Es war ein weiterer großer Fortschritt für die Sicherstellung großer vom Bund geförderter Baumaßnahmen, daß mit der Novelle zum

Wasserbautenförderungsgesetz im Jahre 1964 die Grundlagen für eine kontinuierliche Entwicklung des Wasserwirtschaftsfonds mit überschaubaren und vor allem sichergestellten Beträgen für das Baugeschehen im Interesse der Reinigung der Abwässer beziehungsweise der Trinkwasserbeschaffung eingeleitet wurden.

Die im Jahre 1967 durchgeführte Erhebung ergab eine Rohschätzung von mehr als 40 Milliarden Schilling, die für die Finanzierung des Nachholbedarfes an Wasserversorgungs- und Abwasserreinigungsanlagen erforderlich sind. Von diesem Bedarf ausgehend wurden das Wasserbautenförderungsgesetz im Jahre 1969 novelliert und von der letzten Bundesregierung ein zunächst für zehn Jahre gedachtes Investitionsprogramm beschlossen. Dieses Programm stellte und stellt die Leitlinie der Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds dar.

So konnte dank der Kreditvergaben des Wasserwirtschaftsfonds das erwirkte Bauvolumen von rund 1 Milliarde Schilling im Jahre 1968 — bei Vermehrungen im Jahre 1969 — schließlich im Jahre 1970 auf rund eineinhalb Milliarden Schilling für Abwasseranlagen ausgeweitet werden. Die jährliche Zuwachsrate in der Zeit von 1967 bis 1970 lag zwischen 25 und mehr als 30 Prozent.

Aus dem Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971 geht allerdings hervor, daß im Jahre 1971 nur 860 Millionen Schilling für Förderungszwecke zur Verfügung stehen. Die Zuwachsrate beträgt demnach nur mehr etwa 6 Prozent. Die Folge davon ist, daß 1971 nur etwa soviel wie im Jahr 1969, also nicht mehr soviel wie im Jahr 1970, für Neuvergaben zur Verfügung steht. Es waren seinerzeit 240 Millionen Schilling und rund 350 Millionen Schilling im Jahr 1970.

Um die große Aufgabe des Wasserwirtschaftsfonds — auf die gestern bereits Abgeordneter Regensburger sehr nachdrücklich und auch sehr eingehend hingewiesen hat — für den Staat, seine Bürger und seine Wirtschaft erfüllen zu können, müßte die Dynamik des Fonds in den letzten Jahren auch für die folgenden Jahre gesichert bleiben und demgemäß die Forderungen der Fondskommission, die seinerzeit schon an das Ministerium gerichtet wurden, erfüllt werden.

Um beim Wasser zu bleiben, möchte ich noch darauf hinweisen, daß eine für die Zukunft der Wirtschaft unseres Staates ganz wichtige Aufgabe der Ausbau der Donau als Großwasserstraße ist, der im wesentlichen im Zusammenhang mit dem Bau von Energieanlagen — Kraftwerksstufen — zum Teil schon realisiert wurde. Zum Teil bedarf es aber

2214

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Dr. Kotzina

noch großer Anstrengungen, um die noch nicht ausgebauten Abschnitte rechtzeitig zu vollenden.

Auch hier, glaube ich, sollte nicht nur auf Grund eines Planungs- und Finanzierungskonzeptes die Sorge für die Bereitstellung der hiefür erforderlichen Investitionsmittel von Jahr zu Jahr weitergeschleppt werden, sondern es sollte mit Hilfe eines für diesen Zweck vorgesehenen Finanzierungsgesetzes die Sicherheit für die rechtzeitige Erfüllung dieser terminisierten Aufgabe — sie ist mit rund zehn Jahren terminisiert — gegeben werden.

Einen ganz großen Fortschritt in der Sicherung der Geldmittel für durch den Bundmittelbar geförderte Bauten stellt auf dem Gebiet der Wohnbaupolitik das Wohnbauförderungsgesetz 1968 dar.

Mit diesem Gesetz — es wurde gestern schon in der Diskussion darauf hingewiesen — wurden alle seinerzeitigen verschiedenen Wohnbauförderungsmaßnahmen des Bundes zusammengefaßt und damit auch sicher gestellt — und darauf lege ich den besonderen Akzent —, daß jährlich dynamisch wachsende Förderungsbeträge den Bundesländern für die Förderung des Wohnungsbau zufließen und auch gesichert erscheinen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Waren es im heurigen Jahr rund 3,34 Milliarden Schilling, so werden es im Jahr 1971 — und daraus geht die Dynamik hervor — rund 4 Milliarden Schilling sein.

Abgesehen davon, daß mit einer Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 Verbesserungen für die Förderungsmaßnahmen zu erwarten sind und in einem gewissen Umfang auch eine Vergrößerung des Wohnbauvolumens möglich erscheint, sollte die von meiner Partei gemachte Anregung, vorzeitige Rückzahlungen an die alten Fonds zu begünstigen, nicht ganz außer acht gelassen werden. Es wird sich vielleicht bei der Beratung der vorliegenden Novellierungsentwürfe zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 die Möglichkeit ergeben, auch darüber ernst zu reden. Es würde dadurch möglich, zusätzliche Förderungsmittel für die Verbesserung des qualitativen Wohnungsfehlbestandes sofort und zusätzlich wirksam werden zu lassen.

Völlig ungesichert waren und sind — auf lange Sicht gesehen — leider die Baumaßnahmen des Bundes in seiner Eigenschaft als Bauherr für Bundeshochbauten.

Hier gilt es insbesondere für die Bundeshochbauten aus dem Bangen von Jahresbudget zu Jahresbudget endlich einmal herauszukommen.

Ein kleiner Teilschritt — ich sage ausdrücklich: ein kleiner Teilschritt — scheint mir hier die in den Jahren 1969/70 schon wirksam gewordene sogenannte Leasing-Milliarden — dieser Ausdruck ist hier nicht ganz richtig am Platz, aber er hat sich eingebürgert und daher nehme ich auch diesen Begriff zur Um schreibung dieser Finanzierungsart — für Hochschulbauten zu sein, ein Schritt, der sozusagen für eine Reihe von Jahren die jeweils üblichen Budgetansätze bauwirksam werdend begleitet.

So konnten zu den in den Jahren 1966 bis 1970 schon im Bau befindlichen Hochschulbauten durch diese 1969/70 initiierte Finanzierungsart zusätzlich folgende Hochschulbauten in der jüngsten Zeit begonnen werden:

In Wien: ein Zusatzbau im Bereich der Technischen Hochschule, die Universitäts-Turnanstalt und ein Zubau an der Hochschule für Bodenkultur;

in Graz: für die Technische Hochschule das physikalische Institut und das maschinentechnische Institut und für die Universität Graz das vorklinische Institut;

in Innsbruck: die Universitäts-Turnanstalt und im Bereich der Universität selbst das vorklinische Institut.

Voraussichtlich im kommenden Jahr wird mit Hilfe dieser Überlegungen und dieser Aktivitäten das Baugeschehen für ein weiteres Universitätsinstitut in Wien sowie in Salzburg das Mozarteum im Zusammenhang mit dem Umbau des Borromäumgebäudes eingeleitet werden können.

Ich hätte nun erwartet, daß ähnliche Anstrengungen, wie sie von 1969 auf 1970 von der ÖVP-Regierung und ihrer Parlamentsmehrheit seinerzeit mit Hilfe der Budgets getätigten wurden, auch im kommenden Budgetgesetz 1971 von der Minderheitsregierung und den beiden Budget- und Wahlrechtsverbündeten veranlaßt würden.

Aber nichts von alledem! Daß die Budgetansätze bezugnehmend auf die Hochschulbauten und auch auf die Bauten der höheren Lehranstalten noch einigermaßen mit den vorangegangenen Schulbautenbudgets mithumpeln — ja, ich sage: mithumpeln müssen! —, ist dem gewaltigen Schritt für die Bundeshochbauten der vorangegangenen Aktivitäten, insbesondere der Jahre 1969 und 1970, zu danken.

Damit möchte ich auch eine Klarstellung gegenüber der Diskussion zum Kapitel Wissenschaft und Forschung bewirken. Es wurde nämlich in der Diskussion ein verzerrtes Bild über angeblich weitere großzügige Maßnah-

Dr. Kotzina

men für die Schulbauten ab dem Jahre 1971 in die Welt gesetzt.

Lassen wir die Ziffern sprechen: Für Hochschulbauten wurden im Jahre 1969 rund 105 Millionen Schilling vorgesehen, im Jahre 1970 214 Millionen Schilling, und im Jahre 1971 sind es rund 246 Millionen Schilling. Bei den höheren Schulen sah es folgendermaßen aus: 1969 waren es rund 250 Millionen Schilling, 1970 rund 368 Millionen Schilling und im Jahre 1971 rund 397 Millionen Schilling. Wenn man die Kredite für Hochschulen und höhere Schulen zusammenaddiert, dann ergibt sich folgendes Bild: 1969 ein Betrag von 355 Millionen Schilling, 1970 582 Millionen Schilling und 1971 643 Millionen Schilling. Wenn wir nunmehr den Unterschied in den Förderungsgrößen von 1969 auf 1970 beziehungsweise von 1970 auf 1971 in Betracht ziehen, ergibt sich bei den gesamten Bundeschulbauten folgendes Bild: Es war vom Jahre 1969 auf 1970 ein Plus von rund 227 Millionen Schilling und vom Jahre 1970 auf 1971 lediglich nur mehr ein Plus von 61 Millionen Schilling zu verzeichnen.

Diese ungenügenden Aktivitäten für den Schulbau im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren ist trotz des Wirksamwerdens eines eigenen Wissenschaftsministeriums zu verzeichnen.

Der Kuriosität halber muß noch angemerkt werden, daß der Pakt der SPÖ mit der FPÖ für das Werden dieses Budgets eine negative Auswirkung auch für den Schulbau zu verzeichnen hatte, indem nämlich Kürzungen in der Höhe von 26 Millionen Schilling gegenüber den ursprünglichen Ansätzen bewirkt wurden. Diese 26 Millionen Schilling wären immerhin die erste Jahresrate für den Bau von drei Mittelschulen.

Noch schlimmer sieht es im Budget 1971 für Instandhaltungsarbeiten — einschließlich Generalsanierungen von Bundesschulbauten — aus, da hier die Ansätze von 1969 in der Höhe von 227 Millionen Schilling über 200 Millionen Schilling im Jahre 1970 auf 194 Millionen Schilling — auch wieder eine Auswirkung des Budgetpaktes der beiden Parteien — heruntersinken werden. (Abg. Meltter: Sie haben aber stärker gekürzt!)

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß Sie aktiv werden müssen, um mit Hilfe des Finanzministers durch ein Nachtragsbudget die entsprechenden Korrekturen, besonders für die Finanzierung der Sanierungsarbeiten an den Lehranstalten, bewirken zu können.

In welch eindrucksvoller Weise sich die von Jahr zu Jahr — bezogen auf die Jahre 1966

bis 1969 — bewirkten Budgetsteigerungen im Baugeschehen auswirkten, mögen nachstehende Ergebnisse beleuchten:

An höheren Schulen wurden in diesen Jahren durch Neubauten, Modernisierungen oder Umbauten 715 Klassen für rund 22.300 Schüler neu geschaffen. Mit Jahresbeginn 1970 waren 23 Schulen im Bau, und zwar mit 492 Klassen für rund 15.500 Schüler. In Planung waren 17 Schulen mit 438 Klassen für rund 16.000 Schüler. Bis April 1970 konnten von den in Planung befindlichen Schulbauten bereits drei in Auftrag gegeben werden, diese Schulen befinden sich schon in Bau.

Die Kontinuität des Baugeschehens, Hohes Haus, erfordert die rechtzeitige Vorsorge und vor allem Sicherstellung der notwendigen Geldmittel. Auf Bundesebene wurden in den vergangenen Jahren — ich habe das dargelegt — bezugshabende sehr bedeutsame Akzente gesetzt, die danach rufen, auch fortgesetzt zu werden. Der vorliegende Budgetentwurf zum Kapitel Bauten und Technik läßt aber jeden Hinweis in dieser Richtung fehlen und muß demnach aus dieser Betrachtung heraus als ungenügend bezeichnet werden.

Wenn für lange Zeiträume das gesamte Baugeschehen finanziell sichergestellt wird, dann wird auch ein wichtiger Beitrag — und zwar ein ganz wichtiger Beitrag! — für die sogenannte Koordinierung der Bauwirtschaft, nach der von beiden Seiten, und zwar von der Arbeitgeber, der Bauunternehmer und der Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft auch gerufen wird, geleistet sein.

Herr Bundesminister! Ihnen steht im Bundesministerium für Bauten und Technik eine Beamenschaft zur Verfügung, die nicht nur über reiche Erfahrung, über sehr viele gute Ideen verfügt, die mit dem Kopf, aber insbesondere auch mit dem Herz am Werke ist und die bereit ist, gemeinsam mit der österreichischen Bauwirtschaft die großen Aufgaben, die dem Ministerium gestellt sind, zu erfüllen.

Ich betrachte es als ein gutes Zeichen, Herr Bundesminister, daß die leitende Beamenschaft Ihres Ministeriums heute hier zugegen ist, um an der Diskussion über das Kapitel Bauten und Technik auch insofern teilzunehmen, als sie die Möglichkeit hat, die Ausführungen zu hören und in sich selbst auch zu verkraften. Das sage ich deswegen besonders und hebe es deswegen hervor, weil bei dem vorangegangenen Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie eben keine Beamten hier zugegen waren (Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP), sondern lediglich die beiden Budgetisten und die Beamten des dem Minister unmittelbar unterstehenden Sekretariates.

2216

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Dr. Kotzina

Ich glaube, daß es gut und richtig ist, wenn die leitende Beamenschaft den Budgetberatungen hier im Hohen Haus auch folgt und in der Lage ist, über diese Dinge, die hier im Parlament, hier im Hohen Haus ausgesprochen werden, mit ihrem Minister auch zu diskutieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Bauten und Technik Moser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein Geständnis ablegen (Rufe bei der ÖVP: Aha!), nämlich ein Geständnis, daß ich mich augenblicklich in einem gewissen Gewissenskonflikt befinde, nämlich in dem Gewissenskonflikt, ob das gelten soll, was in der Präsidialkonferenz auch mit dem Herrn Klubobmann der Österreichischen Volkspartei vereinbart wurde, nämlich das Ersuchen an die Minister, in ihren Schlußworten kurz sein zu sollen, oder ob das gilt, was etwa vorgestern abend der Herr Abgeordnete Karasek von der Österreichischen Volkspartei verlangt hat, daß die Minister auf alle aufgeworfenen Fragen gebührend ausführlich eingehen sollen. (Abg. Dr. Witzalm: Auf relevante Fragen!) Da finde ich mich jetzt augenblicklich noch nicht zurecht, denn wenn ich auf alle die aufgeworfenen Fragen ausführlich eingehen sollte, vor allen Dingen auf die Detailfragen, die teilweise für lokale Bereiche aufgeworfen worden sind, dann müßte ich vorweg um Entschuldigung bitten, daß mein Schlußwort etwas länger sein müßte. (Zwischenruf des Abg. Graß.)

Meine Damen und Herren! Erwartungsgemäß umfaßte die an sich sehr sachliche Debatte zum Kapitel Bauten, wofür ich namens meines Ministeriums Dank sage, vor allen Dingen drei Themenkreise: den Themenkreis des Wohnbaues, den des Straßenbaues und den der Wasserwirtschaft.

Eine Reihe von Rednern hat die Situation im Straßenbau ausführlich beleuchtet und hat darauf hingewiesen, daß auf Grund des im Bautenausschuß liegenden Entwurfes zu einem neuen Bundesstraßengesetz der Bund einen Zuwachs von Bundesstraßen gegenüber dem derzeit gesetzlich fixierten Stand von 1332 Kilometer aufzuweisen haben wird. Es wurde von einigen Rednern, so etwa vom Herrn Abgeordneten Ing. Helbich wie auch vom letzten Redner dieser Debatte, vom Herrn Bundesminister außer Dienst Dr. Kotzina, darauf hingewiesen, daß zum Ausbau dieses neuen Straßennetzes ein Betrag von rund 150 Milliarden Schilling erforderlich sein wird.

Meine Damen und Herren! Ich gehe sogar weiter und meine, daß die 150 Milliarden Schilling nicht reichen werden, weil bei allen Berechnungen, die angestellt worden sind, notwendige Kosten, die ebenfalls in diesen Zeiträumen anfallen werden, nicht veranschlagt worden sind, wie etwa die für die notwendigen Hochbauten auf den auszubauenden Straßen, wie aber auch etwa die laufende Erhaltung, die selbstverständlich in diesem Zeitraum ebenfalls zu besorgen sein wird, sodaß ich, für mich gesehen — und ich glaube, realistisch gesehen —, auf einen höheren Betrag als 150 Milliarden komme.

Der Herr Abgeordnete Ing. Helbich hat beklagt, daß zuwenig auf der finanziellen Seite getan wird, und er hat erklärt, es müsse mehr getan werden, während aber andererseits in der vorgestrigen Debatte oder auch in der gestrigen Debatte noch am Vormittag doch sehr heftig kritisiert wurde, daß diese jetzige Bundesregierung eine Maßnahme gesetzt hat, die mehr Mittel für den Straßenbau bringen wird; diese Maßnahme ist eben, wie gesagt, in der gestrigen oder vorgestrigen Debatte sehr stark kritisiert worden. Die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer für den Dieseltreibstoff wird dem Straßenbau im nächsten Jahr 700 Millionen Schilling zuführen, und ich sage noch dazu: Sicherlich bringt uns das einen Schritt weiter, es bringt uns einen guten Schritt weiter, und mein Amtsvorgänger hat ja diese Versuche — leider vergebens, muß ich sagen — schon im Jahre 1969 unternommen, ist aber damit im eigenen Bereich hängengeblieben.

Die Notwendigkeit der Hereinnahme von mehr Mitteln für den Straßenbau ist heute und gestern abend von allen drei Fraktionen dieses Hauses außerordentlich stark unterstrichen worden. Ich möchte aber nur dem Herrn Abgeordneten Mussil, der gestern vormittag gemeint hat, daß diese Bundesregierung die Rückstellung eines Zwölftels der Einnahmen der Mineralölsteuer vom Jahre 1970 auf das Jahr 1971 als Alibi dafür brauchen will, weil die Rechnungen nicht pünktlich gezahlt werden, antworten, daß überall vom Herrn Finanzminister und von mir die Erklärung abgegeben wurde, daß alle fälligen Rechnungen pünktlich und ordnungsgemäß bezahlt werden, weil wir das größte Interesse daran haben, mit der Bauwirtschaft in Österreich zu einem guten und zu einem harmonischen Verhältnis zu kommen, wozu unserer Meinung auch die ordentliche und pünktliche Bezahlung der korrekten und geprüften Rechnungen gehört. (Beifall bei der SPÖ.)

Bundesminister Moser

Nun erlauben Sie mir, daß ich auf einige Detailfragen eingehe, die aufgeworfen worden sind. Der Herr Abgeordnete Ing. Helbich hat die Frage der Wegekostenrechnung angeschnitten und gemeint, daß die 100prozentige Finanzierung der Straßen und der Autobahnen nicht dem Verkehr überantwortet werden dürfte. Er hat dabei, wie gesagt, diese Wegekostenrechnung angezogen, von der ich sehr wohl weiß, daß sie eine nicht unbestrittene Rechnung ist.

Er hat aber nicht gesagt, wie das Ergebnis dieser Wegekostenrechnung war. Das Ergebnis dieser Rechnung war nämlich, daß, grob gesagt, etwa der PKW-Fahrer in Österreich die Wegekosten zu rund 75 Prozent deckt, während das Schwerstfuhrwerk in Österreich die Wegekosten mit nicht einmal 38 Prozent deckt, und diese Schere ging immer weiter auseinander. Ich glaube, daß auch darin, in der Kenntnis dieser Situation, eine Begründung dafür gelegen ist, daß diese Bundesregierung im Interesse eines beschleunigteren Ausbaues unseres Straßennetzes im Rahmen einer Regierungsvorlage den inzwischen beschlossenen Antrag im Parlament auf Erhöhung der Bundesmineralölsteuer eingebroacht hat.

Langjähriges Programm: Herr Abgeordneter Ing. Helbich! Es wird Ihnen nicht verborgen geblieben sein, daß diese Bundesregierung an einem solchen langfristigen Programm arbeitet. Es wird zeitgerecht auch dem Hohen Hause zur Kenntnis gebracht werden.

Ich möchte bei der nächsten Frage gleich zu den Ausführungen einiger Debattenredner Stellung nehmen, nämlich zu der Frage: Wie stehe ich zu einer Straßenholding? Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Sprung von dem heutigen System in eine Straßenholding ein zu großer Sprung wäre und daß wir das erstrebenswerte Ziel, nämlich ein Instrument für den Ausbau unseres hochrangigen Straßennetzes zur Verfügung zu haben, nur in Etappen erreichen könnten.

Es wird derzeit in meinem Ministerium über meinen Auftrag die Frage des Straßenfonds studiert. Es sagt sich an sich sehr leicht: Straßenfonds. Dieses Instrument müßte ein ausgesprochen bewegliches Instrument sein. Welche Konstruktion es haben soll, um diese notwendige Flexibilität und Beweglichkeit zu haben, das wird gegenwärtig untersucht. Wie notwendig eine solche rasche Möglichkeit ist, ergibt sich allein daraus, daß wir im Jahre 1971 auf unseren Bundesstraßen nicht weniger als 1020 Baulose zu betreuen haben werden, wobei auf den Bundesstraßen B für Neuausbauten mit 239 Baulosen und auf unseren

Autobahnen mit 107 Baulosen wird gerechnet werden können.

Ich glaube, daß daher auch die Frage eines Straßenfonds einer gründlichen und überlegten Vorbereitung bedarf, bevor man sich vielleicht etwa auf ein Experiment einläßt. Ich stehe aber der Schaffung eines solchen Straßenfonds a priori nicht negativ gegenüber, sondern es sollen diese Untersuchungen jetzt im Detail gemacht werden und ergeben, welche wirklichen Vorteile darin gelegen sind; eine Reihe von Vorteilen kann ich mir durchaus dabei vorstellen.

Und nun zum Herrn Abgeordneten Ing. Helbich hinsichtlich des Wohnbaues. Meine Damen und Herren! Ich bin außerordentlich glücklich, daß die Frage um den Wohnbau in Österreich wieder in ein echtes Diskussionsstadium getreten ist und daß im Bautenausschuß entsprechende Vorschläge liegen, die in diesem Ausschuß werden behandelt werden können.

Ich will auch gar nicht darum streiten, wie viele Wohnungen uns in Österreich fehlen, ob es, wie Ing. Helbich gesagt hat, rund 400.000 sind oder ob es 500.000 oder 600.000 sind. Denn ich habe im Verlaufe dieser Diskussion den Eindruck erhalten, daß alle in diesem Haus vertretenen Parteien im Ziel einig sind, daß mehr Wohnungen als bisher jährlich geschaffen werden sollen (*Beifall bei der SPÖ*) und daß diese Wohnungen zu Bedingungen geschaffen werden sollen, die dem einzelnen, für den wir den sozialen Wohnbau betreiben, auch zugemutet werden können.

350.000 bis 400.000, sagte der Herr Abgeordnete Ing. Helbich. Es wurde aber richtigerweise dann festgestellt, daß uns zusätzlich noch 17.000 Wohnungen im heurigen Jahr, und auch in den vergangenen Jahren war es so — und dieser Trend hält nach den Feststellungen des Statistischen Zentralamtes auch an —, verlorengehen, sei es durch Abbruch, sei es durch Umwandlung für andere Verwendungszwecke. Wir müssen auch daran denken, daß uns in Österreich jährlich etwa 13.000 neue Haushalte zuwachsen, und — wenn ich einen Zeitraum von zehn Jahren nehme — dann sind wir bereits bei rund 700.000 oder 750.000 Wohnungen, eine Zahl, die ebenfalls in dieser Diskussion genannt worden ist.

Ich möchte aber eines mit großer Deutlichkeit sagen: Die Behauptung, daß etwa der Eigenheimbau oder die Inanspruchnahme einer Eigentumswohnung erschwert würde, ist, Herr Abgeordneter Ing. Helbich, unrichtig. Denn Sie selber haben in Ihrem eigenen Debattenbeitrag gesagt — und das ist die Realität —, daß ein Eigenheimbauer nicht 10 Prozent

2218

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Bundesminister Moser

Eigenmittel, wozu auch die Eigenleistung zu zählen ist, und auch nicht 20 Prozent, sondern, wie eine in Oberösterreich beispielsweise durchgeföhrte Untersuchung ergeben hat mehr als 50 Prozent aufbringt. Wie ich schon einmal in einer Anfragebeantwortung hier im Hohen Hause sagen konnte, ist es doch in diesem Sektor Praxis geworden, daß der Eigenmittelanteil, der von dem einzelnen Wohnungswerber verlangt wird, aus mir an sich begreiflichen Gründen, wesentlich höher als 20 Prozent ist.

Eine erst kürzlich stattgeföndene Umfrage und die Auswertung dieser Umfrage haben auch ergeben — etwas, was denen, die in diesem Bereich seit Jahren tätig sind, eigentlich nicht fremd ist —, daß die Wohnungssuchenden heute bereit sind, einen höheren einmaligen Betrag zu leisten, um dann eine geringere Miete oder Nutzungsgebühr oder Rückzahlungsrate leisten zu können. Die Wohnungssuchenden haben Sorge vor einer hohen laufenden Belastung.

Ich bin der Meinung, daß alle diese Fragen losgelöst — und da bitte ich alle Fraktionen in diesem Hause — von tagespolitischen Überlegungen in einer sachlichen, ruhigen Atmosphäre im Bautenausschuß diskutiert werden im Interesse derer, die ja diese Wohnungen so dringend brauchen, im Interesse vor allem der jungen Generation in Österreich, die diese Wohnungen braucht, weil wir ja wissen, daß dank der Errungenschaften der modernen Medizin — und darüber freuen wir uns — das Bewohnen ein und derselben Wohnung durch ein und dieselbe Generation heute wesentlich länger dauert als früher.

Zum Herrn Abgeordneten Melter möchte ich sagen, daß ihm offenbar, was den Wohnungsbau anlangt, ein Irrtum unterlaufen ist, wenn er etwa nur die im Kapitel Bauten veranschlagten Ziffern für den Wohnbau im Auge gehabt hat. Infolge der Umstellung der Wohnbauförderung im Jahre 1968 werden im Bautenkapitel ja nur mehr die Mittel der beiden Fonds, des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wiederaufbaufonds, veranschlagt und allenfalls noch Bauten, die im eigenen Bereich gebaut werden. Aber das ist seit jeher ein sehr kleiner Teil gewesen, während die Mittel, die in die Länder gehen, im Kapitel Finanzen veranschlagt werden, weil sie über das Finanzministerium den Ländern zugezählt werden.

Zur Frage Autobahntrassierung Graz—Klagenfurt—Bregenz, glaube ich, Herr Abgeordneter Melter, man kann nicht alle drei Orte in einen Topf werfen. Ich habe immer

wieder gesagt, jede Trassierung einer Straße wird Befürworter dieser Trasse, aber auch Gegner dieser Trasse haben. Das Beispiel Graz ist nicht vergleichbar mit Bregenz oder Klagenfurt. Wenn in Graz festgestellt wurde, daß sich dort 83 Prozent Ziel- und Quellverkehr abspielen und nur 17 Prozent Durchzugsverkehr besteht und daß das nicht nur der heutige Zustand, sondern auch der bereits prognostizierte Zustand für die Zukunft ist, dann wird es sinnvoll sein, eine hochrangige, leistungsstarke Straße möglichst nahe an das Ballungszentrum heranzuführen. Wenn aber in anderen Bereichen, wie etwa in Bregenz, die neuesten Verkehrszählungen ein Verhältnis von 60 Prozent Durchgangsverkehr zu nur 40 Prozent Ziel- und Quellverkehr ergeben haben — ähnlich auch im Raum Klagenfurt —, dann sollte auf Grund dieser Situation die Trassenführung dort wahrscheinlich anders aussehen. Man kann, glaube ich, nicht generalisieren, sondern muß diese Frage in jedem einzelnen Fall sehr genau prüfen.

Zu der Frage, ob das Expertengutachten nicht früher erhältlich ist: Herr Abgeordneter! Die Experten sagen, daß sie infolge der Vielfalt der vorgebrachten Argumente nicht imstande sein werden, wenn sie eine gründliche und solide Arbeit leisten sollen, etwa vor dem Sommer, vor Juni 1971 fertig zu werden. Ich habe die Experten von allem Anfang an gebeten, eine gründliche und überdachte Arbeit als Grundlage für die Entscheidungen zu liefern.

Meine Damen und Herren! Zur Frage der neuralgischen Punkte auf unseren Verkehrswegen in Österreich. Sicher gehört dazu der Arlberg, der von mehreren Debattenrednern angeschnitten worden ist. Dazu darf ich mitteilen, daß derzeit die drei von Professor Petrovich erarbeiteten Varianten zur Stellungnahme in den Bundesländern Vorarlberg und Tirol liegen, daß diese beiden Bundesländer nun miteinander Fühlung nehmen werden und daß ich erwarte, daß bis Anfang 1971 die Stellungnahmen dieser beiden Länder vorliegen werden. Alle drei Varianten beinhalten eine Tunnellösung; dann wird der Weg frei geworden sein für die Detailplanung.

Wenn geklagt wird, daß auf dem Sektor der Amtsgebäude zuwenig getan wird, dann darf ich Sie, Herr Abgeordneter Melter, darauf verweisen, daß im Bautenausschuß sogar ein Antrag gestellt wurde, die an sich sicherlich nicht hohen Mittel für die Renovierung und den Ausbau unserer notwendigen Amtsgebäude noch um weitere 20 Millionen zu kürzen. Ich hoffe, daß dieser Antrag nicht zum Beschuß erhoben wird.

Bundesminister Moser

Zur Mensa in Innsbruck darf ich Ihnen sagen, daß der Bau praktisch fertig ist, sodaß der Betrieb aufgenommen werden kann.

Zur Frage der Wasserwirtschaft: Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß die heute zur Verfügung stehenden Mittel, aber auch die, die in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt worden sind, nicht ausreichen, um mit der gebotenen Geschwindigkeit, so wie wir es alle wünschen würden, die ungeheuren Probleme, die vor uns stehen, meistern zu können. Es ist ein Erbe, das ich übernommen habe, eine Vorbelastung für das Jahr 1971 von 620 Millionen Schilling, dem ich mich nicht entziehen kann, das ich einzulösen haben werde. Es werden daher 620 Millionen Schilling von dem, was nächstes Jahr zur Verfügung gestellt werden wird, bereits durch laufende Projekte gebunden sein. Aber mit den restlichen verbleibenden Mitteln wird neuerlich ein Bauvolumen geschaffen werden, das etwa dem Bauvolumen des Jahres 1970 entspricht, sodaß von einer Kürzung dabei nicht die Rede ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Regensburger gemeint hat, der Finanzminister habe ja im Budget eine Haftung von 800 Millionen Schilling für eine Anleihe, aber parallel dazu steht, daß nur 400 Millionen Schilling aufgenommen werden, so darf ich ihm sagen, daß es auch eine Frage des Emissionskalenders ist, was unterzubringen ist. Es besteht eine Übereinstimmung zwischen dem Herrn Finanzminister und mir, für den Fall, daß es möglich ist, auch weitere hundert Millionen Schilling zu nehmen, womit aber das Bauvolumen des Jahres 1971 wesentlich überschritten werden würde.

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Gruber hat ein neues Gemeinnützigkeitsgesetz urgirt. Es wird daran gearbeitet. Es wird zeitgerecht ins Haus kommen. Ich darf aber sagen, daß noch einige Vorlagen von mir im Hause sind.

Zur Frage des Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, das ja auch in die Regierungserklärung aufgenommen wurde, und auf die Äußerung des Herrn Abgeordneten Dr. Gruber, daß ich mich dabei auf die im Ministerium bereits vorhandenen Unterlagen stützen könnte, darf ich sagen: Ich habe vorgefunden den Entwurf eines reinen Enteignungsgesetzes. Ich habe immer wieder erklärt: Ein Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetz oder wie Sie es immer nennen wollen, auch Stadterneuerungsgesetz, wird nach meiner Auffassung kein reines Enteignungsgesetz sein (*Beifall bei der SPÖ*), sondern es wird ein viel weiteres Instrumen-

tarium beinhalten müssen, wobei die Enteignung nur der letzte Punkt sein kann, dort, wo etwa durch eine unverständliche Starrsinnigkeit einzelner große, für die Gemeinschaft notwendige Projekte verhindert würden.

Ich mache kein Hehl daraus, daß diese Arbeiten außerordentlich schwierig sind, Sie schreiten aber, wie ich glaube, gut voran. Es wird allerdings — und darauf mache ich schon heute aufmerksam —, wenn wir ein funktionierendes Stadterneuerungs- oder Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz bekommen, nach dem ja die Städte, nach dem unser Gemeinwesen schon so lange rufen und das sie vom Bundesgesetzgeber verlangen, notwendig sein, daß wir in ein solches Gesetz auch gewisse Verfassungsbestimmungen einbauen, denn sonst wird es nicht funktionieren können.

Die Steiermark verlangt eine Verlängerung des Wohnungsverbesserungsgesetzes. Herr Abgeordneter Dr. Gruber, ich habe noch nie eine ablehnende, bisher auch nicht eine sehr befürwortende Stellungnahme bezogen. Darf ich sagen, warum. Ich will mir darüber zuerst klar werden, wohin die Mittel dieses Gesetzes wirklich geflossen sind. Denn das Ziel dieses Gesetzes war doch, die Mietwohngrundstücke in unseren Städten und die Wohnungen auf diesen Mietwohngrundstücken zu verbessern. Aus der Steiermark weiß ich, daß auf diesem Gebiet am wenigsten geschehen ist, daß die Gelder in eine ganz andere Richtung geflossen sind, was auch nicht abzulehnen ist. Wir müssen uns aber überlegen, wie ein solches Gesetz ausgerichtet sein muß, damit das Ziel erreicht wird, für das es geschaffen wurde.

Herr Abgeordneter Schrotter, als Steirer darf ich Ihnen doch sagen: Machen Sie doch bitte mich nicht verantwortlich für die Zustände auf den steirischen Straßen. Erwarten Sie doch von mir nicht, daß nun etwa alles in der Steiermark geschieht. Die Notwendigkeiten sind in ganz Österreich groß. Wir haben auf unserer einzigen West-Ost-Transversale in Österreich im Raum von Salzburg, am Arlberg, im oberen Inntal und so weiter noch ausgesprochene Notstände zu bereinigen.

Ich bin daher der Meinung, daß als nächster Schritt nach einem neuen Bundesstraßengesetz die Erarbeitung eines Ausbauschwerpunktprogramms notwendig ist. Das soll auch nicht allein vom Ministerium geschehen, in einem Kämmerlein, sondern ein solches Schwerpunktprogramm muß gemeinsam mit den Bundesländern erarbeitet werden. Ich beabsichtige, dieses Programm dann auch dem Hohen Haus zu unterbreiten. Es müssen darin in

2220

Nationalrat XII. GP. — 26. Sitzung — 16. Dezember 1970

Bundesminister Moser

Form eines Terminplanes die Zeitabschnitte aufgenommen werden. (*Unruhe im Saal.*)

Herr Abgeordneter Ing. Letmaier! Sie rennen bei mir offene Türen ein, wenn Sie einheitliche Ausschreibungsbedingungen im Interesse der Bauwirtschaft verlangen. Darf ich Ihnen sagen, daß die Arbeiten in meinem Ministerium auf diesem Gebiet wirklich schon weit gediehen sind, daß die besonderen rechtlichen Vertragsbedingungen nun fast schon ganz ausgearbeitet sind und an die Stelle der von Ihnen erwähnten länderweise verschiedenen Vormerkungen treten sollen — im Interesse der Bauwirtschaft, daß die Durchführungsbestimmungen zum Bauprogramm mit weiteren Vereinheitlichungen und Erleichterungen gegenüber der bisherigen Vorgangsweise in Arbeit sind, daß neue Kollaudierungsvorschriften beziehungsweise -richtlinien erstellt wurden, die bereits dem Rechnungshof und dem Bundesministerium für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt worden sind, und schließlich, daß die Leistungsbeschreibung derzeit abschnittsweise unter Berücksichtigung auch des Einsatzes von Datenverarbeitungsanlagen überarbeitet und die fertiggestellten Teile jeweils für verbindlich erklärt werden. Der Abschnitt Brückenbauarbeiten wurde so vor kurzem fertiggestellt. (*Anhaltende Unruhe im Saal.*)

Ich lege großen Wert darauf, daß gerade die rechtlichen Bedingungen der Ausschreibungen der öffentlichen Hand vom Bodensee bis zum Neusiedler See gleich sein sollen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Ich würde doch um etwas mehr Ruhe ersuchen!

Bundesminister Moser (*fortsetzend*): Sie sollen gleich sein, damit sich die Bauunternehmer nicht oft sogar juristischer Kenntnisse bedienen müssen, um in den einzelnen Bundesländern die Feinheiten zu erforschen.

Wir leiden aber an noch etwas im Baugeschehen, meine Damen und Herren: Wir leiden daran, daß die neun Bundesländer in Österreich neun verschiedene Bauordnungen haben und daß die seinerzeit erarbeitete Musterbauordnung nicht zur einheitlichen Bauordnung in unseren Bundesländern geworden ist. Die Unterschiede bestehen nun einmal, und auf diesem Gebiet kann ich relativ wenig tun.

Herr Abgeordneter Pichler! Was die Gerlosbundesstraße und -mautstraße anbelangt, darf ich sagen, daß derzeit verhandelt wird. Die GROHAG hat aber bisher einen Ablösebetrag gefordert, der für mein Ministerium undisku-

tabel ist. Ich hoffe, daß man hier in weiteren Gesprächen zu einer Lösung kommen wird.

Was die Detailwünsche von Abgeordneten bezüglich einzelner Bezirke und Ortschaften anlangt, darf ich sagen: Ich bin mir der Wichtigkeit und der Notwendigkeit sehr wohl bewußt, für unsere Straßen mehr zu tun, als bisher getan werden konnte. Wenn wir das Jahr 1990 vor Augen haben, wenn wir wissen, daß bis dorthin auf unseren Straßen dreimal soviel Fahrzeuge verkehren werden wie heute, dann hoffe ich auf Ihre Unterstützung in dem Bemühen, bis zu diesem Zeitpunkt auch jene Verkehrsflächen bereitzustellen zu können, die zwangsläufig notwendig sind, wenn wir nicht zu dieser Zeit völlig im Verkehrsgeschehen ersticken wollen.

Auf einem zweiten Sektor bitte ich um eine sachliche Überlegung und Diskussion: beim verstärkten Wohnbau. Ich bitte Sie darum, weil ich immer schon die Auffassung vertreten habe, daß es Wohnungsuchende und Menschen in Schwierigkeiten nicht nur auf einer Seite dieses Hauses, sondern quer durch die politischen Parteien in unserem Lande gibt. In ihrem Interesse sollen und müssen wir uns den Kopf zerbrechen, wie wir mehr und Besseres tun können, als augenblicklich getan wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kotzina. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kotzina (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Um keine Unklarheiten und Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich wiederholen, was Herr Bundesminister Moser auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Gruber geantwortet hat. Er hat erklärt, daß er im Ministerium als Unterlage für ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz ein glattes Enteignungsgesetz vorgefunden habe.

Ich glaube, er wird mir bescheinigen, daß ein solcher Entwurf, wenn er also vorliegt, nicht meine Unterschrift trägt. Das scheint mir wichtig zu sein festzustellen. (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Peter:* Haben ihn die Heinzelmännchen gemacht?)

Es freut mich darüber hinaus, über diese Klarstellung, daß ich aus den Worten des Herrn Bundesministers entnehmen konnte, daß er mit mir einig ist, daß ein glattes Enteignungsgesetz diese Probleme nicht lösen würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Präsident Dr. Maleta

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XIII beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII.

Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten und Technik.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel samt dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Abstimmung über den eingebrachten Entschließungsantrag erfolgt nach der dritten Lesung.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Mittwoch, den 16. Dezember, um 12 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr 50 Minuten